

Philosophische Fakultät II
Julius-Maximilians-Universität Würzburg

Wissenschaftliche Arbeit zur Erlangung
des akademischen Grades eines

MAGISTER ARTIUM (M.A.)

Die deutsch-französischen Beziehungen.
Funktioniert der ‚Motor der Integration‘ in der EU-27?

Eingereicht von:
Julian Claaßen

Würzburg 2011
im Fach Politische Wissenschaft

Inhaltsverzeichnis

INHALTSVERZEICHNIS	I
ABKÜRZUNGSVERZEICHNIS	IV
1 EINLEITUNG	1
1.1 Rahmenbedingungen.....	1
1.2 Fragestellung und Erkenntnisinteresse	2
1.3 Aufbau der Arbeit	3
2 DIE DEUTSCH-FRANZÖSISCHEN BEZIEHUNGEN – INITIATIVGEBER FÜR DIE EUROPÄISCHE KONSTRUKTION	5
2.1 Aufbau einer Freundschaft und Aufbau Europas.....	5
2.2 Deutsche Wiedervereinigung und europäische Vertiefung	9
2.3 Ausgangslage: Ein halbes Jahrhundert im Dienste Europas	11
3 VON DER KRISE ZUM NEUBEGINN – DIE DEUTSCH-FRANZÖSISCHEN BEZIEHUNGEN IN EINER PHASE DER SELBSTFINDUNG	12
3.1 Deutsch-französische Divergenzen	12
3.2 Der Vertrag von Nizza – „Pulverfass Stimmenparität“	14
3.2.1 Die Nizzaer Reformen	15
3.2.2 Der Tiefpunkt des bilateralen Verhältnisses	17
3.3 Die Relance der deutsch-französischen Beziehungen.....	18
3.3.1 Aufbau eines bilateralen Netzes an Konsultations- und Kooperationsmechanismen.....	18
3.3.1.1 Blaesheim-Prozess.....	19
3.3.1.2 „Schwungrad der europäischen Integration“.....	19
3.3.1.3 40. Jahrestag des Élysée-Vertrages	22
3.4 Deutsch-französische Abstimmung im Kontext des Verfassungskonvents	24
3.5 Irak-Krise	27
3.5.1 Deutsch-französischer Schulterschluss in der Irak-Krise	28
3.5.2 Die Auswirkungen der deutsch-französischen Irakpolitik.....	29
3.6 Zwischenfazit: Die Erneuerung der deutsch-französischen Beziehungen, eine Erneuerung des „Motors der Integration“?	31
4 DEUTSCH-FRANZÖSISCHE EUROPAPOLITIK IN DER VERFASSUNGSKRISE	36
4.1 Veränderte Rahmenbedingungen	36
4.1.1 Dimanche noir pour l’Europe - Das „Non“ zum VVE.....	37
4.1.2 Schwarz-roter Sonntag für Deutschland - Das „Ja“ zur Großen Koalition	39
4.1.3 Die bilateralen Beziehungen nach dem Regierungswechsel	40

4.2 Divergierende Positionen während der Reflexionsphase	44
4.2.1 Die französischen Reformvorhaben	45
4.2.1.1 Jacques Chirac: Vertrag von Nizza Plus	45
4.2.1.2 Nicolas Sarkozy: traité simplifié.....	46
4.2.2 Bundesregierung: Festhalten am VVE	47
4.2.3 Zwischenfazit	48
4.3 Deutsche EU-Ratspräsidentschaft und französische Präsidentschaftswahlen	50
4.3.1 Die deutsche Präsidentschaftsstrategie	52
4.3.2 Die Berliner Erklärung.....	54
4.3.3 Die französischen Präsidentschaftswahlen.....	55
4.3.4 Deutsch-französische Verhandlungsführung.....	58
4.3.5 Der Gipfelbeschluss: „Ein komplizierter vereinfachter Vertrag“	62
4.4 Zwischenfazit: Der Beginn einer wunderbaren Freundschaft?.....	64
5 FRANKREICH IST ZURÜCK AUF DER EUROPAPOLITISCHEN BÜHNE – DOCH WELCHES EUROPA SOLL ES SEIN?.....	67
5.1 Der europapolitische Kurs des Nicolas Sarkozy	68
5.1.1 Französische Interessenpolitik.....	69
5.1.2 In bewährter Tradition – Französische Attacken auf die europäische Wirtschaftspolitik	70
5.2. Spannungen im deutsch-französischen Verhältnis	72
5.3 Die französische EU-Ratspräsidentschaft.....	78
5.3.1 Das französische Präsidentschaftsprogramm.....	79
5.3.1.1 Der Barcelona-Prozess: Union für das Mittelmeer.....	80
5.3.1.2 Das Energie- und Klimapaket	80
5.3.2 „La triple crise“	82
5.3.2.1 Das irische „Nein“ zum Vertrag von Lissabon	82
5.3.2.2 Der Georgienkonflikt	84
5.3.2.3 Die Finanz- und Wirtschaftskrise.....	86
5.4 Zwischenfazit: Das Paar Sarkozy-Merkel – Zwei Schritte vor, einer zurück	92
6. DAS PAAR MERKEL-SARKOZY – AUF KONFLIKT FOLGT ANNÄHERUNG ET VICE VERSA	95
6.1. Deutsch-französische Zusammenarbeit beim Aufbau einer neuen globalen Finanzarchitektur	96
6.1.1 Neuer Elan in den deutsch-französischen Beziehungen.....	96
6.1.2 „Au service de l’Europe“: bilaterale Abstimmung im Krisenkontext	97
6.1.3 „Reaktivierung des deutsch-französischen Motors der Integration“	101
6.2. Regierungswechsel in Deutschland und Erneuerung der bilateralen Partnerschaft.....	101
6.3. Die Eurokrise 2010	102
6.3.1. Die Griechenlandkrise.....	103
6.3.1.1 Die drohende Staatspleite.....	103
6.3.1.2 Solidarisierung mit Griechenland	104
6.3.1.3 Deutsche Solidität vs. Französische Solidarität	105
6.3.1.4 Athen bekommt Hilfe, dank eines deutsch-französischen Kompromisses	107
6.3.2 Der EU-Rettungsschirm.....	111
6.3.3 „Gouvernement économique“ oder „gouvernance économique“? Deutsche und französische Vorstellungen von der makroökonomischen <i>governance</i> Europas im Ausblick.....	112
6.4. Zwischenfazit: Ein Motor mit Fehlzündungen	116

7. SCHLUSSFOLGERUNG	118
7.1. Der Motor der Integration in den Jahren 2000-2010	118
7.2. Deutsch-französischer Kompromiss als Bedingung für den europäischen Fortschritt	122
8. ANHANG	124
8.1 Literaturverzeichnis	124
8.1.1 Monographien, Sammelbände und Aufsätze aus Sammelbänden.....	124
8.1.2 Essays/Diskussionspapiere in Zeitschriften und von Instituten.....	127
8.1.3 Zeitungsartikel	132
8.1.4 Internetdokumente	137
8.2 Lebenslauf	145
8.3 Eidesstattliche Erklärung	147

Abkürzungsverzeichnis

AEUV	–	Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union
BIP	–	Bruttoinlandsprodukt
CDU	–	Christlich Demokratische Union
CDS	–	Credit Default Swap
CSU	–	Christlich Soziale Union
Ecofin	–	Rat „Wirtschaft und Finanzen“
EEA	–	Einheitliche Europäische Akte
EFTA	–	European Free Trade Association
EG	–	Europäische Gemeinschaft
EGV	–	Vertrag zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft
EGKS	–	Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl
EMP	–	Euro-Mediterrane Partnerschaft
EP	–	Europäisches Parlament
ER	–	Europäischer Rat
ESAGIF	–	European Stability and Growth Investment Fund
ESVP	–	Europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik
EU	–	Europäische Union
Euratom	–	Europäische Atomgemeinschaft
EUV	–	Vertrag über die Europäische Union
EWf	–	Europäischer Währungsfonds
EWG	–	Europäische Wirtschaftsgemeinschaft
EWS	–	Europäisches Währungssystem
EWU	–	Europäische Währungsunion
EZB	–	Europäische Zentralbank
IEB	–	Europäische Investitionsbank
FDP	–	Freie Demokratische Partei
GAP	–	Gemeinsame Agrarpolitik
GASP	–	Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik
IWF	–	Internationaler Währungsfonds
KfW	–	Kreditanstalt für Wiederaufbau
MOE-Staaten	–	Mittel und osteuropäische Staaten
OECD	–	Organisation for Economic Co-operation and Development
PS	–	Parti Socialiste
SPD	–	Sozialdemokratische Partei Deutschlands
UfM	–	Union für das Mittelmeer

UMP	–	Union pour un mouvement populaire
US/USA	–	United States/United States of America
VVE	–	Vertrag über eine Verfassung für Europa
WWU	–	Wirtschafts- und Währungsunion

1 Einleitung

1.1 Rahmenbedingungen

Die Bundesrepublik Deutschland und die Französische Republik pflegen einzigartige freundschaftliche Beziehungen. Von der gouvernementalen Ebene über die enge wirtschaftliche Verflechtung bis hin zur zivilgesellschaftlichen Ebene weist die deutsch-französische Partnerschaft eine Dichte auf, die ihresgleichen sucht. Der Élysée-Vertrag, der am 22.1.1963 zwischen Deutschland und Frankreich geschlossen wurde, stellt bis heute die Grundlage dieser bilateralen Sonderbeziehung dar. Weitere Institutionen – wie das Deutsch-Französische Jugendwerk (DFJW) oder der Deutsch-Französische Ministerrat – verstärken dieses Fundament. In jüngster Zeit haben die Veröffentlichung eines gemeinsamen deutsch-französischen Schulbuchs und die Deutsch-Französische „Agenda 2020“ erneut dokumentiert, dass es um das Verhältnis zwischen Deutschland und Frankreich sehr gut bestellt ist.

Diese im europäischen und internationalen Kontext einmalige Verbindung resultiert dabei sowohl aus der gemeinsamen Vergangenheit als auch aus der Verantwortung für die Zukunft der Europäischen Union (EU). Die Überwindung der so genannten „Erbfeindschaft“ stellte die Grundlage und die Geburtsstunde des europäischen Projekts dar. Die deutsch-französischen Beziehungen und die europäische Integration gelten daher als zwei Seiten derselben Medaille.

In der europäischen Integrationsgeschichte hat die Zusammenarbeit zwischen Deutschland und Frankreich wesentliche Impulse für den Einigungs- und Vertiefungsprozess der EU freigesetzt; die deutsch-französische Partnerschaft war „die *Conditio sine qua non* für Fortschritte im europäischen Integrationsprozess“¹. Diese europapolitischen Fortschritte wurden entweder durch ein gemeinsames bilaterales Vorgehen erreicht oder aber auch durch anfängliche Interessendivergenzen. Eine deutsch-französische Verständigung deckte oftmals das gesamteuropäische Interessenspektrum ab und wandelte die bestehenden Differenzen in eine Vertiefung des Integrationsprojekts um. Die deutsch-französische Zusammenarbeit hat somit entscheidend zur Fortführung des Integrationsprozesses beigetragen und ihm immer wieder neue Impulse gegeben, wodurch dem deutsch-französischen Tandem eine Führungsrolle und Motorenfunktion zugeschrieben wurde.

¹ Guérot 2003: 14.

Um den Stellenwert und die Funktionalität der bilateralen Beziehungen innerhalb der EU zu beschreiben, wird bis heute auf Metaphern zurückgegriffen, die das deutsch-französische Staatenpaar charakterisieren. Es ist vom „Motor der Integration“ die Rede, vom „deutsch-französischen Tandem“, vom „Bündnis im Bündnis“ oder von der „Achse Berlin-Paris“. Jeder dieser Begriffe weist eine gewisse Konnotation auf, zugleich hat diese Metaphorisierung zur Akzeptanz der bilateralen Sonderstellung in Europa beigetragen.² Die Bezeichnung „Motor der Integration“ wird den deutsch-französischen Beziehungen am ehesten gerecht. Ein Motor ist nicht ständig in Betrieb und Phasen der Effizienz wechseln sich mit Phasen der Stagnation oder gar des Ausfalls ab. Zugleich steht ein Motor für Antriebskraft und ausgehende Impulse. Über Jahrzehnte galt daher der Grundsatz, dass in der EU kein Fortschritt zu erreichen ist, solange Deutschland und Frankreich keine gemeinsame Linie finden bzw. solange der Motor der Integration nicht funktioniert. Im letzten Jahrzehnt traten zwischen Deutschland und Frankreich jedoch vermehrt Konflikte in Erscheinung. Es hat den Anschein, als ob der Motor der Integration mit zunehmender Größe der EU ins Stocken gerät.

1.2 Fragestellung und Erkenntnisinteresse

Die privilegierten deutsch-französischen Beziehungen haben in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts zu einer Reihe von europapolitischen Impulsen geführt, die den besonderen Stellenwert dieser bilateralen Beziehungen unterstreichen. Seit dem Vertrag von Maastricht 1993 schwanden allerdings die deutsch-französischen Übereinstimmungen und es setzte ein Rückzug auf nationale Einzelinteressen ein. Die bevorstehende Osterweiterung und Vergrößerung der EU auf 27 Mitgliedstaaten stellte sodann eine Bewährungsprobe für das bilaterale Verhältnis dar. Unterschiedliche Vorstellungen und Erwartungen an die Osterweiterung verbunden mit gravierenden Irritationen aufgrund des „Pulverfassens Stimmenparität“ führten im Kontext des Europäischen Rates (ER) in Nizza im Jahr 2000 zu einer Krise der deutsch-französischen Beziehungen.

Basierend auf diesen Ereignissen – Tiefpunkt des bilateralen Verhältnisses und Erweiterung der EU – geht die vorliegende Magisterarbeit mit dem Titel „Die deutsch-französischen Beziehungen. Funktioniert der ‚Motor der Integration‘ in der EU-27?“ der Frage nach, welchen Einfluss die deutsch-französischen Beziehungen in der EU-27 noch ausüben und ob ein koordiniertes bilaterales Vorgehen einen Mehrwert für Europa akquiriert. Galt das deutsch-französische Tandem stets als Garant für den europäischen

² Miard-Delacroix 2010: 117.

Fortschritt, so hat die schiere Größe der heutigen EU das politische und ökonomische Gewicht Deutschlands und Frankreichs zweifellos relativiert. Funktioniert der Motor der Integration also auch in der erweiterten EU oder bedarf es einer Vergrößerung des Motors, wie Nicolas Sarkozy einmal gefordert hatte?

Für die Analyse wird der Zeitraum zwischen dem Gipfel von Nizza im Jahr 2000 und dem deutsch-französischen Vorschlag eines „Paktes für Wettbewerbsfähigkeit“ im Frühjahr 2011 zugrunde gelegt. Die Darstellung erfolgt chronologisch. Besondere Berücksichtigung erhält das deutsch-französische Verhalten bei der Überwindung der Verfassungskrise nach den gescheiterten Referenden in Frankreich und den Niederlanden im Sommer 2005 und bei der Bewältigung der Finanz- und Wirtschaftskrise der Jahre 2008/2009 mit nachfolgender Eurokrise 2010. Um dem Überblickscharakter Rechnung zu tragen und ein Gesamtbild der deutsch-französischen Beziehungen in diesem Jahrzehnt zu skizzieren, werden die weiteren Geschehnisse, die für das Verständnis der Funktionalität des deutsch-französischen Motors der Integration in der EU-27 von Bedeutung sind, in die Darstellung mit einbezogen.

1.3 Aufbau der Arbeit

Damit die Frage nach der Bedeutung und Funktionalität der deutsch-französischen Beziehung in der heutigen EU beantwortet werden kann, wird in Kapitel 2 zunächst die Entwicklung der bilateralen Beziehungen und die von Deutschland und Frankreich ausgehenden Impulse im europäischen Integrationsprozess dargestellt. Diese Erfahrungen eines halben Jahrhunderts deutsch-französischer Kooperation stellen auch heute noch das Fundament der außergewöhnlich intensiven Beziehung zwischen den beiden Rheinnachbarn dar.

Trotz der integrationspolitischen Erfolge, an denen Deutschland und Frankreich maßgeblich beteiligt waren, kam es zu einem dysfunktionalen Verhältnis zwischen Berlin und Paris, welches im „Fiasko von Nizza“ mündete. Das Jahr 2000 stellte daher gewissermaßen eine Zäsur im deutsch-französischen Verhältnis dar, zugleich bedeutete dieser Bruch mit den guten bilateralen Beziehungen aber auch einen Neuanfang zwischen Berlin und Paris. Kapitel 3 stellt diese Relance der deutsch-französischen Beziehungen dar sowie deren Auswirkungen auf die Arbeit des Verfassungskonvents und auf das Verhältnis zu anderen EU-Mitgliedstaaten während der Irak-Krise des Jahres 2003.

Ausgehend von diesem Neuanfang soll in Kapitel 4 untersucht werden, ob Deutschland und Frankreich angesichts der Verfassungskrise, die durch die gescheiterten negativen Referenden ausbrach, das einzigartige bilaterale Netzwerk nutzen konnten, um wie in der

Vergangenheit die Rolle des Motors der Integration auszuüben. Es wird der Frage nachgegangen, wie trotz der divergierenden Positionen während der Reflexionsphase eine gemeinsame deutsch-französische Verhandlungsführung entstehen konnte. In Kapitel 4.3.3 wird zudem die französische Präsidentschaftswahl thematisiert, die erheblichen Einfluss auf die deutsche EU-Ratspräsidentschaft hatte.

Der neue französische Staatspräsident Nicolas Sarkozy kündigte nach seinem Wahlsieg an, Frankreich sei zurück auf der europapolitischen Bühne. Doch welches Europa soll es nach den Vorstellungen Sarkozys sein? Diese Frage gilt es in Kapitel 5 zu beantworten. Der neue europapolitische Kurs des französischen Staatspräsidenten führte trotz der gemeinsamen Anstrengungen bei der Überwindung der Verfassungskrise unter deutschem EU-Vorsitz zu Spannungen im deutsch-französischen Verhältnis. Konnten diese Dissonanzen überwunden und gemeinsame Anstrengungen unternommen werden, um angemessen auf die „triple crise“ zu reagieren? Wie sah das deutsch-französische Vorgehen in der einsetzenden Finanz- und Wirtschaftskrise des Jahres 2008 aus?

Das abschließende Kapitel 6 widmet sich dem Aufbau einer neuen globalen Finanzarchitektur und der Eurokrise des Jahres 2010. Nachdem Deutschland und Frankreich sich zunächst nicht auf eine gemeinsame Linie einigen konnten, kam es zu Beginn des Jahres 2009 zu einem konzertierten Vorgehen. Führte diese Reaktivierung des deutsch-französischen Motors auch zu einem gemeinsamen Vorgehen in der Krise der europäischen Währungsunion? Hat der traditionelle Motor der Integration auch im Jahr 2010 noch die benötigten „Pferdestärken“, um die EU respektive den europäischen Währungsraum aus der Krise zu ziehen?

Durch die Darstellung eines Jahrzehnts deutsch-französischer Beziehung und deren Bedeutung für die EU wird es in der Schlussfolgerung möglich sein, die zentrale Forschungsfrage zu beantworten: Funktioniert der ‚Motor der Integration‘ in der EU-27?

2 Die deutsch-französischen Beziehungen – Initiator für die europäische Konstruktion

Die Geschichte der deutsch-französischen Beziehungen, die entstandene konstruktive Zusammenarbeit der beiden Rheinnachbarn sowie die Überwindung der sogenannten „Erbfeindschaft“ werden nach den verheerenden beiden Weltkriegen mit Recht als historische Leistung der Nachkriegszeit angesehen. War „die Frage von Krieg und Frieden (...) in Europa stets eng mit der Frage nach dem deutsch-französischen Verhältnis verknüpft“³, so besteht im heutigen Europa eine Korrelation zwischen dem deutsch-französischen Verhältnis und dem Stand der Europäischen Union sowie ihrer Integrationsfortschritte.

Im vorliegenden Kapitel werden die Beziehungen zwischen Deutschland und Frankreich von deren Anfängen bis zum Vertrag von Nizza, der einen vorläufigen Tiefpunkt in den bilateralen Beziehungen darstellen sollte, in gebotener Kürze dargestellt. Dieses Vorgehen ist angebracht, um den heutigen Stellenwert dieser bilateralen Beziehungen und das Handeln der Protagonisten bewerten zu können, denn

„das aktuelle Handeln staatlicher Akteure wird in starkem Maße von Wahrnehmungsmustern und Erfahrungen der Vergangenheit bestimmt. Ihre ‚außenpolitische Erinnerung‘ speist sich vornehmlich aus – eher positiv oder eher negativ bewerteten – bilateralen Erfahrungen.“⁴

Aus der von Frankreich anfänglich betriebenen Maxime „Sicherheit vor Deutschland durch Einbindung und Kontrolle“ entwickelte sich bis zum Ende des Kalten Krieges eine dynamische Partnerschaft im Dienste Europas (Kapitel 2.1). Mit den historischen Umbrüchen der deutschen Einheit und dem Ende des Ost-West-Konflikts haben sich die Rahmenbedingungen für das deutsch-französische Verhältnis fundamental verändert und die Sonderbeziehungen erstmals auf eine Probe gestellt. Diese wurde jedoch gemeistert und mündete in einer weiteren Vertiefung des europäischen Integrationsprozesses (Kapitel 2.2). Die deutsch-französischen Beziehungen haben eine Dynamik und Intensität entwickelt, die nicht nur im nachbarschaftlichen Interesse besteht, sondern auch im Dienste Europas einzuordnen ist (Kapitel 2.3).

2.1 Aufbau einer Freundschaft und Aufbau Europas

Die deutsch-französische Aussöhnung sowie der Aufbau einer Partnerschaft zwischen den einstigen Kriegsgegnern wurden bereits nach Beendigung des Zweiten Weltkrieges

³ Vogel 2005: 419.

⁴ von Bredow 1996: 109.

als Kern und Ausgangspunkt des europäischen Einigungsprozesses begriffen. „Europäische Einigung und deutsch-französische Verständigung bedingten sich gegenseitig.“⁵

Frankreich verfolgte nach dem Krieg zwei grundlegende Ziele: Sicherheit vor Deutschland durch Kontrolle und Einbindung in den beginnenden europäischen Integrationsprozess⁶ sowie der Aufbau eines „europäischen Europas“⁷ unter französischer Führung. Die vom französischen Außenminister Robert Schuman am 9.5.1952 vorgeschlagene Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl (EGKS) trug diesem Sicherheitsbedürfnis Rechnung und legte zugleich den Grundstein für den europäischen Einigungsprozess.⁸ Die Montanunion sah die Überwindung des deutsch-französischen Gegensatzes durch Europäisierung und wirtschaftlicher Verflechtung vor. „Er bettete in genialer Weise das bilaterale Verhältnis in einen multilateralen Rahmen ein.“⁹

Nachdem die Gründung der Europäischen Wirtschafts- und Atomgemeinschaft (EWG bzw. Euratom) durch die Unterzeichnung der Römischen Verträge am 25.3.1957 glückte, stießen die französischen Vorschläge für eine engere außenpolitische Zusammenarbeit in Form der Fouchet-Pläne bei den EWG-Partnern auf Widerstand.¹⁰ Die Grenzen der supranationalen Zusammenarbeit, die die angestrebte politische Union hiermit offenbarte, führten postum zu einer Intensivierung des deutsch-französischen Verhältnisses, die 1963 im Elysée-Vertrag¹¹ gipfelte. Der französische Staatspräsident de Gaulle erhoffte sich von dem deutsch-französischen Freundschaftsvertrag ein eigenständiges und unabhängiges Europa sowie eine strategische Allianz in Abgrenzung zu den USA. Dieser „ausgeprägte deutsch-französische Bilateralismus“ stieß allerdings in Deutschland auf Widerstand und so wurde dem Vertrag vom Deutschen Bundestag eine Präambel vorangestellt, in der man sich zu den transatlantischen Beziehungen und zur Offenheit des europäischen Integrationsprozesses bekannte.¹²

Obwohl der Vertrag in den Augen de Gaulles seiner Substanz beraubt wurde, so krönte er dennoch die begonnene Aussöhnung beider Länder und machte unmissverständlich klar,

⁵ Schukraft 2010: 17.

⁶ Verfolgte Frankreich nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges gegenüber Deutschland die Maxime „Sicherheit durch Schwächung“, so setzte sich unter dem Druck der Westalliierten USA und GB das Konzept der Sicherheitspartnerschaft durch.

⁷ Das gaullistische Frankreich wollte seine Vision eines „europäischen Europas“ durch Distanz zur westlichen Führungsmacht USA erreichen.

⁸ Vgl. Vogel 2005: 419 f.

⁹ Uterwedde 1998: 5.

¹⁰ Für eine detaillierte Darstellung der Fouchet-Pläne sowie die Gründe des Scheiterns siehe Schukraft 2010: 42 ff. sowie Ziebura 1997: 157 ff.

¹¹ Abgedruckt in Kimmel und Jardin 2002: 40 ff.

¹² Vgl. Müller-Brandeck-Bocquet 2004: 26.

dass die bilaterale Zusammenarbeit fortan einen organisierten und institutionalisierenden Charakter annehmen würde.¹³

Die zu Tage tretenden Konfliktlinien, die sich aus den unterschiedlichen außenpolitischen Orientierungen und europapolitischen Interessen Frankreichs und Deutschlands ergaben, waren für die gesamten 1960er Jahre prägend. Vor allem die unnachgiebige Haltung des französischen Staatspräsidenten Charles de Gaulle trug zur integrationspolitischen Stagnation bei. Bis zum Jahre 1974 blieben die bilateralen Beziehungen durchwachsen und waren auf politisch-strategischer Ebene kaum existent. Neben den beiden Konfliktlinien „Währungspolitik“ und „Zukunft des Gemeinsamen Agrarmarktes“ prägte die von Bundeskanzler Willy Brandt (1969-1974) betriebene Ostpolitik das deutsch-französische Verhältnis.¹⁴ Zwar unterstützte man auf französischer Seite offiziell die deutsche Entspannungspolitik, es blieb jedoch nicht verborgen, dass Frankreich über die deutsche Ostpolitik beunruhigt war und einen Bedeutungsverlust erlitt.¹⁵

Das Jahr 1974 brachte einen Wechsel in den politischen Führungen Deutschlands und Frankreichs. Als „Glücksfall“¹⁶ in der Geschichte der deutsch-französischen Beziehungen gilt der nahezu zeitgleiche Amtsantritt von Valéry Giscard d'Estaing und Helmut Schmidt. Die beiden Politiker füllten die bilaterale Zusammenarbeit wieder mit Leben und zeigten sich auf europäischer Ebene reformwillig. Bereits im Dezember 1974 einigte man sich auf dem Pariser Gipfel sowohl auf die Schaffung des Europäischen Rats als auch auf die Direktwahl des Europäischen Parlaments (EP). „Die Bedeutung dieses Beschlusses für das politische System der EG kann nicht hoch genug veranschlagt werden.“¹⁷ Der Europäische Rat sollte, auch wenn er den intergouvernementalen Charakter der Gemeinschaft hervorhob, zum „bevorzugten Ort für deutsch-französische Initiativen“¹⁸ werden.

Als herausragende Leistung des Tandems Giscard und Schmidt gilt ferner die Schaffung des Europäischen Währungssystems (EWS) zur Beendigung der Währungsturbulenzen. Nach bilateralen Geheimverhandlungen wurden die übrigen Staats- und Regierungschefs mit der Initiative auf dem Gipfel der Europäischen Gemeinschaft (EG) in Kopenhagen im April 1978 konfrontiert. Zwar setzten sich Deutschland und Frankreich so dem Vorwurf

¹³ Vorgesehen waren bilaterale Treffen der Staats- und Regierungschefs mindestens zweimal jährlich sowie Zusammenkünfte der Außen- und Verteidigungsminister mindestens alle drei Monate. Vgl. Vogel 2005: 421 ff. sowie Zervakis und von Gossler 2003: 8.

¹⁴ Vgl. Vogel 2005: 424 f.

¹⁵ Vgl. Woyke 2010: 89.

¹⁶ Ziebura 1997: 260.

¹⁷ Müller-Brandeck-Bocquet 2004: 37.

¹⁸ Vogel 2005: 425.

eines Direktorats aus, nach kontroversen Verhandlungen konnte das EWS jedoch am 1.1.1979 beschlossen werden.¹⁹

Durch die Wahl von François Mitterand zum ersten sozialistischen Präsidenten der V. Republik im Mai 1981 kamen nach der erwähnten erfolgreichen Partnerschaft zunächst Zweifel an den deutsch-französischen Beziehungen auf, suchte der Staatspräsident doch die bilateralen Beziehungen insbesondere mit Großbritannien und Italien auszubauen.²⁰

Auch durch den zu Beginn eingeschlagenen keynesianisch inspirierten wirtschaftspolitischen Kurs wollte man sich vom „Modell Deutschland“ abgrenzen. Die eingeschlagenen Reformen endeten jedoch in einem wirtschafts- und währungspolitischen Desaster und zu einer allgemeinen Kehrtwende Mitterands in der Europapolitik, die ebenfalls zu einer intensiveren deutsch-französischen Zusammenarbeit sowie zu freundschaftlichen Beziehungen zu dem durch ein konstruktives Misstrauensvotum am 1.2.1982 an die Macht gelangten Helmut Kohl führten.²¹

Trotz dieser Annäherung vermochte es das deutsch-französische Paar nicht, grundlegende europapolitische Differenzen zu beseitigen und sich auf eine gemeinsame Initiative bei der Entwicklung der Europäischen Politischen Union zu einigen. Die im Februar 1986 unterzeichnete Einheitliche Europäische Akte (EEA), die die Prozeduren der politischen Zusammenarbeit verbesserte, ist daher insbesondere dem Geschick und der Entscheidungskraft des Kommissionspräsidenten Jacques Delors zu verdanken.²² Deutschland und Frankreich waren demnach nicht die Initiatoren des Reformwerkes; das Zustandekommen der EEA war aber maßgeblich auf das Funktionieren des deutsch-französischen Motors zurückzuführen.²³

Fast vier Jahrzehnte lang hatte das deutsch-französische Verhältnis somit erheblichen Einfluss auf die Ausgestaltung des europäischen Einigungsprozesses. Angesichts der historischen Umbrüche – deutsche Einheit und demokratische Öffnung des kommunistischen Teils Europas – haben sich diese Rahmenbedingungen, die entscheidenden Einfluss auf die Entstehung des deutsch-französischen Tandems sowie auf dessen Stellenwert im internationalen System hatten, fundamental verändert.

¹⁹ Vgl. Vogel 2005: 426.

²⁰ Außenminister Claude Cheysson ließ im Mai 1981 darüber hinaus die Erklärung verlauten, dass es eine Achse Paris-Bonn nicht geben werde. Vgl. Müller-Brandeck-Bocquet 1995: 350.

²¹ Siehe hierzu ausführlich Müller-Brandeck-Bocquet 2004 Kapitel 3.1: Vom Saulus zum Paulus – Mitterands europapolitische Bekehrung 1983, sowie Ziebur 1997 Kapitel 11.1: Zwischen Konvergenz und Differenz.

²² Vgl. Kimmel und Jardin 2002: 28 f.

²³ Vgl. Müller-Brandeck-Bocquet 1995: 353.

2.2 Deutsche Wiedervereinigung und europäische Vertiefung

Aus französischer Sicht war die Teilung Deutschlands in zwei Staaten sowohl Voraussetzung für den engen deutsch-französischen Bilateralismus als auch für die französische Führungsrolle in Europa. Ferner befanden sich die deutsch-französischen Beziehungen bis zur deutschen Wiedervereinigung in einem „psychologischen Gleichgewicht“²⁴, geschaffen durch das wirtschaftliche Potenzial der Bundesrepublik einerseits und dem politischen Gewicht Frankreichs andererseits. Es handelte sich um den viel zitierten „Ausgleich von Bombe und Mark“²⁵.

Das Ende des Ost-West-Konflikts und die deutsche Wiedervereinigung führten zu einer vollständigen Veränderung der Parameter im deutsch-französischen Verhältnis und zur größten Herausforderung in den Beziehungen seit Beginn des Integrationsprozesses. Die deutsche Wiedervereinigung rief in Frankreich nicht nur einen tendenziellen Macht- und Statusverlust hervor, es grassierte auch die Angst vor einer deutschen Dominanz in Europa und einem Abdriften des deutschen Partners aus den europäischen Integrationsverbänden. Die französische Position war dementsprechend nicht auf eine vorbehaltlose Unterstützung der Wiedervereinigung ausgelegt.²⁶

Die deutsche Regierung unter Helmut Kohl vermochte es jedoch, die französischen Bedenken (deutscher Alleingang in der Ostpolitik und Hegemonialrolle in der EG) durch ein klares Bekenntnis zum Integrationsprozess und zur deutsch-französischen Freundschaft zu zerstreuen.²⁷ Nachdem die Phase der Irritationen im deutsch-französischen Verhältnis überwunden war, fand das Tandem in Form von gemeinsamen Initiativen²⁸ zur Vertiefung des Integrationsprozesses und zu einer fruchtbaren Zusammenarbeit zurück. Die von den übrigen EG-Staaten positiv aufgenommenen Vorschläge gipfelten schließlich in dem „Vertrag über die Europäische Union“ (EUV), der am 7.2.1992 in Maastricht unterzeichnet wurde und am 1.11.1993 in Kraft trat.²⁹ Im Vertrag selbst war bereits die Einberufung einer weiteren Regierungskonferenz für das

²⁴ Uterwedde 1998: 9.

²⁵ Woyke 2004: 23.

²⁶ Vgl. Woyke 2010: 154 ff.

²⁷ Zu erwähnen ist vor allem Kohls Erklärung vor dem Deutschen Bundestag: „Wiedervereinigung und Westintegration, Deutschlandpolitik und Europapolitik sind zwei Seiten derselben Medaille.“ Zitiert nach: Woyke 2004: 37.

²⁸ In einem gemeinsamen Brief an den irischen Ratspräsidenten im April 1990 schlug man vor, neben der bereits lancierten Regierungskonferenz zur Wirtschafts- und Währungsunion (WWU) auch eine weitere zur Politischen Union einzuberufen.

²⁹ Die EU beruhte seitdem auf dem bekannten Dreisäulenmodell: Supranational organisierte EG, intergouvernementale Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik (GASP) und Innen- und Justizpolitik. Für eine detaillierte Darstellung der im Vertrag von Maastricht vorgenommenen Reformen siehe Kessler 2010: 121 ff. sowie Müller-Brandeck-Bocquet 2004: 102 ff.

Jahr 1996 festgelegt, um die nur unzureichend umgesetzten institutionellen und verfahrensmäßigen Reformen einer Revision zu unterziehen. Gerade mit Blick auf die Erweiterung auf die „European Free Trade Association“ (EFTA) 1995 und die bevorstehende Osterweiterung bestand Handlungsbedarf, um einem „institutionellen Kollaps“ vorzubeugen.³⁰

Ob Deutschland und Frankreich ihre Rolle als Motor der Integration auch auf der bevorstehenden Regierungskonferenz wahrnehmen könnten, war durch den Regierungswechsel in Frankreich 1995 zunächst fraglich. Der neue französische Staatspräsident Jacques Chirac hatte seine europapolitischen Positionen bereits zu oft gewechselt, um von einer nahtlos fortgesetzten deutsch-französischen Kooperation ausgehen zu können.³¹ Trotz unterschiedlicher Vorstellungen in Bezug auf die zukünftige Struktur der EU sowie ihrer Kompetenzen gelangten Deutschland und Frankreich zu gemeinsamen Initiativen, die sich letztendlich auch im Ergebnis des Amsterdamer Vertrages niederschlugen.³² Die in einem gemeinsamen Brief vorgeschlagene „Überprüfung der derzeitigen Stimmengewichtung“ im Rat wurde hingegen im Vorfeld von Amsterdam wieder aufgegeben, hätte diese doch zwangsläufig zu einer Debatte über die deutsch-französische Stimmenparität geführt. Mit Blick auf den Nizzaer Gipfel sollte diese Diskussion aber noch nicht beendet sein.³³

Insgesamt muss für den Europäischen Rat Amsterdam im Mai 1997 konstatiert werden, dass er die an ihn gestellten Erwartungen nicht erfüllen konnte. Der Vertrag von Amsterdam bedeutet zwar eine wichtige Fortentwicklung des europäischen Integrationsprozesses, in dem etwa Politikfelder der dritten in die erste Säule überführt wurden und das Europäische Parlament aufgewertet wurde, über die strittigen Fragen wie die Anzahl der zukünftigen Kommissare, die Stimmengewichtung im Rat sowie über die Mehrheits- und Einstimmigkeitsentscheidungen im Rat konnte hingegen keine Einigung erzielt werden. Der Europäische Gipfel im Juni 1999 in Köln beschloss daher die Einsetzung einer weiteren Regierungskonferenz für das Jahr 2000, um diese nicht geregelten institutionellen Fragen, die sogenannten „left-overs“ von Amsterdam, zu lösen.³⁴

³⁰ Vgl. Kessler 2010: 143 f.

³¹ Vgl. Woyke 2004: 36.

³² Zu nennen sind u.a. die Flexibilitätsklausel oder die Übertragung der Asyl- und Visumpolitik in die erste Säule, die auf einen deutsch-französischen Vorschlag zurückgehen.

³³ Vgl. Müller-Brandeck-Bocquet 2004: 176. Für den Nizza-Gipfel siehe Kapitel 3.2.

³⁴ Vgl. Woyke 2004: 70 f.

2.3 Ausgangslage: Ein halbes Jahrhundert im Dienste Europas

Seit Beginn des europäischen Integrationsprozesses hat die deutsch-französische Zusammenarbeit eine Motorfunktion eingenommen. Eine Verständigung zwischen beiden Staaten war sowohl Voraussetzung als auch Antriebskraft für den erfolgreichen europäischen Integrationsprozess.³⁵

Jeweils unterschiedliche Positionen und Interessenvertretungen beider Länder in der Europapolitik haben dabei oftmals zu einem gemeinsamen Ziel geführt. Seine Nützlichkeit für Europa hat das deutsch-französische Paar daher insbesondere auch seiner Gegensätzlichkeit zu verdanken gehabt. Die deutsch-französische Verständigung stellte mehrmals die Basis für einen gesamteuropäischen Kompromiss dar, indem beide Staaten die Eckpole des europäischen Interessenspektrums besetzten, mit denen sich wiederum die anderen EU-Mitgliedsstaaten identifizieren konnten. Vor allem durch diese Fähigkeit, Kompromisse im europapolitischen Interesse auszuhandeln, erlangte das deutsch-französische Tandem eine Führungsrolle in Europa.³⁶

Dieser pragmatisch geführte bilaterale Europakurs sollte jedoch durch den Vertrag von Nizza und dessen Begleitumstände einen Paradigmenwechsel erfahren. Zeichnete sich der von Deutschland und Frankreich betriebene und auf der Europapolitik basierende Bilateralismus stets durch diese Kompromissbildung sowie durch das Einbringen gemeinsamer Initiativen aus, so stellte der Gipfel von Nizza eine Abkehr dieser altbekannten Methode dar.

³⁵ Vgl. ebd., 19.

³⁶ Vgl. Schwall-Düren 2005: 17.

3 Von der Krise zum Neubeginn – Die deutsch-französischen Beziehungen in einer Phase der Selbstfindung

Das „europäische Projekt“ hat in den 1990er Jahren durch die Vollendung des Binnenmarktes, die EFTA-Erweiterung sowie durch das Schengener Abkommen merklich an Gestalt gewonnen. Deutschland und Frankreich waren maßgeblich am fortschreitenden europäischen Integrationsprozess beteiligt, was zunächst gute bilaterale Beziehungen impliziert. Dennoch urteilt Ulrike Guérot:

„In der Retrospektive können die 1990er Jahre der deutsch-französischen Beziehungen als schleichende Erosion bezeichnet werden, in der Friktionen zum Ende des Jahrzehnts zu der vielleicht größten Krise in der Geschichte der Freundschaft führten.“³⁷

Wie kam es also zu dieser Erosion in den bilateralen Beziehungen? Was war der Auslöser für die Krise?

Neben allen integrationspolitischen Erfolgen waren die 1990er Jahre auch von deutsch-französischen Divergenzen bestimmt (Kapitel 3.1). Diese Divergenzen führten zu einem dysfunktionalen Verhältnis zwischen Deutschland und Frankreich, die im Eklat um den Nizzaer Reformgipfel mündeten (Kapitel 3.2). Aus der Einsicht, dass ein gelingender deutsch-französischer Motor unerlässlich für die fortschreitende europäische Integration ist, kam es zu einer Relance des deutsch-französischen Tandems in der EU (Kapitel 3.3) und einem koordinierten und führungspolitischen Vorgehen im Kontext des Verfassungskonvents (Kapitel 3.4). Zeitgleich zum Verfassungskonvent kam es auch in der Irak-Krise zu einem deutsch-französischen Schulterchluss (Kapitel 3.5). Im abschließenden Kapitel 3.6 wird ein Zwischenfazit gezogen und der Frage nachgegangen, ob die Erneuerung des deutsch-französischen Tandems gleichbedeutend ist mit einer Erneuerung des Motors der Integration.

3.1 Deutsch-französische Divergenzen

Chrystelle Nourry nennt drei „crises franco-allemandes“, die dem Nizzaer Reformgipfel vorausgingen. Die erste bedeutende Krise ereignete sich 1997 und kristallisierte sich im Verlauf des europäischen Gipfels in Amsterdam um das Thema „Stabilitäts- und Wachstumspakt“ heraus.³⁸ Eine zweite Krise entzündete sich 1998 um die Berufung des

³⁷ Guérot 2007b: 379.

³⁸ Nachdem der im Jahr 1997 neu gewählte französische Premierminister Lionel Jospin auf einer Neuverhandlung des Stabilitätspaktes bestand, machte er die Zustimmung der französischen Regierung zum Stabilitätspakt daraufhin von der Einsetzung eines Beschäftigungspaktes abhängig. In einem Kompromiss zwischen Deutschland und Frankreich konnten schließlich ein unveränderter Stabilitätspakt und ein Beschäftigungspakt eingesetzt werden.

Präsidenten der europäischen Zentralbank (EZB).³⁹ Die dritte Krise ist laut Nourry auf während des ER in Berlin vom 25./26.3.1999 auszumachen und entzweite beide Länder aufgrund der Reform der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP), in der Präsident Chirac die von Deutschland vorgeschlagene Ko-Finanzierung kategorisch ablehnte.⁴⁰

Dieses „Krisenfundament“ charakterisiert den Zustand der deutsch-französischen Beziehungen im Vorfeld des Gipfels von Nizza. „A la différence de la préparation du Conseil européen de Maastricht, ce ne sont donc plus les initiatives bilatérales qui se succèdent mais les conflits ouverts entre les deux pays.“⁴¹

Eine Fortschreibung der europapolitischen Führungsrolle Deutschlands und Frankreichs wurde ferner dadurch erschwert, dass man sich über die Währungsunion hinaus nicht mehr auf ein gemeinsames „integrationspolitisches Großprojekt“ einigen konnte.⁴²

Unterschiedliche Verfassungstraditionen in Deutschland und Frankreich gepaart mit divergierenden Vorstellungen, wie die europäischen Institutionen zu gestalten seien, verhinderten weitere große Integrationssprünge. Die institutionelle Debatte, die der Vertrag von Amsterdam nicht zu lösen vermochte, entzündete sich erneut an der Frage der Osterweiterung. Auslöser war eine Rede von Außenminister Joschka Fischer im Mai 2000 an der Humboldt-Universität Berlin über die Finalität der europäischen Integration.⁴³ Deutschland und Frankreich hatten jedoch dezidiert unterschiedliche Ansichten über die Rolle des Rates, wodurch eine eigentliche Detailfrage letztendlich zu einem Spaltpilz heranwuchs.⁴⁴ Nicht zuletzt hat der Regierungswechsel 1998 von der christlich-liberalen Koalition hin zu einer rot-grünen Bundesregierung und der damit einhergehende „höchst selbstbewusste Umgangston“⁴⁵ des Bundeskanzlers Schröder für Irritationen im bilateralen Verhältnis gesorgt.⁴⁶

Dieses Konglomerat aus Irritationen und dem Fehlen gemeinsamer Integrationsvorhaben hatte zur Folge, dass die „Interessendivergenzen auf vielen Feldern stärker als in der

³⁹ Chirac versuchte, den Franzosen Jean-Claude Trichet gegen den von allen bevorzugten Niederländer Wim Duisenberg durchzusetzen.

⁴⁰ Für die Agenda 2000-Beschlüsse siehe ausführlicher Müller-Brandeck-Bocquet 2010b: 180 ff.

⁴¹ Nourry 2005: 198.

⁴² Vgl. Schild 2003b: 10.

⁴³ Abgedruckt in Woyke 2004: 264 ff.

⁴⁴ Vgl. Guérot 2007b: 384 f.

⁴⁵ Müller-Brandeck-Bocquet 2010b: 177.

⁴⁶ Zwar wurde der Stellenwert der deutsch-französischen Beziehungen in der ersten Regierungserklärung am 10. November 1998 vor dem Deutschen Bundestag explizit hervorgehoben und auch der französische Staatspräsident Chirac setzte sich in einem Beitrag der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung* zwei Tage nach dem Wahlsieg der SPD für eine Erneuerung der deutsch-französischen Beziehungen ein, dennoch war das Verhältnis der Anfangsjahre durch mehr Konfrontation als durch Kooperation gekennzeichnet. Vgl. Woyke 2004: 169 ff.

Vergangenheit auf die Qualität der bilateralen Beziehungen durch[schlugen].⁴⁷ Der Gipfel von Nizza zeichnete sich diesbezüglich durch das Aufeinanderprallen der Positionen und die Vertretung der nationalen Interessen aus.

3.2 Der Vertrag von Nizza – „Pulverfass Stimmenparität“

Nach den Regierungskonferenzen von Maastricht und Amsterdam stellte die Regierungskonferenz von Nizza den dritten Versuch dar, die bisher noch ungeklärten institutionellen Fragen zu lösen. Auch bei dieser Regierungskonferenz sollte sich wieder einmal die These bewahrheiten, dass nur ein aktiver deutsch-französischer Motor der Integration Fortschritte für Europa bedeutet, *et vice versa*.

Trotz bestehender Divergenzen (s.o.) gelang es beiden Staaten bei ihrem Gipfeltreffen in Mainz am 9. Juni 2000 einen Kompromiss über die institutionellen EU-Reformen zu erarbeiten. Für die Amsterdamer Leftovers wurden gemeinsame Lösungen gefunden, so auch in der Frage der Stimmenneuwägung im Rat, in dem Frankreich Deutschland erstmals ein größeres Gewicht als Großbritannien, Italien und sich selbst einräumte, um den demographischen Faktor stärker zu berücksichtigen.

Der gefundene Kompromiss enthielt jedoch ein fundamentales Missverständnis, da die exakten Modalitäten der Stimmenneuwägung offen blieben: Während Deutschland von einer Stimmenspreizung zu seinen Gunsten innerhalb der Gruppe der großen Mitgliedsstaaten ausging, beharrte Frankreich auf einer Berücksichtigung des demographischen Gewichtes aller großen im Verhältnis zu den kleinen Mitgliedsstaaten.

Durch die Übernahme der Ratspräsidentschaft durch Frankreich am 1.7.2000 verhärteten sich die Positionen. Der französische Staatspräsident Jacques Chirac schlug einen auf nationale Interessenmaximierung ausgerichteten Kurs ein und legte das Mainzer Kompromisspapier ad acta. Fortan berief er sich auf die deutsch-französische Stimmenparität, die sich Monnet und Adenauer 1951 zugesagt hatten. Eine Abkoppelung der Ratsstimmen zwischen Deutschland und Frankreich, so Chirac, sei seit jeher verboten.⁴⁸

Das deutsche Anliegen nach einer Berücksichtigung des demographischen Faktors im Institutionensystem der EU und das Argument, dass es sich um eine Frage der demokratischen Legitimation der EU-Institutionen und nicht um eine Machtfrage handele, stießen in Paris auf taube Ohren. Nichtsdestotrotz vertrat die deutsche Seite den Standpunkt, dass das demographische Gewicht Deutschlands im Ministerrat zum

⁴⁷ Schild 2003b: 10.

⁴⁸ Müller-Brandeck-Bocquet 2001: 197 ff.

Ausdruck kommen müsse, entweder durch eine Stimmenspreizung in der Gruppe der Großen oder in Form einer doppelten Mehrheit aus Mitgliedsstaaten und Bevölkerungszahl.

Um diese geforderte höhere Stimmenzahl Deutschlands zu verhindern, musste die französische Ratspräsidentschaft einen hohen Preis entrichten. Sie konzedierte eine Regelung, die dem deutschen Modell der doppelten Mehrheit⁴⁹ sehr nahe kam.⁵⁰ Aufgrund dieses anzuwendenden Verfahrens und der damit einhergehenden Gewichtung der deutschen Bevölkerungszahl wurde die Stimmenparität, seit jeher Grundlage der deutsch-französischen Beziehungen, faktisch aufgehoben.

3.2.1 Die Nizzaer Reformen

Der Gipfel von Nizza hatte zum Ziel, die Organe der Union auf die bevorstehende Osterweiterung der EU vorzubereiten. Bei der Bewältigung der Amsterdamer Leftovers „wurde von fast allen Mitgliedsstaaten mit harten Bandagen gekämpft.“⁵¹ Dieser Umstand ist der als chaotisch und undiplomatisch geltenden französischen Verhandlungsführung anzulasten, in der die französische Ratspräsidentschaft ihren Maklerpflichten nicht gerecht wurde.⁵² Auch das Fehlen eines gemeinsamen deutsch-französischen Motors ist für die mageren Reformen von Nizza verantwortlich. Die Lösung der Amsterdamer Leftovers ist durch den Vertrag von Nizza, der am 26.1.2001 unterzeichnet wurde und am 1.2.2003 in Kraft trat, daher nur mit mäßigem Erfolg gelungen.

Die qualifizierte Mehrheitsentscheidung im Rat wurde auf 41 von insgesamt 72 Materien ausgeweitet, darunter auf wichtige Personalentscheidungen wie den Hohen Vertreter für die GASP sowie auf den Kommissionspräsidenten und die Kommissare. Die größeren Mitgliedsstaaten werden in der Kommission zukünftig auf ihren zweiten Kommissar verzichten. Bezüglich der Kommissionsgröße wurde de facto aber ein „Nizzaer Leftover“⁵³ geschaffen, da nach der Erweiterung der EU auf 27 Mitgliedsstaaten der Rat über die Einzelheiten eines anzuwendenden Rotationsprinzips entscheidet. Darüber hinaus wurde die Position des Kommissionspräsidenten gestärkt, der nun über eine

⁴⁹ Das „demographische Sicherheitsnetz“ der doppelten Mehrheit sieht vor, dass der Rat im Einzelfall und auf Antrag eines Mitgliedsstaates festzustellen hat, ob ein entsprechender Mehrheitsbeschluss der Stimmenzahl auch mindestens 62% der Gesamtbevölkerung der Union repräsentiert.

⁵⁰ Vgl. Schild 2001: 4.

⁵¹ Müller-Brandeck-Bocquet 2001: 197.

⁵² Vgl. Müller-Brandeck-Bocquet 2004: 211.

⁵³ Müller-Brandeck-Bocquet 2010b: 191.

Richtlinienkompetenz und Ordnungsgewalt verfügt; zudem kann er Vizepräsidenten ernennen und den Rücktritt eines Kommissars erwirken.

Weiterhin konnte eine Stimmenneuwägung im Rat und im EP beschlossen werden. Es kommt nunmehr zu einer größeren Spreizung der Stimmen zwischen großen und kleinen Mitgliedsstaaten, wodurch dem demographischen Faktor stärker als zuvor Rechnung getragen wird. Zwar besteht weiterhin eine Unausgewogenheit bei der Stimmendifferenzierung innerhalb der Gruppe der großen vier Mitgliedsstaaten im Rat, diese wurde allerdings durch das Prinzip der doppelten Mehrheit relativiert.⁵⁴

Von Frankreich ausdrücklich gefordert und von deutscher Seite unterstützt, konnte das Instrument der „Verstärkten Zusammenarbeit“⁵⁵ ausgeweitet werden: Bei der Inanspruchnahme des Instruments entfällt die Möglichkeit, seitens einzelner Mitgliedsstaaten ein Veto einzulegen. Die Mindestteilnehmerzahl für dieses Instrument beträgt weiterhin acht Mitgliedsstaaten. Ausgeweitet wurde das Instrument auch auf die GASP, allerdings ist sie in militärischen und verteidigungspolitischen Bereichen ausgeschlossen.⁵⁶

Die bescheidenden Ergebnisse der zehntonatigen Regierungskonferenz von Nizza, die die Union formal „erweiterungsreif“ machten, wurden angesichts der formulierten Visionen einiger Staats- und Regierungschefs als unzureichend angesehen. Weniger der Inhalt als die Form der Regierungskonferenz wurde kritisiert, in der die Staats- und Regierungschefs um eigene Positionen und „Pfründe feilschten“⁵⁷. Die Schwächen der klassischen Regierungskonferenz und der „show-downs“ abschließender Gipfeltreffen sind in Nizza deutlich zu Tage getreten. Als Reaktion darauf ist auch die „Erklärung über die Zukunft Europas“ anzusehen, in der die Staats- und Regierungschefs die Union auf die unmittelbare Fortsetzung des Reformprozesses verpflichteten.⁵⁸

Ein Jahr nach dem Vertrag von Nizza hat der Europäische Rat im belgischen Laeken am 15. Dezember 2001 die „Erklärung von Laeken zur Zukunft der Europäischen Union“ angenommen und die Union darin zu mehr Demokratie, Effizienz und Transparenz verpflichtet. Es wurden 60 Fragen zur Zukunft der Union formuliert, die sich um vier große Themen ranken: Verteilung und Abgrenzung der Zuständigkeiten, Vereinfachung

⁵⁴ Nach dem Vertrag von Nizza steigt die Stimmenverteilung der großen vier Deutschland, Frankreich, Großbritannien und Italien identisch von 10 auf 29 Stimmen. Für eine tabellarische Übersicht der Ratsstimmen der EU-Mitgliedsstaaten siehe Europa Glossar (a).

⁵⁵ Die verstärkte Zusammenarbeit ermöglicht eine engere Kooperation zwischen denjenigen EU-Mitgliedstaaten, die gewillt sind, das europäische Aufbauwerk zu vertiefen und dabei den einheitlichen institutionellen Rahmen der Union zu wahren.

⁵⁶ Vgl. Läufer 2004: 13, Müller-Brandeck-Bocquet 2004: 211 ff.

⁵⁷ Scholl 2006: 54.

⁵⁸ Vgl. ebd., 54.

der Verträge, institutionelles Gefüge und Vorbereitung einer Verfassung für die europäischen Bürger. Ein „Europäischer Konvent“⁵⁹ sollte Antworten auf diese Fragen finden und eine umfassende Vorbereitung der Regierungskonferenz im Jahr 2004 vornehmen.⁶⁰ Der Post-Nizza-Prozess war damit der alleinigen und exklusiven Verantwortung der Staats- und Regierungschefs sowie einer einzigen Regierungskonferenz entzogen.

3.2.2 Der Tiefpunkt des bilateralen Verhältnisses

Von einer gemeinsamen europäischen Führungsrolle waren Deutschland und Frankreich auf dem europäischen Gipfel von Nizza weit entfernt.

„Ihre Haltungen waren nicht nur kein Element der Lösung, sondern teilweise zentraler Bestandteil der Verhandlungsprobleme, insbesondere in der Macht- und Prestigefrage der Stimmengewichtung im Ministerrat.“⁶¹

Konnten beide Staaten eine gemeinsame Führungsrolle in der Vergangenheit bezüglich einer Integrationsvertiefung durch gemeinsame Integrationsprojekte, abgestimmte Vorschläge oder aufgrund divergierender Interessenlagen wahrnehmen,⁶² so wurde das Tandem dieser Führungsrolle in Nizza in keiner Weise gerecht.⁶³

Der „Grabenkampf“ um die Stimmenverteilung im Rat zeigte, dass der viel beschworene deutsch-französische Motor von einer Parität in den EU-Institutionen abhängig ist.⁶⁴ Die vehemente Vertretung von nationalen Interessen durch Deutschland und Frankreich hat somit zu einem „Tiefpunkt des bilateralen Verhältnisses“⁶⁵ geführt.

„Selten waren die deutsch-französischen Beziehungen so zerrüttet wie in diesem Dezember 2000, der allen klar machte, dass Deutschland und Frankreich weder in institutioneller, noch in finanzieller Hinsicht ein klares Konzept hatten, wie das große Europa gestaltet werden sollte.“⁶⁶

⁵⁹ Die Ausarbeitung des Vertragswerkes sollte nicht wie üblich allein auf der Ebene der Staats- und Regierungschefs stattfinden, sondern in Form eines europäischen Konvents unter dem Vorsitz des ehemaligen französischen Staatspräsidenten Valéry Giscard d'Estaing. Diesem Konvent gehörten die wichtigsten Parteien für die Debatte über die Zukunft der Union an: Vertreter der Staats- und Regierungschefs der Mitgliedstaaten und der beitrittswilligen Länder, Vertreter der nationalen Parlamente der Mitgliedstaaten und der beitrittswilligen Länder sowie Mitglieder des EP und der Europäischen Kommission.

⁶⁰ Vgl. Europa Glossar (b).

⁶¹ Schild 2001: 1.

⁶² Siehe Kapitel 2.3.

⁶³ Vgl. Schild., 1.

⁶⁴ Vgl. Guérot 2003: 16.

⁶⁵ Vogel 2005: 430.

⁶⁶ Guérot 2007b: 379.

Die Regierungen beiderseits des Rheins waren sich der Tatsache bewusst, dass die Verhandlungen in Nizza nicht gerade zu den „Sternstunden der deutsch-französischen Beziehungen“⁶⁷ zählten. Mit den in Nizza vertretenden Haltungen schwächte man die jeweilige Position im europäischen Integrationsprozess, zumal mit der sich dynamisierenden Osterweiterung und der aufgegriffenen Finalitätsfrage der EU besondere Herausforderungen auf beide Länder zukamen.⁶⁸ „An Gelegenheiten, eine erneuerte deutsch-französische Partnerschaft zu Europas Vorteil einzubringen, würde es in den kommenden Jahren nicht fehlen.“⁶⁹ Diese von Müller-Brandeck-Bocquet bereits im Jahre 2001 angesprochene Gelegenheit einer Partnerschaft für Europa sollte sich im Europäischen Konvent finden und sich im Sinne eines Vorteils für Europa auch bewahrheiten. Bevor Deutschland und Frankreich ihre Partnerschaft allerdings wieder konstruktiv zum Vorteil Europas einzubringen vermochten, bedurften die bilateralen Beziehungen nach der aufgetretenen Zwietracht einer Erneuerung.

3.3 Die Relance der deutsch-französischen Beziehungen

Die Erosion in der deutsch-französischen Sonderbeziehung war seit der deutschen Wiedervereinigung immer stärker geworden und kam in den Verhandlungen über den Vertrag von Nizza zum Ausbruch. Die deutsche Einheit und das Ende des Ost-West-Konfliktes hatten das deutsch-französische Verhältnis fundamental verändert, allerdings wurde versäumt, die privilegierten Beziehungen auf eine neue und gleichberechtigte Basis zu stellen.⁷⁰

In Berlin und Paris war man sich der Tatsache bewusst, dass der weitere Integrationsprozess in Form des europäischen Konvents und der bevorstehenden Osterweiterung nur durch eine aufrechte deutsch-französische Zusammenarbeit gelingen kann. Es galt daher sowohl die Beziehung zwischen Chirac und Schröder als auch das deutsch-französische Verhältnis im Zuge der Jahrtausendwende zu erneuern.

3.3.1 Aufbau eines bilateralen Netzes an Konsultations- und Kooperationsmechanismen

Nach der schwersten Vertrauenskrise zwischen Deutschland und Frankreich⁷¹ waren zwei Ereignisse maßgeblich für die Revitalisierung des deutsch-französischen Verhältnisses verantwortlich: Zum einen die Einsetzung der Blaesheim-Treffen, zum anderen die

⁶⁷ Schild 2001: 9.

⁶⁸ Vgl. Woyke 2010: 220 f.

⁶⁹ Müller-Brandeck-Bocquet 2001: 201.

⁷⁰ Vgl. Müller-Brandeck-Bocquet 2010b: 202.

⁷¹ „La crise de la confiance la plus grave que connaissent la France et l’Allemagne depuis 1974“, so: Stark 2001: 289.

Feierlichkeiten zum 40. Jahrestag des Élysée-Vertrags. Diese Revitalisierung sollte sich auch in der Europapolitik bemerkbar machen.

3.3.1.1 Blaesheim-Prozess

Ende Januar 2001 kamen der französische Staatspräsident Chirac, Premierminister Jospin und Außenminister Védrine mit Bundeskanzler Schröder und Außenminister Fischer in dem elsässischen Ort Blaesheim zusammen. In diesem persönlichen und privaten Rahmen einigte man sich darauf, dass der übliche Konsultationsrhythmus durch zusätzliche und regelmäßige informelle Treffen erweitert werden sollte.⁷² Chrystelle Nourry spricht in diesem Zusammenhang auch von einem zweiten Atem, der den bilateralen Beziehungen eingehaucht wurde:

„(...) les deux gouvernements décident de réagir en créant de nouvelles habitudes de rencontres et des outils de travail plus pratiques, qui permettent à la coopération bilatérale de se moderniser et de prendre un second souffle.“⁷³

Diese inoffiziellen bilateralen Gespräche zwischen dem deutschen Bundeskanzler, dem französischen Staatspräsidenten und den Außenministern, die sogenannten „Blaesheim-Treffen“, werden in einem Zeitraum von sechs bis acht Wochen unter Ausschluss der Öffentlichkeit abgehalten. Es handelt sich vor allem um eine vertrauensbildende Maßnahme, bei der Meinungen und Hintergrundgedanken ausgetauscht werden. Die Blaesheim-Treffen, von Bundeskanzlerin Merkel und dem französischen Staatspräsidenten Sarkozy in ihrer Tradition fortgeführt, gelten als erster Schritt der Erneuerung des bilateralen Verhältnisses.

3.3.1.2 „Schwungrad der europäischen Integration“

Bereits Ende 2001 wurden „die ersten Früchte des neuen Dialogs“⁷⁴ eingefahren. Bei den 78. deutsch-französischen Konsultationen im November 2001 in Nantes kehrte man inhaltlich und politisch wieder zu gemeinsamen Positionen zurück und besann sich erneut auf die Antriebskraft, die ein aktiver deutsch-französischer Bilateralismus für Europa bedeuten kann. In der abschließenden gemeinsamen Erklärung heißt es:

„Zu den traditionellen Zielen der deutsch-französischen Zusammenarbeit gehört, dass sie das Schwungrad der europäischen Integration bildet. Wie dies in der Geschichte der europäischen Integration bereits der Fall war, sind Frankreich und Deutschland nun, da eine Debatte über die Zukunft der Union beginnt, im Hinblick auf die

⁷² Vgl. Woyke 2010: 221.

⁷³ Nourry 2006: 513.

⁷⁴ Woyke 2010: 221.

*Regierungskonferenz von 2004 entschlossen, neue Anstöße zu geben, um den Elan des europäischen Projekts zu bewahren und zu verstärken.*⁷⁵

Darüber hinaus bekannten sich Deutschland und Frankreich zu einer europäischen Verfassung als „wesentlichen Schritt im historischen Prozess der europäischen Integration“⁷⁶. Guérot sieht hierin sogar „den Mut und das Engagement bekundet, sich inhaltlich und politisch wieder an die Spitze der europäischen Reform zu setzen.“⁷⁷ Ferner einigte man sich bei den im Konvent zu behandelnden Themen.⁷⁸

Ein weiterer wesentlicher Schritt zur Überwindung der „bilateralen Beziehungskrise“⁷⁹ wurde durch die Präsidentschaftswahl in Frankreich am 21.4.2002 sowie der darauffolgenden Stichwahl am 5.5.2002 und durch die Bundestagswahl in Deutschland am 22.9.2002 getan. Entgegen aller Erwartungen in Berlin und Paris⁸⁰ sollten Bundeskanzler Schröder und Staatspräsident Chirac wiedergewählt werden.

*„(...) da die Wähler 2002 beiderseits des Rheins anders entschieden, waren Schröder und Chirac fortan zur Kooperation verdammt, wenn sie Europa voranbringen und ihre jeweiligen Interessen in der neuen, vergrößerten EU gewahrt wissen wollten.“*⁸¹

Das Tandem Schröder – Chirac, welches anfänglich Schwierigkeiten hatte sich zu finden, erhielt durch die Wahlen erneut Gelegenheit, sich in der Europapolitik zu beweisen.

Die erste Bewährungsprobe in der neuen Amtszeit stellte die Finanzierung und Gestaltung der EU-Osterweiterung dar. Da die Landwirtschaft etwa die Hälfte des EU-Etats in Anspruch nimmt und die neuen Beitrittsländer im Osten sehr viel stärker agrarisch geprägt sind als die alten EU-Mitgliedsstaaten, hätte eine Fortführung der bisherigen Finanzierung zu einer Kostenexplosion geführt.⁸² In Bezug auf die Finanzierbarkeit ging es um die klassische deutsch-französische Auseinandersetzung um den EU-Haushalt. „Die Interessen von Deutschland als größter Nettozahler und Frankreich als eines der Länder, die finanziell massiv von der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) profitieren, könnten gegensätzlicher nicht sein.“⁸³ Bereits auf dem Berliner EU-

⁷⁵ Auswärtiges Amt und Ministère des Affaires étrangères 2001.

⁷⁶ Ebd.

⁷⁷ Guérot 2002b: 34 f.

⁷⁸ Einigkeit wurde bei der Frage der Kompetenzabgrenzung zwischen der Union und den Mitgliedsstaaten erzielt, bei der Rolle der nationalen Parlamente im politischen System der EU, bei der Vereinfachung der Verträge sowie für die Aufnahme der Grundrechtscharta in die Verträge.

⁷⁹ Müller-Brandeck-Bocquet 2010b: 202.

⁸⁰ Während Berlin mit einer Abwahl Chiracs rechnete, setzte dieser unverhohlen auf eine Bundeskanzlerschaft des Unionskandidaten Edmund Stoiber.

⁸¹ Müller-Brandeck-Bocquet 2010b: 202.

⁸² Vgl. Thomas 2003: 33 f.

⁸³ Guérot 2003: 17.

Gipfel im März 1999 hatte sich die GAP als Spaltpilz in den deutsch-französischen Beziehungen erwiesen, da sich Frankreich gegen den deutschen Vorschlag einer Kofinanzierung gewandt hatte und einer Reform so entgegenstand. Als selbst ernanntes „Schwungrad der Integration“ überraschten Deutschland und Frankreich die übrigen EU-Mitgliedsstaaten auf dem Gipfeltreffen in Brüssel am 24./25. Oktober 2002 sodann jedoch mit einem Kompromiss in der Agrarfrage. Schröder und Chirac verständigten sich darauf, die Agrarausgaben der EU ab 2007 auf dem Niveau von 2006 einzufrieren, mit einem Inflationsausgleich von einem Prozent pro Jahr. Für die Beitrittskandidaten war ein *phasing-in* in die Direktbeihilfen vorgesehen, wobei diese ab 2004 sukzessive aufgestockt werden sollten.⁸⁴ Diese Einigung in der Agrarfrage war sowohl ein Erfolg für die EU als auch für das erneuerte deutsch-französische Tandem. Darüber hinaus vermochten es Chirac und Schröder, diesen Kompromiss in innenpolitisches Kapital umzumünzen.⁸⁵ Vor allem ist aber hervorzuheben, dass „Deutschland und Frankreich die historisch und politisch wichtigste Herausforderung für die Union, die Osterweiterung, nicht an der Agrarfrage [haben] scheitern lassen.“⁸⁶ Dieser Finanzkompromiss, so Müller-Brandeck-Boquet, machte den Weg frei für eine nachhaltige Verbesserung der deutsch-französischen Beziehungen, die es angesichts der bevorstehenden Aufgaben dringend bedurfte.⁸⁷

Der Titel „Schwungrad der europäischen Integration“ sollte zum Ende des Jahres 2002 jedoch relativiert werden. Die Überschreitung des Defizitkriteriums von 3% und das ab Herbst 2002 eingeleitete Defizitverfahren von Brüssel gegen Deutschland und Frankreich veranlasste beide Staaten zu einem erneuten Schulterschluss. Schröder und Chirac behielten sich vor, den Stabilitäts- und Wachstumspakt „flexibel“ auszulegen und so die Defizitkriterien auszuhebeln.⁸⁸ Damit begingen sie kollektiv den europapolitischen Sündenfall. Das gemeinsame Vorgehen führte zur Aussetzung des Defizitverfahrens⁸⁹ und offenbarte zugleich eine „neue Spielart der deutsch-französischen Kooperation (...):

⁸⁴ Den Beitrittskandidaten werden zunächst 25% der Direktbeihilfen zugesprochen, 2005 dann 30%, 2006 dann 35% usw. bis sie 2013 das Niveau der Altmitglieder erreichen. Für eine detaillierte Darstellung siehe Guérot 2002a.

⁸⁵ Während der französische Staatspräsident den französischen Landwirten die erfreuliche Nachricht überbringen konnte, dass alles beim Alten bleibt, erreichte Schröder durch die Agrarreform, dass die deutschen Nettoausgaben durch die Osterweiterung nicht endlos steigen.

⁸⁶ Guérot 2003: 17.

⁸⁷ Vgl. Müller-Brandeck-Bocquet 2004: 247.

⁸⁸ Schröder forderte, dass die jeweilige Haushaltspolitik und Konjunkturlage bei der Defizitberechnung zu berücksichtigen sei.

⁸⁹ Letztendlich mündete diese Absprache im März 2005 in einer Reform des Stabilitäts- und Wachstumspaktes, in der die Maastrichter Defizitkriterien aufgeweicht wurden. Vgl. Müller-Brandeck-Bocquet 2010b: 204.

wechselseitige Solidarität im Zeichen der geteilten Schwäche.⁹⁰ Nur gemeinsam waren Deutschland und Frankreich in der Lage, ihre Forderungen gegenüber der Kommission Ausdruck zu verleihen; ein einzelner Finanzminister wäre hier wohl kaum in der Lage gewesen.⁹¹

3.3.1.3 40. Jahrestag des Élysée-Vertrages

Seit dem formalen Erweiterungsbeschluss der Union von 1997 standen sich Deutschland und Frankreich auf den entscheidenden EU-Gipfeln eher als Kontrahenten denn als Partner gegenüber.⁹² Der Motor der Integration war offenkundig ins Stocken geraten. Beiderseits des Rheins war man sich einig, dass „Anspruch und Realität der deutsch-französischen Beziehungen bei weitem nicht mehr miteinander übereinstimmen.“⁹³

Nach den bilateralen Initiativen zur Arbeit des EU-Verfassungskonvents⁹⁴ wurde der 40. Jahrestag des Élysée-Vertrags am 22.1.2003 genutzt, um die bilateralen Beziehungen auf eine neue Grundlage zu stellen. Anlässlich des Jubiläums sollte es nicht nur zu einer symbolischen Inszenierung deutsch-französischer Versöhnung und Zusammenarbeit kommen, sondern auch zu einer Erneuerung der privilegierten Sonderbeziehung innerhalb der Europäischen Union.⁹⁵ In der „Gemeinsamen Erklärung zum 40. Jahrestag des Élysée-Vertrages“⁹⁶ wurde die deutsch-französische Freundschaft in den Dienst einer gemeinsamen Verantwortung für Europa gestellt und ein umfassendes Programm der Intensivierung bilateraler Kooperation vereinbart.⁹⁷ In der Tat hat „die Kooperation [daraufhin] eine nie dagewesene Dichte erreicht.“⁹⁸ Neben einer ganzen Reihe von Vorschlägen zur Kooperationsvertiefung in verschiedenen Politikbereichen stellt der verstärkte bilaterale Abstimmungsprozess die sichtbarste qualitative Veränderung dar. Die bisherigen halbjährlichen Regierungskonsultationen werden in einen „Deutsch-Französischen Ministerrat“ unter Beteiligung aller Kabinettsmitglieder umgewandelt, die von den Außenministern vorbereitet werden. Darüber hinaus wird das Amt eines „Beauftragten für die deutsch-französische Zusammenarbeit“ nebst Stellvertreter aus dem

⁹⁰ Baasner 2004: 61.

⁹¹ Vgl. ebd., 61 f.

⁹² Siehe hierzu ausführlicher: Froehly 2000.

⁹³ Koopmann 2003: 30.

⁹⁴ Siehe Kapitel 3.4.

⁹⁵ Vgl. Koopmann 2003, 2.

⁹⁶ Abrufbar unter Auswärtiges Amt and Ministère des Affaires étrangères 2003.

⁹⁷ Im Vorfeld des Jubiläums brachte Staatspräsident Chirac die Idee eines „neuen Gründungsaktes“ zur Redynamisierung der bilateralen Beziehungen ein. Diesem Vorschlag stand man in Deutschland jedoch skeptisch gegenüber, da eine nachdrückliche Betonung des Bilateralismus in Form einer Vertragserneuerung das seit Nizza angespannte Verhältnis zwischen großen und kleinen Mitgliedsstaaten weiter belastet und Direktoriumsängsten weiter Vorschub geleistet hätte. Vgl. Schild 2003b: 12.

⁹⁸ Schwarzer 2006: 6.

jeweils anderen Land geschaffen.⁹⁹ Diese Stellen sind im Kanzleramt bzw. beim französischen Premierminister angesiedelt, um einen maximalen „Top-down-Durchgriff“ zu gewährleisten.¹⁰⁰ In der Erklärung wird an die Beauftragten die Erwartung gerichtet, „die Annäherung unserer beiden Länder in den europäischen Gremien [zu koordinieren]“. ¹⁰¹

Dieser verstärkte bilaterale Abstimmungsprozess soll für die Umsetzung der in der Gemeinsamen Erklärung niedergelegten Inhalte sorgen, die sich in vier Bereiche gliedern:

1. Maßnahmen zur Stärkung der gesellschaftlichen Beziehungen zwischen beiden Ländern.
2. Innenpolitische Abstimmungen, z.B. die Harmonisierung nationaler Gesetzgebung oder Abstimmungen in Fragen der Wirtschafts- und Finanzpolitik.
3. Vertretung gemeinsamer Positionen in internationalen Gremien durch eine verbesserte außenpolitische Zusammenarbeit.
4. Vorschläge für europäische Initiativen, etwa die Schaffung einer Europäischen Sicherheits- und Verteidigungsunion.¹⁰²

Sowohl der Blaesheim-Prozess als auch die Feierlichkeiten zum 40. Jahrestag des Élysée-Vertrags haben deutlich gemacht, dass Deutschland und Frankreich weiterhin an ihrem bilateralen Sonderverhältnis festhalten. Obwohl in der „Gemeinsamen Erklärung zum 40. Jahrestag des Élysée-Vertrages“ hervorgehoben wurde, der europäischen Integration neue Impulse zu verleihen, so liegt der „Schwerpunkt der Deklaration (...) auf der Stärkung des bilateralen Abstimmungsprozesses.“¹⁰³ Hierfür wurde das Netzwerk der bilateralen Kooperation intensiviert und neue Institutionen geschaffen. Die großen europapolitischen Themen sind vor allem den bilateralen Konsultationen im Rahmen der Blaesheim-Treffen vorbehalten. Letztendlich muss aber auch konstatiert werden, dass das deutsch-französische Sonderverhältnis von den übrigen EU-Mitgliedsstaaten nicht mehr nur als „Segen des europäischen Integrationsprozesses“¹⁰⁴ betrachtet wird. Koopmann weist in diesem Zusammenhang daraufhin, dass die Gemeinsame Erklärung auch ein „Bekenntnis zur Nicht-Exklusivität“ der deutsch-französischen Beziehungen hätte enthalten

⁹⁹ Aktuell bekleidet Pierre Lelouche auf französischer Seite und Werner Hoyer auf deutscher Seite dieses Amt. Für weitere Informationen siehe Auswärtiges Amt und Ministère des Affaires étrangères.

¹⁰⁰ Vgl. Schild 2003a: 3, vgl. Vogel 2004: 2 f.

¹⁰¹ Auswärtiges Amt und Ministère des Affaires étrangères 2003.

¹⁰² Vgl. Schwarzer 2006: 14.

¹⁰³ Koopmann 2003: 31.

¹⁰⁴ Ebd., 31.

müssen.¹⁰⁵ Wie effektiv diese Exklusivität der bilateralen Beziehungen hingegen sein kann, stellten die in den europäischen Konvent eingebrachten deutsch-französischen Initiativen dar.

3.4 Deutsch-französische Abstimmung im Kontext des Verfassungskonvents

Aufgrund der geringen Fortschritte in den Regierungsverhandlungen von Amsterdam und Nizza hatten sich die Staats- und Regierungschefs auf dem ER in Laeken auf die Einberufung eines Europäischen Konvents zur Vorbereitung der kommenden Regierungskonferenz geeinigt.¹⁰⁶ Der Konvent unter Vorsitz des ehemaligen französischen Staatspräsidenten Valéry Giscard d'Estaing tagte vom 28.2.2002 bis zum 10.6.2003. Am 18.7.2003 wurde der Entwurf eines Vertrages über eine Verfassung für Europa dem Präsidenten des Europäischen Rates, seinerzeit der italienische Ministerpräsident Silvio Berlusconi, überreicht. Der Konvent hatte den Auftrag, Vorschläge zu drei Anliegen zu unterbreiten,

„nämlich den Bürgern das europäische Projekt und die europäischen Organe näher zu bringen, das politische Leben und den europäischen politischen Raum in einer erweiterten Union zu strukturieren und die Union zu einem Stabilitätsfaktor und zu einem Vorbild in der neuen Weltordnung zu machen.“¹⁰⁷

Die wiedergefundene Balance zwischen Deutschland und Frankreich sollte sich dabei positiv auf die Arbeit des Konvents auswirken. Um die Jahreswende 2002/2003 erarbeiten Berlin und Paris vier gemeinsame Dokumente – eine regelrechte „Initiativenflut“¹⁰⁸ – mit denen sie die Arbeit des Konvents unterstützten und die Verfassungsdebatte in wichtigen Fragen nachhaltig voranbrachten. Mit diesen gemeinsamen Beiträgen dokumentierten beide Staaten, wie weitreichend sie in der Lage waren, europapolitische Impulse zu geben. Die Außenminister Fischer und de Villepin legten dem Konvent Vorschläge zum Bereich Sicherheits- und Verteidigungspolitik, zum Raum der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts, zur Stärkung der wirtschaftspolitischen

¹⁰⁵ Vgl. ebd., 31.

¹⁰⁶ Im Gegensatz zu den bisherigen Regierungskonferenzen setzte sich der Europäische Konvent aus insgesamt vier Komponenten zusammen: Zwei nationale Parlamentarier pro Land, 16 Europaparlamentarier, einem Vertreter der Regierung sowie zwei Vertreter der Kommission. Für eine detaillierte Darstellung über die Zusammensetzung und die Arbeitsweise des Konvents siehe Schöll 2006: 55 ff.

¹⁰⁷ Europäischer Konvent 2003: 1.

¹⁰⁸ Koopmann 2003: 30.

Zusammenarbeit und zum institutionellen Aufbau der Union vor.¹⁰⁹ Insbesondere der Beitrag zur institutionellen Architektur der Union vom 15.01.2003 erfuhr große Beachtung. Gemeinsam plädierten Deutschland und Frankreich für „eine (gleichgewichtige) Stärkung des institutionellen Dreiecks sowie eine grundlegende Reform der Außenvertretung der Union in der Europäischen Verfassung“, um den Anforderungen der Institutionen nach „Klarheit, Legitimität und Effizienz“ gerecht zu werden. Der Europäische Rat sollte daher mit qualifizierter Mehrheit einen dauerhaften Vorsitz für die Dauer von zweieinhalb bzw. fünf Jahren wählen. Dieser Vorsitzende sollte den Sitzungen und Arbeiten des Europäischen Rates vorstehen und die EU auf internationaler Ebene vertreten. Gleichzeitig war vorgesehen, dass die operative Außen- und Sicherheitspolitik durch das neu geschaffene Amt des europäischen Außenministers wahrgenommen wird, der die Ämter des Hohen Repräsentanten für die GASP und des Kommissars für Außenbeziehungen in Personalunion ausübt (die sogenannte Doppelhut-Funktion). Der künftige Außenminister sollte als Vizepräsident der Kommission fungieren und von einem „Europäischen Diplomatischen Dienst“ unterstützt werden. Ferner wurde der Vorschlag unterbreitet, dass Beschlüsse im Bereich der GASP generell mit qualifizierter Mehrheit zu fassen sind, soweit sie keine militärischen oder verteidigungspolitischen Bezüge aufweisen. Für die Europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik (ESVP) wurde vorgeschlagen, das Instrument der Verstärkten Zusammenarbeit auch für diesen Bereich nutzbar zu machen.

Bezüglich der Kommission wurde eine Stärkung des Kommissionpräsidenten empfohlen. Dieser sollte vom Europäischen Parlament gewählt und vom ER mit qualifizierter Mehrheit bestätigt werden. Für den Ministerrat sah der deutsch-französische Vorschlag eine „größere exekutive Verantwortung“ vor, „die eine dauerhafte Vorsitzregelung bedingt.“ Die Beschlüsse sollten „in der Regel mit qualifizierter Mehrheit gefasst werden.“ Gemeinsam mit dem Rat würde das EP nach dem Vorschlag die legislative Gewalt ausüben. „Jede Ausweitung der Mehrheitsentscheidung im Rat wird automatisch mit der Mitentscheidung des Europäischen Parlaments verbunden.“¹¹⁰ Dieser deutsch-französische Vorschlag liest sich äußerst integrationsfreundlich. Zudem veranschaulichen

¹⁰⁹ Die Vorschläge sind abgedruckt in: Dokumente – Zeitschrift für den deutsch-französischen Dialog 2/2003: 37-46.

¹¹⁰ Der deutsch-französische Beitrag für den Europäischen Konvent zum institutionellen Aufbau der Union vom 15.1.2003 ist abgedruckt in: Dokumente - Zeitschrift für den deutsch-französischen Dialog 2/2003: 43 ff.

„all diese Vorschläge (...) geradezu perfekt, wie produktiv und innovativ die deutsch-französische Konsensmaschine funktionieren kann.“¹¹¹

Dass Deutschland und Frankreich eine „Art Synthese zwischen supranational-integrationistischen und intergouvernementalen Denkschulen“¹¹² präsentierten, überrascht zunächst, widerspricht etwa die Position eines EU-Präsidenten doch diametral der „deutschen Europa-Orthodoxie“¹¹³. Bei dieser Synthese handelte es sich aber vielmehr um eine „Addition der Ausgangspositionen“¹¹⁴, um gegenseitige Zugeständnisse. So waren die Wahl des Kommissionspräsidenten durch das EP sowie die Funktion des europäischen Außenministers und dessen Anbindung an die Kommission Konzessionen an Deutschland, während im Gegenzug die Schaffung des Amtes des Präsidenten des ER die Konzession an Frankreich und Präsident Chirac darstellte, der schon seit Jahren für dessen Einberufung plädierte.¹¹⁵

Zugleich wird offensichtlich, dass die Vorschläge zur Architektur der EU von der jeweiligen nationalen Verfassungstradition geprägt waren. Während in Deutschland die gegenseitige Verzahnung von Regierung und Parlament zur Übertragung dieser Idee auf die europäische Ebene führte,¹¹⁶ scheint Frankreich als Vertreter einer starken Exekutive die Idee eines Präsidenten des Europäischen Rates lanciert zu haben.¹¹⁷

Welche Bedeutung hatten die deutsch-französischen Vorschläge letztendlich für die Arbeit des Konvents? Inwiefern ist die deutsch-französische Handschrift im „Entwurf eines Vertrages über eine Verfassung für Europa“ erkennbar?

Die deutsch-französischen Beiträge, allen voran der Vorschlag zur institutionellen Architektur der Union, gelten zunächst als höchst ambitioniert und veranschaulichen die Rolle Deutschlands und Frankreichs im Verfassungsgebungsprozess. Ambitioniert deshalb, weil dieser Beitrag maßgeblich

„touche à la question la plus décisive pour le succès de la Convention, le domaine le plus sensible également puisqu’il met aux prises les intérêts essentiels des Etats membres et conditionne l’ensemble de l’équilibre de la Constitution.“¹¹⁸

¹¹¹ Müller-Brandeck-Bocquet 2010b: 206.

¹¹² Schild 2003a: 5.

¹¹³ Müller-Brandeck-Bocquet 2010b: 206.

¹¹⁴ Schild 2003a: 5.

¹¹⁵ Vgl. Müller-Brandeck-Bocquet 2010b: 206 sowie Schild 2003a: 5.

¹¹⁶ Die Wahl des Kommissionspräsidenten durch das EP ist mit der Wahl des Bundeskanzlers durch das Parlament vergleichbar.

¹¹⁷ Vgl. Vogel 2007: 154 f. Die Idee eines dauerhaften Ratspräsidenten fand ihren Ursprung in dem sogenannten ABC-Vorschlag, der von Aznar, Blair und Chirac in den Konvent eingebracht wurde.

¹¹⁸ Gasnier-Jeannot 2004: 113.

Der deutsch-französische Vorschlag, der eine Synthese zweier klassischer Optionen darstellt, indem er sowohl die föderale als auch die intergouvernementale Komponente stärkt und damit das institutionelle Gleichgewicht der EU-Institutionen nicht ins Wanken bringt, stellt sich dabei nicht als maßgebliche Vision dar. Absichtlich wurden einige Punkte lückenhaft dargestellt, wie die Definition der qualifizierten Mehrheit im Ministerrat, um so einen Spielraum der Vertiefung und der Perfektionierung für den Konvent zu bieten.¹¹⁹

Auch wenn die Art des Zustandekommens dieses Vorschlags viele Konventsteilnehmer aufbrachte,¹²⁰ so vertreten Gasnier-Jeannot und Müller-Brandeck-Boquet die Ansicht, dass das deutsch-französische Paar ein weiteres Mal seiner Rolle als Integrationsmotor gerecht wurde und die Zukunft Europas prägte,¹²¹ denn das vom Konvent verfasste institutionelle Kapitel greift auf die großen architektonischen Linien des deutsch-französischen Vorschlags zurück. Auch in dem von den Europäischen Staats- und Regierungschefs am 17./18. Juni 2004 angenommenen „Vertrag über eine Verfassung für Europa“ (VVE) ist das Gros der Innovationen eingegangen, wie etwa das Amt eines gewählten EU-Präsidenten, die Einsetzung eines Europäischen Außenministers, die verschiedenen Möglichkeiten der flexiblen Zusammenarbeit oder die Ausweitung des qualifizierten Mehrheitsentscheids.¹²² „Le projet de Constitution s’inspire donc très largement des recommandations contenues dans la contribution commune.“¹²³

Dieses „Meisterstück deutsch-französischer Diplomatie und (...) Bravourstück für die deutsch-französische Motorenrolle“ stand aber zugleich im „Schatten der Turbulenzen“ des Irak-Konflikts.¹²⁴ Die Neubelebung des bilateralen Verhältnisses sollte sich nun auch auf internationaler Ebene widerspiegeln.

3.5 Irak-Krise

Der Krieg im Irak, der durch die Invasion der USA und ihrer „Koalition der Willigen“ Ende März 2003 begann, markiert nach dem 11. September 2001 einen weiteren Einschnitt in der Weltpolitik. Stand Europa nach dem Terrorangriff vom 11. September

¹¹⁹ Vgl. ebd., 114

¹²⁰ Vgl. Brok 2003: 19.

¹²¹ Vgl. Gasnier-Jeannot 2004: 122 sowie Müller-Brandeck-Bocquet 2010b: 207.

¹²² Vgl. Müller-Brandeck-Bocquet 2010b: 207 f. Der VVE scheiterte zunächst im Dezember 2003 auf dem EU-Gipfel in Brüssel. Dies ist sowohl der mangelnden Kompromissbereitschaft Polens und Spaniens anzulasten, die gegen die neue Regel der Stimmenwägung waren, als auch auf die kompromislose Haltung Deutschlands und Frankreichs zurückzuführen, die sich frühzeitig auf eine harte Position festlegten. Durch die Erhöhung der Quoren der doppelten Mehrheit auf 55 bzw. 65% wurde ein Kompromiss gefunden, der schließlich zur Annahme des VVE durch den ER am 18.6.2004 führte.

¹²³ Gasnier-Jeannot 2004: 130.

¹²⁴ Vgl. Guérot 2007b: 386.

geschlossen an der Seite der USA, so entwickelte sich die Irakpolitik der Bush-Administration zu einem „Spaltpilz für Europa“¹²⁵. Der wiedergefundene deutsch-französische Gleichklang und der ostentative Schulterchluss in der Irak-Krise hatten erhebliche Auswirkungen auf das deutsch-französische Tandem, seine Rolle in Europa und auf die transatlantischen Beziehungen.

3.5.1 Deutsch-französischer Schulterchluss in der Irak-Krise

Die Irak-Krise, die seit Sommer 2002 die internationale Politik dominierte, stellte die internationale und insbesondere die europäische Staatengemeinschaft vor eine Zerreißprobe. Deutschland und Frankreich haben durch die vorherige Neubelebung des bilateralen Verhältnisses zu einem Schulterchluss in der Irak-Frage gefunden, welcher durch die diffamierende Einteilung des europäischen Kontinents durch den US-Verteidigungsminister Rumsfeld in ein „Old Europe“ und in ein „New Europe“ noch verstärkt wurde.¹²⁶ Von einer gemeinsamen Positionierung Deutschlands und Frankreichs im Vorfeld des Konfliktes konnte aber nicht die Rede sein. Nachdem sich der britische Premierminister Tony Blair im April 2002 frühzeitig auf eine Kriegsbeteiligung an der Seite der USA festlegte, bekundete Bundeskanzler Schröder im deutschen Bundestagswahlkampf im August 2002 seine kategorische Ablehnung einer deutschen Kriegsbeteiligung.¹²⁷ Frankreich hingegen war bis zum Jahreswechsel 2002/2003 noch keineswegs auf einen Antikriegskurs festgelegt, da auch Chirac nicht gewillt war, den irakischen Bruch der UN-Resolutionen hinzunehmen.¹²⁸

Die deutsch-französische Entente kristallisierte sich erst an der von Chirac betriebenen „UNO-Schlacht“¹²⁹ heraus. Als ständiges UNO-Sicherheitsratsmitglied mit Vetorecht begriff sich Frankreich als den USA ebenbürtig. Es ging Chirac darum, die Autorität der UNO und ihr Gewaltmonopol zu sichern. Würde die UN hingegen irrelevant, wie es die Bush-Administration anstrebte, dann wäre ein nutzbringendes Instrument französischer Außenpolitik entwertet.¹³⁰ In den Verhandlungen um die Resolution 1441 setzte sich

¹²⁵ Hacke 2003: 8.

¹²⁶ Die Einteilung in ein „neues“ und „altes“ Europa richtete sich an der Unterstützung eines US-amerikanischen Waffengangs gegen den Irak aus. Als „altes“ Europa galten insbesondere Deutschland und Frankreich. Das „neue“ Europa wurde vor allem durch die mittel- und osteuropäischen Staaten repräsentiert, die sich mit den USA solidarisierten.

¹²⁷ Diese Ablehnung unterstrich Schröder u.a. bei einem Auftritt in Goslar am 21.1.2003, indem er unmissverständlich erklärte: „Rechnet nicht damit, dass Deutschland einer den Krieg legitimierenden Resolution zustimmt, rechnet nicht damit.“ Dadurch untergrub er die Autorität des UN-Sicherheitsrates. Vgl. Spiegel online 2003.

¹²⁸ Vgl. Müller-Brandeck-Bocquet 2004: 254 f.

¹²⁹ Woyke 2010: 234.

¹³⁰ Vgl. ebd., 234.

Chirac sodann mit seiner Ablehnung eines kriegslegitimierenden Automatismus durch, wodurch das Gewaltmonopol des Sicherheitsrates bewahrt wurde. Die „kriegswilligen Angelsachsen“¹³¹ drängten jedoch trotz attestierter Kooperationsbereitschaft des Iraks bei den Kontrollmaßnahmen auf eine den Krieg legitimierende Resolution. Nach der französischen und russischen Androhung eines Vetos im Sicherheitsrat gaben Frankreich, Russland und Deutschland am 10.2.2003 eine gemeinsame Erklärung ab. Unter dem Titel „Es gibt noch eine Alternative zum Krieg“ plädierten die drei Staaten dafür, „der friedlichen Entwaffnung des Irak alle Chancen zu geben.“¹³² Obwohl eine kriegslegitimierende Resolution nicht zu Stande kam und Deutschland und Frankreich in einem Resolutionsentwurf vom 14.3.2003 vorschlugen, die Inspektionen zu verlängern und aufzustocken, was auch der Position der EU entsprach, begannen Amerikaner und Briten die Irak-Offensive am 20.3.2003 ohne UN-Mandat.¹³³

3.5.2 Die Auswirkungen der deutsch-französischen Irakpolitik

Anlässlich des 40. Jahrestages des Elysée-Vertrages verabschiedeten Deutschland und Frankreich eine gemeinsame Erklärung, in der sie sich gegen einen Krieg im Irak aussprachen. Deutschland sei, so Hacke, in den antiamerikanischen Sog geraten.

„40 Jahre nach Unterzeichnung des deutsch-französischen Vertrages von 1963 wurde bei den Feierlichkeiten in Paris diesem Ereignis eine neue amerikakritische Spitze gegeben, als Chirac und Schröder gemeinsame Kritik an der Irakpolitik der USA zum Anlass nahmen, die Vision eines europäischen Europas in Distanz zu den USA zu entwickeln.“¹³⁴

Wenngleich nicht so intendiert, so entstand der Eindruck, dass Deutschland und Frankreich im Namen Europas sprachen, wodurch sich vor allem in den mittel- und osteuropäischen (MOE) Staaten Widerstand regte. Die hiesigen Regierungen waren nicht gewillt, dem deutsch-französischen Tandem zu folgen. Die entsprechende Reaktion folgte in Form des „Briefs der Acht“¹³⁵, der eine Solidaritätsbekundung für die Irakpolitik der USA und eine Abstrafung des deutsch-französischen Duos für seinen bilateralen

¹³¹ Müller-Brandeck-Bocquet 2003: 45.

¹³² Die Erklärung ist abgedruckt in: Blätter für deutsche und internationale Politik 3/2003: 372.

¹³³ Vgl. Müller-Brandeck-Bocquet 2004: 256 f.

¹³⁴ Hacke 2003: 10.

¹³⁵ Hierzu zählen die fünf EU-Mitgliedsstaaten Großbritannien, Italien, Spanien, Portugal und Dänemark sowie die damaligen EU-Kandidatenländer Tschechien, Ungarn und Polen. Es war weniger der Inhalt der Erklärung, der für Verstimmungen zwischen den beiden Gruppen sorgte, als vielmehr die Art des Zustandekommens, da die die EU-Kriegsgegner nicht um Unterzeichnung gefragt wurden. Der Aufruf ist abgedruckt in: Blätter für deutsche und internationale Politik 3/2003: 372.

Unilateralismus darstellte.¹³⁶ Obwohl auf dem EU-Sondergipfel am 17. Februar versucht wurde, eine nach außen gemeinsame Position zu finden, so konnte nicht verborgen werden, dass „Europa (...) in der Irak-Frage zutiefst gespalten“¹³⁷ war. Der französische Staatspräsident Chirac strapazierte das angespannte Verhältnis zu den MOE-Staaten noch weiter, indem er diesen mit Blick auf den Brief vorwarf, eine gute Gelegenheit zum Schweigen verpasst zu haben.¹³⁸

Diese Spaltung Europas führte laut Guérot zu einem Bedeutungsverlust des deutsch-französischen Motors. „Der Motor hat (...) seine essentielle Funktion verloren, indem er andere europäische Staaten nicht mehr nach sich zieht.“¹³⁹ Die große Mehrheit der EU-Staaten schloss sich der US-amerikanischen Position an. Deutschland und Frankreich hatten ihre europäische Meinungsführerschaft eingebüßt.

Es ist aber nicht dieser demonstrative Schulterchluss zwischen Deutschland und Frankreich der überrascht, sondern die spektakuläre Positionierung gegenüber den USA. Erstmals in seiner europäischen Geschichte stellte sich Deutschland gegen seinen transatlantischen Partner und läutete somit ein Novum in der bundesdeutschen Balancepolitik zwischen Washington und Paris, dem „Vernunftdreieck deutscher Außenpolitik“¹⁴⁰, ein. Waren die transatlantischen Beziehungen und die europäische Integration für die Bundesrepublik stets zwei Seiten derselben Medaille, so sah sich Deutschland auf einmal gezwungen, sich zwischen den USA und Frankreich zu entscheiden. Vor allem durch die gemeinsame Erklärung beim Elysée-Vertragsjubiläum wird diese Entwicklung augenscheinlich. Führte Deutschland dem damaligen Vertrag noch eine Präambel an, um das Verhältnis zu den USA ausdrücklich zu betonen, so belastete der 40. Jahrestag die Beziehungen zu den USA.

Frankreich ging es hingegen nur vordergründig um den Irak-Krieg. Der „neogaullistische Zungenschlag“¹⁴¹ im Kontext der Irak-Krise war nicht zu übersehen, in der die EU als Gegenmacht der USA wiederbelebt werden sollte. Das bilaterale deutsch-französische Verhältnis sei, so Guérot, einer Marginalisierung ausgesetzt:

„Die deutsche Position gegenüber Frankreich war schwach; Deutschland versäumte es, in dieser Diskussion eigene transatlantische Vorstellungen geltend zu machen. Und so

¹³⁶ Vgl. Vogel 2004: 6.

¹³⁷ Guérot 2007b: 387.

¹³⁸ Vgl. Müller-Brandeck-Bocquet 2004: 261.

¹³⁹ Guérot 2007b: 387. Im Gegensatz zu Guérot schreibt Müller-Brandeck-Bocquet dem deutsch-französischen Tandem trotz der Irak-Krise auch weiterhin eine Motorenfunktion zu, und zwar bei der Ausgestaltung der noch jungen ESVP. Siehe hierzu Müller-Brandeck-Bocquet 2010a: 228 f.

¹⁴⁰ Vogel 2004: 5.

¹⁴¹ Vgl. Guérot 2007b: 387.

*konnte es sein, dass die Irak-Krise der Ausgangspunkt für eine ganz eigenartige Dynamik der deutsch-französischen Beziehungen werden konnte, indem sich das Paar zunehmend marginalisierte.*¹⁴²

3.6 Zwischenfazit: Die Erneuerung der deutsch-französischen Beziehungen, eine Erneuerung des ‚Motors der Integration‘?

Die Beziehungen zwischen Deutschland und Frankreich haben sich seit der zweiten Hälfte der 90er Jahre deutlich verschlechtert. Das „Fiasko von Nizza“ respektive das Versagen des deutsch-französischen Motors im Kontext des EU-Gipfels stellte den Höhepunkt dieser Entwicklung dar, zugleich war die Krise aber auch „Geburtshelfer“¹⁴³ für einen Wandel der deutsch-französischen Beziehungen. Der im Januar 2001 ins Leben gerufene Blaesheim-Prozess gab den Startschuss für zahlreiche deutsch-französische Initiativen. So sorgte der deutsch-französische Kompromiss in der europäischen Agrarpolitik, bis dato ein traditioneller Streitpunkt, für den Fortgang der europäischen Verhandlungen zum Erweiterungsbeschluss. Bezüglich der Rolle beider Staaten im europäischen Integrationsprozess und deren Absichten war man sich einig:

*„Der Aufbau Europas war immer ein gemeinsames Streben Deutschlands und Frankreichs. Das traf zu, als wir zu sechst begonnen haben, es war noch mehr der Fall, als wir fünfzehn waren und es wird nach der Erweiterung noch mehr zutreffen.*¹⁴⁴

Der wiedergefundene deutsch-französische Gleichklang führte sodann von November 2002 bis Januar 2003 zu einer Fülle von gemeinsamen deutsch-französischen Initiativen, die Eingang in die Arbeit des Verfassungskonvents fanden und die Initiativkraft und Bedeutung des deutsch-französischen Motors für den Fortgang der europäischen Integration unterstrichen. Der 40. Jahrestag des Élysée-Vertrags kam für beide Staaten zum richtigen Zeitpunkt. Einerseits krönte er den wiedergefundenen Gleichklang in den Beziehungen und läutete eine neue Stufe der bilateralen Zusammenarbeit ein, andererseits fügte sich dieses Datum nahtlos in die europäische Agenda zwischen Verfassungskonvent und Erweiterung ein.¹⁴⁵ Das französische Generalsekretariat ließ sogar verkünden, dass nun eine neue Phase der deutsch-französischen Kooperation angebrochen sei, der so genannte dritte Akt in den Beziehungen, die „Institutionalisierung der deutsch-

¹⁴² Ebd., 387 f.

¹⁴³ Guérot 2007b: 279.

¹⁴⁴ So Staatspräsident Jacques Chirac auf einer Pressekonferenz mit Bundeskanzler Gerhard Schröder nach der erzielten Positionsabstimmung über die Finanzierung der EU-Agrarpolitik am 24.10.2002, zitiert in: Dokumente - Zeitschrift für den deutsch-französischen Dialog 2/2003: 35.

¹⁴⁵ Vgl. Baasner 2004: 60 f.

französischen Beziehungen.¹⁴⁶ Der gemeinsame deutsch-französische Schulterschluss in der Irak-Krise, auch wenn er durch „externe Stimuli“¹⁴⁷ zustande kam, war daher nicht überraschend. Neu war allerdings die deutsch-französische Positionierung gegenüber den MOE-Staaten, die eine Spaltung Europas provozierte, sowie der Bruch mit der deutschen Maxime, nicht zwischen Frankreich und den USA zu wählen.

Eine weitere „neue Spielart der deutsch-französischen Kooperation“¹⁴⁸ ergab sich im Kontext des gegen Deutschland und Frankreich angeregten Defizitverfahrens. Obwohl beide Staaten bereits 2002 das Defizitkriterium von 3% überschritten hatten und auch für die kommenden Jahre eine Neuverschuldung über dieser Marke prognostiziert wurde, beschlossen beide Staaten anlässlich des zweiten deutsch-französischen Ministerrats im September 2003 die Durchführung von Strukturreformen.¹⁴⁹

„Die beiden größten Haushaltssünder der EU lancieren eine groß angelegte Initiative für europäisches Wirtschaftswachstum, dem vor dem Gebot der Stabilität augenscheinlich Priorität eingeräumt werden sollte.“¹⁵⁰

Gemeinsam gelang es, Druck auf den Rat auszuüben und das erneute Defizitverfahren auszusetzen. Im Gegenzug wurde die Einhaltung der Defizit-Obergrenze von 3% des Bruttoinlandsproduktes (BIP) ab 2005 versprochen. Kritik an diesem Vorgehen äußert Vogel, der in diesem Vorgehen einen deutlichen Schwund des deutsch-französischen Paradigmas festmacht:

„Der Zusammenfall von wirtschaftlicher Schwäche auf nationaler Ebene und politischer Stärke auf europäischer Ebene vereinte Deutschland und Frankreich zu einer Machtprobe mit den Gemeinschaftsinstitutionen. Die Missachtung der Rechtsregeln, ihre Abwertung zu einer politischen Frage zu einem Zeitpunkt, wo ein neues Regelwerk (die EU-Verfassung) verabschiedet werden soll, ist nicht nur im höchsten Maße unglauwbüdig, sondern schädlich für das europäische Integrationsprojekt.“¹⁵¹

Im europäischen Integrationsprojekt traten Deutschland und Frankreich daher nicht immer nur als Impulsgeber, sondern auch als „gebündelte Macht“¹⁵² auf. Dieses Vorgehen ließ sich ebenfalls auf der am 4.10.2003 eröffneten Regierungskonferenz zur

¹⁴⁶ Als Akt 1 wird die Aussöhnung von 1945-1963 bezeichnet. Akt 2 trägt den Titel „Von den Gemeinschaften zur Europäischen Union 1963-2002“, vgl. Vogel 2004: 13.

¹⁴⁷ Baasner 2004: 61.

¹⁴⁸ Ebd., 61.

¹⁴⁹ Siehe hierzu die „Gemeinsame Initiative für mehr Wachstum in Europa“, abgedruckt in: Dokumente – Zeitschrift für den deutsch-französischen Dialog 5/2003, 50.

¹⁵⁰ Vogel 2004: 7.

¹⁵¹ Ebd., 7.

¹⁵² Baasner 2004: 62.

Verabschiedung des Konventsentwurfs beobachten. Der von der Bundesregierung als „historischer Gesamtkompromiss“¹⁵³ bezeichnete VVE sollte nicht mehr aufgeschnürt werden, weshalb man gemeinsam mit Frankreich frühzeitig eine harte Position zur Verteidigung der doppelten Mehrheitsregel gegenüber den Regierungen Polens und Spaniens vertrat, die die neue Regel nicht passieren lassen wollten. Der VVE scheiterte zunächst am 13. Dezember 2003 und mit ihm der vierte Versuch – nach Maastricht, Amsterdam und Nizza – eine politische Union zu begründen.¹⁵⁴ Wer hatte nun Schuld an dieser Misere? In diesem Punkt variieren die Meinungen in der Literatur. Einigkeit besteht lediglich in der Ablehnung einer einseitigen Schuldzuweisung. Baasner wirft dem deutsch-französischen Paar eine „kompromisslose Haltung zweier ‚leader‘“ vor, die durch die „Inszenierung deutsch-französischen Führungsanspruchs“¹⁵⁵ zum Scheitern des Gipfels beigetragen hätten. Den Vorwurf, dass die deutsch-französische Position als einzige mögliche europäische Position präsentiert wurde, schließt sich ebenfalls Vogel an. Die ostentative Zurschaustellung der gemeinsamen Position als einzig annehmbare Lösung sei ihnen wichtiger als der Versuch, wirkliche Kompromisse zu suchen.¹⁵⁶ Guérot und Müller-Brandeck-Bocquet verteidigen hingegen die kompromisslose Haltung Deutschlands und Frankreichs und schreiben der polnischen Regierung, die unter der Parole „Nizza oder der Tod“ gegen eine Minderung ihres Gewichts im Rat kämpfte, eine erhebliche Mitschuld zu.¹⁵⁷ Letztendlich erzielte man durch die Anhebung der Quoren der doppelten Mehrheit eine Einigung, die zur Annahme des VVE durch den ER am 18.6.2004 und zur Unterzeichnung durch alle 25 Staats- und Regierungschefs der EU am 29.10.2004 führte.¹⁵⁸ Mit der Annahme des VVE wurde ein wesentlicher Schritt auf dem Weg zur europäischen Integration begangen. Gemeinsam mit der kurz zuvor erfolgten Osterweiterung, die am 1.5.2004 vollzogen wurde und zehn weitere Staaten¹⁵⁹ in den Kreis der EU aufnahm, kam es zur konsequenten Fortsetzung der europäischen Einigung mit nunmehr 25 Staaten.

Zwischen dem Vertrag von Nizza und der Annahme des VVE lagen vier turbulente Jahre. Die Rückbesinnung Deutschlands und Frankreichs auf das Paradigmatische an der Kooperation, nämlich das Einbringen gemeinsamer Initiativen und die Fähigkeit,

¹⁵³ Presse- und Informationsamt der Bundesregierung 2003.

¹⁵⁴ Vgl. Guérot 2004: 72.

¹⁵⁵ Baasner 2004: 62.

¹⁵⁶ Vgl. Vogel 2004: 11.

¹⁵⁷ Vgl. Guérot 2004 und Müller-Brandeck-Bocquet 2004: 267.

¹⁵⁸ Vgl. Müller-Brandeck-Bocquet 2010b: 209.

¹⁵⁹ Die Osterweiterung war die größte Erweiterungsrunde in der Geschichte der EU und umfasste die 10 Staaten Estland, Lettland, Litauen, Malta, Polen, Slowakei, Slowenien, Tschechien, Ungarn und Zypern.

Kompromisse auch im Sinne der EU-Partner herbeizuführen, findet sich im Kontext des Verfassungskonvents wieder. Dieses gemeinsame Vorgehen galt bereits in der Vergangenheit als vertrauensbildend bei den europäischen Nachbarn und als fruchtbar für die europäische Integration.¹⁶⁰ Der Motor der Integration wurde, wie auf dem 40. Jahrestag des Élysée-Vertrags betont, seiner Verantwortung für Europa wieder einmal gerecht.

Andererseits ist neben diesem Verhalten auch ein Paradigenschwund in den deutsch-französischen Beziehungen auszumachen. Wolfram Vogel stellt zu Recht die Frage, ob die zunehmende Präsenz des Duos sowie seine ostentative Festlegung auf gemeinsame Positionen nicht ein Bemühen um die Rettung des deutsch-französischen Führungsanspruchs in der erweiterten EU sei.¹⁶¹ Angesprochen ist hier das deutsch-französische Verhalten in der Irak-Krise, bei der die gemeinsame Position als einzig annehmbare dargelegt wurde, und das Verhalten beim EU-Gipfel, bei dem das politische Gewicht der beiden Staaten zur Durchsetzung ihrer nationalen Interessen beim Stabilitäts- und Wachstumspakt diente. Die ausgerufene Maxime des deutsch-französischen Handelns – „gemeinsame Verantwortung für Europa“ – erscheint gemessen an den Ereignissen daher ambivalent.

Mit der Vergrößerung der EU wurde nun eine komplexere Akteurskonstellation geschaffen, die die deutsch-französischen Sonderbeziehungen innerhalb der Union nachhaltig verändert, indem sie das Gewicht beider Staaten in der EU relativiert.

Von diesen Ereignissen ausgehend stellt sich daher die Frage, welche Bedeutung das deutsch-französische Tandem in der erweiterten EU-25 bzw. EU-27 einnehmen wird und ob der „Motor der Integration“ auch unter diesen veränderten Rahmenbedingungen funktioniert. Das deutsch-französische Paar wird nicht den gleichen Einfluss bewahren können wie in der Vergangenheit. Dies ist allein der schieren Größe der letzten Erweiterungsrunde geschuldet. Dennoch werden die bilaterale Sonderbeziehung und die europäische Führungsfähigkeit beider Länder bei grundlegenden Richtungsentscheidungen der EU, deren Aushandlung intergouvernemental geprägt ist, weiterhin von herausragender Bedeutung sein, so Joachim Schild:

„Je intergouvernementaler die Methode und je größer das Gewicht des Europäischen Rates – also der Mitgliedsstaaten – im politischen Entscheidungsprozess, je stärker die Bedeutung des Einstimmigkeitsprinzips und je stärker der zukünftige

¹⁶⁰ Vgl. Vogel 2004: 4

¹⁶¹ Vgl. ebd., 5.

Differenzierungsgrad der Integrationsentwicklung, desto wichtiger ist die politische Führungsfähigkeit und Führungsbereitschaft Frankreichs und Deutschlands. ¹⁶²

Dem deutsch-französischen Staatenpaar wird aufgrund der Erfolge in der Vergangenheit die Rolle eines Motors der Integration noch am ehesten zugestanden. Mitunter wird auch erwartet, dass Deutschland und Frankreich sich zu den zentralen Fragen von Erweiterung und Vertiefung äußern und Impulse aussenden. Ein exklusives deutsch-französisches Sonderverhältnis stößt zugleich jedoch auf zunehmende Kritik.

„Eine deutsch-französische Führungsrolle in Europa wird (...) von den Partnern grundsätzlich akzeptiert werden. Um die Legitimität dieser Funktion auch in der EU-25 zu erhalten, werden Paris und Berlin allerdings stärker als bisher und vor allem frühzeitig andere Mitglieder in gemeinsame Initiativen einbinden müssen. ¹⁶³

Berlin und Paris haben betont, dass sie Verantwortung für Europa übernehmen wollen. Dieses vorrangige Interesse an der europäischen Zusammenarbeit ist nunmehr auch das zentrale Motiv, „wenn nicht sogar die einzig verbliebene Basisrationale der deutsch-französischen Zusammenarbeit.“¹⁶⁴ Die Stärkung der europapolitischen Funktionalität des deutsch-französischen Bilateralismus wird daher von zentraler Bedeutung sein, um weiterhin als Motor der Integration gelten zu können. Zugleich wird es darauf ankommen, Direktoriumsängsten entgegenzuwirken, Legitimität und Anerkennung durch die Einbindung weiterer Akteure zu gewinnen und eine gemeinsame Vision des zukünftigen Europas zu entwickeln. Dieses zukünftige Europa, welches durch den VVE weiter an Gestalt gewinnen sollte, erfuhr jedoch durch das französische Referendum am 29.5.2005 einen herben Dämpfer und stürzte den europäischen Integrationsprozess in eine tiefe Krise. Kann der Motor der Integration das Europa von morgen weiter mitgestalten oder sind Deutschland und Frankreich in der EU-25/27 nur noch eine „Lokomotive ohne Anhänger“¹⁶⁵?

¹⁶² Schild 2003b: 13.

¹⁶³ Koopmann 2003: 32.

¹⁶⁴ von Oppeln 2003: 13.

¹⁶⁵ Guérot 2006: 24.

4 Deutsch-französische Europapolitik in der Verfassungskrise

Die Europäische Union hat durch die Osterweiterung am 1.5.2004 die größte Erweiterungsrunde ihrer Geschichte abgeschlossen und umfasste nunmehr 25 Staaten des europäischen Kontinents. Durch die Beitritte Rumäniens und Bulgariens am 1.1.2007 stieg die Zahl der EU-Mitglieder auf 27 Staaten an. Um den institutionellen Anforderungen der erweiterten Union gerecht zu werden, sollte mit dem VVE das europäische Projekt zukunftsfähig gemacht werden. Die Ratifizierung des VVE erwies sich jedoch durch die Referenden in Frankreich und den Niederlanden als Stolperpfad und stürzte die EU in eine tiefe Krise. In besonderer Weise war das deutsch-französische Tandem von dieser Misere betroffen, erfolgte die Ablehnung des Vertrages über eine Verfassung für Europa doch ausgerechnet in einem Gründungsstaat der EU. Konnte das deutsch-französische Paar angesichts der Größe der EU und einer vorerst geschwächten Position Frankreichs seiner Funktion als Motor der Integration weiterhin gerecht werden? Inwieweit wurden die deutsche und die französische Ratspräsidentschaft in den Jahren 2007 und 2008 genutzt, um Europa aus der Krise zu führen? Kam es im Umfeld der Ratspräsidentschaften zu engen bilateralen Absprachen und zu einem erneuten Gleichklang in den deutsch-französischen Beziehungen?

Die sich im Jahre 2005 verändernden europapolitischen und bilateralen Rahmenbedingungen sorgten zunächst für einen Stillstand im europäischen Integrationsprojekt (Kapitel 4.1). Nach der Ablehnung des VVE durch die französische Volksabstimmung entzweiten sich zunächst auch Deutschland und Frankreich an der Frage des VVE. Während Frankreich nur Teile des Verfassungsvertrages retten wollte, hielt die deutsche Bundesregierung am VVE fest (Kapitel 4.2). Unter der deutschen Ratspräsidentschaft im ersten Halbjahr 2007 sollte es mit der Unterstützung des neu gewählten französischen Staatspräsidenten Nicolas Sarkozy schließlich gelingen, einen Fahrplan sowie ein enges Mandat an die nachfolgende Regierungskonferenz zu beschließen und so die Verfassungskrise zu überwinden (Kapitel 4.3).

4.1 Veränderte Rahmenbedingungen

Das Jahr 2005 bedeutete sowohl für die deutsch-französischen Beziehungen als auch für den europäischen Integrationsprozess einen tiefen Einschnitt. Durch das gescheiterte französische Referendum zum VVE gelangte die EU an einen Wendepunkt ihrer Geschichte. Der negative Ausgang der Volksbefragung war zudem der Anfang vom Ende der Ära Chirac. Zugleich betrat Angela Merkel als neue Regierungschefin einer Großen

Koalition die europapolitische Bühne. Durch die gescheiterten Referenden und die „Nachwehen der Osterweiterung“ fand sie jedoch ein „schwer vermintes Terrain“¹⁶⁶ in der Europapolitik vor. Ein gemeinsames deutsch-französisches Vorgehen zur Überwindung der Verfassungskrise war zunächst nicht zu erwarten, einerseits weil die Krise der EU durch eines ihrer Gründungsmitglieder ausgelöst wurde, andererseits weil Chirac durch das gescheiterte Referendum als „lame duck“ in der Europapolitik galt.¹⁶⁷

4.1.1 Dimanche noir pour l'Europe - Das „Non“ zum VVE

„Wieder einmal wurde europäische Geschichte in Frankreich geschrieben.“¹⁶⁸ Der französische Souverän lehnte am 29.5.2005 mit 54,7% der abgegebenen Stimmen bei einer Wahlbeteiligung von 69,4% das Ratifizierungsgesetz zum Vertrag über eine Europäische Verfassung ab und stürzte die EU in eine tiefe Krise. Obwohl Frankreich gemeinsam mit Deutschland auf einem bilateralen Gipfeltreffen am 26.4.2005 eindringlich vor einem Scheitern der EU-Verfassung warnte und noch einmal „die ganz besondere Verantwortung“ Deutschlands und Frankreichs für das Gelingen des europäischen Integrationsprozesses betont wurde, konnte die Stimmung zugunsten eines „Oui“ nicht mehr gekippt werden.¹⁶⁹ Dem Schock am Wahlsonntag folgte der schnelle Versuch einer bilateralen Schadensbegrenzung. Bundeskanzler Schröder erklärte am darauffolgenden Montag, dass die französische Ablehnung „ein Rückschlag für den Verfassungsprozess, aber nicht sein Ende [sei]. Es ist auch nicht das Ende der deutsch-französischen Partnerschaft in und für Europa.“¹⁷⁰ Dies konnte aber nur als Zweckoptimismus gelten, denn der französische Außenminister Michel Barnier hatte zu diesem Zeitpunkt bereits unverhohlen geäußert: „Es ist das erste Mal seit 50 Jahren, dass Deutsche und Franzosen über ein grundlegendes Problem in Europa unterschiedlicher Meinung sind.“¹⁷¹

Es stellt sich daher die Frage, warum Chirac den „dornigen Weg“¹⁷² einer Ratifizierung per Referendum wählte und nicht den sicheren Weg einer parlamentarischen

¹⁶⁶ Müller-Brandeck-Bocquet 2010a: 264.

¹⁶⁷ Vgl. Woyke 2010: 287. In einem Diskussionspapier der SWP weisen Lieb, Roussel und Schwarzer darauf hin, dass Frankreich nicht zu einer „lame duck“ geworden ist, die die anderen EU-Staaten an sich vorbeiziehen lässt, sondern dass Frankreich die EU in Bezug auf die Ratifizierung des Verfassungsvertrages insgesamt lahmgelegt hat. Vgl. Lieb et al. 2006: 4.

¹⁶⁸ Schild 2005: 187.

¹⁶⁹ Vgl. faz.net 2005.

¹⁷⁰ Zitiert nach: Handelsblatt 2005a.

¹⁷¹ Zitiert nach: Handelsblatt 2005a. Rechtlich betrachtet stimmt dieser Einwand, da der Bundestag der EU-Verfassung zustimmte, Frankreich hingegen Nein sagte. Das gewählte Abstimmungsverfahren ist an diesem Unterschied aber nicht unschuldig.

¹⁷² Schild 2005: 188.

Zustimmung. Drei Tage vor der Volksabstimmung begründete Chirac seine Entscheidung mit den Worten: „J’ai voulu ce référendum. C’est l’honneur et la vitalité de notre démocratie.“¹⁷³ Er erkannte den umfassenden und symbolträchtigen Charakter der Verfassung an. Im Falle einer Nichtbefragung des französischen Volkes hätte dies zu hohen innenpolitischen Kosten geführt. Die vorherige Ankündigung Tony Blairs im April 2004, die britischen Bürger über den VVE abstimmen zu lassen, erhöhte zudem den Druck auf den neogaullistischen Staatspräsidenten. Darüber hinaus versuchte Chirac das Referendum zu seinen Gunsten zu nutzen. Einerseits hätte ein positives Ergebnis eine gute Ausgangslage für eine dritte Amtszeit bedeutet, andererseits bot es ihm die Möglichkeit, seine innenpolitischen Widersacher, allen voran die *Parti socialiste* (PS), tief zu spalten.¹⁷⁴ Doch „was zunächst aus der Sicht der Verfassungsbefürworter wie ein Spaziergang aussah, erwies sich rasch als gefährliche Hochgebirgstour, an deren Ende ein dramatischer Absturz stand.“¹⁷⁵

Das französische „Non“ wirkte wie eine Ablehnung des europäischen Projektes, als Anprangerung der sozialen Situation in Frankreich und zugleich als Ausdruck einer tiefgreifenden Unsicherheit in der Gesellschaft.¹⁷⁶ Für Chirac bedeutete das negative Referendum einen politischen Schock, von dem er sich innenpolitisch nicht mehr erholen sollte. „Am 29. Mai 2005 ist Chirac politisch gestorben, und diesmal für immer.“¹⁷⁷ Für den Motor der Integration bedeutete die Ablehnung des VVE einen „Totalausfall“¹⁷⁸.

Infolge dieses Schocks und dem sich anschließenden negativen Referendum in den Niederlanden¹⁷⁹ herrschte in der EU große Ratlosigkeit. Der ER kam auf seiner Tagung am 16. und 17. Juni 2005 zu der Einschätzung, dass „die ursprünglich für den 1. November 2006 geplante Bestandsaufnahme zur Ratifizierung nicht mehr haltbar ist, da jene Länder, die den Text nicht ratifiziert haben, nicht vor Mitte 2007 eine gute Antwort geben könnten.“¹⁸⁰ Die EU verordnete sich daraufhin eine Reflexionsphase, die der vertieften Kommunikation zwischen der EU und ihren Bürgern dienen sollte. Diese

¹⁷³ Zitiert nach: Woyke 2010: 238.

¹⁷⁴ Nach der Referendumsankündigung spaltete sich die PS in der Tat in ein Lager der Verfassungsbefürworter und in ein Lager der Verfassungsgegner. Dadurch erhöhten sich die Erfolgsaussichten der Konservativen für die Wahlen 2007.

¹⁷⁵ Vgl. Schild 2005: 189.

¹⁷⁶ Für eine ausführliche Darstellung der Gründe des Scheiterns der französischen Volksabstimmung siehe Lieb et al. 2006, Lequesne 2007 sowie Schild 2005: 189 f. Hervorzuheben ist, dass trotz des „Nein-Sieges“ das französische Volk die Zugehörigkeit zur EU nicht in Frage stellte. 88% der befragten Personen schätzten die Zugehörigkeit Frankreichs zur EU als gute Sache ein.

¹⁷⁷ Müller-Brandeck-Bocquet 2007: 13.

¹⁷⁸ Guérot 2007a: 39.

¹⁷⁹ Die niederländische Bevölkerung lehnte den EU-Vertrag am 1.1.2005 mit 61,6% ab.

¹⁸⁰ Zitiert nach: Knauer 2007: 11.

Reflexionsphase kann ebenfalls als ein Ausdruck der Orientierungslosigkeit gesehen werden, in der sich die EU zu diesem Zeitpunkt befand. Es ist aber nicht nur die EU, die vor einer ungewissen Zukunft steht. Auch das deutsch-französische Tandem sollte sich bald uneins in der Debatte um die Zukunft der EU-Verfassung zeigen. Während Schröder und Chirac anlässlich des Blaesheim-Treffens am 10.6.2005 in Paris noch die gemeinsame Haltung vertraten, den Ratifikationsprozess weiter fortzusetzen,¹⁸¹ so entzweiten sich Berlin und Paris nach der Bundestagswahl 2005 in der Frage nach der Substanz des Vertrages.

4.1.2 Schwarz-roter Sonntag für Deutschland - Das „Ja“ zur Großen Koalition

Nachdem die SPD bei den Landtagswahlen in Nordrhein-Westfalen am 22.5.2005 eine Wahlniederlage einstecken musste, kündigte Bundeskanzler Schröder noch am selben Abend vorgezogene Neuwahlen an. Er begründete diesen Schritt mit der öffentlichen Kritik an der rot-grünen Reformpolitik sowie der Niederlage der SPD bei einer Reihe von Landtagswahlen. Nach der gescheiterten Vertrauensfrage kam Bundespräsident Köhler dem Gesuch Schröders nach, den Bundestag aufzulösen. Die Neuwahlen setzte Köhler für den 18.9.2005 an. Die Wahlen zum deutschen Bundestag brachten ein denkbar knappes Ergebnis zwischen den beiden Volksparteien CDU/CSU (35,2%) und SPD (34,2%) hervor und führten zu einer von der CDU geführten Großen Koalition unter Bundeskanzlerin Angela Merkel.

Trotz des Regierungswechsels von rot-grün zu schwarz-rot sollte es zu keinem radikalen Politikwechsel in der Europapolitik kommen, denn „Europa ist kein Streitfall zwischen den Parteien“¹⁸² und die europäische Integration wird über die Parteigrenzen hinweg als deutsche Staatsräson anerkannt. Die Europapolitik der neuen Bundesregierung sollte sich daher durch ein hohes Maß an Kontinuität auszeichnen. Zum einen weist der Koalitionsvertrag ein klares Bekenntnis zur Rolle der deutsch-französischen Freundschaft auf. Dort heißt es, dass die „deutsch-französische Zusammenarbeit (...) als wichtiger Impulsgeber unverzichtbar“ bleibt und „den Interessen unserer Partner in der Europäischen Union gerecht“¹⁸³ wird. Zum anderen gilt diese Kontinuität auch für die Zukunft des Europäischen Verfassungsvertrags. Im Koalitionsvertrag bekennt sich die Große Koalition zum Europäischen Verfassungsvertrag und tritt für die Fortsetzung des Ratifizierungsprozesses ein. Unter deutscher Ratspräsidentschaft im ersten Halbjahr 2007 sollten zudem neue Anstöße für den Verfassungsprozess gegeben werden. Letztendlich

¹⁸¹ Vgl. Französische Botschaft 2005b.

¹⁸² Marhold 2006: 3.

¹⁸³ Bundesregierung 2005: 148.

verhießen auch der Verbleib der SPD in der Regierung und vor allem die Ernennung Frank-Walter Steinmeiers zum Außenminister und Vizekanzler ein hohes Maß an Kontinuität in der deutschen Europapolitik.¹⁸⁴

Der Regierungswechsel stellte trotz nachweislicher Kontinuität aber auch eine Veränderung in der Außen- und Europapolitik dar. Dies wurde allein schon durch die unterschiedlichen Positionen in der Türkei-Frage deutlich. Während Altkanzler Schröder noch einen Beitritt der Türkei, im Schulterschluss mit seinem französischen Freund Chirac unterstützte, trat Merkel für eine privilegierte Partnerschaft der Türkei und gegen eine Vollmitgliedschaft in der EU ein.¹⁸⁵ Eine weitere Veränderung sollte sich laut Koalitionsvertrag in den Beziehungen zu den kleinen Mitgliedsstaaten vollziehen. Während einerseits die guten bilateralen Beziehungen zu Frankreich hervorgehoben wurden, sollte andererseits die Zusammenarbeit mit den restlichen EU-Staaten intensiviert werden: „Daneben wollen wir besonders der Zusammenarbeit mit unseren Nachbarn und den neuen Mitgliedstaaten neue Qualität und Intensität geben. Kooperationsformen wie das Weimarer Dreieck wollen wir intensivieren.“¹⁸⁶ Ausgehend von diesen Koalitionsaussagen kann also eine Intensivierung der bilateralen Beziehungen mit anderen Mitgliedsstaaten der EU angenommen werden. Bedeutet dies aber zugleich eine Relativierung der deutsch-französischen Sonderbeziehung? Immerhin hatte Frankreich den Motor „abgewürgt“ und „the French rejection of the EU constitutional treaty in May 2005 produced a noticeable cooling of Franco-German relations.“¹⁸⁷

4.1.3 Die bilateralen Beziehungen nach dem Regierungswechsel

Es dürfte keine Überraschung gewesen sein, dass die erste Auslandsreise am 23.11.2005 Bundeskanzlerin Merkel und Außenminister Steinmeier nach Paris führte. Dieser Besuch unmittelbar nach der Bundestagswahl und die Gesten während des Aufenthaltes in Paris bedeuteten einmal mehr europapolitische Kontinuität im Hinblick auf die Relevanz des französischen Nachbarn für die deutsche Außenpolitik. Zwar gehört ein solcher Antrittsbesuch in Frankreich mittlerweile zu einer „Art Gepflogenheit für gerade neu gewählte deutsche Bundeskanzler“,¹⁸⁸ Merkel betonte jedoch zugleich, dass es sich nicht um ein Ritual, sondern um einen Ausdruck der Überzeugung handele, dass ein gutes freundschaftliches Verhältnis zwischen Deutschland und Frankreich notwendig für beide

¹⁸⁴ Vgl. Marhold 2006: 5 ff.

¹⁸⁵ Vgl. Handelsblatt 2005b.

¹⁸⁶ Bundesregierung 2005: 148.

¹⁸⁷ Cole 2008: 163.

¹⁸⁸ Marhold 2006: 15.

Länder und für Europa sei. Auch Staatspräsident Chirac warb wortreich für die „deutsch-französische Achse“, die für die Funktionsfähigkeit Europas unerlässlich sei¹⁸⁹ und die zugleich „das Herzstück der französischen Außenpolitik“¹⁹⁰ bilde. Beim Antrittsbesuch kamen Merkel und Chirac überein, die von der deutschen Vorgängerregierung eingeführten bilateralen Zusammenkünfte in Form der Blaesheim-Treffen und der deutsch-französischen Ministerräte fortzuführen. Einig war man sich auch darüber, wie mit der abgelehnten EU-Verfassung weiter vorzugehen sei. „Sie ist wichtig, aber erst einmal zurückstellen. Europa braucht jetzt andere Erfolge“ hieß es zu diesem Zeitpunkt im Umfeld der Kanzlerin.¹⁹¹

Die nächste Station auf der deutschen Reiseroute war Brüssel, wo sich Merkel mit dem Präsidenten des Europäischen Parlaments Josep Borrell Fontelles und dem Präsidenten der Europäischen Kommission José Manuel Barroso traf. Im Vergleich zu den Aussagen, die in Paris bezüglich des EU-Verfassungsvertrages getroffen wurden, vertrat Merkel nun dezidiert die Auffassung, die Idee des EU-Verfassungsvertrages nicht vorschnell aufzugeben, denn „Europa braucht diese Verfassung, um handlungsfähig zu bleiben.“¹⁹² Der Aufenthalt in Brüssel wurde ferner für ein Treffen zwischen Merkel und dem belgischen Premierminister Guy Verhofstadt genutzt.

Welche Schlüsse lassen sich nun aus der deutschen Reisediplomatie ziehen und was ist vom deutsch-französischen Tandem nach dem deutschen Regierungswechsel zu erwarten?

Zunächst einmal war die Reiseroute der deutschen Diplomatie ein starkes Signal für den zukünftigen europapolitischen Kurs der Großen Koalition. Nach der Visite in Paris standen die Stationen Brüssel, London und Warschau auf dem Programm der Bundeskanzlerin. Der deutsche Weg, so die Botschaft, führt über Paris nach Brüssel. Dem Koalitionsvertrag entsprechend betonte man auf diese Weise sowohl die sehr guten Beziehungen zu Frankreich als auch die Bedeutung der multi- und supranationalen Organisationen.¹⁹³ Zugleich machte die deutsche Bundesregierung deutlich, dass auch die kleineren EU-Partner zählen. Während Angela Merkel den Aufenthalt in Brüssel

¹⁸⁹ Vgl. Französische Botschaft 2005a.

¹⁹⁰ Chirac zitiert nach: Alich 2005.

¹⁹¹ Vgl. Alich 2005.

¹⁹² Presse- und Informationsamt der Bundesregierung 2005a. Diesen Standpunkt unterstrich Merkel ein weiteres Mal in ihrer ersten Regierungserklärung am 30.11.2005: „Wir wollen den Verfassungsvertrag, auch wenn das heute zum Teil illusorisch erscheint, zu einem Erfolg machen.“ Presse- und Informationsamt der Bundesregierung 2005b.

¹⁹³ In Brüssel traf sich Merkel auch mit dem NATO Generalsekretär Jaap de Hoop Scheffer.

ebenfalls dazu nutze, sich mit dem belgischen Premierminister zu treffen, besuchte Außenminister Steinmeier im direkten Anschluss die Niederlande.

Mit Blick auf die deutsch-französischen Beziehungen kann konstatiert werden, dass Berlin und Paris zu Beginn der Kanzlerschaft Merkels demonstrativ den Schulterschluss übten. In Wortwahl und Gestik übertraf der französische Staatspräsident dabei bei weitem die deutsche Kanzlerin. Während Merkel die Motorenfunktion Deutschlands und Frankreichs anerkannte, schwärmte Chirac in seiner Rede gar von einer „deutsch-französischen Achse“ für Europa. Hierbei hatte Chirac jedoch übersehen, dass das „Fahrzeug EU“ durch das französische Nein ins Schleudern geraten war und die „Achse“ wenn nicht gebrochen, so doch einen Riss erlitten hatte. Was ist also vom deutsch-französischen Paar in und für Europa zu erwarten?

Das Gipfeltreffen des ER am 16./17.12.2005 gab hier Anhaltspunkte. Der ER musste nach dem gescheiterten Gipfel im Juni 2005 den Finanzrahmen der EU für den Zeitraum 2007-2013 festlegen. Der damalige Gipfel schlug aufgrund der unnachgiebigen Haltung Tony Blairs fehl, der sich weigerte, Abstriche beim so genannten Briten-Rabatt in Kauf zu nehmen. Bereits im Sommer 2005 war ein gemeinsames deutsch-französisches Vorgehen gegenüber Großbritannien deutlich geworden. Schröder und Chirac forderten Blair damals einhellig auf, vom überholten EU-Beitragsrabatt, der Großbritannien etwa fünf Milliarden Euro pro Jahr ersparte, Abstand zu nehmen. Auf die Frage, ob Schröder an die Kompromissbereitschaft Blairs glaube, entgegnete dieser: „Das ist keine Frage des Glaubens, sondern eine Frage der Erwartung.“¹⁹⁴ Diese Erwartungen wurden jedoch enttäuscht und so stand nun Merkel in der Verantwortung, diesen gordischen Knoten zu lösen um die deutsche EU-Ratspräsidentschaft im ersten Halbjahr 2007 von möglichen Finanzstreitigkeiten zu entlasten. Großbritannien, welches im zweiten Halbjahr 2005 den EU-Vorsitz ausübte, legte am 5.12.2005 einen Vorschlag für den künftigen Finanzrahmen vor, der eine Obergrenze von 1,03% des EU-BIP vorsah. Dieser lag damit unter dem Vorschlag der vorangegangenen luxemburgischen Ratspräsidentschaft von 1,06 % des EU-BIP, zugleich sah er aber auch Kürzungen der Strukturhilfen für die neuen Mitgliedsstaaten vor. Dies löste bei den neuen Mitgliedsstaaten der EU einen „Sturm der Entrüstung“¹⁹⁵ aus. Auch Merkel und Chirac bezeichneten den britischen Vorschlag auf einem Blaesheim-Treffen am 8.12.2005 in Berlin als inakzeptabel.¹⁹⁶ Die Spannungen vor dem Gipfel waren aufgrund der unterschiedlichen Positionen dementsprechend hoch

¹⁹⁴ Zitiert nach: Hagelüken und Kröncke 2005.

¹⁹⁵ Müller-Brandeck-Bocquet 2010a: 265 ff.

¹⁹⁶ Vgl. Frankfurter Allgemeine Zeitung 2005.

und eine Einigung nicht in Sicht. „Doch dann legte Angela Merkel ihr europapolitisches Gesellenstück vor.“¹⁹⁷ Durch die Vorlage eines mit Frankreich abgestimmten Kompromisswertes von 1,045%, welcher ziemlich genau den Mittelwert aus dem britischen und luxemburgischen Vorschlag ergab, erzielte Merkel den Durchbruch. Als weitere, nicht minder relevante Aspekte des Erfolgs gilt die Bereitschaft Großbritanniens, größere Abstriche am Briten-Rabatt in Kauf zu nehmen sowie die Bereitschaft Deutschlands, die für Ostdeutschland angedachten Fördergelder in Höhe von 100 Millionen Euro an Polen abzutreten.

Für ihr Verhandlungsgeschick und ihr konstruktives Verhalten erntete Merkel europaweit Anerkennung. Besonders die britische Seite betonte, dass Merkel die Lösung wirklich gewollt habe und im Gegensatz zu Schröder nicht vorgefertigte „Deals“ mit Frankreich präsentierte.¹⁹⁸ Der aufgestellte Finanzrahmen der EU gilt daher als erster Erfolg der Kanzlerschaft Merkels. In diesem Erfolg zeichnen sich die Linien des Koalitionsvertrages nach: in Kooperation mit Frankreich wurde auf Grundlage einer deutschen Initiative ein Kompromiss gefunden, der auch kleinere EU-Partner, allen voran Polen, berücksichtigte. Den Vermittlungserfolg, so Wolfram Hilz, konnte sich Merkel ganz allein zurechnen, da zwar eine Absprache mit Chirac erfolgte, dieser aber nicht zu Zugeständnissen im Agrarbereich bereit war.¹⁹⁹

Dieser Erfolg auf der europäischen Bühne spiegelte auch den Stand der deutsch-französischen Beziehung wieder. Während Merkel sich als neue europäische Hoffnungsträgerin empfahl, war Chirac bereits in der europäischen Bedeutungslosigkeit versunken. Zwar erfolgte weiterhin ein enger Austausch zwischen Deutschland und Frankreich, dieser blieb jedoch initiativlos und glich eher einem „formwahrenden Aussitzen“²⁰⁰, bei dem die bilateralen Zusammenkünfte reibungslos absolviert wurden. Im Angesicht der Verfassungskrise war daher nicht mit Impulsen des Gespanns Merkel-Chirac zu rechnen, zumal die nationalen Haltungen, wie mit der Verfassungskrise umzugehen sei, unterschiedlich waren. Während Merkel für eine Wiederbelebung der Verfassung und deren Umsetzung eintrat, präsentierte Chirac Reformideen, die in Richtung eines Vertrages Nizza Plus gingen. Hoffnungen auf eine Neubelebung der deutsch-französischen Partnerschaft zum Wohle Europas und zur Überwindung der Verfassungskrise richteten sich daher auf das Jahr 2007: auf die deutsche EU-Ratspräsidentschaft und den Wechsel an der französischen Staatsspitze.

¹⁹⁷ Müller-Brandeck-Bocquet 2010a: 267.

¹⁹⁸ Vgl. Schmiere 2005.

¹⁹⁹ Vgl. Hilz 2007b: 26.

²⁰⁰ Hilz 2007b: 26.

4.2 Divergierende Positionen während der Reflexionsphase

Infolge der negativen Referenden in Frankreich und den Niederlanden verordnete sich die EU im Juni 2005 eine einjährige Reflexionsphase. Der österreichischen Ratspräsidentschaft im ersten Halbjahr 2006 war es dann zu verdanken, dass die Debatte um den VVE vorangetrieben wurde. Auf dem Juni-Gipfel des ER wurden die vielfältigen Initiativen, die zur Kommunikation zwischen der EU und ihren Bürgern beitragen sollten, lobend hervorgehoben. „Die Reflexionsphase war insgesamt nützlich, da sie der Union erlaubt hat, sich ein Urteil über die Sorgen und Bedenken zu bilden, die im Laufe des Ratifikationsprozesses geäußert wurden.“ Nun sollte „der Schwerpunkt darauf gelegt werden, konkrete Ergebnisse zu erzielen und Vorhaben durchzuführen.“²⁰¹

Um diese Ergebnisse zu erzielen und die notwendigen Schritte aus der Verfassungskrise vorzubereiten, wurden insbesondere Deutschland und Frankreich in die Pflicht genommen. Während Deutschland das Mandat erhielt, Lösungsvorschläge zur Überwindung der Verfassungskrise auszuloten und einen konkreten Fahrplan zu erstellen, sollten die „erforderlichen Schritte spätestens im zweiten Halbjahr 2008 unternommen werden“²⁰² und damit unter französischer Ratspräsidentschaft.

Ab Juni 2006 wurden somit behutsam Wege aufgezeigt, wie die entstandene Orientierungslosigkeit zu überwinden sei. Zugleich

„legte die EU ihr Schicksal in die Hände der Großen, Deutschland und Frankreich.(...) Man schätzte die Meinungsverschiedenheiten in der Verfassungskrise folglich als so gravierend und abgrundtief ein, dass ihre Überbrückung nur den beiden Komponenten des Motors der europäischen Integration zugetraut wurde.“²⁰³

Aber auch die beiden Komponenten des Motors waren sich uneins, in welche Richtung die EU steuern sollte. Während Deutschland dem Mehrheitslager der Ratifizierer angehörte und möglichst viel des VVE erhalten wollte, übte sich Frankreich in Minimalismus. Die im Mai 2006 um ein weiteres Jahr verlängerte „Denkpause“ im EU-Verfassungsprozess unterstrich daher die nach wie vor bestehende Ratlosigkeit und beförderte unterschiedliche Reformideen zu Tage, wie der Verfassungsprozess weitergeführt werden könnte. Im Folgenden werden die divergierenden Positionen Deutschlands und Frankreich sowie deren Bedeutung für die Verfassungsdebatte

²⁰¹ Europäischer Rat 2006: 16.

²⁰² Ebd., 16.

²⁰³ Müller-Brandeck-Bocquet 2010a: 272.

dargestellt.²⁰⁴ Wieder einmal hing die Zukunft der EU von einem gelingenden deutsch-französischen Tandem ab. Ein Streit zwischen Berlin und Paris würde die Erfolgsaussichten aber drastisch schmälern.

4.2.1 Die französischen Reformvorhaben

Frankreich war nach dem gescheiterten Referendum vom 29.5.2005 in eine „europapolitische Schreckstarre und Lähmung katapultiert“²⁰⁵ worden, aus der es sich nur mühsam zu befreien vermochte. Es dauerte über ein halbes Jahr, bis die ersten Ideen zur Überwindung der hausgemachten Krise artikuliert wurden. Im Laufe der innerfranzösischen Debatte kristallisierten sich vor allem zwei Positionen heraus: Eine Reform der europäischen Institutionen, hervorgebracht durch den noch amtierenden Staatspräsidenten Chirac, und die Idee eines „Minivertrages“ oder „vereinfachten Vertrages“, eingebracht vom aussichtsreichen Präsidentschaftskandidaten der Partei „Union pour un mouvement populaire“ (UMP), Nicolas Sarkozy. Es wurde deutlich, dass der Verfassungsvertrag in seiner ursprünglichen Form obsolet war und den Franzosen kein weiteres Mal zur Abstimmung vorgelegt werden konnte.²⁰⁶

4.2.1.1 Jacques Chirac: Vertrag von Nizza Plus

Präsident Jacques Chirac plädierte im Oktober 2005 „Für ein starkes und solidarisches Europa“²⁰⁷. In seinem Artikel, der zeitgleich in mehreren europäischen Tageszeitungen erschien, kündigte Chirac ehrgeizige Vorschläge für eine Anpassung der europäischen Institutionen an die erweiterte EU an, ohne die Verfassung auch nur zu erwähnen. Auf der Grundlage des Vertrages von Nizza, so Chirac, könnte das Funktionieren der europäischen Institutionen demokratischer, effizienter und transparenter gemacht werden. Diese Idee implizierte somit die „Einäscherung des VVE“ zugunsten eines „Vertrags von Nizza Plus“²⁰⁸. Parallel dazu äußerte Chirac die Idee einer Pioniergruppe, die es einigen Staaten ermöglichen sollte, über die EU-Politiken hinaus zu handeln. Diese Idee einer Avantgarde mit sechs, neun oder zwölf Ländern hielt der französische Außenminister Douste-Blazy für die Bereiche Außen- und Sicherheitspolitik oder in der Wirtschaft- und

²⁰⁴ Auf eine Aufzählung der unterschiedlichen Lösungsansätze anderer Staaten wird zugunsten der Fokussierung auf Deutschland und Frankreich verzichtet. Für eine Darstellung weiterer möglicher Lösungsansätze siehe Rüger and Wolf 2007: 12 ff.

²⁰⁵ Müller-Brandeck-Bocquet 2007: 11.

²⁰⁶ Vgl. Schild 2007: 7. Aufgrund des Wahlerfolges des UMP-Kandidaten Nicolas Sarkozy entfällt eine Betrachtung der Position der sozialistischen Präsidentschaftskandidatin Ségolène Royal.

²⁰⁷ Chirac 2005.

²⁰⁸ Maurer 2008: 14.

Fiskalpolitik für möglich.²⁰⁹ Einen weiteren Teil dieser ehrgeizigen Chiracschen Vorschläge präsentierte Frankreichs Premierminister Dominique de Villepin in seiner Grundsatzrede an der Humboldt-Universität in Berlin am 18.01.2006. Deutschland und Frankreich, so Villepin, sollten den Antriebsmotor in einem Europa der konkreten Vorhaben bilden, „das Kernstück eines wirklichen Europas der Projekte.“²¹⁰ Es wurde deutlich, dass Paris bemüht war, auch nach dem gescheiterten Referendum in Europa die Initiative zu behalten. Hierzu war es aber auf seinen deutschen Nachbarn angewiesen, denn nur im Verbund konnte Frankreich seinen Bedeutungsverlust kompensieren. Vorschläge, wie etwa eine Pioniergruppe, wirkten daher, auch wenn Chirac sie bereits im Jahre 2000 erstmals erwähnte, wie hektische Initiativen, um der eigenen Marginalisierung entgegen zu wirken.

Im Verlaufe der Reflexionsphase wurde deutlich, dass Merkel und Chirac sich nicht auf ein gemeinsames Vorgehen im Verfassungsprozess geschweige denn über den Inhalt eines neuen Textes einigen konnten. Während Chirac lediglich einzelne Elemente des VVE retten bzw. vorzeitig in Kraft setzen wollte und damit eine „Filetierung“²¹¹ des VVE anstrebte, versuchte Deutschland an der Substanz des VVE festzuhalten. Einigkeit bestand nur im Zeitplan. Die deutsche Bundesregierung sollte unter ihrer EU-Ratspräsidentschaft einen Fahrplan vorlegen, wie ein neuer Verfassungstext dann unter französischer EU-Ratspräsidentschaft in der zweiten Jahreshälfte 2008 verabschiedet werden könnte.²¹²

4.2.1.2 Nicolas Sarkozy: *traité simplifié*

Der damals amtierende französische Innenminister Nicolas Sarkozy, zugleich Vorsitzender der Regierungspartei UMP und aussichtsreicher Kandidat für die französischen Präsidentschaftswahlen 2007, sorgte zu Beginn des Jahres 2006 für Aufsehen, indem er in seiner Neujahrsrede am 12.1.2006 die Idee eines vereinfachten Vertrags (*traité simplifié*) vortrug. In seiner anschließenden Rede zur Zukunft Europas, gehalten in der Konrad-Adenauer-Stiftung am 16.02.2006, legte Sarkozy unverblümt seine Sicht der Dinge dar:

„Zwischen so engen Freunden wie es Deutschland und Frankreich sind, kann und muss man sich sogar die Wahrheit sagen. (...) Meiner Meinung nach wird der

²⁰⁹ Proissl 2005.

²¹⁰ Villepin 2006: 8.

²¹¹ Maurer 2008: 14.

²¹² Vgl. Berschens und Rinke 2006.

*Verfassungsvertrag nicht in seiner derzeitigen Form in Kraft treten, was ich sehr bedauere.*²¹³

Der ursprüngliche Verfassungsvertrag sollte dementsprechend nicht weiter verfolgt werden. Stattdessen plädierte Sarkozy für einen neuen Text, der diejenigen Bestimmungen des VVE übernehmen sollte, die „notwendig sind, um Europa wieder handlungsfähig zu machen und die während der Referendumskampagne nicht strittig waren.“²¹⁴ Zu den zentralen institutionellen Vertragsbestimmungen dieses in den Medien anfangs als „Minivertrag“ bezeichneten Vorhabens zählten die stabile Ratspräsidentschaft des Europäischen Rates, das Amt des Europäischen Außenministers, die Ausweitung von qualifizierten Mehrheitsentscheidungen im Rat sowie das Festhalten an respektive die Einführung der doppelten Mehrheit als Entscheidungsregel im Rat.

Da es sich im Wesentlichen um Veränderungen institutioneller Natur handelte, könne eine Ratifizierung durch das Parlament erfolgen, so die Überlegungen Sarkozys.²¹⁵ Durch diese List vermochte es der Präsidentschaftsanwärter, einen Ausweg aus der referendumsbedingten Sackgasse aufzuzeigen. Das Signal an andere EU-Staaten, die ebenfalls mit einem Referendum konfrontiert waren, war eindeutig: Ein überarbeiteter Text des VVE könnte auch ohne Referendum ratifiziert werden.²¹⁶ Allerdings bedeutete dieser Vorschlag zugleich ein Aufschnüren des Paketcharakters des Verfassungstextes. Zwar hielt Sarkozy an der doppelten Mehrheit als Entscheidungsmodus fest, wodurch das Gewicht der Bundesrepublik im Kreis der EU-Staaten gestärkt worden wäre und den Bruch mit der deutsch-französischen Stimmenparität zementiert hätte, Angela Merkel lehnte diesen „*mini-traité constitutionnel*“ zunächst jedoch ab.²¹⁷

Der Vorschlag Sarkozys gilt als „Brückenoption“, da er einerseits die Notwendigkeit von Nachverhandlungen anerkennt, andererseits aber die Substanz des VVE zu retten gedenkt und damit dem Lager der Ratifizierer, dem auch Deutschland angehört, entgegenkommt.

4.2.2 Bundesregierung: Festhalten am VVE

Mit der Annahme des VVE durch den Bundestag und Bundesrat gehörte Deutschland dem Lager der Ratifizierer und den „Freunden der Verfassung“ an. Im Koalitionsvertrag verpflichteten sich Union und SPD daher auf das gemeinsame Festhalten am Verfassungsvertrag, obwohl das Projekt durch die beiden Nein-Voten seine

²¹³ Sarkozy 2006: 5.

²¹⁴ Zitiert nach: Müller-Brandeck-Bocquet 2007: 15.

²¹⁵ Mit diesen Vorschlägen grenzte sich Sarkozy zugleich von der Präsidentschaftskandidatin der PS, Ségolène Royal, ab, die für ein zweites Referendum im Falle einer Überarbeitung des VVE plädierte.

²¹⁶ Vgl. Müller-Brandeck-Bocquet 2010a: 275 f.

²¹⁷ Vgl. Jacob 2006.

Erfolgsaussichten bereits dramatisch eingebüßt hatte. Das Scheitern des Vertragswerkes hatte auch die deutsche Europapolitik, mit Ausnahme der Bekundungen zum VVE und Merkels Überlegungen zur „sozialen Dimension Europas“²¹⁸, in eine politische Schockstarre versetzt. Konkrete Beiträge zu einer möglichen Rettungsstrategie wurden zunächst nicht geleistet. Nachdem Jacques Chirac jedoch einen neuen Anlauf in der EU-Verfassung wagte, der die Herauslösung einzelner Elemente des VVE und deren vorzeitige Inkraftsetzung vorsah, richtete sich Deutschland entschieden gegen diesen Versuch des Rosinenpickens. „Einzelne Teile dieser Verfassung in Kraft setzen und andere liegenlassen – ohne zu wissen, wo man hin will – das geht nicht. Dadurch würde die Gesamtbalance empfindlich gestört,“²¹⁹ so Merkel. Die deutsche Regierung versuchte daher, das Gesamtpaket so lange wie möglich verschnürt zu halten, um die Substanz des VVE zu retten. Vorschläge zum „Substanzerhalt“ kamen anschließend auch aus Frankreich. Der französische Innenminister Sarkozy überraschte mit seiner Idee des „*traité simplifié*“. Obgleich Merkel auch diesem Vorschlag zunächst äußerst skeptisch gegenüberstand, so wurde doch allmählich deutlich, dass dieser Vorstoß einen gangbaren Kompromiss aufzeigte. Angesichts der ablehnenden Haltung gegenüber dem ursprünglichen Verfassungsvertrag durch die skeptischen EU-Partner Großbritannien, Polen und Tschechien würde die Kanzlerin die kommende deutsche EU-Ratspräsidentschaft nicht an ein Vertragswerk binden, das trotz aller Bekundungen bereits zum Scheitern verurteilt war.²²⁰

In ihrer Regierungserklärung vom 14.12.2006 machte Merkel mit Blick auf die am 1.1.2007 beginnende deutsche EU-Ratspräsidentschaft deutlich, dass auf der Grundlage der Substanz des Verfassungsvertrages konkrete Ergebnisse erzielt werden sollen, um den Verfassungsprozess zu neuem Leben zu verhelfen.²²¹ Die Zielvorgabe für die Präsidentschaft lautete, möglichst viel von der Substanz des VVE zu erhalten und möglichst wenig an dem mühsam geschnürten Kompromisspaket zu ändern.

4.2.3 Zwischenfazit

Die EU ist durch die negativen Referenden in Frankreich und den Niederlanden in eine tiefe Krise gestürzt. Der Ausgang der Verfassungskrise war ungewiss, zu viele

²¹⁸ Im Dezember 2005 schlug Merkel anlässlich eines Treffens des Europäischen Rates vor, eine Erklärung zur „sozialen Dimension Europas“ als ergänzendes Protokoll im VVE aufzunehmen, um somit vor allem den Bürgern in Frankreich und den Niederlanden eine Zustimmung zur EU-Verfassung zu erleichtern. Diese Initiative wurde der späteren Situation allerdings nicht mehr gerecht, da eine zweite Volksbefragung nicht mehr in Frage kam. Vgl. Rinke und Scheerer 2005: 20 f.

²¹⁹ Zitiert nach: Wiegel 2006.

²²⁰ Vgl. Hilz 2007a: 53.

²²¹ Vgl. Presse- und Informationsamt der Bundesregierung: 7.

divergierende Interessen und Ansätze machten sich in der europäischen Gemeinschaft breit. Gerade in dieser Zeit bedurfte die EU eines „*leaderships*“, doch auch die Positionen Deutschlands und Frankreichs waren im Verlauf der Reflexionsphase zu unterschiedlich, um den Antriebsmotor der EU zu bilden.

„(...) am europäischen Schwungrad, als das die deutsch-französischen Beziehungen gerne bezeichnet werden, scheint der Keilriemen ziemlich ausgeleiert zu sein. Das Rad dreht sich und dreht sich, aber es bewegt sich wenig.“²²²

Mit diesem Kommentar in der *Süddeutschen Zeitung* umschreibt Nico Fried auf anschauliche Weise diese Phase der deutsch-französischen Beziehungen und dessen Rolle in der Verfassungskrise. In der Tradition ihrer Vorgänger hielten Merkel und Chirac an den regelmäßigen bilateralen Treffen fest, bei denen auf altes Vokabular zurückgegriffen wurde: „Ohne den gemeinsamen Motor bleibe Europa stehen“, so die Kanzlerin anlässlich eines Blaesheim-Treffens am 23.1.2006 in Versailles. Ähnliche Bekundungen ließen sich auch beim informellen Treffen in Rheinsberg am 6.6.2006 vernehmen und anlässlich des deutsch-französischen Ministerrates am 12.10.2006 in Paris. Gemeinsam wollte man bis Ende 2008 die Verfassungskrise überwinden und das Projekt Europa wieder auf Touren bringen, so der einhellige deutsch-französische Tenor. Doch trotz dieser bei öffentlichen Anlässen demonstrierten Einigkeit war ein gemeinsames deutsch-französisches Vorgehen nicht erkennbar. Zum einen war dies der geschwächten Position des französischen Staatspräsidenten Chirac geschuldet, der seit dem gescheiterten Referendum in der Bedeutungslosigkeit versunken war, zum anderen lagen die Reformideen Deutschlands und Frankreichs im gesamten Verlauf der Reflexionsphase diametral auseinander. Während die französischen Positionen auf eine Filetierung bzw. Verschlinkung des Vertragswerkes abzielten, bemühte sich Deutschland um einen Zusammenhalt des mühsam geschnürten Kompromisspaketes. Streit ergab sich indessen nicht aus diesen unterschiedlichen Positionen. „Es gibt keine unüberwindbaren Gegensätze zwischen Frankreich und Deutschland“²²³, betonte Merkel Ende 2006 in Paris. Und in der Tat sollte der Vorschlag des Präsidentschaftskandidaten Sarkozy sich als eine realistische Option erweisen und der deutschen Ratspräsidentschaft im ersten Halbjahr 2007 zum Erfolg verhelfen.

²²² Fried 2006.

²²³ Zitiert nach: Berschens und Rinke 2006.

4.3 Deutsche EU-Ratspräsidentschaft und französische Präsidentschaftswahlen

Als Deutschland am 1.1.2007 den Vorsitz in der EU übernahm, waren die Rahmenbedingungen denkbar ungünstig, die zu bewältigende Aufgabe schwierig und die Erwartungen an die deutsche Ratspräsidentschaft unvermindert hoch.

Die ungünstigen Rahmenbedingungen hingen wesentlich mit dem französischen Nachbarn zusammen. Die Parallelität der deutschen Ratspräsidentschaft und des französischen Präsidentschaftswahlkampfes bis Mai 2007 stellte eine erhebliche Beeinträchtigung der deutschen Ambitionen auf der europäischen Bühne dar. Die letzten Amtswochen des scheidenden und zudem schwachen Präsidenten Chirac sowie die Ungewissheit der Nachfolge verwehrten Merkel die bewährte Vorgehensweise einer engen Abstimmung und verlässlichen Unterstützung durch Paris. Zugleich konnte Merkel keine gemeinschaftsinternen Entscheidungen forcieren, die den Interessen des zukünftigen französischen Staatsoberhauptes entgegenstanden, da sie auf dessen tatkräftige Unterstützung hoffen musste. Ein kontinuierlicher Austausch der Bundesregierung mit den Wahlkampfteams der beiden Kandidaten verhinderte zugleich jedoch ein womöglich destruktives Festlegen in europapolitischen Streitpunkten. Darüber hinaus wurde trotz der eindeutigen politisch-ideologischen Nähe Merkels zu Sarkozy keiner der beiden Präsidentschaftskandidaten offen bevorzugt, wodurch eine gute Ausgangslage für eine enge Kooperation nach den Wahlen geschaffen sein sollte.²²⁴

Denn die Aufgabe, die es für die deutsche Ratspräsidentschaft zu bewältigen galt, war höchst diffizil. Deutschland übernahm den EU-Vorsitz in einem schwierigen Umfeld. Durch die ablehnenden Referenden in Frankreich und den Niederlanden steckte die EU weiterhin in einer Krise, deren Kernproblem nach wie vor die ungelöste Frage einer grundlegenden EU-Reform darstellte. Dieser Handlungsbedarf hat sich mit den am 1.1.2007 erfolgten Beitritten Rumäniens und Bulgariens weiter verschärft. Zugleich wurde die Ausgangslage durch eine Phase der Führungsschwäche in Europa verschärft. Während Frankreich sich im Wahlkampf befand und auch vom britischen Premierminister Tony Blair aufgrund seiner baldigen Amtsübergabe²²⁵ keine Impulse zu erwarten waren, verfolgte die polnische Regierung einen europapolitischen Kurs, der

²²⁴ Vgl. Hilz 2007a: 50 ff.

²²⁵ Bereits im Vorfeld der Unterhauswahlen 2005 wurde über eine vorzeitige Amtsübergabe Blairs spekuliert. Zwar konnte die Labour Partei zum dritten Mal in Folge die Wahlen für sich entscheiden, musste aber herbe Verluste hinnehmen. Die Spekulationen um eine baldige Amtsübergabe verhärteten sich dadurch. Im Mai 2007 kündigte Blair dann offiziell seinen Rücktritt für den 27.6.2007 an.

„bestenfalls als eigenwillig“²²⁶ bezeichnet werden konnte. In einer Vielzahl anderer Mitgliedstaaten waren erhebliche Probleme bei der Regierungsbildung zu verzeichnen, so z.B. in Tschechien, Österreich oder den Niederlanden. Des Weiteren stellte die Lagerbildung in der EU eine gewaltige Herausforderung dar. Bei der Übernahme der Präsidentschaft hatten 18 EU-Mitglieder den VVE ratifiziert, was rund 56% der EU-Bevölkerung entsprach. Demgegenüber stand das kleine Lager der „Referendums-Nein-Sager“, Frankreich und die Niederlande, und das Lager der „Noch-Nichts-Sager“²²⁷, wobei Irland, Portugal, Schweden und Dänemark dem VVE grundsätzlich positiv gegenüberstanden. Deutschland musste also die schwierige Aufgabe lösen, „die Ja-Sager mit den Nein-Sagern und den Noch-Nichts-Sagern zu versöhnen“²²⁸ um den Verfassungsprozess wiederzubeleben. Diese Lagerbildung wurde ferner durch die einberufene Konferenz der Freunde der Verfassung vom 26.1.2007 deutlich, die auf Initiative Spaniens²²⁹ und Luxemburgs veranstaltet wurde. Die Teilnehmer der Konferenz sprachen sich gegen eine minimalistische Lösung aus und traten dezidiert für den Substanzerhalt des verabschiedeten bzw. befürworteten VVE ein. Dadurch veränderte sich auch die Diskursmacht der Akteure. Hatten sich bis dahin vorwiegend die Gegner des VVE in der Diskussion um dessen Zukunft hervorgetan, so stellte nun eine Mehrheit der europäischen Regierungen, die den VVE befürworteten, die Meinungsführerschaft dar.²³⁰

Die Herausforderungen, die sich der deutschen Ratspräsidentschaft stellten, waren nicht minder hoch als die Erwartungen, die viele Mitgliedsstaaten an den deutschen EU-Vorsitz knüpften. Bereits der ER im Juni 2006 setzte auf die pro-integrative Haltung der als integrationsfreundlich bekannten Bundesrepublik und traute der deutschen Verhandlungsführung zu, einen Ausweg aus der Verfassungskrise aufzuzeigen. Die hohen Erwartungen an Deutschland waren auch der Tatsache geschuldet, dass nun ein „großer“ Mitgliedsstaat die Geschicke der EU lenkte. Zwar ist ein großer Mitgliedsstaat an der Spitze der EU kein Garant für eine erfolgreiche Ratspräsidentschaft (die französische Präsidentschaft 2000 mündete im so oft geschmähten Vertrag von Nizza), den Hoffnungen sollte dies aber keinen Abbruch tun, denn Deutschland unter Angela Merkel hatte sich bereits durch das Verhandlungsgeschick bei der finanziellen

²²⁶ Göler und Jopp 2007: 3.

²²⁷ Müller-Brandeck-Bocquet 2010a: 272.

²²⁸ Bolesch 2006.

²²⁹ Spanien hatte als erster EU-Staat den VVE mit einer überwältigenden Mehrheit von 76,6% Ja-Stimmen ratifiziert und galt seitdem als glühender Verfechter des Verfassungsvertrages.

²³⁰ Vgl. Maurer 2007: 4, vgl. Müller-Brandeck-Bocquet 2010a: 274 f.

Vorausschau der Jahre 2007 bis 2013 seine europapolitischen Meriten verdient. Zudem hätten die nachfolgenden Präsidentschaften, zunächst Portugal, dann Slowenien, wohl nicht das notwendige politische Gewicht und die Ressourcen aufbringen können.²³¹

„18 mois pour sauver l'Europe“²³² titelte *Le Figaro* bereits im Juni 2006. Es lag nun an Deutschland, durch die Erstellung eines Fahrplans den europäischen Zug wieder auf die Gleise zu setzen und an Frankreich, die erforderlichen Schritte Ende 2008 zu unternehmen, damit dieser an sein Ziel gelangen konnte. Ein gemeinsames deutsch-französisches Vorgehen respektive die bilaterale Unterstützung der jeweiligen Ratspräsidentschaft könnten dieser Rettungsschiene das nötige Fundament verleihen und zugleich die deutsch-französische Motorenfunktion, die sich unter Merkel und Chirac nicht herausgebildet hatte, erneuern.

4.3.1 Die deutsche Präsidentschaftsstrategie

Unter dem Motto „Europa gelingt gemeinsam“ trat Deutschland am 1.1.2007 den EU-Vorsitz an und legte ein umfangreiches Arbeitsprogramm vor. Ganz oben auf der deutschen Agenda stand die „Fortführung des Verfassungsprozesses“²³³.

*„Die Phase des Nachdenkens ist vorbei. Jetzt gilt es, bis Juni neue Entscheidungen zu erarbeiten. Ich setze mich dafür ein, dass am Ende der deutschen Ratspräsidentschaft ein Fahrplan für den weiteren Prozess des Verfassungsvertrages verabschiedet werden kann,“*²³⁴

so Merkel am 17.1.2007 in ihrer Antrittsrede vor dem Europäischen Parlament in Straßburg. Das deutsche Präsidentschaftsprogramm wiederholte hierzu das Mandat des ER vom Juni 2006:

„Angesichts des ins Stocken geratenen Ratifizierungsprozesses des Verfassungsvertrages hat der Europäische Rat am 15./16. Juni 2006 die deutsche

²³¹ Vgl. Weidenfeld 2007: 4.

²³² Bocev und Goulliaud 2006. Der Autor des Artikels definiert diese 18 Monate als Zeitspanne zwischen dem Ende der deutschen Ratspräsidentschaft im Juni 2007 und dem Ende der französischen Ratspräsidentschaft im Dezember 2008. Zugleich könnte dieser Ausdruck „18 mois pour sauver l'Europe“ aber auch auf die neu eingeführte Dreier-Präsidentschaft angewandt werden. Zentraler Bestandteil des Achtzehnmonatsprogramms dieser Dreier-Präsidentschaft bestehend aus Deutschland, Portugal und Slowenien war die Fortsetzung des Verfassungsprozesses. Diese Team-Präsidentschaft sollte die Kontinuität der Arbeit der EU-Vorsitze befördern.

²³³ Presse- und Informationsamt der Bundesregierung 2007b: 4. Das Präsidentschaftsprogramm beinhaltete ferner die Punkte „Gestaltung der wirtschaftlichen, sozialen und ökologischen Zukunft Europas“, „Raum der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts“ sowie „Gestaltung der gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik, der Außenwirtschaftspolitik und der Entwicklungspolitik“. Auf eine ausführliche Beschreibung dieser Zielsetzungen wird nicht näher eingegangen. Für die erzielten Fortschritte im Bereich Wirtschaft, Energie und Klimaschutz siehe Rüger 2007. Für die Bereiche GASP/ESVP und RFSR siehe Müller-Brandeck-Bocquet 2010a: 307 ff.

²³⁴ Zitiert nach: Rüger und Wolf 2007: 5.

*Präsidentschaft beauftragt, in der ersten Jahreshälfte 2007 mit den EU-Mitgliedsstaaten ausführliche Konsultationen zu führen und anschließend dem Europäischen Rat einen Bericht vorzulegen. Der Bericht soll mögliche künftige Entwicklungen aufzeigen und als Grundlage für Beschlüsse dienen, wie der Reformprozess der EU fortgesetzt werden soll.*²³⁵

Aus diesem Mandat leitete sich für Deutschland eine besondere Impulsgeber- und Vermittlerfunktion ab. Zwar verpflichtet der EU-Vorsitz zur Neutralität, Deutschland trat aber offen für den Verfassungsvertrag ein und somit nicht als gänzlich neutraler Präsidenschaftsmakler auf. Bereits vor Beginn der Präsidentschaft hatte die Bundesregierung den europäischen Partnern ihre „rote Linie“ verdeutlicht. Die vorzunehmende Vertragsrevision sollte sich eng an dem bereits in 18 Staaten ratifizierten VVE orientieren. Für den weiteren Gang der Verhandlungen wurde eine Rangordnung im Hinblick auf die EU-Mitgliedsstaaten ausgearbeitet. Zunächst galt es, die französische und niederländische Position zur Kenntnis zu nehmen, wonach der ursprüngliche Vertrag nicht ein weiteres Mal in derselben Form vorgelegt werden konnte. Als nächstes waren jene Staaten zu berücksichtigen, die den VVE noch nicht zur Ratifikation vorgelegt hatten und dieses auch nicht während der deutschen Ratspräsidentschaft zu tun gedachten. An dritter Stelle standen schließlich die Staaten, die den Vertrag bereits ratifiziert hatten und die deutsche Position unterstützten.²³⁶ In mehreren Stufen hat die Bundesregierung so in einem intensiven Prozess bilaterale Gespräche geführt, in denen die Erfolgsaussichten möglicher Reformvorhaben ausgelotet wurden. Die Beratungen hierzu erfolgten in einem sehr kleinen Teilnehmerkreis, der ausschließlich auf der Ebene der Staats- und Regierungschefs angesiedelt war. Die Arbeitsebene der Außenministerien und Ständigen Vertretungen, die unter normalen Umständen mit einbezogen werden, blieben außen vor. Merkel begründete diese Vorgehensweise in ihrer Regierungserklärung vom 14.6.2007 mit der so geschaffenen notwendigen Vertraulichkeit. Diese konzentrierten und vertraulichen Verhandlungen, so Merkel, waren zwingend erforderlich, um überhaupt einen Fahrplan vorlegen zu können.²³⁷ Ein wesentlicher Schritt zur Ausarbeitung eines Fahrplans für den weiteren Reformprozess war auch die Berliner Erklärung, die mit ihrem Ziel, die EU bis zu den Wahlen zum Europäischen Parlament 2009 auf eine neue Grundlage zu stellen, einen heilsamen Zeitdruck entfaltete.

²³⁵ Presse- und Informationsamt der Bundesregierung 2007b: 6.

²³⁶ Vgl. Maurer 2007: 5 f.

²³⁷ Vgl. Müller-Brandeck-Bocquet 2010a: 281.

4.3.2 Die Berliner Erklärung

Deutschland übernahm den Vorsitz in der EU zu einer Zeit, in der sich die Gründung der EWG zum 50. Mal jährte. Die Römischen Verträge, die gewissermaßen als Gründungsurkunde der heutigen EU gelten, wurden am 23.3.1957 unterzeichnet und hoben die EWG und Euratom aus der Taufe. Aus diesem Anlass wurde bereits im Juni 2006 vom ER eine Erklärung in Auftrag gegeben, um dieses Jubiläum gebührend zu feiern. Zugleich sollte „an die europäischen Werte und Ziele erinnert sowie eine gemeinsame Verpflichtung eingegangen werden, die anstehenden Aufgaben zu lösen.“²³⁸ Angela Merkel sah die geplante Erklärung ferner als Möglichkeit, die europäische Einigungsbewegung neu zu begründen. Dieses Dokument sollte den Mehrwert der europäischen Integration für jedermann sichtbar machen und der EU neuen Schwung verleihen.²³⁹ Desgleichen plante Merkel mit dieser Erklärung den ersten Schritt auf dem Weg zur Vertragsreform. Der in diesem Dokument zu erwähnende Ausblick auf die Wiederbelebung des Verfassungsvertrages sollte die Mitgliedsstaaten zu einem gemeinsamen Handeln hinsichtlich der Vertragsreform verpflichten. Nachdem die letzten Bedenken auf tschechischer Seite an diesem symbolischen Akt zerstreut werden konnten,²⁴⁰ erfolgte die feierliche Unterzeichnung der „Berliner Erklärung“ am 25.3.2007 durch Kanzlerin Merkel im Namen der 27 Staats- und Regierungschefs sowie durch Kommissionspräsident Barroso und Parlamentspräsident Pötering. Der Vorspann dieser prägnanten Erklärung beginnt mit einer Würdigung der Errungenschaften des europäischen Integrationsprozesses und dem achtungsvollen Schlusssatz: „Wir Bürgerinnen und Bürger der Europäischen Union sind zu unserem Glück vereint.“²⁴¹ Nachdem in Abschnitt I die Werte der Union und in Abschnitt II die gemeinsamen Herausforderungen dargestellt werden, ist die zentrale Aussage der Berliner Erklärung in dem dritten Abschnitt über die Zukunft der EU niedergelegt. Dort heißt es:

*„Deshalb sind wir heute, 50 Jahre nach der Unterzeichnung der Römischen Verträge, in dem Ziel geeint, die Europäische Union bis zu den Wahlen zum Europäischen Parlament 2009 auf eine erneute gemeinsame Grundlage zu stellen. Denn wir wissen: Europa ist unsere gemeinsame Zukunft.“*²⁴²

²³⁸ Presse- und Informationsamt der Bundesregierung 2007b: 4.

²³⁹ Vgl. Rüger 2007.

²⁴⁰ In Prag gab es zunächst Vorbehalte, die erneuerte Grundlage für die EU bis zu den Europawahlen 2009 zu konstruieren. Die tschechische Regierung übernahm in der ersten Jahreshälfte 2009 die EU-Präsidentschaft und war auf diese Weise mit der Beendigung des Verfassungsprozesses beauftragt. Vgl. Leithäuser und Schwarz 2007: 1 f.

²⁴¹ Deutsche Präsidentschaft der Europäischen Union 2007.

²⁴² Ebd.

Unter Betonung der gemeinsamen Identität der Europäer und der außenpolitischen Herausforderungen erreichte Merkel, dass sich alle 27 Staats- und Regierungschefs zur Vollendung des Reformprozesses bekannten, auch wenn der Verfassungsvertrag in diesem Dokument nicht erwähnt wurde. Mit dieser Verpflichtung wurden somit die ersten Weichen für die anstehenden Verfassungsverhandlungen gestellt.

Die Bewertung dieses ersten zeremoniellen Höhepunktes unter deutscher Ratspräsidentschaft fällt zwiespältig aus: *ex post* wurde die deutsche Verhandlungsführung und der intransparente Verhandlungsstil kritisiert. Die identitätsstiftende Wirkung, die die Berliner Erklärung entfalten sollte, wurde ihr aufgrund dessen abgesprochen. Ferner wurde beanstandet, dass die Erklärung nicht von allen EU-Staats- und Regierungschefs unterzeichnet wurde, wodurch ihre Bindungskraft als sehr begrenzt galt. Von polnischer und tschechischer Seite waren bereits kurz nach den Feierlichkeiten Aussagen zu vernehmen, wonach sich diese eine eigene Interpretation der Erklärung vorbehalten würden. Zwar wurde die Ausarbeitung des Textes und die Unterzeichnung der Erklärung kritisiert, dennoch gilt die Berliner Erklärung als wichtige Vorbedingung für den Erfolg des Gesamtvorhabens. Einerseits können die Verhandlungen zur Berliner Erklärung als Probelauf für die Verfassungsverhandlungen gesehen werden. Wesentlich bedeutungsvoller war allerdings, dass das genannte Datum 2009 eine politische Wirkung entfalten würde.²⁴³ Die deutsche Präsidentschaft war somit berufen, den weiteren Reformprozess zeitlich zu begrenzen.

Das Fehlen einer Achse Berlin-Paris hinderte die Kanzlerin letztendlich nicht daran, die europäischen Partner auf die Berliner Erklärung einzuschwören. Das „Herzstück“ der deutschen Präsidentschaft²⁴⁴, die Lösung der nach wie vor bestehenden Verfassungskrise, konnte hingegen erst zum Ende des deutschen Vorsitzes in Angriff genommen werden. Die anstehenden Präsidentschaftswahlen in Frankreich und die damit verbundene Amtsnachfolge des scheidenden Präsidenten Chirac sollten Auskunft darüber geben, welche Richtung im weiteren Reformprozess eingeschlagen wird.

4.3.3 Die französischen Präsidentschaftswahlen

Der negative Ausgang des französischen Referendums im Mai 2005 bedeutete für Staatspräsident Chirac zu jener Zeit einen herben Rückschlag. Eine abermalige Kandidatur galt als unwahrscheinlich, so dass es an der französischen Staatsspitze zu einem Machtwechsel kommen sollte. Dieser Machtwechsel beendete Frankreichs

²⁴³ Vgl. Rüger 2007.

²⁴⁴ Hilz 2007b: 27.

politische Lähmung in Europa und war zugleich von herausragender Bedeutung für die EU, denn keine Personalentscheidung der vergangenen Jahre hatte größere Auswirkungen auf die Entwicklung der Gemeinschaft als der Wahlausgang in Frankreich.²⁴⁵

Für die französische Präsidentschaftswahl am 22.4.2007 positionierten sich vor allem zwei Kandidaten, die Aussichten auf dieses Amt hatten: Zum einen der amtierende französische Innenminister und Vorsitzender der Regierungspartei UMP Nicolas Sarkozy, zum anderen die Kandidatin der PS Ségolène Royal.²⁴⁶ Das vorrangige Interesse gilt in diesem Kapitel den europapolitischen Positionen dieser beiden Kandidaten und ihrem Standpunkt bezüglich des Verfassungsvertrages.²⁴⁷ Zwar wurde das Thema „Europa“ im Wahlkampf nur nachrangig behandelt – was durchaus verständlich ist, da die innenpolitischen Themen im Mittelpunkt der Wahlkampagnen stehen – für den kommenden französischen Staatspräsidenten galt es aber auch, die Grande Nation zurück auf die europapolitische Bühne zu führen. Daher gab es einen regen Wettbewerb um Vorschläge zur Lösung der gegenwärtigen Verfassungskrise. Alle Überlegungen gingen von der Grundannahme aus, dass die erweiterte Union reformierte Institutionen und Entscheidungsprozesse brauche. Zudem bestand Einigkeit darüber, dass die institutionell relevanten Passagen des Verfassungsvertrages nicht die Ursache für die Ablehnung des VVE waren. Der wesentliche Unterschied zwischen den beiden Kandidaten bestand im Hinblick auf ein erneutes Ratifikationsverfahren. Die sozialistische Kandidatin Royal machte deutlich, dass ein neuer Vertrag ein weiteres Mal dem Votum des Volkes zu unterziehen sei. Dieser Vertrag müsse die wesentlichen institutionellen Reformen und ein zusätzliches Sozialprotokoll umfassen. Zudem legte sie Vorschläge zur Einberufung eines weiteren Konvents vor, der einen neuen Grundlagenvertrag ausarbeiten sollte. Diese Position, die ein Vertagen der Probleme auf eine unsichere Zukunft impliziert, hätte Frankreich im Falle eines Wahlsiegs Royals zu einem schwierigen Partner für Deutschland gemacht bzw. eine Belastung für die deutsche Ratspräsidentschaft dargestellt. Dem deutschen EU-Vorsitz wesentlich entgegenkommender waren da die pragmatischen Positionen des bürgerlichen Kandidaten Sarkozy.²⁴⁸ Dieser versprach in

²⁴⁵ Vgl. Proissl 2007.

²⁴⁶ Auf die weiteren Präsidentschaftskandidaten soll hier nicht weiter eingegangen werden. Für die französischen Präsidentschaftswahlen 2007 siehe ausführlicher: Kimmel 2007: 3 ff.

²⁴⁷ Für eine detaillierte Darstellung der französischen Europapolitik nach der Präsidentschaftswahl 2007 siehe Kapitel 5.

²⁴⁸ Nachdem Merkel die Reformideen Sarkozys anfangs noch widerstrebten, wurde nach der Wahl Sarkozys zum Staatspräsidenten deutlich, dass dessen Idee eines vereinfachten Vertrages der deutschen Ratspräsidentschaft als Verhandlungsgrundlage dienen sollte.

deutlicher Abgrenzung zu seiner Widersacherin eine parlamentarische Ratifizierung eines kürzeren Vertrages, der ebenfalls die zentralen Institutionen- und Verfahrensreformen umfassen sollte.²⁴⁹

Nachdem sich Royal mit 25,9% und Sarkozy mit 31,2% in der Wahl am 22. April durchsetzen konnten, vermochte es Sarkozy, die Stichwahl am 6. Mai mit 53,1% der Stimmen für sich zu entscheiden.²⁵⁰ Unmittelbar nach seinem Amtsantritt stattete der frisch gekürte sechste französische Präsident der Fünften Republik am 16.5.2007 Deutschland einen Besuch ab. Dieser Antrittsbesuch wurde mit Spannung erwartet, da Sarkozy zuvor in seinem politischen Glaubensbekenntnis die Bedeutung des deutsch-französischen Motors relativierte: „Auch wenn die deutsch-französische Entente nach wie vor notwendig ist, so ist sie, meiner Überzeugung nach, als Motor nicht mehr ausreichend leistungsfähig.“²⁵¹ Grundlegend neu waren diese Überlegungen nicht. Bereits in seiner Rede zur Zukunft Europas vom 16.2.2006 unterbreite er einen Vorschlag zu einem „*moteur à six*“, bestehend aus Frankreich, Deutschland, Großbritannien, Italien, Spanien und Polen, um die EU-25 zu ziehen.²⁵² Zudem hatte Sarkozy mehrfach betont, dass er sich die deutsch-französischen Beziehungen im Rahmen der europäischen Gemeinschaft weniger exklusiv wünsche.²⁵³ Umso überraschender war daher die geradezu innige Begegnung mit Bundeskanzlerin Merkel vor dem Berliner Kanzleramt mit Wangenküssen *à la française* und dem affektierten Bekenntnis zu den deutsch-französischen Beziehungen: „Pour la France, l’amitié franco-allemand est sacrée. Rien ne saurait la remettre en cause.“²⁵⁴ Sollte es also nun, zwei Jahre nachdem das deutsch-französische Tandem seine Zugkraft verloren hatte, zu einer erneuten engen bilateralen Kooperation zwischen Paris und Berlin kommen, ja sogar zu einer „*relance européenne*“? Der Antrittsbesuch Sarkozys in Deutschland hatte zunächst eine beträchtliche Symbolwirkung. Neben den als „heilig“ bezeichneten deutsch-französischen Beziehungen forderte Sarkozy zudem ihre Wiederbegründung. Auch Merkel lobte die bilateralen Beziehungen zum Nachbarland und bezeichnete die langjährige deutsch-französische Freundschaft als ein Wunder.²⁵⁵ Offensichtlich spielten auf französischer Seite neben allen Freundschaftsbekundungen aber auch strategische Erwägungen eine wichtige Rolle. Da das Thema „Europäischer Verfassungsvertrag“ eine wichtige

²⁴⁹ Vgl. Koopmann 2007: 38 f. sowie Schwarzer 2007: 14.

²⁵⁰ Vgl. Kimmel 2007: 6 f.

²⁵¹ Zitiert nach: von Hammerstein et al. 2007.

²⁵² Vgl. Ridet 2006.

²⁵³ Vgl. Gorawantschy 2007.

²⁵⁴ Zitiert nach: de Bresson und Calla 2007.

²⁵⁵ Vgl. Presse- und Informationsamt der Bundesregierung 2007c.

Komponente des Vier-Augen-Gesprächs war, versuchte Sarkozy der Bundeskanzlerin in ihrer Funktion als EU-Ratspräsidentin seinen Vorschlag des „vereinfachten Vertrages“ zu unterbreiten.²⁵⁶ Merkel, die sich vorgenommen hatte, dass sich der kommende ER auf ein möglichst konkretes und präzises Mandat für die nachfolgende Regierungskonferenz einigen wird, war dem raffinierten Vorschlag Sarkozys nun nicht mehr abgeneigt. Da nach dem Diktum Sarkozys kein zweites Referendum mehr in Frankreich abgehalten werden sollte, war Deutschland bereit, über die Basis eines vereinfachten Vertrages zu diskutieren. Die deutsche und französische Position schien nicht mehr weit auseinander zu liegen. Als europäische Ratspräsidentin wollte Merkel in enger Abstimmung mit Frankreich einen Vorschlag vorbereiten. Zudem sagte Sarkozy der Bundeskanzlerin seine Unterstützung für einen erfolgreichen Abschluss der deutschen Ratspräsidentschaft zu. Er selbst wollte zu diesem Zweck Konsultationen mit jenen Ländern führen, die dem Vorschlag des vereinfachten Vertrages noch Vorbehalte entgegenbrachten.²⁵⁷ Konnte Merkel, die gefeierte europäische Gipfelstürmerin, nun also auf ein Duo auf dem europäischen Parkett hoffen?

4.3.4 Deutsch-französische Verhandlungsführung

Auf dem 50. Jahrestag der Gründung der EU gab Bundeskanzlerin Merkel zu verstehen, was ihr Mindestziel in der Verfassungskrise sei. Bis zum Ende der deutschen Ratspräsidentschaft sollte ein kurzer und konzentrierter Fahrplan für eine Wiederbelebung der Vertragsreform erreicht werden. Im Verlauf des deutschen EU-Vorsitzes wurde allerdings deutlich, dass die Bundesregierung ehrgeiziger war: sie wollte auch inhaltliche Vorarbeiten für einen neuen EU-Vertrag leisten.²⁵⁸ Nicht nur die Erstellung eines Fahrplans muss daher als „Herkulesaufgabe“ bezeichnet werden, sondern auch die von der Bundesregierung angestrebte Überwindung der mitgliedstaatlichen Meinungsverschiedenheiten.²⁵⁹ Hierzu musste Merkel einerseits die Befürworter einer ambitionierten Verfassung für die von Sarkozy favorisierte, und für ihn einzig akzeptable, Version eines Reformvertrages gewinnen und andererseits die Euroskeptiker, allen voran die polnische und britische Regierung, zur Zustimmung bewegen.²⁶⁰

²⁵⁶ Vgl. Gorawantschy 2007.

²⁵⁷ Vgl. de Bresson and Calla 2007.

²⁵⁸ Vgl. Busse 2007.

²⁵⁹ In ihrer Regierungserklärung vom 14.6.2007 bezeichnete Merkel den an Deutschland erteilten Auftrag des ER, einen Fahrplan für das weitere Vorgehen im Verfassungsprozess vorzulegen, als Herkulesaufgabe. Vgl. Presse- und Informationsamt der Bundesregierung 2007d.

²⁶⁰ Vgl. Hilz 2007b: 27.

Der neue französische Staatspräsident Nicolas Sarkozy erwies sich bei diesem Vorhaben als „verlässlicher Bundesgenosse Merkels.“²⁶¹ Wenige Tage nach seiner Amtsübernahme absolvierte Sarkozy eine Reihe von bilateralen Konsultationen mit EU-Staats- und Regierungschefs, in denen er für das Vorhaben eines vereinfachten Vertrages warb und die Positionen zum Verfassungsvertrag miteinander abglich. So reiste Sarkozy am 28.5.2007 nach Rom, um sich mit dem italienischen Ministerpräsidenten Romano Prodi über das Projekt des „*traité européen simplifié*“ auszutauschen. Prodi sprach sich bei diesem Gespräch wie bereits eine Woche zuvor vor dem Europäischen Parlament für mehr Anerkennung derjenigen Staaten aus, die den Vertrag bereits ratifiziert hatten. Nichtsdestotrotz waren sich Paris und Rom nach diesem Treffen in einer Vielzahl von Punkten einig, wie die EU-27 wirksam zu reformieren sei.²⁶² Auch der spanische Ministerpräsident Zapatero, mit dem Sarkozy wenige Tage später, am 31.5.2007, zusammenkam, deutete eine Verständigung auf Sarkozys vereinfachten Vertrag an.²⁶³ Kurz vor dem entscheidenden EU-Gipfel konnten durch diese gemeinsamen Anstrengungen „die Zahl der offenen Fragen auf eine überschaubare Anzahl von Punkten reduziert [werden]. Die allerdings haben es zum Teil wirklich in sich.“²⁶⁴

Insbesondere die polnische Ablehnung gegenüber dem Abstimmungs-system der doppelten Mehrheit, welches im Entwurf eines europäischen Verfassungsvertrags vorgesehen war, sollte sich als hartes Brett erweisen, welches es zu bohren galt. Polen würde durch die Einführung des neuen Abstimmungs-systems im Ministerrat im Vergleich zum Vertrag von Nizza deutlich an Einfluss verlieren. In der Form, wie es das Verfahren der doppelten Mehrheit allerdings vorsah, wollte sich die polnische Regierung nicht abfinden.²⁶⁵ Aufgrund dessen schlug Warschau das Verfahren der Quadratwurzel vor. Nach den polnischen Vorstellungen sollte dem Abstimmungs-system in der EU nicht länger die Bevölkerungszahl jeden Landes zugrunde gelegt werden, sondern die Quadratwurzel daraus. Nach dieser Rechnung hätte Polen zwar auch einen Machtverlust im Ministerrat hinnehmen müssen, dieser hätte das Land jedoch immer noch besser gestellt als im Verfassungsentwurf vorgesehen. Große Staaten wären gegenüber dem Status quo besser gestellt, aber schlechter als bei der doppelten Mehrheit. Dies sollte vor allem eine deutsche Hegemonie verhindern, „ein erklärtes Ziel der polnischen Politik.“²⁶⁶

²⁶¹ Ebd., 27.

²⁶² Vgl. Paolini und Vigneron 2007.

²⁶³ Vgl. de Bresson und Chambraud 2007.

²⁶⁴ Merkel zitiert in: Presse- und Informationsamt der Bundesregierung 2007d.

²⁶⁵ Vgl. Tomik 2007.

²⁶⁶ Schuller 2007.

Noch zu Beginn des Monats Juni hatten der polnische Staatspräsident Lech Kaczyński sowie sein Zwillingsbruder und Ministerpräsident Jarosław Kaczyński mit einem Veto auf dem kommenden EU-Gipfel gedroht, falls ihre Forderung nach einer Neuverhandlung des Abstimmungsmodus nicht auf die Tagesordnung käme.²⁶⁷ Angela Merkel ging in ihrer Regierungserklärung vom 14.6.2007 explizit auf diese polnische Forderung ein:

„Ich halte nichts davon, diese Frage (...) auszublenden oder unter den Teppich zu kehren. Das hilft uns nicht weiter. Das Problem steht im Raum. Eine Lösung ist noch nicht in Sicht. Sie kann nur einstimmig gefunden werden, und sie kann – damit das ganz klar ist – nur in einer Form bestehen, die Europa insgesamt weiterhilft.“²⁶⁸

Wie konnte eine Form, die Europa „insgesamt“ weiterhilft, aussehen? Hatte Merkel durch diese Aussage bereits signalisiert, dass sie in Bezug auf die doppelte Mehrheit gesprächsbereit wäre?

Es waren aber nicht nur die polnischen Sonderwünsche, die es kurz vor dem entscheidenden Gipfel zu beachten galt. Großbritanniens scheidender Premierminister Blair wollte den geplanten Status der Grundrechte-Charta, das Amt eines Europäischen Außenministers sowie einige Anwendungen des Mehrheitsentscheids nicht hinnehmen. Ferner wehrten sich die Tschechen gegen jegliche staatsähnlichen Symbole.²⁶⁹ Das „*ballet diplomatique*“²⁷⁰ intensivierte sich also noch einmal kurz vor der Eröffnung des EU-Gipfels in Brüssel. Zunächst reiste Sarkozy am 14.6.2007 nach Warschau, um den polnischen Staatspräsidenten Lech Kaczyński zu einem Kompromiss hinsichtlich der Abstimmungsmodalitäten zu bewegen. Im Vorfeld dieses Treffens wurde in polnischen Regierungskreisen die Erwartung geäußert, dass der französische Präsident die polnischen Forderungen unterstützen würde. Selbst die regierungsnahen Tageszeitung „*Rzeczpospolita*“ berichtete über die angebliche Unterstützung Sarkozys für das Warschauer Konzept. Sarkozy, der sich zugleich auf seinem offiziellen Antrittsbesuch in Warschau befand, bereitete diesen Spekulationen unmissverständlich ein Ende und sprach sich entschieden gegen die Quadratwurzel aus. Nach dem französisch-polnischen Treffen ließ die polnische Führung dann erstmals Kompromissbereitschaft erkennen. Staatspräsident Lech Kaczyński sagte, er sei zuversichtlich, dass eine Lösung gefunden werden könne.²⁷¹ Zwei Tage später, am Samstag, den 16.6.2007, empfing Bundeskanzlerin Merkel den polnischen Staatspräsidenten in Meseberg, um ein weiteres

²⁶⁷ Vgl. Fried und Urban 2007.

²⁶⁸ Presse- und Informationsamt der Bundesregierung 2007d.

²⁶⁹ Vgl. Müller-Branddeck-Bocquet 2010a: 284.

²⁷⁰ Deger 2007.

²⁷¹ Vgl. Fried und Urban 2007.

Mal die Chancen für einen EU-Kompromiss auszuloten. Es sollte vor allem darum gehen, den Polen klarzumachen, dass nicht nur Deutschland, sondern auch alle anderen Mitgliedsstaaten hinter dem System der doppelten Mehrheit standen.²⁷² Am selben Tag traf sich Nicolas Sarkozy mit dem niederländischen Premierminister, um die Kanzlerin in ihren Ambitionen um einen möglichen Kompromiss zu unterstützen. Das diplomatische Karussell drehte sich vor dem abschließenden Gipfel immer schneller, um die letzten Streitpunkte im Vorfeld des Gipfels beseitigen zu können.

Eine Woche vor dem Brüsseler Gipfel gab Merkel in der bereits erwähnten Regierungserklärung eine Vorschau auf den Europäischen Rat vom 21./22.6.2007: „So haben wir jetzt die Chance einen Fahrplan zu verabschieden. Ich sage: Wir haben die Chance, nicht mehr und nicht weniger.“²⁷³ Dieser zu verabschiedende Fahrplan sollte nicht nur die weitere Vorgehensweise zur Überwindung der Verfassungskrise terminieren, sondern den Vorschlag enthalten, „die notwendige Reform der Verträge durch einen sogenannten Änderungsvertrag zu unternehmen.“²⁷⁴ Der Reformvertrag sollte die Fortschritte aus dem ursprünglichen Verfassungsvertrag übernehmen und damit die Substanz des Vertrages retten.

Auf dem am 21.6.2007 beginnenden europäischen Gipfel in Brüssel sollte es jedoch trotz der von Merkel und Sarkozy geleisteten Vorarbeiten weiterhin zu Diskrepanzen kommen. In erster Linie beharrten Englands Premier Tony Blair und der polnische Präsident Lech Kaczynski auf ihren Forderungen. Während ersterer die Grundrechtecharta und die Bildung eines Europäischen Außenministerpostens beanstandete, stellte letzterer weiterhin das Abstimmungssystem der doppelten Mehrheit in Frage. Die weiterhin bestehende Ablehnung des Abstimmungssystems nahm unmittelbar vor dem Gipfel geradezu groteske Ausmaße an, als der polnische Ministerpräsident zudem anmerkte, man solle die polnischen Kriegstoten der Jahre 1939-1945 bei der Stimmengewichtung anrechnen.²⁷⁵ Nach heftigen Auseinandersetzungen mit der polnischen Seite drohte Merkel schließlich, das Mandat für eine Regierungskonferenz mit einer nötigen Mehrheit und ohne Polen zu verabschieden. Zuvor hatte Merkel bereits viermal mit dem polnischen Präsidenten Lech Kaczynski gesprochen und das Angebot der deutschen Ratspräsidentschaft stets nachgebessert. Dem Verhandlungsgeschick des deutschen Helferkreises bestehend aus Sarkozy, Juncker, Zapatero, Blair und dem litauischen Präsidenten Adamkus ist es jedoch zu verdanken, dass die Wogen geglättet und eine

²⁷² Vgl. sueddeutsche.de 2007.

²⁷³ Merkel zitiert in: Presse- und Informationsamt der Bundesregierung 2007d.

²⁷⁴ Merkel zitiert in: Presse- und Informationsamt der Bundesregierung 2007d.

²⁷⁵ Vgl. Rüger 2007.

Kompromisslösung ausgelotet werden konnte.²⁷⁶ Somit „hatte der Erfolg des Gipfels (...) mehrere Väter und Mütter und veranschaulichte erneut die prophetische Wahrheit des Präsidentschaftsmottos: Europa gelingt (nur) gemeinsam.“²⁷⁷

4.3.5 Der Gipfelbeschluss: „Ein komplizierter vereinfachter Vertrag“²⁷⁸

Der Auftrag an die deutsche Ratspräsidentschaft lautete, einen Fahrplan vorzulegen, wie die Ratifizierung des Verfassungsvertrages weitergehen könnte. Durch das entstandene enge Mandat an die nachfolgende Regierungskonferenz sowie die Einigung der Staats- und Regierungschefs auch auf inhaltliche Änderungen wurde hingegen mehr erreicht als nur die Erstellung eines Fahrplans. Das Mandat des EU-Gipfels sah vor, dass die noch vor Ende Juli 2007 beginnende Regierungskonferenz einen Reformvertrag zur Änderung der bestehenden Verträge ausarbeitet. Diese Arbeit sollte gemäß dem Mandat noch vor Ende des Jahres 2007 abgeschlossen werden, damit der Reformvertrag vor den Wahlen zum Europäischen Parlament im Juni 2009 ratifiziert werden konnte.²⁷⁹

Im Vergleich zum ursprünglich vorgesehenen VVE wurden einige Elemente gestrichen bzw. präzisiert, um die vorhandenen Widerstände überwinden zu können. So sollte die neue Vertragsgrundlage der EU „Änderungsvertrag“ statt „Verfassungsvertrag“ heißen und keinen Verfassungscharakter aufweisen. Darüber hinaus werden die geplante Flagge und Hymne der EU keinen Platz mehr im Reformvertrag finden. Weitere Abstriche mussten die „Freunde der Verfassung“ an der Bezeichnung „Außenminister der Union“ hinnehmen. Dieser wird, gemäß der „red line“ Großbritanniens, stattdessen als „Hoher Vertreter der Union für die Außen- und Sicherheitspolitik“ eingesetzt. Diese Titeländerung ändert hingegen nichts an den geplanten Kompetenzen und der Ausstattung mit einem eigenen diplomatischen Dienst. Auch die geplante Umbenennung der Rechtsakte der EU, der Verordnungen und Richtlinien in Gesetze und Rahmengesetze, musste als Zugeständnis an Länder wie Großbritannien, Tschechien und die Niederlande weichen.²⁸⁰ Diese begrifflichen Nuancen und Verzichte sollten einigen Mitgliedsstaaten die Furcht vor einem angeblichen europäischen Superstaat nehmen, zugleich „beschneiden [sie] bedauerlicherweise (...) den identitätsstiftenden Impetus der neuen Vertragsgrundlagen.“²⁸¹

²⁷⁶ Vgl. Bonse und Rinke 2007.

²⁷⁷ Müller-Brandeck-Bocquet 2010a: 284.

²⁷⁸ Rüger 2007.

²⁷⁹ Vgl. Europäischer Rat 2007: 2.

²⁸⁰ Vgl. Rüger 2007 sowie Seeger und Emmanouilidis 2007: 8.

²⁸¹ Müller-Brandeck-Bocquet 2010a: 286.

Auf inhaltlicher Ebene ist zunächst die Streichung der Vollintegration der Grundrechte-Charta zu nennen. Diese wird nur noch in Form eines Verweises im neuen Primärrecht bestehen bleiben und nicht die britische Rechtsprechung beeinflussen. Ebenfalls gestrichen wurde der Hinweis auf den „freien und unverfälschten Wettbewerb“ des Binnenmarktes als Ziel der EU. Diese von Sarkozy eingebrachte Forderung sollte vor allem den Vorwurf eines unsozialen Europas entkräften. Das neue Primärrecht wird ferner auf zwei Verträge verteilt: den *Vertrag über die Europäische Union (EUV)* und den *Vertrag über die Arbeitsweise der Union (AEUV)*, ehemals *Vertrag zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft (EGV)*. Damit verabschiedete man sich von dem vorgesehenen Konzept, die bestehenden Verträge aufzuheben und durch einen einheitlichen Verfassungsvertrag zu ersetzen. Dies stellte einen erheblichen Verlust an der vorgesehenen Transparenz des Primärrechts dar.

Die dem Gipfel alles überlagernde Frage nach dem Abstimmungssystem endete letztlich in einem Zugeständnis an Polen. Die doppelte Mehrheit soll demnach erst am 1.11.2014 in Kraft treten. Bis dahin gelten weiterhin die Abstimmungsmodalitäten des Nizza-Vertrags. Des Weiteren kann in einem Übergangszeitraum von 2014-2017 ein Mitgliedsstaat in Einzelfällen beantragen, bei Entscheidungen mit qualifizierter Mehrheit das Nizza-Verfahren anzuwenden. In dieser Form kam man der polnischen Seite weit entgegen; das Prinzip der doppelten Mehrheit²⁸² und die damit verbundene Substanz des Vertrages konnten hingegen gerettet werden.

Im Vergleich zum VVE weisen die Gipfelbeschlüsse aber nicht nur Einschränkungen auf, auch Zugewinne lassen sich im neuen Änderungsvertrag verbuchen. Hierzu zählen unter anderem die verstärkte Subsidiaritätskontrolle der nationalen Parlamente, die EU-weite Solidarität bei der Energieversorgung sowie beim Kampf gegen den Klimawandel.²⁸³

Letzten Endes muss konstatiert werden, dass das von der Bundesregierung ausgegebene Ziel, die Substanz des VVE zu retten, erreicht werden konnte. Insbesondere die institutionellen Reformen wurden *en gros* beibehalten. An dieser Stelle ist ebenfalls darauf hinzuweisen, dass die von Sarkozy vor seiner Wahl aufgeführten Kernforderungen diesem abschließenden institutionellen Paket entsprechen, mit Ausnahme der Umbenennung des Außenministers hin zum „Hohen Vertreter der Union für die Außen-

²⁸² Zur Erinnerung: Ein qualifizierter Mehrheitsentscheid kommt ab dem Jahr 2014 zustande, wenn 55% der Mitgliedsstaaten einem Beschlussvorschlag zustimmen und diese zustimmenden Mitgliedsstaaten mindestens 65% der EU-Bevölkerung repräsentieren.

²⁸³ Vgl. Müller-Brandeck-Bocquet 2010a: 286 f., Rüger 2007 sowie Seeger und Emmanouilidis 2007: 8 ff. Für eine eingehendere Darstellung des Mandats für die Regierungskonferenz im Juli 2007 siehe Müller-Graff 2007.

und Sicherheitspolitik“. So sieht der Gipfelbeschluss die Ausweitung der Beschlussfassung mit qualifizierter Mehrheit und zur Mitentscheidung des Europäischen Parlaments vor, die Beibehaltung der doppelten Mehrheit, die Wahl des Kommissionspräsidenten durch das EP, die Einrichtung des Amtes eines dauerhaften Präsidenten des Europäischen Rates sowie das Initiativrecht der Bürger in der EU-Gesetzgebung.²⁸⁴

Auch wenn die Gipfelergebnisse von einer Reihe europäischer Regierungen nicht als zufriedenstellend bewertet wurden, was angesichts einer EU-27 und der angespannten Ausgangslage zwischen Verfassungsbefürwortern und Verfassungsgegnern nicht überraschend war, so fällt die Bilanz der deutschen EU-Ratspräsidentschaft dennoch positiv aus. Als „überragendes Ergebnis“²⁸⁵ der deutschen Ratspräsidentschaft sieht die Bundesregierung die Überwindung der Verfassungskrise und die damit einhergehende Einigung auf eine Fortsetzung des Vertragsreformprozesses. In ihrer Rede vor dem EP lobte Merkel den erreichten Gipfelbeschluss: „Das Ergebnis des Europäischen Rates ist ein Erfolg, es ist ein Erfolg für Europa, es ist auch ein Erfolg des Europäischen Parlaments.“²⁸⁶ Großen Anteil an diesem Erfolg hatte auch der neu gewählte französische Staatspräsident Nicolas Sarkozy. Mit einer großen Portion Selbstbewusstsein ausgestattet war dieser sodann auch nicht darum verlegen, als Erster den erfolgreichen Abschluss des Gipfels zu verkünden.²⁸⁷ Hatte Angela Merkel, „*la reine des sommets*“²⁸⁸, in Nicolas Sarkozy wirklich einen Konkurrenten um die Führungsrolle in Europa gefunden wie *Le Figaro* fragte oder waren die Anstrengungen, die beiderseits des Rheins zur Überwindung der Verfassungskrise unternommen wurden, die ersten Anzeichen eines neuen deutsch-französischen Tandems Merkel-Sarkozy?

4.4 Zwischenfazit: Der Beginn einer wunderbaren Freundschaft?

„Ce soir, la France est de retour en Europe.“²⁸⁹ Mit diesen Worten meldete sich Nicolas Sarkozy nach seinem Wahlsieg eindrucksvoll auf der europapolitischen Bühne zurück. Ein aktiver Partner bei der Umsetzung der Ratsbeschlüsse von 2006 war für die deutsche Ratspräsidentschaft wünschenswert und so konnte das Vorhaben Sarkozys, die „Grande Nation“ wieder zum Dreh- und Angelpunkt der Zukunftsdiskussionen in der EU zu

²⁸⁴ Vgl. Schild 2007: 248.

²⁸⁵ Presse- und Informationsamt der Bundesregierung 2007a: 2.

²⁸⁶ Merkel 2007.

²⁸⁷ Vgl. Ehrlich et al. 2007.

²⁸⁸ Jaigu 2007.

²⁸⁹ Zitiert nach: Müller-Brandeck-Bocquet 2007: 11.

etablieren, auch als Versprechen an den deutschen EU-Vorsitz gelten.²⁹⁰ Mit Blick auf die Verfassungskrise zeigte Sarkozy bereits ab Herbst 2006 einen Weg auf, wie diese zu lösen sei, nämlich durch die von ihm lancierte Idee eines „*traité simplifié*“. Durch dieses Konzept nahm Sarkozy bald eine „intellektuelle Meinungsführerschaft auf der Grundlage realitätstauglicher Konzepte“²⁹¹ ein. Bei einer Reihe von Konsultationen mit EU-Staats- und Regierungschefs warb Sarkozy für sein Konzept und entwickelte sich durch seine Omnipräsenz in den europäischen Medien in kürzester Zeit zu einem europäischen Verhandlungsführer. Letztendlich war es auch Sarkozys vereinfachter Vertrag, der den Befreiungsschlag brachte. Auf seinem ersten Europäischen Rat setzte sich Sarkozy für den Kompromiss des Reformvertrags ein, trug durch sein Verhalten wesentlich zum Gelingen dieses Kompromisses bei und erwies sich so als wichtige Stütze der deutschen Ratspräsidentschaft. Der französische Staatspräsident war auch nicht darum verlegen, seine Verdienste bei der Lösung der Verfassungskrise zu unterstreichen: „Cette idée de traité simplifié, c’est la France qui l’a porté depuis le début.“²⁹² Auch in seiner Rede vor dem Europäischen Parlament wurde Sarkozy nicht müde, diese Leistung ein weiteres Mal zu betonen: „Das Brüsseler Gipfeltreffen war natürlich ein großer Erfolg für die deutsche Ratspräsidentschaft. Angela Merkel hat beachtliche Arbeit geleistet. Es war auch ein Erfolg für Frankreich.“²⁹³ Die in der wissenschaftlichen Literatur gebrauchte Formulierung einer „Neben- bzw. Parallelpräsidentschaft“²⁹⁴ dürfte der französische Staatspräsident dabei sehr wohlwollend aufgenommen haben.

In der Tat hatten Deutschland und Frankreich erheblichen Anteil daran, dass die Lähmung der EU aufgehoben und der so wichtige Reformprozess wieder angestoßen werden konnte. Das deutsch-französische Paar war wieder zurück auf der europapolitischen Bühne. Dieses Mal jedoch nicht als Kondominium oder Direktorat, sondern als „*couple*“ in Abstimmung mit anderen Ländern. Der gefundene Kompromiss ist sowohl der guten Zusammenarbeit zwischen Angela Merkel und Nicolas Sarkozy zu verdanken, als auch den europäischen Ländern, die bereits mit „Ja“ zum VVE gestimmt hatten, sowie den Ländern, die sich pragmatisch bei den Verhandlungen des EU-Gipfeltreffens engagiert hatten.

²⁹⁰ Vgl. Schwarzer 2008a: 9.

²⁹¹ Schild 2007: 284.

²⁹² Zitiert nach: Jaigu 2007.

²⁹³ Sarkozy 2007: 2.

²⁹⁴ Schild 2007: 249 sowie Schwarzer 2008a: 10.

„Jedem Anfang wohnt ein Zauber inne.“²⁹⁵ Diese Aussage trifft in besonderer Weise auf die „neuen“ deutsch-französischen Beziehungen unter Angela Merkel und Nicolas Sarkozy zu.²⁹⁶ Die politische Nähe der Parteivorsitzenden Merkel (CDU) und des bis zum Wahlsieg ebenfalls amtierenden Parteivorsitzenden der UMP Nicolas Sarkozy, galt nach der Wahl Sarkozys zunächst als Idealkonstellation. Bei den Verhandlungen zum Reformvertrag wurde sodann auch die inhaltliche Nähe der beiden Staats- und Regierungschefs deutlich. Dies bot „beiden Seiten die Chance, in weiterhin enger Koordinierung der Regierungspositionen einen Teil der früheren ‚deutsch-französischen Motoren-Funktion‘ für Europa zurückzugewinnen.“²⁹⁷ Das überraschend reibungslose Anspringen des deutsch-französischen Motors ist auch der gelungenen Übergangsphase in den bilateralen Beziehungen geschuldet. Trotz der zunächst divergierenden Positionen in der Verfassungsfrage konnte durch die wechselseitige Rücksichtnahme ein gelungener Start in die „personell ‚neuen‘ bilateralen Beziehungen“²⁹⁸ erreicht, die gemeinsame europäische Verantwortung wieder wahrgenommen und ein europäischer Erfolg verbucht werden. Dieser europäische Erfolg mündete nach der am 23.7.2007 eröffneten Regierungskonferenz schließlich im Vertrag von Lissabon, der unter dem portugiesischen EU-Vorsitz am 13.12.2007 feierlich unterzeichnet werden konnte.

²⁹⁵ Hilz 2007b: 25.

²⁹⁶ Hier wird auf den von Wolfram Hilz veröffentlichten Artikel „Perspektiven der ‚neuen‘ deutsch-französischen Beziehungen“ explizit Bezug genommen. Vgl. Hilz 2007b.

²⁹⁷ Hilz 2007b 28.

²⁹⁸ Ebd. 27.

5 Frankreich ist zurück auf der europapolitischen Bühne – doch welches Europa soll es sein?

„Je veux la rupture tranquille.“²⁹⁹ Mit diesem Versprechen ist Nicolas Sarkozy in den französischen Wahlkampf eingezogen und machte unumwunden deutlich, dass er mit der französischen Politik des vormaligen Präsidenten Chirac brechen und sein Land fundamental erneuern wollte. In erster Linie zielte Sarkozy auf eine Neuausrichtung der Innen-, Sozial- und Wirtschaftspolitik ab, da Frankreich unter der Präsidentschaft Chiracs die notwendigen Reformschritte und Modernisierungen versäumt hatte. Diesbezüglich lässt sich Müller-Brandeck-Bocquet gar zu der Aussage verleiten, dass „die doppelte Präsidentschaft Jacques Chiracs (1995-2007) (...) in vielerlei Hinsicht ein verlorenes Jahrzehnt“³⁰⁰ war. Ein Neuanfang war daher sowohl für die Innenpolitik als auch in der Europapolitik dringend geboten, denn seit dem negativen Referendum zum VVE war Frankreichs Stimme in Europa verstummt. Dieser Tatsache war sich auch Sarkozy bewusst und so erneuerte der am 6.5.2007 gewählte französische Staatspräsident nach seiner Wahl den französischen Führungsanspruch in der Europapolitik. Sarkozy, dieser temporeiche und omniprésente französische Staatsmann, der mitunter gar als „hyperaktiv“ wahrgenommen und als „Speedy Sarko“ in der Presse titulierte wird, sollte in den Monaten nach seiner Wahl keinen Zweifel daran lassen, dass Europa wieder eine französische Priorität und ein verlängerter Arm französischen Einflusses ist.³⁰¹

Dieser Veränderung an der französischen Staatsspitze wird im folgenden Kapitel Rechnung getragen, denn die damit einhergehende Rückkehr Frankreichs auf die europapolitische Bühne nach der hausgemachten Schockstarre sollte weitreichende Folgen für die EU und für die deutsch-französischen Beziehungen haben. Der von Nicolas Sarkozy eingeschlagene europapolitische Kurs führte zu Beginn seiner Amtszeit sowohl zu positiven Effekten für die europäische Integration als auch zu Stirnrunzeln bei seinen europäischen Partnern (Kapitel 5.1). Sehr bald wurde deutlich, dass der sarkozysche Voluntarismus nicht zwangsläufig zu einem europäischen Mehrwert führt, was durch die Spannungen im deutsch-französischen Verhältnis ersichtlich wurde (Kapitel 5.2). Nach einem Jahr Frankreich unter Staatspräsident Nicolas Sarkozy trat Frankreich zum 1.7.2008 die EU-Ratspräsidentschaft an. Es wird aber nicht das ambitionierte Präsidentschaftsprogramm sein, welches die sechsmonatige Amtszeit überwiegend prägen wird, sondern eine außergewöhnliche Anhäufung von Krisen,

²⁹⁹ Waintraub 2006.

³⁰⁰ Müller-Brandeck-Bocquet 2009: 21.

³⁰¹ Vgl. Guérot 2008: 85.

bestehend aus dem irischen „Nein“ zum Vertrag von Lissabon, dem russisch-georgischen Krieg sowie der einsetzenden Finanz- und Wirtschaftskrise, die es zu bewältigen galt (Kapitel 5.3).

5.1 Der europapolitische Kurs des Nicolas Sarkozy

Nach seinem Wahlsieg verkündete Nicolas Sarkozy verheißungsvoll, Frankreich sei zurück in Europa und erneuerte dadurch den französischen Führungsanspruch in der Europapolitik. Eine Rückkehr Frankreichs auf die europapolitische Bühne wurde gerade mit Blick auf die seit Mai 2005 bestehende Verfassungskrise dringlichst erwartet, hatten sich sowohl Frankreich als auch das deutsch-französische Paar doch seit dem negativen französischen Referendum äußerst bedeckt gehalten und der EU kaum Impulse gegeben. Bereits am Tag seiner Amtseinführung führte die erste Reise des neuen französischen Staatspräsidenten nach Berlin, wo er sowohl die deutsch-französische Freundschaftsrethorik erneuerte als auch mit der amtierenden EU-Ratspräsidentin Merkel die Wiederbelebung des europäischen Vertragsreformprozesses erörterte. Dieser Antrittsbesuch beim rheinischen Nachbarn gilt daher nicht nur für neu gewählte deutsche Bundeskanzler als eine Art Gepflogenheit, sondern auch für neu gewählte französische Staatspräsidenten.³⁰² Als Premiere galt hingegen die Aufwartung eines neu gewählten französischen Präsidenten bei den supranationalen EU-Institutionen. Wenige Tage nach seiner Amtseinführung kam Sarkozy zu einem Arbeitsgespräch mit der Europäischen Kommission sowie mit dem Präsidenten des Europäischen Parlaments, Hans-Gert Pöttering, zusammen.³⁰³ Mit diesem Bekenntnis zur EU brachte Sarkozy seine Überzeugung zum Ausdruck, ein „Europäer des Herzens, des Verstands und der Überzeugung“³⁰⁴ zu sein. Sarkozy war sich bewusst, dass Frankreich nur im europäischen Verbund seinen Wohlstand und Einfluss bewahren könnte. Das Europa in seiner jetzigen Form musste sich aus der Sicht Sarkozys aber reformieren. Bereits vor seiner Wahl zum Staatspräsidenten prangerte er die politische Leere der EU seit Maastricht und das Europa des unloyalen Wettbewerbs an, welches nur von Konkurrenz, freiem Warenverkehr und der Stärke seines Geldes spreche. Man habe Europa durch die Erweiterungen bei ausbleibenden Reformen entpolitisiert. Darüber hinaus beanstandete er den Widerspruch, dass man „Europa eine Verfassung geben, gleichzeitig aber seine Identität und Kohärenz auflösen will, indem man unablässig die Zahl seiner Mitgliedstaaten erhöht.“³⁰⁵ Aufgrund

³⁰² Siehe Antrittsbesuch Merkel bei Chirac, S. 40.

³⁰³ Vgl. Schild 2007: 238.

³⁰⁴ Sarkozy zitiert nach: Müller-Brandeck-Bocquet 2007: 14.

³⁰⁵ Sarkozy zitiert nach: Müller-Brandeck-Bocquet 2007: 15.

dessen sei der positive Zukunftsbezug der Franzosen zur europäischen Integration abhanden gekommen. Europa würde in Frankreich nicht mehr als Chance, sondern als Bedrohung wahrgenommen werden, als „trojanisches Pferd der Globalisierung“³⁰⁶. Sarkozy ging damit auf die äußerst globalisierungskritische öffentliche Meinung in Frankreich ein, die Mitschuld am negativen Referendum war. Als Reaktion darauf entwarf er das Bild eines politisch starken Europas, das den Menschen vor der Globalisierung Schutz bietet.³⁰⁷ Noch am Wahlabend richtete Sarkozy einen Appell an seine europäischen Nachbarn, den Wunsch der Bürger Europas nach mehr Schutz vor den negativen Folgen der Globalisierung zu respektieren.³⁰⁸ Damit diese europäische Vision jedoch Wirklichkeit werden konnte, musste zunächst die Verfassungskrise überwunden werden. In der ihm eigenen Dynamik warb Sarkozy unermüdlich für seine Idee des vereinfachten Vertrags, der letztendlich auch die Diskussionsgrundlage bilden und weitestgehend in der von ihm geforderten Form Eingang in das Mandat zur nachfolgenden Regierungskonferenz finden sollte.³⁰⁹ Das von Sarkozy abgegebene Versprechen, Frankreich europapolitisch wieder sprech- und handlungsfähig zu machen, hat Sarkozy bei der Unterstützung der deutschen Ratspräsidentschaft in die Tat umgesetzt. Darüber hinaus nahm durch die Streichung des freien und unbehinderten Wettbewerbs aus den Zielen der EU im Artikel 3 des EU-Vertrags auch das von Sarkozy geforderte Bild einer EU, die schützt und nicht nur aus Konkurrenz und Handel besteht, langsam Gestalt an.³¹⁰

Die Ankündigung, Frankreich sei zurück in Europa, konnte jedoch sowohl als Versprechen als auch als Drohung gelten, denn der Aktivismus des neuen Präsidenten in der Europapolitik musste nicht „notwendiger Weise einen ‚europäischen Mehrwert‘“³¹¹ bedeuten, wie Joachim Schild anmerkt.

5.1.1 Französische Interessenpolitik

Die von Sarkozy allzu offensichtliche Vertretung nationaler Interessen, die einem „nationalegoistische[n] Verhalten“³¹² gleich, hat die EU-Partner stutzig gemacht und

³⁰⁶ Sarkozy zitiert nach: Schild 2007: 242.

³⁰⁷ Dieser Logik folgend lautete auch das Motto der französischen Ratspräsidentschaft im zweiten Halbjahr 2008 „L'Europe protection“.

³⁰⁸ Vgl. Schild 2007: 242.

³⁰⁹ Für eine detailliertere Darstellung der französischen Bemühungen zur Annahme des vereinfachten Vertrages sowie bei der Unterstützung der deutschen Ratspräsidentschaft siehe Kapitel 4.3.4 bis einschließlich 4.3.6.

³¹⁰ Es ist jedoch darauf hinzuweisen, dass der freie und ungehinderte Wettbewerb als Grundlage des Binnenmarktes durch andere Artikel des EUV abgesichert wird.

³¹¹ Schild 2007: 238.

³¹² Müller-Brandeck-Bocquet 2007: 17.

aufgezeigt, dass Sarkozy ein „unbequemer Partner in Europa“³¹³ werden könnte. So sorgte etwa die Erklärung Sarkozys, den europäischen Fischereiquoten ein Ende setzen zu wollen, allenthalben für Verwunderung, da dies eine Gemeinschaftspolitik darstellt, die Frankreich nicht einfach aufkündigen kann. Auch die Bekanntgabe des Staatspräsidenten, man werde das in der Stahlproduktion ansässige Unternehmen Mittal finanziell unterstützen, um Arbeitsplätze in Frankreich zu erhalten, war nicht kongruent mit der Subventionsbeschränkungspolitik der EU.³¹⁴ Bereits im Wahlkampf zeichnete Sarkozy ein Bild der EU, die nicht nur für eine unloyale Konkurrenz zwischen Unternehmen, sondern auch zwischen Steuersystemen und Sozialmodellen der Mitgliedsstaaten stehe. Gegen die Europäische Kommission erhob er den Vorwurf, dass sie europäische und französische Unternehmen einer industriepolitisch fragwürdigen Wettbewerbspolitik opfere. Auch der Versuch, Siemens aus dem deutsch-französischen Atomkonzern Areva NP herauszudrängen, passte in das sich abzeichnende Bild des ökonomischen Patriotismus des neuen Staatspräsidenten.³¹⁵ Erhebliche Zweifel an den europapolitischen Zielen Sarkozys entstanden jedoch im Kontext der Attacken auf die EZB und die europäische Fiskalpolitik.

5.1.2 In bewährter Tradition – Französische Attacken auf die europäische Wirtschaftspolitik

Bereits während des Präsidentschaftswahlkampfes 2007 leitete Nicolas Sarkozy seine Attacken auf die EZB ein und schreckte damit die „Gralshüter der europäischen währungspolitischen Orthodoxie“³¹⁶ auf. In geradezu bewährter französischer Tradition schrieb er die wirtschaftlichen Probleme Frankreichs externen Faktoren, wie etwa der EZB, zu und forderte im Umkehrschluss europäische Lösungen. Sarkozy verlangte daher eine wachstumsorientierte Geldpolitik der EZB sowie eine aktivere Gestaltung des Eurowechselkurses, da diese seinem Verständnis nach nicht allein der stabilitätsfixierten EZB überlassen werden könnte. Die stabilitätsorientierte Geldpolitik der EZB sei bisher zu Lasten von Wachstum und Beschäftigung gegangen und der hohe Außenwert des Euro habe die Exportchancen der europäischen Unternehmen geschmälert. Deshalb sollten nun die Mitgliedsstaaten die bestehenden Vertragsvorschriften nutzen, um in der Wechselkurspolitik den Außenwert des Euro zu beeinflussen.³¹⁷ Diese von Sarkozy

³¹³ Schild 2007: 238.

³¹⁴ Vgl. Schwarzer 2008b: 11.

³¹⁵ Vgl. Müller-Brandeck-Bocquet 2007: 17 sowie Schild 2007: 239.

³¹⁶ Müller-Brandeck-Bocquet 2007: 17.

³¹⁷ Vgl. Schild 2007: 239 ff. Laut Art. 111 Abs. 2 des EG-Vertrages „kann der Rat mit qualifizierter Mehrheit entweder auf Empfehlung der Kommission und nach Anhörung der EZB oder auf Empfehlung der EZB

ersuchte Änderung der Governance-Mechanismen der Europäischen Währungsunion (EWU) geht einher mit der Forderung nach einem „gouvernement économique“, einer Art Wirtschaftsregierung, die etwa in Gestalt der Eurogruppe auch konjunkturpolitische Aspekte in die Wechselkurspolitik einbringen und als politisches Gegengewicht zur EZB fungieren könnte.³¹⁸ Dieses von Sarkozy skizzierte Bild der europäischen Wirtschafts- und Währungspolitik konfligierte aufs Schärfste mit der deutschen Sichtweise. Für Deutschland war die Unabhängigkeit der Zentralbank, sowie es vor über 20 Jahren im Maastrichter Vertrag geregelt wurde, die unabdingbare Voraussetzung für die EWU. Frankreich hingegen konnte sich nie wirklich mit diesem Regime abfinden, und so scheint „eine vom Staat unabhängige Zentralbank ein ideologischer Fremdkörper in der Fünften Republik“³¹⁹ zu sein.

Letztendlich führte auch der Besuch Sarkozys bei der Eurogruppe im Juli 2007 und die vorgetragene Ankündigung, Frankreich werde sich zur Ankurbelung der heimischen Wirtschaft nicht an das vereinbarte Ziel des ausgeglichenen Haushaltes bis 2010 halten, für Unbehagen bei den europäischen Partnern. Dieses Konglomerat bestehend aus der Vertretung nationalpolitischer Interessen bei gleichzeitiger Missachtung und Infragestellung europapolitischer Grundsätze erweckte den Eindruck, dass die europäischen Regeln für den französischen Staatschefs nur nachrangige Bedeutung hätten und dem Primat der Innenpolitik unterworfen seien. „L’Europe, c’est moi,“³²⁰ so umschreibt Ulrike Guérot auf sarkastische Weise diesen umtriebigen Politikstil des französischen Staatspräsidenten. Vor allem ist zu konstatieren, dass sich die EU-Partner durch Sarkozys konfrontativen Kurs vor den Kopf gestoßen fühlten. Gerade in einem so sensiblen Bereich wie der Fiskal- und Geldpolitik hätte es einer Positionsabstimmung insbesondere mit Deutschland als größtem Land der Währungsunion bedurft.³²¹ Dieser verpasste Dialog mit Deutschland sowie die Kritik an den europäischen Institutionen trübte bereits das bilaterale Verhältnis zwischen Berlin und Paris, doch die Ankündigung Sarkozys, eine Mittelmeerunion gründen zu wollen, sollte sich als wahre Belastungsprobe im deutsch-französischen Verhältnis erweisen.

allgemeine Orientierungen für die Wechselkurspolitik gegenüber diesen Währungen aufstellen.“ Bei diesen Währungen handelt es sich um Drittlandwährungen mit denen kein Wechselkurssystem besteht.

³¹⁸ Vgl. Schwarzer 2008b: 18.

³¹⁹ Münchau 2007.

³²⁰ Guérot 2008: 85.

³²¹ Vgl. Schwarzer 2008a: 12.

5.2. Spannungen im deutsch-französischen Verhältnis

Die Aussage Sarkozys, er wünsche sich die deutsch-französischen Beziehungen weniger exklusiv, erwies sich als Menetekel für die deutsch-französischen Beziehungen. Durch seinen Antrittsbesuch in Berlin war Sarkozy bemüht, diese in Deutschland als *faux pas* aufgenommene Bemerkung zu relativieren, indem er die deutsch-französische Freundschaft theatralisch als heilig bezeichnete. Das Misstrauen von Bundeskanzlerin Merkel hatte Sarkozy hingegen jüngst geweckt. Zunächst konnte die Übergangsphase in den bilateralen Beziehungen von Chirac zu Sarkozy aber als gelungen angesehen werden.³²² Wolfram Hilz spricht gar von einer euphorischen Phase des „Honeymoon“ zu Beginn des Regierungspaars Merkel-Sarkozy.³²³ Den freundschaftlichen Bekundungen folgten enge Absprachen zur Lösung der Verfassungskrise und durch das erreichte enge Mandat an die nachfolgende Regierungskonferenz war ein veritabler Beweis für den nach wie vor bestehenden und notwendigen deutsch-französischen „Motor der Integration“ erbracht. Doch „la joie d’une lune de miel franco-allemand“ war nur von kurzer Dauer.³²⁴ Nachdem Sarkozy ein Gros des Erfolges der Gipfelkonferenz seiner Verhandlungsführung zuschrieb, der Kanzlerin dabei teilweise die Schau stahl und so das angesprochene Misstrauen Merkels weiter verstärkte, brachte die von Sarkozy lancierte Mittelmeerunion ein enormes Konfliktpotential mit sich.

Erstmals im Februar 2007 und damit im Rahmen seines Präsidentschaftswahlkampfes forderte Sarkozy die Einrichtung einer Mittelmeerunion, die unter französischer EU-Ratspräsidentschaft aus der Taufe gehoben werden sollte.³²⁵ Diese sollte sich sowohl dem Kampf gegen das Organisierte Verbrechen und dem Terrorismus widmen als auch konkrete Projekte wie die Reinhaltung des Mittelmeeres, den Ausbau erneuerbarer Energien, eine Verbesserung der Infrastruktur sowie die Schaffung eines mediterranen Universitätsraumes beinhalten. Das durch dieses Großprojekt eigentlich angestrebte Ziel Sarkozys war jedoch offensichtlich. Erstens hatte sich durch die Osterweiterung das geographische und politische Zentrum der EU gen Osten verschoben. Eine verstärkte Kooperation im Rahmen dieser neuen Gemeinschaft, die anfangs als eine Union außerhalb der EU-Strukturen geplant war, sollte das gewachsene Gewicht Deutschlands ausbalancieren und dem nordafrikanischen Raum, der ein traditionelles Einflussgebiet Frankreichs darstellt, wieder größere Beachtung schenken. Darüber hinaus hatte

³²² Siehe Kapitel 4.3.6.

³²³ Vgl. Hilz 2007b: 25.

³²⁴ Bitterlich 2008: 309.

³²⁵ Woyke 2010: 299.

Frankreich aufgrund der historischen, wirtschaftlichen und zivilgesellschaftlichen Verbindungen sowie der Migrationspolitik stets ein großes Interesse daran, dass die südlichen Mittelmeeranrainer ebensoviel (finanzielle) Aufmerksamkeit erhalten wie die östliche Dimension der EU. Dass Wichard Woyke in diesem Ansatz einen Versuch Sarkozys sieht, „Frankreich wieder stärker in das Zentrum des europäischen Integrationsprozesses [zu] führen“³²⁶, erscheint in diesem Zusammenhang missverständlich und muss präzisiert werden. Die ursprünglich geplante Mittelmeerunion galt eher als Versuch, eine Neupositionierung Frankreichs in Europa zu erreichen, indem Frankreich nicht innerhalb sondern außerhalb des europäischen Integrationsprozesses nach einer Einflussvergrößerung suchte. Aus geographischer Sicht könnte solch eine Organisation das politische Gravitationszentrum in der Tat wieder gen Westen verschieben, doch Sarkozy dürfte bewusst gewesen sein, dass eine Parallelorganisation zur EU auf Widerstand bei den europäischen Partnern stößt und seinen europapolitischen Führungsanspruch damit konterkariert. Zweitens galt die Initiative zur Mittelmeerunion als Versuch, dem von Sarkozy unerwünschten EU-Beitritt der Türkei eine Alternative gegenüberzustellen, oder wie es Ulrike Guérot formuliert, eine „EU-Mitgliedschaft 2. Klasse.“³²⁷

Noch am Wahlabend wandte sich Sarkozy sodann an die Völker des Mittelmeerraumes und schlug ihnen den Aufbau der Mittelmeerunion vor, die als Brücke zwischen Europa und Afrika fungieren sollte. Sowie die europäische Gemeinschaft vor 60 Jahren gegründet wurde, so sollte nun die Einigung des Mittelmeerraums erfolgen, bei der Frankreich als maßgebliche Macht die Initiative ergreift, um zusammen mit den Staaten des Mittelmeerraums eigene Institutionen zu gründen. Die explizite Nennung der Mittelmeeranrainer machte deutlich, dass Sarkozy nur diese, nicht jedoch alle anderen EU-Mitgliedsstaaten an der neuen Gemeinschaft beteiligen wollte bzw. die nördlichen EU-Mitgliedsstaaten nur im Rahmen der Finanzierung vorsah.³²⁸ Dass in dieser Art und Weise die EU-Partnerstaaten sowie die europäischen Institutionen umgangen werden sollten, rief eine starke politische Opposition gegen die französische Initiative insbesondere von deutscher Seite hervor. Auch die damit verbundene Desavouierung der seit 1995 bestehenden Euro-Mediterranean Partnerschaft (EMP), auch Barcelona-Prozess genannt, empörte die europäischen Partner.³²⁹ Bei einem Besuch am 6.12.2007 in Paris

³²⁶ Vgl. ebd. 300.

³²⁷ Guérot 2008: 88.

³²⁸ Vgl. Martens 2007: 23.

³²⁹ Vgl. Müller-Brandeck-Bocquet 2010a: 328. Unter spanischer Präsidentschaft und unter Vorsitz des damaligen spanischen Außenministers Javier Solana wurde 1995 in Barcelona die erste Ministerkonferenz

zeigte sich Merkel gegenüber der geplanten Mittelmeerunion sehr kritisch: „Si, à côté de l’Union européenne, les États riverains de la Méditerranée devaient créer une deuxième union totalement différente, cela risquerait de constituer une épreuve difficile pour l’Europe.“³³⁰ Merkel distanzierte sich damit in deutlicher Form von den Vorstellungen Sarkozys über eine Mittelmeerunion. Zugleich erhob sie die Forderung, dass eine vertiefte Zusammenarbeit einzelner EU-Mitglieder grundsätzlich allen EU-Mitgliedsstaaten offen stehen müsse, wie etwa das Schengener Abkommen oder die Einführung des Euros. Den aktuellen Tendenzen stehe sie daher sehr skeptisch gegenüber, denn es bestehe die Gefahr einer entstehenden Grenze zwischen Deutschland, das nach Osten blicke, und Frankreich, das nach Süden schaue, so Merkel.³³¹ Diesem Konflikt um eine Beteiligung der übrigen Mitgliedsstaaten konnte jedoch überraschend schnell seine Sprengkraft genommen werden. Bereits einen Tag nach den deutlichen Worten Merkels betonte Sarkozy, dass es nicht darum gehe, ein neues Europa zu schaffen. Man einigte sich schließlich darauf, dass Deutschland und Frankreich an dem Projekt der Mittelmeerunion fortan gemeinsam arbeiten werden.³³²

Obwohl diese französische Bekundung zur Gesprächsbereitschaft dem schwelenden Konflikt zunächst ein Ende bereitete, so konnte dennoch nicht verborgen bleiben, dass die deutsch-französischen Dissonanzen seit dem Amtsantritt Sarkozys, mit Ausnahme der gemeinsamen Positionierung beim Reformvertrag, zunahmen. Trotz dieser negativen Entwicklung in den bilateralen Beziehungen sagte Sarkozy das für den 3.3.2008 geplante Blaesheim-Treffen aufgrund von organisatorischen Schwierigkeiten ab und nahm eine zunehmende Verschlechterung der bilateralen Beziehungen in Kauf. Dass diese Absage aus dem Streit über die Mittelmeerunion resultierte, wurde beidseitig dementiert,³³³ doch das nur wenige Tage später abgesagte Treffen zwischen der französischen Finanz- und Wirtschaftsministerin Christine Lagarde mit dem deutschen Finanzminister Peer Steinbrück ließ keinen Zweifel mehr daran, dass es um die bilateralen Beziehungen schlecht bestellt war. Es war geradezu ein Affront gegenüber der deutschen Seite, die schon lang terminierte Verabredung mit der Begründung abzusagen, Mme Lagarde müsse

der Mitgliedsstaaten der EU und der Mittelmeeranrainerstaaten ohne EU-Zugehörigkeit abgehalten. Libyen gehörte nicht zu diesem Kreis. Der Barcelona-Prozess stellt die Grundlage der Nachbarschaftspolitik der EU zu den Staaten des Mittelmeeres dar. Ziel des Prozesses ist die politische, wirtschaftliche und kulturelle Intensivierung der Euro-mediterranen Partnerschaft. Die Initiative zur Mittelmeerunion bedeutete zwar eine Desavouierung der EMP, es muss aber betont werden, dass Frankreich den Barcelona-Prozess seit seinen Anfängen unterstützte.

³³⁰ Zitiert nach: Martens 2008: 76.

³³¹ Vgl. Bannas und Wiegel 2007.

³³² Vgl. Rinke 2007.

³³³ Vgl. Le monde 2008.

den Präsidenten bei Unternehmensbesuchen in Saint-Bonnet de Rochefort begleiten.³³⁴ Auch der britische *Independent* sah das deutsch-französische Verhältnis dadurch schwer beschädigt: „To cancel one high-level Franco-German meeting is unfortunate. To cancel two in less than a week implies a bank of freezing fog is descending over the Rhine.“³³⁵ Die Spannungen zwischen der deutschen und der französischen Regierung waren deutlich sichtbar und so wurde der von der Mittelmeerunion ausgelöste deutsch-französische Konflikt zu einer der wohl schwersten Krisen in den Beziehungen beider Länder seit dem Nizza-Gipfel im Jahr 2000.³³⁶ Die angespannte Situation hatte vor allem zwei Gründe. Zunächst setzte die nach Regierungswechseln im deutsch-französischen Verhältnis wohlbekannte Phase des „Zurechtrückelns“ ein, bei der beide Seiten in einen „*Modus Vivendi*“ der Zusammenarbeit finden mussten.³³⁷ Erschwert wurde diese Findungsphase allerdings durch „une sorte d’incompatibilité d’humeur“³³⁸ bzw. einem Unterschied im politischen Temperament Merkels und Sarkozys. Aus dem politischen Temperament und dem Politikstil Sarkozys ergibt sich der zweite Grund für die schlechte Stimmungslage im deutsch-französischen Verhältnis. Es sind vor allem die nicht abgestimmten Initiativen, die beim deutschen Nachbarn für Unmut sorgten, sei es in der europäischen Finanzpolitik, bei außenpolitischen EU-Initiativen wie der Mittelmeerunion oder bei französischen Alleingängen wie etwa der Ankündigung Frankreichs im Juli 2007, einen Atomreaktor an Libyen liefern zu wollen.³³⁹ Neben inhaltlichen Divergenzen in der deutschen und französischen Europapolitik sorgte daher auch die Abkehr von der üblichen Vorgehensweise einer frühzeitigen und vertraulichen Abstimmung mit Deutschland für Verstimmungen im bilateralen Verhältnis. Zudem kamen in der Bundesrepublik Zweifel an der von Sarkozy bei Amtsantritt geäußerten europäischen Priorität auf.

Die gegenseitige Wahrnehmung war allemal getrübt und von Misstrauen geprägt. Während sich in Frankreich das Bild eines integrationsunwilligen Deutschlands manifestierte, dass seinen nationalen Interessen Priorität einräume und stets die Kosten und Nutzen weiterer Integrationsschritte gegeneinander abwog, so vermutete auch Deutschland in den europapolitischen Initiativen Frankreichs nichts anderes als die Übertragung nationaler Interessen auf die EU-Ebene. Auf deutscher Seite wuchsen daher

³³⁴ Vgl. Kröncke 2008.

³³⁵ theindependent.co.uk 2008.

³³⁶ Vgl. Koopmann 2008: 11.

³³⁷ Vgl. Schwarzer 2008b: 11.

³³⁸ Le monde 2008.

³³⁹ Vgl. faz.net 2007.

die Zweifel an einer neutralen Vermittlerrolle Frankreichs für die im Juli 2008 beginnende französische Ratspräsidentschaft.³⁴⁰

Mit Blick auf den von Frankreich zu übernehmenden EU-Vorsitz galt es aber zunächst, die nach wie vor bestehenden Differenzen im Zusammenhang mit der Mittelmeerunion auszuräumen, um die französische EU-Präsidentschaft nicht mit diesem Konflikt zu belasten. Im März 2008 und damit über ein Jahr nach dem öffentlich gewordenen Vorschlag Sarkozys gelang es beiden Ländern, im Streit um die Mittelmeerunion einen Durchbruch zu erzielen. Nicolas Sarkozy erklärte sich bereit, sein Vorhaben unter dem Dach des Barcelona-Prozesses anzusiedeln und alle 27 EU-Mitglieder an dem Projekt zu beteiligen, wodurch die befürchtete Konkurrenzsituation umgangen werden konnte. Am Rande der Cebit in Hannover, bei der die Bundeskanzlerin mit dem französischen Staatspräsidenten zusammenkam, verkündete Merkel, dass es eine „qualitative Aufwertung des Barcelona-Prozesses unter dem Namen ‚Mittelmeerunion‘ geben“³⁴¹ werde. Für den kommenden EU-Gipfel am 12./13.3.2008 wurde ein gemeinsames Kompromisspapier ausgearbeitet. Dieser ausgehandelte deutsch-französische Vorschlag wurde sodann auch auf dem Gipfel der EU-Staats- und Regierungschefs angenommen, wobei Präsident Sarkozy noch eine weitere Änderung seines Projekts hinnehmen musste. Die unter dem ursprünglichen Titel geplante „Mittelmeerunion“ wurde in „Barcelona-Prozess: Union für das Mittelmeer“ (UfM) umbenannt um deutlich zu machen, dass die Mittelmeerunion ein Teil des in Barcelona 1995 begonnenen regelmäßigen Dialogs mit den Mittelmeerstaaten ist. Darüber hinaus wurde die Europäische Kommission beauftragt, bis Juli desselben Jahres konkrete Schritte zur Schaffung der Union für das Mittelmeer auszuarbeiten.³⁴²

Welche Schlussfolgerungen lassen sich letzten Endes aus dem Streit um die Mittelmeerunion ziehen? Sollte dieser Konflikt, der als schwerste Krise der deutsch-französischen Beziehungen seit Nizza bezeichnet wurde, das bilaterale Verhältnis nachträglich belasten?

Es ist festzuhalten, dass Sarkozy durch seinen eigenwilligen Politikstil die Aufmerksamkeit schlagartig wieder auf die im französischen Interesse liegenden Themen lenkte. Hierzu gehörte auch der Barcelona-Prozess, der von der EU teilweise vernachlässigt wurde. Sarkozy legte durch seinen Vorstoß zur Mittelmeerunion den

³⁴⁰ Vgl. Schwarzer 2008b: 11 ff.

³⁴¹ Zitiert nach: Rinke 2008b.

³⁴² Der Barcelona-Prozess: Union für das Mittelmeer wurde während der französischen Ratspräsidentschaft offiziell ins Leben gerufen. Für die Neuerungen und Ziele des Ansatzes siehe Kapitel 5.3.1.1.

Finger in die Wunde und machte der EU die Vernachlässigung der EMP bewusst, denn gemessen an der Zielvorgabe, einen Raum des Friedens, der Stabilität und des gemeinsamen Wohlstands zu schaffen, muss der EMP eine Verfehlung dieser Ziele bescheinigt werden. Darüber hinaus fehlte die Bereitschaft, die EMP konsequent umzusetzen, was insbesondere für die Demokratisierungspolitik gilt.³⁴³ Durch das neue Format „Barcelona-Prozess: Union für das Mittelmeer“ sollte der Blick daher wieder verstärkt auf diese Region gerichtet sein.

Im Hinblick auf die deutsch-französischen Beziehungen ist zu konstatieren, dass die sich sukzessiv aufbauenden Spannungen, die im Streit um die Mittelmeerunion ihren vorläufigen Höhepunkt erreichten, eine schwere Belastungsprobe für das bilaterale Verhältnis darstellten. Doch gerade in solch einem Konflikt wird auch die Stärke des deutsch-französischen Tandems deutlich. Durch die sehr engen institutionellen und personellen Verbindungen zwischen Deutschland und Frankreich war es möglich, den zunächst heftig ausgetragenen Streit überraschend schnell zu lösen, indem ein gemeinsamer Formelkompromiss ums Mittelmeer gefunden werden konnte. Beiden Staaten war kurz vor der französischen Ratspräsidentschaft bewusst, dass die strategische Partnerschaft zu wertvoll ist, um sie mit diesem Streit zu belasten.³⁴⁴ Der Streit über die Mittelmeerunion hat schließlich auch gezeigt, dass ein Kompromiss zwischen Berlin und Paris entscheidend bleibt, um ein Projekt der 27 EU-Mitglieder auf den Weg zu bringen. Eine Einigung zwischen Deutschland und Frankreich führt zwar nicht automatisch zu einer Beschlussfassung in der erweiterten EU-27, doch gegen den Willen beider Länder ist in der EU kaum etwas durchsetzen. Durch den gefundenen Kompromiss allein sind die bilateralen Beziehungen zwar noch weit entfernt von dem ehemaligen deutsch-französischen Gleichklang, doch die Union für das Mittelmeer könnte sich als ein wichtiger Schritt auf dem Weg zu einer fruchtbaren Zusammenarbeit zwischen Merkel und Sarkozy erweisen, die der ganzen Gemeinschaft neuen Schwung verleiht.

Bei dem deutsch-französischen Zusammentreffen am Rande der Cebit machten Merkel und Sarkozy auf diese Notwendigkeit der engen bilateralen Kooperation aufmerksam. Ohne eine gemeinsame Position Deutschlands und Frankreichs komme die EU nicht voran, so die Bundeskanzlerin und der Staatspräsident. In Anbetracht der kommenden französischen Ratspräsidentschaft einigte man sich daher darauf, deutsch-französische Arbeitsgruppen zu bilden, um die Themen Immigration, Landwirtschaft, Verteidigung

³⁴³ Vgl. Jünemann 2005: 7 ff. Für eine intensivere Auseinandersetzung mit dem Thema „Barcelona-Prozess“ siehe: Aus Politik und Zeitgeschichte 45/2005.

³⁴⁴ Vgl. Guérot 2008: 88 f.

und Klima vorzubereiten.³⁴⁵ Die französische Ratspräsidentschaft wird sich einerseits daran messen lassen müssen, ob das deutsch-französische Tandem sein Kommunikationsproblem überwinden kann und ob dies andererseits zu einem wiedereinsetzenden deutsch-französischen Motor der Integration und damit zu einem Mehrwert für Europa führt.

5.3 Die französische EU-Ratspräsidentschaft

Die in der zweiten Jahreshälfte 2008 beginnende EU-Ratspräsidentschaft bot Nicolas Sarkozy eine ideale Möglichkeit, den zu Beginn seiner Amtszeit formulierten französischen Führungsanspruch in der Europapolitik durch einen erfolgreich absolvierten EU-Vorsitz zu unterstreichen. Als Frankreich am 1.7.2008 den Vorsitz in der EU übernahm, wartete es mit einem äußerst ambitionierten Präsidentschaftsprogramm auf. Das Arbeitsprogramm für die kommenden sechs Monate, das unter dem Titel „Une Europe qui agit pour répondre aux défis d’aujourd’hui“³⁴⁶ stand, setzte sich aus vier Schwerpunkten zusammen: einem so genannten Einwanderungspakt, einer Reform der GAP, einer Energie- und Klimaschutzpolitik sowie einer Wiederbelebung der Europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik. Als französisches Prestigeprojekt stand des Weiteren die Gründung der UfM auf dem Programm, die gleich zu Beginn der Präsidentschaft ins Leben gerufen werden sollte. Auch die Umsetzung des Lissabonner-Vertrags nach erfolgter Ratifikation durch die EU-Mitgliedsstaaten und die damit einhergehenden Verhandlungen um die institutionelle und personelle Ausstattung der Posten des ständigen EU-Ratspräsidenten und des Hohen Vertreters für die GASP waren unter dem französischen EU-Vorsitz geplant.³⁴⁷

Obwohl der französische Europaminister Jean-Pierre Jouyet versprach, „nichts ohne unsere Partner zu tun“ und auch der französische Staatspräsident Sarkozy betonte, „Europa den Vorzug“³⁴⁸ vor der nationaler Interessenpolitik zu geben, kamen im Vorfeld der Präsidentschaft Zweifel am französischen Führungsstil auf. Dies lag zum einen an der desaströsen französischen Ratspräsidentschaft des Jahres 2000, bei der Chirac in der damaligen Kernfrage der Stimmengewichtung im Rat nicht als Kompromissmakler auftrat, sondern allzu offensiv die französischen Interessen vertrat. Diese negative Erfahrung war im Geiste Brüssels weiterhin verhaftet und sorgte für ein gewisses Misstrauen bei den Partnern. Zum anderen trug Sarkozy durch seine nationalen

³⁴⁵ Vgl. Rinke 2008b.

³⁴⁶ Présidence française du Conseil de l'Union européenne 2008b.

³⁴⁷ Vgl. Schwarzer 2008c: 362.

³⁴⁸ Jeweils zitiert nach: Müller-Brandeck-Bocquet 2009: 26.

Alleingänge und seine Attacken auf die EZB und die europäischen Institutionen im Vorfeld der EU-Ratspräsidentschaft nicht gerade dazu dabei, diese Befürchtungen zu entkräften. Andererseits hatte sich Sarkozy in der Verfassungskrise und bei den Verhandlungen zum Reformvertrag durchaus als konstruktiver europäischer Partner erwiesen. Diese Fähigkeit zum europäischen „Teamplay“ musste er jedoch weiterhin unter Beweis stellen.³⁴⁹

Letztendlich sollte jedoch nicht das französische Präsidentschaftsprogramm die kommenden sechs Monate bestimmen, sondern eine außergewöhnliche Anhäufung von Krisen, die es zu bewältigen galt. Das irische Nein beim Referendum zum Vertrag von Lissabon vom 12.6.2008 gilt daher gewissermaßen als „Startschuss“ in eine turbulente französische Ratspräsidentschaft und stellte den französischen EU-Vorsitz – noch bevor dieser seine Arbeit aufnehmen konnte – unter einen schlechten Stern.

Nachdem in Kapitel 5.3.1 auf zwei Themen des französischen Präsidentschaftsprogramms eingegangen wird, erfolgt im darauffolgenden Kapitel 5.3.2 die Darstellung der „triple crise“, bestehend aus dem Irischen Nein, dem Georgien-Krieg im August 2008 und der einsetzenden Wirtschafts- und Finanzkrise ab Herbst 2008. Insbesondere letztere sollte wieder einmal die Protagonisten Deutschland und Frankreich in den Fokus der Aufmerksamkeit rücken.

5.3.1 Das französische Präsidentschaftsprogramm

Der französischen Exekutive war das negative Handicap, welches aus der letzten Ratspräsidentschaft im Jahre 2000 resultierte, durchaus bewusst. Eine solide Vorbereitung und breite Konsultationen der Partner sollten diesmal den Grundstein für einen erfolgreichen EU-Vorsitz legen. Staatspräsident Sarkozy und Premierminister Fillon besuchten daher vor Beginn der Ratspräsidentschaft 22 der 26 weiteren Mitgliedsstaaten der EU.³⁵⁰ Weitere intensive Konsultationen gab es vor und während des französischen EU-Vorsitzes mit der Europäischen Kommission und dem Europäischen Parlament. Die engagierte und ambitionierte französische Ratspräsidentschaft konnte zum Ende ihrer Amtszeit neben der Gründung der UfM insbesondere auf dem Gebiet des Klimaschutzes einen Erfolg vorweisen.³⁵¹

³⁴⁹ Vgl. Schwarzer 2008c: 367 ff.

³⁵⁰ Von diesen Besuchen ausgeschlossen waren Litauen, die Slowakei, Irland (aufgrund des Referendums) und Slowenien.

³⁵¹ Es werden nur die Themen „UfM“ und „Energie- und Klimapolitik“ dargestellt, da hier ein expliziter deutsch-französischer Ansatz auszumachen ist. Die Themen GAP, Migrationspolitik sowie ESVP werden aufgrund dieser Fokussierung nicht weiter behandelt. Für eine detaillierte Darstellung der Ergebnisse der französischen Ratspräsidentschaft in den Politikfeldern ESVP und Migrationspolitik siehe Müller-Brandeck-

5.3.1.1 Der Barcelona-Prozess: Union für das Mittelmeer

Am 13.7.2008 wurde in Paris unter großem Medienrummel die Union für das Mittelmeer gegründet. Damit gehen die Strukturen, Finanzen und Projekte des Barcelona-Prozesses in die Mittelmeerunion über. Mitglied der Mittelmeerunion sind die 27 EU-Mitgliedsstaaten, 15 Mittelmeeranrainer sowie Jordanien und Mauretanien.³⁵² Jeweils ein Land aus der EU und ein Nichtmitglied der EU werden zukünftig gemeinsam den rotierenden Vorsitz übernehmen. Die Staatschefs Frankreichs und Ägyptens, Nicolas Sarkozy und Husni Mubarak, haben die erste Ko-Präsidentschaft inne. Ein 20-köpfiges Sekretariat soll die laufenden Projekte begleiten. Inhaltlich sind sechs genau umrissene und größtenteils unstrittige Pilotprojekte geplant: 1. Die Sanierung des Mittelmeeres; 2. die Einrichtung von „Meeresautobahnen“ (Schnellrouten für Lkw-Fahren und Frachtverkehr); 3. die Schaffung eines gemeinsamen Katastrophenschutzes; 4. ein „mediterrane Solarplan“ (Investitionen in Solarenergieanlagen); 5. die Kooperation bei der Universitätsausbildung sowie 6. die Unterstützung von klein- und mittelständischen Betrieben. Des Weiteren soll sich die Union der Terrorismusbekämpfung widmen sowie Maßnahmen gegen Migration ergreifen.³⁵³

Die von Nicolas Sarkozy ursprünglich angedachte Mittelmeerunion außerhalb der EU-Strukturen hat sich insbesondere auf deutschen Druck hin sukzessiv in eine Reform des Barcelona-Prozesses gewandelt. Die an Frankreich gerichtete Kritik einer nicht erfolgten frühzeitigen Konsolidierung der Partner sollte nicht ohne Einfluss auf den europapolitischen Politikstil Sarkozys bleiben. Ein erstes Resultat zeigte sich in der deutsch-französischen Abstimmung zum Energie- und Klimapaket.

5.3.1.2 Das Energie- und Klimapaket

Die deutsche Ratspräsidentschaft im ersten Halbjahr 2007 hatte bereits eine europäische Klima- und Energiepolitik forciert, die auf dem Frühjahrsgipfel vom 8./9.3.2007 zu den sogenannten „20-20-20-Beschlüssen“ führte, welche den Kern der künftigen Klimapolitik der EU darstellen sollten: die Reduzierung der Treibhausgase um 20% bis 2020 im Vergleich zum Basisjahr 1990, der Übergang zu 20% erneuerbaren Energien bezogen auf den Gesamtenergieverbrauch der EU sowie die Steigerung der Energieeffizienz um

Bocquet 2010a Kapitel 5.2: Neue Impulse für die ESVP sowie Kapitel 6.2: Neues auf der Dauerbaustelle des RFSR: der Pakt für Einwanderung und Asyl.

³⁵² Mitglieder der Union sind neben der 27 EU-Staaten Ägypten, Albanien, Algerien, Bosnien, Israel, Jordanien, Kroatien, der Libanon, Mauretanien, Marokko, Monaco, Montenegro, die palästinensische Autonomiebehörde, Syrien, Tunesien und die Türkei.

³⁵³ Vgl. Woyke 2010: 300 f.

20%.³⁵⁴ Dieses unter deutscher Ratspräsidentschaft erfolgte Agenda-Setting sowie die Beschlusslage des Europäischen Rates vom März 2007 waren wichtige Vorarbeiten für die französische Ratspräsidentschaft, die aus der Verabschiedung des Energie- und Klimapaketes eine strategische Hauptachse ihrer Arbeit machte. Um dieses Ziel zu erreichen, hatte Sarkozy nach den Querelen um die Mittelmeerunion erkannt, dass eine enge und vertrauensvolle Zusammenarbeit mit Deutschland ein Garant für den Erfolg darstellt. Mit Blick auf die Energie- und Klimaschutzpolitik hatte dies zur Folge, dass noch zu Beginn des Jahres 2008 auf dem 16. deutsch-französischen Umweltministerrat eine bilaterale Arbeitsgruppe beschlossen wurde, die an Kompromissvorschlägen zur CO₂-Reduzierung bei PKWs arbeiten sollte. In diesem Feld gab es eine Konfrontationsstellung zwischen den Interessen der deutschen Hersteller mit überwiegend großen und hubraumstarken Autos und den Interessen französischer Hersteller von Klein- und Mittelklassefahrzeugen.³⁵⁵ Abgerundet wurde diese bilaterale Abstimmung durch das Blaesheim-Treffen vom 10.6.2008 im bayerischen Straubing, bei dem Nicolas Sarkozy Kanzlerin Merkel beim Streit um die Reduktion von PKW-Abgasen sehr entgegenkam.³⁵⁶ Letztendlich führte die deutsch-französische Zusammenarbeit zu einem Kompromissrahmen, der größtenteils Eingang in die europäischen Gipfelbeschlüsse vom Dezember 2008 fand. An den Reduktionszielen der Kommission wurde festgehalten (120g CO₂/km), diese erstreckten sich nun aber über einen längeren Zeitraum, innerhalb dessen die Produzenten diese Zielmarken mit ihrer Neuwagenflotte zu erreichen haben.³⁵⁷

„Auch wenn dies dem Umweltschutz zunächst abträglich ist, signalisiert dieser deutsch-französische Kompromiss, dass Paris und Berlin sich endlich wieder als ‚Motor der Integration‘ verstehen, der auch – oder gerade – in der EU-27 unerlässlich ist, um die Union auf Integrationskurs zu halten.“³⁵⁸

Obwohl es letztlich zu einigen Abstrichen am Zeitplan des Klimaschutzpaketes kam, so hatte sich die EU unter der französischen Ratspräsidentschaft weltweit einmalige und strenge Ziele gesetzt. Insgesamt 13 Klimagesetze wurden vom ER bei seinem

³⁵⁴ Vgl. Vannier 2008: 14.

³⁵⁵ Vgl. Peitsmeier 2008.

³⁵⁶ Vgl. Müller-Brandeck-Bocquet 2008. Die Bundesregierung drang auf eine möglichst gleichmäßige Verteilung der geplanten Grenzwerte, damit die deutschen Hersteller den CO₂-Ausstoß ihrer Flotten prozentual nicht viel stärker verringern müssen als ihre französischen oder italienischen Konkurrenten.

³⁵⁷ Vgl. Schild und Koopmann 2009: 277 f. Das ursprüngliche Zieldatum 2012 wurde bis 2015 verlängert.

³⁵⁸ Müller-Brandeck-Bocquet 2008.

Gipfeltreffen vom 11./12.12.2008 beschlossen, die nach der Billigung durch das Europäische Parlament bis Ende 2009 verabschiedet werden sollten.³⁵⁹

Die Ergebnisse des Europäischen Rates vom Dezember 2008 zur Energie- und Klimapolitik zählen zu den herausragenden Leistungen der französischen Ratspräsidentschaft. Es sind aber nicht nur die Erfolge auf dem Gebiet des Klimaschutzes, die das Bild der französischen Ratspräsidentschaft geprägt haben. Vor allem die europäischen und internationalen Krisen verbunden mit einem energischen und schnellen Krisenmanagement Sarkozys werden im Nachhinein die französische Ratspräsidentschaft prägen.

5.3.2 „La triple crise“

5.3.2.1 Das irische „Nein“ zum Vertrag von Lissabon

Das ambitionierte französische Präsidentschaftsprogramm war durch zahlreiche Pläne zur Vorbereitung der Implementierung des Lissabon-Vertrags flankiert, doch bevor Frankreich die Zügel der Ratspräsidentschaft in die Hand nehmen konnte, stolperte der Ratifikationsprozess ein weiteres Mal über ein negatives Referendum. Am 12.6.2008 stimmten 53,4% der Iren gegen den Vertrag von Lissabon und fügten „der Dauerkrise der institutionellen Reform der EU ein neues Kapitel hinzu.“³⁶⁰ Damit wurde Paris die Chance genommen, die EU auf den Übergang in die „Lissabon-EU“ vorzubereiten. Die Verhandlungen hinsichtlich der institutionellen und personalpolitischen Fragen, die unter dem französischen EU-Vorsitz geplant waren, wie etwa die Ausgestaltung des künftigen europäischen Dienstes, wurden obsolet.

Bereits auf dem 9. deutsch-französischen Ministerrat am 9.6.2008 ließ Sarkozy sich eine Antwort auf die Folgen eines möglichen irischen „No“ entlocken: „Was immer auch geschieht, die Antwort wird eine deutsch-französische sein.“³⁶¹ Diese deutsch-französische Antwort ließ nicht lange auf sich warten und erfolgte in Form einer Drohung: Ohne das neue Regelwerk werde jede Erweiterung der Gemeinschaft blockiert, so der einhellige Tenor aus Deutschland und Frankreich. Mit diesem Erweiterungsstopp, dem sich Luxemburgs Premierminister Juncker anschloss, reagierten Merkel und Sarkozy auf den Widerstand einiger Staaten, die Ratifizierung des Lissabon-Vertrags nachdrücklich voranzutreiben. Die angekündigte Erweiterungsblockade hatte zwei Motive. Zum einen befürchteten Deutschland und Frankreich, dass eine Ausdehnung der

³⁵⁹ Müller-Brandeck-Bocquet 2010a: 294 f.

³⁶⁰ Schild und Koopmann 2009: 275. Für eine Darstellung der Gründe für das irische Nein siehe Wessels 2008

³⁶¹ Zitiert in: Ministère des Affaires étrangères 2008.

EU ohne die notwendige Vertragsreform zur Handlungsunfähigkeit der Gemeinschaft führe. Bei einer weiteren Aufnahme von Mitgliedern bei fortwährender Einstimmigkeitsregel könnte es zu einer permanenten Blockade in der Union kommen. Das zweite Motiv war eher taktischer Natur. Mit der angekündigten Blockade sollte den als EU-skeptisch bekannten Staaten mehr Engagement bei der Rettung des Lissabon-Vertrags abgerungen werden. Denn einerseits wären die Regierungen Tschechiens, Großbritanniens oder Schwedens nicht unglücklich über ein Nichtinkrafttreten des Lissabonner-Vertrags gewesen, andererseits sind diese Länder traditionelle Erweiterungsbeefürworter.³⁶² Mit der gemeinsamen Drohung Deutschlands und Frankreich wurden daher vor allem Schweden und Tschechien in die Pflicht genommen, da deren Zustimmung zum Vertrag von Lissabon noch ausstand.³⁶³ Sollte es also noch unter der französischen Ratspräsidentschaft gelingen, diese Krise zu lösen? Oder sollte es wie 2005 zu einem längeren Stillstand im Reformprozess kommen?

Die EU befand sich 2008 in einer ähnlichen, nicht jedoch identischen Lage wie 2005. Im Gegensatz zum Verfassungsvertrag, der von zwei EU-Gründungsmitgliedern abgelehnt wurde, handelte es sich beim irischen Nein um einen singulären Fall und damit wie bereits 2001 – anlässlich des Referendums zum Vertrag von Nizza – um eine „exception irlandaise“. Das Ratifikationsverfahren wurde ungeachtet des negativen Ausgangs in Irland in den übrigen EU-Mitgliedsstaaten fortgesetzt. Dies stellte einen weiteren, grundlegenden Unterschied zur Situation im Jahre 2005 dar, in der die allgemeine Ratlosigkeit in einer Reflexionsphase mündete, die letztendlich zur Aussetzung des Ratifikationsverfahrens führte.³⁶⁴

Nachdem Deutschland und Frankreich gemeinsam für die Fortsetzung des Ratifikationsverfahrens warben, forderte Nicolas Sarkozy ohne vorhergehende Absprachen mit anderen europäischen Partnern die irische Regierung im Oktober 2008 auf, bis Dezember desselben Jahres ein zweites Referendum abzuhalten. Damit düpierte Sarkozy das irische Wahlvolk, war es doch gerade der französische Staatspräsident, der sich nach dem französischen Nein zum VVE vehement gegen ein zweites Referendum stemmte. Im Bewusstsein der geringen Legitimität dieser Forderungen änderte Sarkozy daraufhin jedoch seine Strategie und verfolgte einen zurückhaltenderen Ansatz, indem er Ausnahmeregelungen für Irland oder die Erarbeitung einer politischen Erklärung

³⁶² Vgl. Proissl 2008.

³⁶³ In Großbritannien wurde der Vertrag von Lissabon am 11.3.2008 vom Unterhaus angenommen.

³⁶⁴ Vgl. Marchetti und Demesmay 2010: 24.

diskutierte.³⁶⁵ Erste Ansätze einer gemeinsamen Lösung, auf die der französische EU-Vorsitz mit deutscher Unterstützung massiv drängte, wurden auf dem Gipfeltreffen des Europäischen Rates vom 11./12.12.2008 deutlich. Irland erhielt letzten Endes die Zusicherung, dass der Vertrag keine Auswirkungen auf das irische Steuerrecht, die irische Neutralität oder auf zentrale soziale oder ethische Grundpositionen (z.B. das irische Abtreibungs- und Familienrecht) haben werde. Des Weiteren wird in Zukunft ein Staatsangehöriger jedes Mitgliedsstaates der Kommission angehören.³⁶⁶ Durch diese Zugeständnisse konnte Irland dazu bewogen werden, ein zweites Referendum abzuhalten. Bei der erneuten Volksabstimmung am 2.10.2009 votierten 67,1% der Stimmberechtigten mit „Ja“. Der Vertrag von Lissabon trat daraufhin am 1.12.2009 in Kraft.

5.3.2.2 Der Georgienkonflikt

Während die EU nach dem irischen Nein noch nach Lösungen aus der institutionellen Krise suchte, bahnte sich am östlichen Rand des europäischen Kontinents bereits die nächste Krise an. Der seit Jahrzehnten schwelende Konflikt im Südkaukasus zwischen Russland und Georgien eskalierte, nachdem georgische Truppen in der Nacht vom 7. auf den 8. August 2008 nach Südossetien einmarschierten, um die abtrünnige Provinz zurückzugewinnen. Russland startete daraufhin eine Militärintervention zur Verteidigung Südossetiens.

Die EU übernahm im Kaukasus-Krieg eine zentrale Rolle beim Konfliktmanagement. Unter der entschlossenen Führung des EU-Ratspräsidenten Sarkozy, der weitgehend im Alleingang, jedoch nach vorheriger Konsultation mit einigen europäischen Partnern handelte, konnte bereits wenige Tage nach Ausbruch der Kriegshandlungen ein Ende der Kampfhandlungen erreicht werden. Am 12.8.2008 verständigte sich Sarkozy mit dem russischen Präsidenten Medwedjew auf einen Sechs-Punkte-Friedensplan – neben dem Waffenstillstand beinhaltete dieser auch den Abzug der russischen Truppen aus dem georgischen Kernland – der kurz darauf von Russland und Georgien unterzeichnet wurde. Dieser Sechs-Punkte-Plan wurde vom Rat der EU in einer außerordentlichen Tagung am 13.8.2008 begrüßt.³⁶⁷ Da der Plan jedoch unter großem Zeitdruck entstand, enthielt er einige Ungenauigkeiten, die Russland zu einer Verzögerung seines Truppenabzugs nutzte. Auf die Initiative von Präsident Sarkozy setzte sich die EU daraufhin für ein

³⁶⁵ Vgl. Schild und Koopmann 2009: 275.

³⁶⁶ Vgl. Müller-Brandeck-Bocquet 2010a: 339 f.

³⁶⁷ Vgl. Rat der Europäischen Union 2008.

Zusatzabkommen ein, welches die erforderlichen Präzisierungen erzielen konnte und am 8.9.2008 unterzeichnet wurde.³⁶⁸

Nicolas Sarkozy zeichnete sich in diesem Konflikt durch ein sehr entschlossenes Handeln und eine dynamische Diplomatie aus. Einerseits war dies dem enormen Handlungsdruck durch die militärische Entwicklung geschuldet, andererseits lag eine schnelle Beilegung des Krieges auch im Interesse der Partner Frankreichs. Zudem bestand in Berlin die Bereitschaft, Paris nach dem deutsch-französischen Konflikt um die Mittelmeerunion unter der Bedingung eines gewährleisteten Informationsflusses gewähren zu lassen.³⁶⁹

Trotz des Prioritätenkonflikts unter den EU-Mitgliedstaaten in der Russlandpolitik konnte Frankreich die EU-Staaten zu einer gemeinsamen Position bewegen, „was nicht zuletzt durch eine geschmeidige deutsch-französische Abstimmung im Hintergrund ermöglicht wurde.“³⁷⁰ Deutlich kritischere Worte kamen allerdings aus Polen. „Es ist lachhaft, von einer gemeinsamen Politik der Union gegenüber Moskau zu sprechen,“³⁷¹ verkündete der polnische Präsident Lech Kaczynski wenige Tage nach der Unterzeichnung des Sechspunkte-Plans. Diese gemeinsame Position sei von Frankreich und Deutschland diktiert worden, wodurch sich wieder einmal gezeigt habe, dass die EU-Entscheidungen zwischen Berlin und Paris getroffen werden würden. Ferner kritisierte Kaczynski die zu nachgiebige Haltung der beiden Rheinnachbarn gegenüber Russland, die durch die wirtschaftlichen Interessen deutscher und französischer Unternehmen bedingt sei.³⁷²

Auch der Abgeordnete der Grünen im Europäischen Parlament, Daniel Cohn-Bendit, bezweifelte die Einigkeit der Europäer: „Nicolas Sarkozy n’a pas unifié les Européens dans une stratégie face à la Russie, il a permis à l’Europe de se rassembler derrière son initiative.“³⁷³

Trotz dieser Kritik gilt das Vorgehen der EU unter Ratspräsident Sarkozy zur Beilegung der Georgien-Krise als großer internationaler Erfolg. Obwohl in der Presse vor allem die Risikobereitschaft und das zupackende Engagement Sarkozys gelobt wurden, beanspruchte dieser die Lorbeeren nicht für sich, wie etwa bei der Überwindung der Verfassungskrise, sondern führte den Erfolg auf die Einigkeit Europas zurück.³⁷⁴

³⁶⁸ Vgl. Müller-Brandeck-Bocquet 2009: 27.

³⁶⁹ Vgl. Schild und Koopmann 2009: 271 f.

³⁷⁰ Ebd. 272.

³⁷¹ Lech Kaczynski zitiert nach: Spiegel online 2008.

³⁷² Vgl. Spiegel online 2008.

³⁷³ Zitiert nach: Goulard 2009: 509.

³⁷⁴ Vgl. Müller-Brandeck-Bocquet 2009: 27.

5.3.2.3 Die Finanz- und Wirtschaftskrise

Sarkozy hatte die Herausforderungen der Georgien-Krise eindrucksvoll gemeistert, doch sowie nach dem irischen „Nein“ zum Vertrag von Lissabon der Kaukasus-Konflikt folgte und das Programm der französischen Ratspräsidentschaft durcheinander brachte, so stand der französischen Ratspräsidentschaft nun bereits die nächste und zugleich gravierendste Krise bevor. Die durch die US-Immobilienkrise ausgelöste Finanzkrise im Verlauf des Jahres 2007 erreichte durch die Insolvenz der Investmentbank „Lehman Brothers“ im September 2008 ihren Höhepunkt. Die Immobilienkrise hatte bei dem Institut Verluste in einstelliger Milliardenhöhe verursacht. Die schlimmste internationale Finanz- und Wirtschaftskrise seit dem Jahr 1929 setzte ein und sorgte nicht nur für ein Erdbeben an den internationalen Finanzmärkten, sie legte auch den Finger in eine europäische Wunde und zeigte der EU ihre Schwierigkeiten auf, adäquate Antworten auf grenzüberschreitende Probleme zu finden.³⁷⁵

Es ist vor allem der französischen Ratspräsidentschaft zu verdanken, dass die EU trotz anfänglicher Schwierigkeiten angemessen auf die Finanzkrise reagieren konnte. Dabei sah sich die Ratspräsidentschaft mit drei Herausforderungen konfrontiert:

1. Es musste ein kurzfristiges Krisenmanagement im Bankensektor betrieben werden. Hierzu musste das Vertrauen am Interbankenmarkt³⁷⁶ wieder hergestellt werden und eine Koordination zwischen den europäischen Regierungen erfolgen. Unilaterale Maßnahmen mit negativen Auswirkungen für andere Staaten in der Form von nichtkooperativen Spielen zwischen Mitgliedsstaaten der EU sollten so verhindert werden;
2. Es musste eine makroökonomische europäische Antwort gefunden werden, um angemessen auf den Rückgang der Konjunktur reagieren zu können;
3. Es musste ein Regulierungsrahmen für den europäischen Finanzsektor gefunden werden, damit sich eine derartige Krise in Zukunft nicht wiederholen kann.³⁷⁷

Um diesen Herausforderungen Herr zu werden, startete die französische Ratspräsidentschaft eine Reihe von Krisengipfeln auf der Ebene der Staats- und Regierungschefs. Das erste dieser Treffen fand am 4.10.2008 in Paris zwischen den europäischen G8-Mitgliedstaaten Deutschland, Frankreich, Großbritannien und Italien statt. Ebenfalls zu diesem Treffen eingeladen waren die Präsidenten der Europäischen Kommission Barroso und der EZB Trichet sowie der Vorsitzende der Eurogruppe Juncker. Frankreich setzte sich auf diesem Minigipfel für den niederländischen Vorschlag

³⁷⁵ Vgl. Leruste und Theobald 2009: 1.

³⁷⁶ Der Interbankenmarkt ist der Markt, auf dem der weltweite Handel mit Finanzinstrumenten (Geld, Devisen, Wertpapiere) zwischen Kreditinstituten stattfindet.

³⁷⁷ Vgl. Schild 2008: 12.

eines 300 Mrd. Euro (€) schweren europäischen Rettungsfonds nach amerikanischem Vorbild ein.³⁷⁸ Deutschland stand dieser Idee jedoch äußerst kritisch gegenüber und wies das Vorhaben brüsk zurück. Aus Berlin hieß es, man wolle keine supranationale Lösung, sondern von Fall zu Fall entscheiden.³⁷⁹ Finanzminister Peer Steinbrück machte aus seiner Abneigung gegen einen europäischen Rettungsfonds in einem Interview mit der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung* Ende Oktober 2008 kein Geheimnis: „Ein großer europäischer Rettungsfonds kam für uns dagegen nicht in Frage, weil Deutschland dann den Löwenanteil gezahlt, aber nur sehr eingeschränkte Kontrollmöglichkeiten gehabt hätte.“³⁸⁰ In Frankreich wurde die ablehnende Haltung Deutschlands scharf kritisiert. *Le Monde* hatte den G4-Gipfel als gescheitert angesehen und in Deutschland den Schuldigen ausgemacht. Ferner warf die Zeitung der Bundesregierung eine Rückkehr zu nationalbezogenen Denkschemata der 1990er Jahre vor, da Deutschland von der Sorge getrieben werde, für die anderen bezahlen zu müssen.³⁸¹ Trotz der unterschiedlichen Auffassungen zum europäischen Rettungsfonds konnte auf dem G4-Gipfel eine Einigung über eine Reihe von Grundsätzen erreicht werden. Hierzu zählen die Koordinierung der nationalen Rettungspläne, eine flexible Handhabung des Stabilitätspaktes, die Stärkung der Bankenaufsicht, die Einberufung eines internationalen Gipfels zur Neudefinierung des Finanzsystems sowie die Ausarbeitung von Verhaltenskodizes und gemeinsamen Grundsätzen für die Vergütung der Bankmanager.

Dennoch zeigte dieser erste Krisengipfel, wie diametral entgegengesetzt die Vorstellungen von der Wirtschaftspolitik zwischen Berlin und Paris waren. Während die Bundesregierung für ein nationales und dezentrales Vorgehen in der Wirtschaftskrise eintrat, welches zugleich an eine strenge Haushaltsdisziplin gekoppelt war, forderten die Anhänger des integrationistischen Handelns in Frankreich eine übernationale Lösung, um der Krise Herr zu werden. Frankreich trat als glühender Verfechter eines europäischen Rettungsplans auf und kritisierte offen die deutsche Weigerung, eine europäische Antwort geben zu wollen.³⁸²

„Die deutsch-französischen Meinungsverschiedenheiten erschienen mitten in der Finanzkrise umso besorgniserregender, als sie den europäischen Motor, die raison

³⁷⁸ Der nach dem amerikanischen Finanzminister benannte Paulson-Plan umfasste einen Rettungsfonds in Höhe von 700 Mrd. US-\$, mit dessen Hilfe den Banken „giftige“ Hypothekensicherheiten abgekauft werden sollten.

³⁷⁹ Vgl. Bohnkamp 2009a: 5.

³⁸⁰ Schäfers und Steltzner 2008.

³⁸¹ Vgl. Schwarzer 2008b: 19.

³⁸² Vgl. Bohnkamp 2009a.

d'être der Europäischen Union, infrage stellten und das gemeinschaftliche Handeln massiv bremsen. ³⁸³

Auch der Besuch Merkels am 11.10.2008 in Colombey-les-Deux-Églises anlässlich der Einweihung der Charles-de-Gaulle-Gedenkstätte und das daran anschließende Gespräch mit Nicolas Sarkozy über das Vorgehen in der Finanzkrise konnten die Meinungsverschiedenheiten nicht überdecken. Merkel unterstrich ein weiteres Mal, dass die angeschlagenen Banken durch nationale Lösungen unterstützt werden müssten: „Des difficultés différents appellent des réponses différentes. Les problèmes des banques ne sont pas identiques d'un pays à l'autre.“³⁸⁴ Auf der folgenden Pressekonferenz betonte Sarkozy zwar den gemeinsamen Willen „eine Absprache zu erzielen, die so eng wie möglich ist.“³⁸⁵ Auch Bundeskanzlerin Merkel betonte, dass man „eine abgestimmte und kohärente Reaktion des Euroraums auf die internationale Finanzkrise brauche (...), [aber] mit den notwendigen Spielräumen für jeden einzelnen Mitgliedstaat.“³⁸⁶ Der von beiden Seiten betonte Wille zur gemeinsamen Zusammenarbeit konnte jedoch nicht verbergen, dass das deutsch-französische Verhältnis nach wie vor von Unstimmigkeiten überlagert war.

Umso überraschender konnte auf dem zweiten Krisengipfel am 12.10.2008 in Paris, bei dem sowohl die 15 EWU-Staaten als auch Großbritannien „als informelles (sechzehntes) Mitglied der Euro-Länder“³⁸⁷ zusammentrafen, ein gemeinsamer Aktionsplan aufgestellt werden, dem sich auch Deutschland anschloss. Dieser „historische (...) Durchbruch“³⁸⁸ sah ein konzentriertes Vorgehen zur Rettung der verschiedenen europäischen Bankensysteme vor. Dazu zählte die Gewährung von Staatsgarantien für mittelfristige Schuldtitel und die Möglichkeit eines Einstieges der Staaten in das Kapital der bedrohten Banken. Ferner sollten die nationalen Rettungspläne koordiniert und die Arbeit an besseren Aufsichtsstrukturen für die Finanzmärkte beschleunigt werden. In einer Dringlichkeitssitzung verabschiedete der Bundestag das „Finanzmarktstabilisierungsgesetz“ in Höhe von 500 Mrd. € am 17.10.2008, Frankreich verabschiedete ein Paket in Höhe von 360 Mrd. €. Insgesamt beliefen sich die staatlichen Garantien in der EU infolge des Aktionsplans des Eurozonen-Gipfels auf zwei Billionen

³⁸³ Bohnenkamp 2009a: 6.

³⁸⁴ Zitiert nach: de Vergès 2008.

³⁸⁵ Zitiert in: Auswärtiges Amt und Ministère des Affaires étrangères 2008b.

³⁸⁶ Zitiert in: Auswärtiges Amt und Ministère des Affaires étrangères 2008b.

³⁸⁷ Nonnenmacher 2008 Die Einladung Großbritanniens zum Euro-Gipfel ist zudem durchaus gerechtfertigt, weil eine europäische Antwort auf die Finanzkrise ohne Einvernehmen mit der drittgrößten europäischen Volkswirtschaft nur schwer praktikabel gewesen wäre.

³⁸⁸ Schwarzer 2008b: 19.

€. ³⁸⁹ Auf dem nachfolgenden ER in Brüssel vom 15./16.10.2008 wurden die Beschlüsse, die die Euro-Gruppe wenige Tage zuvor getroffen hatte, bestätigt. ³⁹⁰ Den Staats- und Regierungschefs der Nicht-Euro-Länder wurde dementsprechend abverlangt, sich dem vorgefertigten Maßnahmenpaket zur Bekämpfung der Finanzkrise anzuschließen. Dieses unorthodoxe Vorgehen, einen Euro-Gipfel einzuberufen, bei dem nur etwas mehr als die Hälfte der Mitgliedstaaten über den Binnenmarkt, den Wettbewerb oder den Haushalt entscheiden (eigentlich Kompetenzen jedes einzelnen Mitgliedslandes), war letztendlich der Krisensituation geschuldet. Aus dem Kanzleramt hieß es, dass ein solcher Euro-Gipfel die Ausnahme bleiben müsse, da hier der Nerv der EU berührt sei. ³⁹¹

Es wurde jedoch schnell deutlich, dass Frankreich es nicht bei dieser Ausnahme belassen wollte. Nach der Einigung über die nationalen Rettungspakete für die Banken versuchte Sarkozy, die Finanzmarktkrise als „policy window“ zu nutzen, um die Eurogruppe zu einem bekannten französischen Anliegen auszubauen: einer Art Wirtschaftsregierung der Union. Vor dem Europäischen Parlament in Straßburg am 21.10.2008 präzisierte Sarkozy seine Idee: „Et dans mon esprit d’ailleurs, le vrai gouvernement économique de l’Eurogroupe, c’est un Eurogroupe, qui se réunit au niveau des chefs d’Etat et de gouvernement.“ ³⁹²

Sowohl das Vorhaben zur Gründung einer Wirtschaftsregierung als auch die Art und Weise, wie diese französische Idee verkündet wurde, nämlich via „Megafon-Diplomatie“ ³⁹³ und ohne vorherige Absprache mit dem deutschen Partner, erzürnten die Gemüter in der Bundesregierung. Berlin befürchtete, dass eine Aufwertung der Eurogruppe zwangsläufig zu einer Aufspaltung der Unionsmitglieder in zwei Gruppen führen würde und ließ den Vorstoß daher ins Leere laufen. Zudem hätte ein französisches Sondieren der deutschen Position ausgereicht, um die Ablehnung gegen ein solches Projekt zu erfahren, womit man zugleich ein öffentliches Zerwürfnis zwischen den beiden Ländern vermieden hätte. ³⁹⁴

Die Differenzen zwischen Berlin und Paris kamen in den folgenden Wochen immer deutlicher zum Vorschein. Zunächst sorgte die Idee Sarkozys, bis mindestens 2010 Chef der Euro-Gruppe zu werden, für Verwirrung bei Bundeskanzlerin Merkel. Begründet wurde dieser Vorstoß damit, dass die EU-Mitgliedstaaten Tschechien und Schweden, die

³⁸⁹ Vgl. Bohnenkamp 2009a: 7.

³⁹⁰ Vgl. Présidence française du Conseil de l’Union européenne 2008a.

³⁹¹ Vgl. Busse 2008.

³⁹² Zitiert nach: Schild 2008: 14.

³⁹³ Schild und Koopmann 2009: 274.

³⁹⁴ Vgl. ebd. 274.

die nachfolgenden EU-Ratspräsidentenschaften übernehmen würden, nicht Teil der Eurogruppe sind. Deutschland wehrte diesen Vorstoß jedoch mit dem Hinweis auf Luxemburgs Premier- und Finanzminister Juncker als natürlichen Vorsitzenden jeder Art von Euro-Gruppe ab.³⁹⁵

Nach dem G20-Gipfel in Washington am 15.11.2008, bei dem sich die führenden Wirtschaftsnationen einig waren, künftig enger zusammenzuarbeiten und das Finanzsystem strenger zu kontrollieren, traten infolge des deutsch-französischen Gipfeltreffens am 24.11.2008 die Differenzen zwischen Deutschland und Frankreich wieder deutlich zutage. Während Paris in den kommenden Tagen eine weitere Krisenmaßnahme anzukündigen gedachte, um die Konjunktur zu beleben, wollte Berlin erst im Januar 2009 über ein solches Konjunkturpaket befinden, da zunächst die beschlossenen Maßnahmen zur Stimulierung der Konjunktur abgewartet werden sollten. Sarkozy quittierte diese deutsche Zurückhaltung mit den Worten: „La France y travaille, l'Allemagne y réfléchit.“³⁹⁶

Ende November 2008 legte Kanzlerin Merkel dann ihr Veto gegen ein 130-Milliarden-Programm der 27 EU-Staaten ein, „aus Angst, dass das deutsche Krisengeld in Europa verbraten würde.“³⁹⁷ Ein enger Berater Sarkozys soll sich daraufhin beschwert haben: „Bisweilen hat man den Eindruck, wir sind die Lokomotive und die die schweren Waggons.“³⁹⁸ Die Kritik an der deutschen Zurückhaltung wurde immer lauter. Obwohl Deutschland am 4.12.2008 ein Konjunkturpaket in Höhe von 32 Mrd. € verabschiedete, wurde der Bundesregierung weiterhin vorgeworfen, zu zögerlich zu handeln und das Ausmaß der Krise nicht richtig einzuschätzen.³⁹⁹ In der französischen Presse wurde aus der zum Amtsantritt gelobten „Miss Monde“ infolge der stetigen Verweigerungen französischer Initiativen „Madame no“.⁴⁰⁰ Vor allem aber traten Deutschland und Frankreich mitten in der Finanzkrise nicht als Paar geschweige denn als Motor auf, der die EU aus den Wirren der Krise zu befreien vermochte, sondern als „Antipoden Europas“⁴⁰¹. Stattdessen schickten sich nun Großbritannien und Frankreich an, gemeinsame Lösungsstrategien zu entwickeln. Am 8.12.2008 fanden sich Nicolas

³⁹⁵ Vgl. Süddeutsche Zeitung 2008.

³⁹⁶ Auswärtiges Amt und Ministère des Affaires étrangères 2008a.

³⁹⁷ Feldenkirchen et al. 2008: 25.

³⁹⁸ Ebd. 25.

³⁹⁹ Eine mögliche Erklärung für die deutsche Zurückhaltung könnte das in den späten 1970er Jahren verabschiedete „Zukunftsinvestitionsprogramm“ zur Ankurbelung der Wirtschaft sein. Dieses hatte damals mehr dazu beigetragen, die Schuldenlast zu erhöhen, als dass es ein probates Mittel zur Wachstumsförderung gewesen wäre.

⁴⁰⁰ Vgl. Saint-Paul 2008.

⁴⁰¹ Kläsger 2008.

Sarkozy, Gordon Brown und Kommissionspräsident Barroso in London ein, um sich vor dem EU-Gipfel am 11./12.12.2008 über die Finanz- und Wirtschaftskrise, einen ehrgeizigen Konjunkturbelebungsplan sowie über den bevorstehenden G20-Gipfel in London im April 2009 zu beraten. Durch den Ausschluss Deutschlands von diesem Treffen sendeten beide Staaten ein eindeutiges Zeichen der Unzufriedenheit an die deutsche Adresse und dessen Krisenmanagement. Müller-Brandeck-Bocquet spricht in diesem Zusammenhang gar von einem „Tiefpunkt für Angela Merkels außenpolitisches Ansehen.“⁴⁰²

Deutschland reagierte besorgt auf das gegenseitige Überbieten mit immer höheren Konjunkturpaketen. In einem Interview mit der Tageszeitung *Newsweek* sprach Bundesfinanzminister Steinbrück von einem „bidding war“, der das Volksvermögen ohne signifikante Effekte verbrennen und die öffentlichen Schulden auf ein Niveau führen würde, unter dem eine ganze Generation zu leiden habe.⁴⁰³ Auf dem letzten ER unter französischem EU-Vorsitz am 11./12.12.2008 wurde insbesondere auf französischen Druck hin ein Konjunkturpaket für die europäische Wirtschaft in Höhe von 1,5% des BIP der EU beschlossen. Das vereinbarte Volumen von 200 Mrd. € war aber im Wesentlichen eine Addition der verschiedenen nationalen Maßnahmen (ca. 170 Mrd. €) mit einem zusätzlichen Anteil von 30 Mrd. € finanziert durch die Europäische Investitionsbank (IEB). Letztendlich konnte sich Sarkozy aufgrund der deutschen Vorbehalte beim EU-Konjunkturpaket mit seinen Vorstellungen aber nicht gänzlich durchsetzen. Die Verschuldungsvorschriften für die nationalen Haushalte galten weiter, die Mehrwertsteuersenkung in einzelnen Bereichen wurde nicht beschlossen und das vereinbarte Volumen von 200 Mrd. € fiel wesentlich geringer aus, als von Sarkozy gefordert.⁴⁰⁴ Das französische Plädoyer für eine expansiv ausgerichtete Haushaltspolitik und zugunsten einer engeren Koordinierung der Wirtschaftspolitiken wäre sicherlich überzeugender ausgefallen, wenn Frankreich nicht die Reputation eines haushaltspolitischen Laxismus hätte. Nichtsdestotrotz wurde dem französischen EU-Vorsitz zum Ende der Amtszeit Respekt und Anerkennung gezollt. Durch eine Reihe von Krisengipfeln, die zum Teil eine Innovation in der Außenpolitik darstellten – wie das G4-Treffen der Eurogruppe im Oktober – zeigte sich die EU nach einer Phase des nationalen Krisenmanagements in der Lage, die „spirale infernale“⁴⁰⁵ des Vertrauensverlustes im Finanzsystem zu stoppen. Allerdings kam es in diesen Wirren der

⁴⁰² Müller-Brandeck-Bocquet 2010a: 333.

⁴⁰³ Vgl. Schild 2008: 16.

⁴⁰⁴ Vgl. Crolly und Schiltz 2008.

⁴⁰⁵ Schild 2008: 19.

Finanz- und Wirtschaftskrise auch zu einem Vertrauensverlust zwischen Deutschland und Frankreich. Mit zunehmender Geschwindigkeit und Reichweite der Krise häuften sich auch die bilateralen Differenzen. Zwar waren beide Seiten darum bemüht, den Schein der deutsch-französischen Einigkeit zu wahren, etwa beim deutsch-französischen Gipfeltreffen oder in dem gemeinsam von Merkel und Sarkozy veröffentlichten Artikel „Der Aufschwung kann nicht warten“⁴⁰⁶, doch es wurde mehr als deutlich, dass Deutschland und Frankreich zu Beginn der Krise aufgrund der Unterschiede beider Volkswirtschaften – das exportabhängige Deutschland auf der einen und das auf die Binnennachfrage angewiesene Frankreich auf der anderen Seite – nicht in der Lage waren, eine gemeinsame Position zu finden. Durch die nicht aufeinander abgestimmten Maßnahmen zur Bewältigung der Krise wurde umso deutlicher, wie stark der Antagonismus zwischen Berlin und Paris bereits geworden war. Zum Ende des Jahres 2008 kamen daher begründete Zweifel auf, ob der deutsch-französische Motor weiterhin die entscheidende Antriebskraft in Europa darstellt.

5.4 Zwischenfazit: Das Paar Sarkozy-Merkel – Zwei Schritte vor, einer zurück

Nicolas Sarkozy trat im Mai 2007 das Amt des französischen Staatspräsidenten mit dem Versprechen an, Frankreich nach zweijähriger Lethargie wieder als feste Größe auf der europapolitischen Bühne zu etablieren. Die angekündigte Rückkehr Frankreichs nach Europa implizierte zugleich die Hoffnung auf eine Rückkehr des deutsch-französischen Motors der Integration, dem nach der Ablehnung des VVE durch das EU-Gründungsmitglied Frankreich das Benzin ausgegangen zu sein schien. Die ersten 18 Monate der Präsidentschaft Sarkozys hinterlassen jedoch im Hinblick auf die bilateralen Beziehungen und die Funktionalität des Motors der Integration ein ambivalentes Bild. Die von Joachim Schild geäußerte Erwartung eines unbequemen Partners in Europa hatte sich gänzlich erfüllt.⁴⁰⁷

Zunächst konnte bei den Verhandlungen um den Reformvertrag – dem späteren Vertrag von Lissabon – ein veritabler Neustart des deutsch-französischen Motors verzeichnet werden. Unterstützt vom französischen Präsidenten Sarkozy gelang Bundeskanzlerin Merkel als EU-Ratsvorsitzende mit der Rettung der Substanz des VVE ein großer Erfolg. Das deutsch-französische Tandem wurde seiner Verantwortung für Europa wieder

⁴⁰⁶ Merkel and Sarkozy 2008. In diesem Artikel wurden die Anstrengungen auf dem G20-Gipfel in Washington gelobt sowie Einigkeit bei der Ablehnung einer allgemeinen Mehrwertsteuersenkung demonstriert. Ferner plädierte man gemeinsam für eine weniger strenge Auslegung der Kriterien des Stabilitäts- und Wachstumspaktes.

⁴⁰⁷ Vgl. Schild 2007: 238.

gerecht. Dieser Gleichklang in den bilateralen Beziehungen war aber nur von kurzer Dauer, denn die in kürzester Abfolge und meist ohne Absprache lancierten Initiativen Sarkozys belasteten das deutsch-französische Verhältnis. Die Attacken auf die EZB, der Vorstoß zur Gründung einer Mittelmeerunion unter Ausschluss einiger EU-Mitgliedsstaaten inklusive Deutschlands sowie der während der Finanz- und Wirtschaftskrise geäußerte Wunsch nach einer Wirtschaftsregierung in Form der Eurogruppe waren Vorhaben, die ohne Sondierung der deutschen Position hervorgebracht wurden und mit der traditionellen Vorgehensweise einer engen deutsch-französischen Absprache brachen. Diese Initiativen resultieren nicht zuletzt aus den unterschiedlichen politischen Temperamenten Sarkozys und Merkels. Während der französische Staatspräsident einen bemerkenswerten Tatendrang an den Tag legt und ein ganzes Arsenal von Initiativen zu haben scheint, aus dem er sich nur bedienen muss, so steht der ruhige und moderierende Politikstil der Angela Merkel diesem diametral entgegen. „Ein klassischer deutsch-französischer Kompromiss sieht mittlerweile so aus, dass Sarkozy zwei Schritte vorspurtet und ihn die Kanzlerin dann einen Schritt zurückholt.“⁴⁰⁸ Dass Sarkozy dabei auch die Richtung vorgibt ist offensichtlich. Trotz dieser bestehenden Dissonanzen kam der deutsch-französische Motor aber nicht zum Erliegen. Durch „einen Schritt zurück“ einigten sich Merkel und Sarkozy auf einen Formelkompromiss ums Mittelmeer, der weitgehend in der UfM aufgegangen ist. Beim Klimaschutzpaket konnte durch die bilaterale Vorgehensweise ein Erfolg errungen werden, zudem gab es eine gemeinsame Haltung nach dem irischen Nein und enge bilaterale Absprachen zur Lösung des Georgienkonflikts.

Doch während der Finanz- und Wirtschaftskrise schien es, als ob Deutschland sich nicht an den Koordinationsversuchen Sarkozys beteiligen wollte und auf Distanz zu Frankreich ging. Es wurde der Eindruck erweckt, dass beide Staaten nicht nur unterschiedliche, sondern auch inkompatible Antikrisenstrategien verfolgten. Während Frankreich auf ein Engagement des Staates und Staatsinterventionen setzte, die den Wirtschaftsmotor wieder ankurbeln sollten, hielt sich Deutschland aus Angst vor einer drohenden Inflation vorerst zurück und insistierte darauf, zunächst die Auswirkungen der in Angriff genommenen Maßnahmen abzuwarten, bevor weitere Milliarden ausgegeben werden. Die Regierungen in Berlin und Paris, die eigentlich die EU gemeinsam hätten vorwärts ziehen müssen, haben sich im Streit in die Ankurbelung der Konjunktur verkeilt. Hat die Finanzkrise also eine Schwäche des deutsch-französischen Motors offen gelegt? In der Vergangenheit

⁴⁰⁸ Rinke 2008a.

war eine herausragende Leistung der privilegierten Beziehungen das Management interner europäischer Krisen. Im Angesicht der internationalen Finanz- und Wirtschaftskrise und deren Erscheinungsformen in Europa erschienen die Beziehungen zwischen beiden Ländern aber mehr als ein Teil des Problems als dessen Lösung.

Das Gesicht des Kapitalismus und der Glauben an die Allmacht des Marktes haben sich gewandelt. Die Idee eines regulativen und interventionistischen Europas hat an Terrain gewonnen, wodurch Frankreichs Position in Europa gestärkt wurde. Wenn Frankreich aber auch weiterhin eine entscheidende Rolle bei der Bewältigung der Finanz- und Wirtschaftskrise sowie bei der Einführung von europäischen und internationalen Regeln für das Finanzsystem einnehmen will, so wird Sarkozy sein Vorgehen mit der Bundesrepublik absprechen müssen. Es kann nicht im Interesse Frankreichs sein, wenn hervorgebrachte Initiativen aufgrund einer nicht erfolgten Konsultierung Deutschlands und einer daraus resultierenden Ablehnung wieder begraben werden.⁴⁰⁹ Welche Bedeutung wird dem deutsch-französischen Paar also in Zukunft in Europa zuteil? Hat der Motor der Integration noch genug „PS“, um die EU-27 zu ziehen? Oder ist gerade das Fehlen einer politischen Führung die Chance für neue Initiativen des deutsch-französischen Tandems? Das Verhältnis zwischen Deutschland und Frankreich war stets zyklisch, auf Konflikt folgte Annäherung. Auch dieses Mal sollte das deutsch-französische Paar seine Initiativkraft für Europa noch nicht eingebüßt haben.

⁴⁰⁹ Vgl. Schild 2008: 19.

6. Das Paar Merkel-Sarkozy – Auf Konflikt folgt Annäherung et vice versa

Zum Ende des Jahres 2008 war von dem „größten Misstrauen und Unverständnis zwischen Deutschland und Frankreich“⁴¹⁰ seit zwei Jahrzehnten die Rede. Die Regierungen in Berlin und Paris hatten sich insbesondere im Streit um die Ankurbelung der Konjunktur entzweit und damit zur Handlungsunfähigkeit der EU beigetragen. Der traditionelle deutsch-französische Motor der Integration, dem schon in Folge der Osterweiterung vielfach das Ende prophezeit wurde, schien defekt zu sein. Doch das besondere deutsch-französische Verhältnis sollte sich wieder einmal als Realität erweisen. Zwar entstand im Verlauf der Finanz- und Wirtschaftskrise der Eindruck, dass sich das Tandem zu Konkurrenten entzweit hatte, doch diese Konkurrenz sowie unterschiedliche Interessen sind in der deutsch-französischen Geschichte nichts Ungewöhnliches. Die Erfahrung hat gezeigt, dass beide Länder in der Lage und Willens sind, unterschiedliche Positionen zu überwinden, gemeinsame Zielsetzungen zu entwickeln und Handlungsoptionen aufzuzeigen, die als gesamteuropäischer Kompromiss auch den Zuspruch der anderen EU-Mitgliedstaaten erhalten. Doch kann das deutsch-französische Tandem auch beim Übergang ins neue Jahrzehnt das europäische Interessenspektrum abdecken und so einen Mehrwert für die EU entwickeln?

Auf dem Höhepunkt der Finanzkrise besannen sich beide Länder ihrer Verantwortung für Europa und nutzten zugleich die Gelegenheit, ein neues Kapitel der deutsch-französischen Beziehungen aufzuschlagen. Gemeinsam sollte für Europa die historische Chance genutzt werden, eine Neuordnung der internationalen Finanzmärkte und der Institutionen voranzutreiben, nachdem das bislang dominierende amerikanische Modell der Organisation von Finanzmärkten diskreditiert war. Bei den EU- und G20-Gipfeltreffen des Jahres 2009 wurde die Relevanz und Durchsetzungskraft der deutsch-französischen Zusammenarbeit wieder unter Beweis gestellt (Kapitel 6.1). Im September 2009 kam es in der Bundesrepublik zum Regierungswechsel. Die Große Koalition wurde von einer schwarz-gelben Regierung abgelöst. Auch Union und FDP bekannten sich im Koalitionsvertrag zu der privilegierten Partnerschaft mit Frankreich (Kapitel 6.2). Die zu Beginn des Jahres 2010 einsetzende Griechenlandkrise, die sich alsbald zur Krise der Währungsunion steigerte, sollte die bilateralen Beziehungen erneut einer Belastungsprobe

⁴¹⁰ Kläsgen 2008. Bemerkenswert an den auftretenden deutsch-französischen Krisen ist, dass mehrere Dispute einen angeblichen „bilateralen Tiefpunkt“ darstellen. Sowohl der Nizza-Gipfel im Jahr 2000 als auch der Streit um die Mittelmeerunion ab 2007 wurden in der deutschen und französischen Presseberichtserstattung als eine der größten Krisen beschrieben.

aussetzen. Die Regierungen in Berlin und Paris vertraten zunächst unterschiedliche Ansätze, wie der griechische Staat vor dem Bankrott bewahrt werden sollte. Trotz der teilweise differierenden Interessenlage im Verlauf der Krise gilt aber auch im Jahr 2010 der Grundsatz, dass ohne eine deutsch-französische Einigung kein Fortschritt in Europa zu erreichen ist (Kapitel 6.3). Der Motor der Integration weist in der Retrospektive aber Fehlzündungen auf (Kapitel 6.4).

6.1. Deutsch-französische Zusammenarbeit beim Aufbau einer neuen globalen Finanzarchitektur

Nachdem im deutsch-französischen Verhältnis unübersehbare Dissonanzen infolge der Finanz- und Wirtschaftskrise aufgetreten sind, wurden sich die Regierungen in Berlin und Paris wieder ihrer europäischen Verantwortung bewusst. Im europäischen Krisenkontext sollte es wieder einmal zu einem deutsch-französischen Schulterschluss kommen.

6.1.1 Neuer Elan in den deutsch-französischen Beziehungen

Zu Beginn des Jahres 2009 zeigten Deutschland und Frankreich nach Wochen der Disharmonie ungewohnte Einigkeit. Mehrere Bausteine bildeten dabei das erneuerte Fundament der deutsch-französischen Beziehungen und führten zu neuem Elan in den bilateralen Beziehungen. Das Ende des französischen EU-Vorsitzes stellte die Partnerschaft zunächst auf eine neue Grundlage, hatte Sarkozy die Ratspräsidentschaft doch allzu oft „zu einer *one-man-show* instrumentalisiert.“⁴¹¹ Die Einwilligung Deutschlands in eine Flexibilisierung der Mehrwertsteuer sowie die Verabschiedung eines Konjunkturpaketes in der Bundesrepublik in Höhe von 80 Mrd. €, welches Paris seit längerem gefordert hatte, trugen ebenfalls zur Entspannung im deutsch-französischen Verhältnis bei.⁴¹² Des Weiteren hatte die französische Ankündigung einer vollständigen Rückkehr in die militärischen Strukturen der NATO einen positiven Effekt sowohl auf die bilateralen als auch transatlantischen Beziehungen.

Bei dem in Paris am 8.1.2009 veranstalteten Kolloquium „Nouveau monde, nouveau capitalisme“, bei dem Merkel und Sarkozy gemeinsam für eine Erneuerung des Kapitalismus eintraten, wurde das verbesserte deutsch-französische Verhältnis erstmals augenscheinlich. Während Sarkozy ein neues Gleichgewicht zwischen Staat und Markt forderte, bei dem der Staat einen festen Platz im Kapitalismus des 21. Jh. einnehmen müsse, stellte Merkel ihre Idee eines UN-Wirtschaftsrates sowie einer UN-Charta für nachhaltiges Wirtschaften vor, die eine Wiederholung der Krise unmöglich machen

⁴¹¹ Müller-Brandeck-Bocquet 2010b: 329.

⁴¹² Vgl. Stark 2010: 23.

sollte.⁴¹³ Hatte sich Sarkozy im Herbst 2008 angesichts der deutschen Zurückhaltung zu der Aussage verleiten lassen, Frankreich handle während Deutschland noch nachdenke, so lobte Sarkozy nun Merkels Entschlossenheit und bewies humorvolle Selbstkritik: „Angela y travaille, je vais y réfléchir.“⁴¹⁴ Auch die französischen Alleingänge in der Wirtschaftsförderung und die damit einhergehende Kritik am französischen Protektionismus konnten den nun einsetzenden Elan in den bilateralen Beziehungen nicht beeinträchtigen. Ganz im Gegenteil, die schnelle Beilegung des Disputs über die Autoindustrie-Subventionen war ein weiterer Beweis für die neue Basis zwischen Deutschland und Frankreich.⁴¹⁵ Diese neue Grundlage sollte von beiden Ländern genutzt werden, um bei den Verhandlungen um eine neue Finanzmarktarchitektur mit einer Stimme zu sprechen.

6.1.2 „Au service de l'Europe“⁴¹⁶: bilaterale Abstimmung im Krisenkontext

Der Wille zum Neuanfang kam in dem gemeinsamen Schreiben an den tschechischen EU-Ratspräsidenten zum Ausdruck, in dem Merkel und Sarkozy die Einberufung eines informellen EU-Gipfels zur Vorbereitung der Frühjahrstagung des Europäischen Rates vorschlugen.⁴¹⁷ Dieser wiedergefundene deutsch-französische Gleichklang war mitentscheidend für die neue Einigkeit Europas. Auf dem EU-Sondergipfel am 1.3.2009 fanden die EU-Staats- und Regierungschefs erstmals wieder zu einer gemeinsamen Position: Verbesserung der Regulierung und Beaufsichtigung der Finanzinstitute, Eindämmung der nationalen Schuldenlast und Berücksichtigung des Stabilitäts- und Wachstumspaktes sowie Verurteilung des Protektionismus.⁴¹⁸ Nicht beigelegt werden konnten hingegen die Meinungsverschiedenheiten über die Notwendigkeit und

⁴¹³ Vgl. Kröncke 2009.

⁴¹⁴ Zitiert nach: lefigaro.fr 2009.

⁴¹⁵ Sarkozy hatte kritisiert, dass französische Autohersteller ihre Kraftfahrzeuge in Tschechien produzieren und in Frankreich verkaufen. Mit einem sechs Mrd. € Hilfspaket sollte daher die französische Autoindustrie vor Werksschließungen geschützt werden. Die tschechische EU-Ratspräsidentschaft warf Paris daraufhin Protektionismus vor. Letztendlich erhöhten Bundeskanzlerin Merkel und der englische Premierminister Brown durch eine Kampfansage gegen den Protektionismus und dem Bekenntnis zum Freihandel den Druck auf Sarkozy. Deutschland und Frankreich verständigten sich schließlich auf Kriterien für Staatshilfen, vgl. Proissl 2009.

⁴¹⁶ Lellouche 2009.

⁴¹⁷ Für den Wortlaut des Briefes siehe: Französische Botschaft 2009. Die Initiative zu diesem Treffen stammte von Sarkozy, der aber zunächst nur ein Treffen der Regierungschefs der Euro-Länder angedacht hatte. Die Bundesregierung lehnte diese „Exklusiv-Gemeinschaft“ mit der Begründung ab, dass die Wirtschafts- und Währungsfrage sämtliche 27 Mitgliedsstaaten betreffe und dementsprechend sämtliche Staats- und Regierungschefs eingeladen werden müssten. Sarkozy gab diesen Bedenken schließlich nach, vgl. Gammelin 2009.

⁴¹⁸ Vgl. Europäischer Rat 2009a.

Realisierbarkeit eines EU-Konjunkturprogramms. Es wurde lediglich darauf hingewiesen, dass gemeinsam und koordiniert vorgegangen werden müsse.⁴¹⁹

Diesem außerordentlichen Treffen der EU-Staats- und Regierungschefs folgte der 11. Deutsch-Französische Ministerrat in Berlin am 12.3.2009, der für beide Länder die Gelegenheit bot, das Frühjahrstreffen des ER und den G20-Gipfel vorzubereiten. Bundeskanzlerin Merkel machte auf diesem Treffen deutlich, dass Deutschland und Frankreich auf dem kommenden Weltfinanzgipfel eine „vollkommen identische Position“ vertreten werden und auch Staatspräsident Sarkozy unterstrich, dass „Deutschland und Frankreich (...) die gleichen Vorschläge einbringen [werden]. Wir werden dort die gleichen Überzeugungen vertreten, und wir werden die gleichen Forderungen nach einem Ergebnis stellen.“⁴²⁰ Die Ziele, die sich Berlin und Paris gesetzt hatten, sind in der deutsch-französischen Erklärung verfasst. Dort heißt es, dass

„alle Hedgefonds und anderen privaten Kapitalpools, die ein systemisches Risiko darstellen können, einer angemessenen Regulierung und Aufsicht unterworfen werden sollten. Sie [Deutschland und Frankreich, Anmerkung des Verfassers] werden auf einen wirksamen Sanktionsmechanismus hinarbeiten, um ihre Länder vor den Risiken zu schützen, die von nicht kooperativen Staaten und Gebieten ausgehen, welche jetzt genannt werden sollten.“⁴²¹

Deutschland und Frankreich waren gewillt, wieder die Rolle des Motors der Integration auszuüben. In einem gemeinsamen Brief an den tschechischen EU-Ratsvorsitzenden Topolánek und an Kommissionspräsidenten Barroso wiederholten beide Länder ebenjene Ziele und forderten die EU auf, konkrete Ergebnisse auf dem Londoner Gipfel zu erzielen, um die internationale Finanzmarktregulierung zu stärken. Von oberster Priorität sei es, eine neue globale Finanzarchitektur aufzubauen. Dafür müsse die EU eine gemeinsame Position durchsetzen und die Meinungsführerschaft in dieser Frage einnehmen, so Merkel und Sarkozy.⁴²² Diese enge deutsch-französische Abstimmung prägte sodann die Ergebnisse des EU-Frühjahrgipfels vom 19./20.3.2009. Vor allem in dem vereinbarten Text für das Gipfeltreffen der G20 in London, der der Schlussfolgerung des Vorsitzes als Anlage 1 beiliegt, finden sich die von Deutschland und Frankreich vertretenden Positionen zur „Stärkung unserer Fähigkeiten zur Krisenbewältigung und –verhütung auf globaler Ebene“ sowie zur „Besseren Regulierung der Finanzmärkte“ wieder, wie etwa die Verbesserung der Aufsichtsinstrumente des Internationalen

⁴¹⁹ Vgl. Müller-Brandeck-Bocquet 2010a: 334.

⁴²⁰ Zitiert in: Auswärtiges Amt und Ministère des Affaires étrangères 2009b.

⁴²¹ Auswärtiges Amt und Ministère des Affaires étrangères 2009a.

⁴²² Presse- und Informationsamt der Bundesregierung 2009a.

Währungsfonds (IWF) zur Stärkung der Krisenprävention (vii) oder die Kontrolle aller Finanzmärkte, Finanzprodukte und Finanzmarktteilnehmer, die ein systemisches Risiko darstellen (xii).⁴²³ Die Divergenzen bezüglich eines großen EU-Konjunkturprogramms, die bereits auf dem EU-Sondergipfel auftraten, konnten hingegen nur durch eine „beachtliche Begriffsakrobatik“⁴²⁴ überbrückt werden. In der Schlussfolgerung des Vorsitzes ist die Rede von „beträchtlichen fiskalischen Anreizen, die nun für die Wirtschaft in der EU geschaffen werden (über 400 Mrd. EUR).“⁴²⁵

Unmittelbar vor dem G20-Gipfel in London präsentierte sich die EU somit geschlossen und Willens, den Ausweg aus der Krise anzutreten. Damit „einer der entscheidenden Gipfel für die Zukunft der Welt“⁴²⁶ nicht nur von Absichtserklärungen geprägt sein würde, erhöhten Bundeskanzlerin Merkel und Staatspräsident Sarkozy am Vorabend des Treffens den Druck: „Deutschland und auch Frankreich werden darauf bestehen, dass die Absichten nicht Erklärungen bleiben, sondern Realität werden.“⁴²⁷ Nicolas Sarkozy drohte sogar im Vorfeld mit einer Politik des leeren Stuhls, sollte der Gipfel seine Erwartungen nicht erfüllen.⁴²⁸ In deutlicher Form forderten die beiden Staats- und Regierungschefs eine mögliche harte und detaillierte Regulierung der Finanzmärkte, dazu gehörte auch das Vorgehen gegen Steueroasen. Die G20 sollten daher die OECD auffordern, eine schwarze Liste der Staaten zu veröffentlichen, die sich nicht der Kontrolle unterziehen wollen.

Obwohl die Staats- und Regierungschefs des G20-Gipfels mit großen Meinungsverschiedenheiten in die Beratungen am 1./2.4.2009 gestartet waren – Großbritannien und die USA hatten zunächst Vorbehalte gegen eine starke Ausrichtung auf die Finanzmarktreform gehegt – sollte sich das Gipfeltreffen als erster Meilenstein auf dem Weg zu einer neuen Architektur der Finanzmärkte erweisen. Durch den wiedergefundenen deutsch-französischen Gleichklang und die Einigkeit Europas konnten die Europäer die geplanten Regulierungsvorhaben auf der Arbeitsagenda der G20 platzieren und auch weitestgehend durchsetzen. Die Abschlusserklärung „The Global Plan for Recovery and Reform“ beinhaltet unter anderem die stärkere Kontrolle der

⁴²³ Vgl. Europäischer Rat 2009b.

⁴²⁴ Müller-Brandeck-Bocquet 2010b: 335.

⁴²⁵ Europäischer Rat 2009b. Der ER zählt damit jedoch alle einzelstaatlichen Konjunkturprogramme zusammen; die Strategie Europas für den Aufschwung ist immerhin ein „konzertiertes Vorgehen und Koordinierung“, wie es heißt. Als europäisches Konjunkturpaket wurden lediglich 30 Mrd. € zur Verfügung gestellt, die, wie von Deutschland gefordert, vorrangig beim Ausbau des europäischen Energienetzes, des Breitbandinternets und beim Gesundheitscheck der GAP eingesetzt werden sollen.

⁴²⁶ Merkel zitiert in: Presse- und Informationsamt der Bundesregierung 2009b.

⁴²⁷ Presse- und Informationsamt der Bundesregierung 2009b.

⁴²⁸ Vgl. Ehrlich und Proissl 2009.

Finanzmärkte und Rating-Agenturen, eine Stärkung der internationalen Währungsinstitutionen, ein härteres Vorgehen gegen Steuerparadiese durch die Veröffentlichung von sogenannten „schwarzen Listen“, eine Aufstockung der Mittel der Weltbank um 100 Mrd. US-\$ und des IWF um 500 Mrd. US-\$ zur Unterstützung der Wirtschaft in den Schwellen- und Entwicklungsländern sowie den Kampf gegen Protektionismus. Die Bonuszahlungen für Manager wurden indes nicht reglementiert. Der Gipfel rief die Unternehmen lediglich auf, die Bezahlung der Manager am langfristigen Erfolg zu orientieren.⁴²⁹ Darüber hinaus konnten Deutschland und Frankreich erfolgreich die Forderungen der Briten, Amerikaner und Japaner nach weiteren Konjunkturlösungen abwehren.⁴³⁰ Angeblich hatte US-Präsident Obama seine Forderungen nach größeren Investitionen zur Stützung von Wachstum und Beschäftigung angesichts des drohenden deutsch-französischen Widerstands fallengelassen.⁴³¹

Die Beschlüsse des G20-Gipfels wurden international als Erfolg gewertet. Der Chef der Eurogruppe Juncker sprach von historischen, ehrgeizigen und weitreichenden Entscheidungen, die dabei helfen würden, das Vertrauen in den Finanzsektor wieder herzustellen.⁴³² Bundeskanzlerin Merkel sah in dem Ergebnis einen „historischen Kompromiss in einer einzigartigen Krise.“⁴³³ Dieser erreichte Kompromiss trug letztendlich eine erkennbare deutsch-französische Handschrift, die Bundesfinanzminister Steinbrück ohne Umschweife herausstellte: „Ohne den Druck Deutschlands und Frankreichs wäre es zu so weit reichenden Beschlüssen nie gekommen.“⁴³⁴ Dieser deutsch-französische Schulterschluss wurde auch auf dem G20-Nachfolgetreffen in Pittsburgh (USA) am 24./25.9.2009 deutlich, bei dem Merkel und Sarkozy gemeinsame Vorschläge gegen die exorbitanten Bonuszahlungen erarbeiteten. Dieser Gipfel brachte schließlich die von Deutschland und Frankreich geforderten klareren Regeln für Managergehälter und Bonuszahlungen hervor, sowie eine höhere Kapitalausstattung von Banken und eine schärfere Überwachung von Hedgefonds und Derivaten. Darüber hinaus stellte dieser G20-Gipfel zugleich die Genese einer Art internationalen Wirtschaftsregierung der 20 wichtigsten Industrie- und Schwellenländer dar.⁴³⁵ Die von Bundeskanzlerin Merkel zu Beginn des Jahres 2008 geäußerte und von Sarkozy

⁴²⁹ Vgl. G-20 2009.

⁴³⁰ Oldag 2009.

⁴³¹ Vgl. Müller-Branddeck-Bocquet 2010a: 336.

⁴³² Süddeutsche Zeitung 2009.

⁴³³ Zitiert nach: Koydl und Hulverscheidt 2009.

⁴³⁴ Zitiert nach: Koydl und Hulverscheidt 2009.

⁴³⁵ Vgl. Bohnekamp 2009b: 57.

befürwortete Idee einer Art wirtschaftlichen Sicherheitsrats zur Regulierung der Finanzmärkte scheint in Ansätzen Wirklichkeit geworden zu sein.

6.1.3 „Reaktivierung des deutsch-französischen Motors der Integration“⁴³⁶

Welches Bild ergibt sich nun also von den deutsch-französischen Beziehungen nach dem angeblich größten Unverständnis zwischen Deutschland und Frankreich seit zwei Jahrzehnten? Es wurde deutlich, dass beide Länder nach den Differenzen um die Vorgehensweise in der Finanz- und Wirtschaftskrise wieder zu übereinstimmenden Positionen zurückkehrten. Die bilateralen Treffen und Abstimmungen im Vorfeld der EU- und G20-Gipfel haben gezeigt, dass das deutsch-französische Tandem nach wie vor ein Schlüsselfaktor für künftige Integrationsschritte darstellt, auch aufgrund der fehlenden Alternativen zu diesem Tandem. Die Reaktivierung des deutsch-französischen Motors hat zudem zur „Wiedererlangung der Handlungsfähigkeit der EU beigetragen.“⁴³⁷ Andererseits zeichnete sich die Funktionalität des deutsch-französischen Paares in den letzten Jahren überwiegend durch ein Reagieren anstelle eines Agierens aus. Für die EU-27 hat dieses Reagieren nicht einen minderen Stellenwert, insbesondere in der erweiterten Union ist der Bedarf nach einem *leadership* gewachsen. Für die kommenden Jahre wird sich jedoch zeigen müssen, ob Berlin und Paris ihrer Bedeutung als „Motor der Integration“ auch in Form eines Agierens gerecht werden und die EU substanziell weiterbringen. Die im Verlauf des Jahres 2010 einsetzende Eurokrise sollte hierauf eine Antwort geben.

6.2. Regierungswechsel in Deutschland und Erneuerung der bilateralen Partnerschaft

Die Wahl zum 17. Deutschen Bundestag am 27.9.2009 brachte eine schwarz-gelbe Mehrheit hervor. Die Unionsparteien CDU/CSU sicherten sich 33,8% der Stimmen, die FDP überraschte mit einem für die Liberalen historischen Ergebnis von 14,6% der Stimmen.⁴³⁸ Der Koalitionsvertrag „Wachstum. Bildung. Zusammenhalt.“ wurde am 26.10.2009 unterzeichnet und stand durch die explizite Nennung der deutsch-französischen Freundschaft in der Tradition seiner Vorgänger: „Das deutsch-französische Verhältnis ist in seiner Breite und Tiefe einzigartig und fördert maßgeblich die europäische Einigung.“⁴³⁹ Ebenfalls in bewährter Tradition galt der erste Auslandsbesuch der Kanzlerin dem französischen Staatspräsidenten. Ein weiteres deutliches Zeichen der

⁴³⁶ Müller-Brandeck-Bocquet 2011: 622.

⁴³⁷ Ebd. 622.

⁴³⁸ Für eine Wahlanalyse der Bundestagswahl 2009 siehe: Jung et al. 2009: 12 ff.

⁴³⁹ Bundesregierung 2009.

deutsch-französischen Sonderbeziehung und deren Erneuerung war die Ausarbeitung der „deutsch-französischen Agenda 2020“. Am 4.2.2010 wurden während des deutsch-französischen Ministerrats 80 bilaterale Projekte vorgestellt, mit denen die beiden Partner den neuen Herausforderungen wie dem Klimawandel oder der Wirtschafts- und Finanzkrise begegnen wollten.⁴⁴⁰ Gemeinsam sei man fest entschlossen, „Deutschland und Frankreich in den Dienst Europas und einer neuen Regulierung der Welt zu stellen.“⁴⁴¹ Dazu wollte die deutsche und französische Regierung eine Vorreiterrolle in der Welt- und Europapolitik einnehmen und ihre Finanz- und Wirtschaftspolitik stärker abstimmen. Besonders hervorzuheben ist indes das klassische französische Projekt einer Wirtschaftsregierung. Auf der dem Ministerrat folgenden Pressekonferenz von Angela Merkel und Nicolas Sarkozy betonte letzterer, dass man den kommenden Europäischen Gipfel vom 11.2.2010 gemeinsam vorbereiten wolle. Hierzu gehöre auch der Vorschlag einer Wirtschaftsregierung der EU-27. „Das ist ein Punkt, bei dem wir uns wirklich einig sind.“⁴⁴² Und in der Tat gab auch Angela Merkel ein „Lippenbekenntnis“⁴⁴³ zur europäischen Wirtschaftsregierung ab: „Deshalb ist es für mich auch wichtig, dass wir uns im Sinne einer wirklichen Wirtschaftsregierung als Rat aller 27 europäischen Mitgliedstaaten verstehen.“⁴⁴⁴

Zu Beginn der einsetzenden Griechenlandkrise demonstrierten Deutschland und Frankreich Geschlossenheit. Die Unterstützung Merkels für den französischen Wunsch nach einer Wirtschaftsregierung kommt aber mehr als überraschend, ja geradezu wie ein Tabubruch daher, lehnte sie dieses Projekt doch stets mit Verweis auf die Unabhängigkeit der EZB ab. Kommt es also nach Jahren der französischen Forderungen nach der „gouvernement économique“ doch noch zum Einlenken Deutschlands? Oder verhindern die unterschiedlichen wirtschafts- und finanzpolitischen Standpunkte Deutschlands und Frankreichs ein koordiniertes und angemessenes Krisenmanagement?

6.3. Die Eurokrise 2010

Kaum schien die von den USA ausgehende internationale Finanzkrise der Jahre 2008/2009 allmählich überwunden, schockte die griechische Regierung die Länder der

⁴⁴⁰ Die „deutsch-französische Agenda 2020“ umfasst sechs große Themenfelder: 1. Wirtschaft, Finanzen und Beschäftigung; 2. Energie, Klima und Biologische Vielfalt; 3. Wachstum, Innovation, Forschung, Bildung und Hochschulwesen; 4. Außen-, Verteidigungs- und Sicherheitspolitik; 5. Engere Kontakte zwischen den Bürgerinnen und Bürgern beider Länder; 6. Institutioneller Rahmen. Die Agenda ist abrufbar unter: Presse- und Informationsamt der Bundesregierung 2010a.

⁴⁴¹ Sarkozy zitiert in: Presse- und Informationsamt der Bundesregierung 2010c.

⁴⁴² Sarkozy zitiert in: Presse- und Informationsamt der Bundesregierung 2010c.

⁴⁴³ Müller-Brandeck-Bocquet 2011: 623.

⁴⁴⁴ Merkel zitiert in: Presse- und Informationsamt der Bundesregierung 2010c.

Eurozone mit einer immensen Neuverschuldung für das Jahr 2009. Das griechische Staatsdefizit betrug 12,7% und war damit mehr als viermal so hoch wie die in den Konvergenzkriterien festgelegten 3% des BIP.⁴⁴⁵ Eine unverantwortliche Haushaltspolitik und die daraus resultierenden Schulden hatten Griechenland an den Rand des Ruins geführt. Die griechische Misere warf für die EU die Frage auf, in welcher Form hochverschuldeten Staaten der Eurogruppe Kredithilfe gewährt werden kann. Zugleich stellte die griechische Finanznot die europäische Solidarität auf eine harte Probe. Nationale Interessen traten vermehrt in den Vordergrund und brachten auch den deutsch-französischen Motor der Integration ins Stottern.

Darüber hinaus offenbarte die griechische Krise einen Konstruktionsfehler der Eurozone: die Stabilitätskriterien, die bereits in der Vergangenheit von mehreren Euro-Mitgliedern missachtet wurden, reichen nicht aus, um die gemeinsame Währung auf Dauer zu sichern. Die EU musste sich entscheiden, ob sie auch in der Wirtschafts- und Finanzpolitik den nächsten Schritt im europäischen Einigungswerk begehen will.

Nachdem in Kapitel 6.3.1 die Griechenlandkrise und das Krisenmanagement der EU unter besonderer Berücksichtigung des deutsch-französischen Verhaltens skizziert werden, erfolgt in Kapitel 6.3.2 die Darstellung des EU-Rettungsschirms. In Kapitel 6.3.3 wird ein Ausblick auf die gezogenen Lehren dieser Krise gegeben, die vor allem in einer koordinierten makroökonomischen Politik bestehen.

6.3.1. Die Griechenlandkrise

6.3.1.1 Die drohende Staatspleite

Griechenland galt nicht erst seit dem Bekanntwerden des immensen Schuldenberges Ende des Jahres 2009 als europäisches Sorgenkind. Bereits 2004 wurde bekannt, dass sich Griechenland den Eintritt in die dritte Stufe der WWU durch eine „kreative Buchhaltung“⁴⁴⁶ erschwindelt hatte und eine größere Neuverschuldung aufwies als angenommen. Der Rat für Wirtschaft und Finanzen (Ecofin) leitete daraufhin ein erstes Defizitverfahren gegen Griechenland ein, dass jedoch 2007 aufgrund des korrigierten Defizits wieder eingestellt wurde. Ein Schwindel, wie sich im Nachhinein herausstellte. Im April 2009 korrigierte Athen seine Neuverschuldung von 3,7% auf über 12,7%. Ein erneutes Verfahren gegen Griechenland wurde eröffnet, welches zugleich mit Korrektorempfehlungen verbunden war. Als der Ecofin am 2.12.2009 die griechischen Gegenmaßnahmen als unzureichend beurteilte, verschärfte dieser am 16.2.2010 das

⁴⁴⁵ Vgl. Schwarzer 2010: 1. Für die Konvergenzkriterien siehe: Europa Glossar (c).

⁴⁴⁶ Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg 2011.

Defizitverfahren gegen das Euro-Mitglied: Griechenland war fortan das erste Mitglied, dessen Haushalspolitik unter EU-Kontrolle gestellt wurde.⁴⁴⁷ Die Konsolidierung beinhaltete auch die Auseinandersetzung mit der griechischen Schuldenlast. Mit 300 Mrd. € bzw. 126,8% des BIP war die Schuldenlast mehr als doppelt so hoch wie die im Maastricht-Vertrag festgeschriebene Höchstgrenze von 60%.⁴⁴⁸ Nach dem Bekanntwerden der hohen Staatsverschuldung stuft die Rating-Agentur Fitch die Bonität Griechenlands herab, andere Agenturen sollten folgen.⁴⁴⁹ Das Vertrauen in die griechischen Staatsanleihen sank, „über neun Prozent Rendite musste Griechenland Anlegern bieten, damit Athen seine Staatsanleihen loswurde.“⁴⁵⁰ Eine finanzielle Unterstützung durch andere Euro-Staaten galt zunächst als ausgeschlossen. Die „No-Bail-Out-Klausel“ in Art. 125 AEUV stellte sicher, dass ein Euro-Teilnehmerland nicht für die Schulden und Verbindlichkeiten eines anderen Teilnehmerlandes haften muss. Nichtsdestotrotz erforderte die Rettung Griechenlands und mit ihr die Rettung der europäischen Einheitswährung ein konzertiertes Vorgehen der europäischen Partner, bei dem die Blicke insbesondere auf Deutschland und Frankreich als größte Volkswirtschaften der EU gerichtet waren.

6.3.1.2 Solidarisierung mit Griechenland

Auf dem EU-Sondergipfel am 11.2.2010 lehnten die Staats- und Regierungschefs konkrete Finanzhilfen für Griechenland zunächst ab. Stattdessen wurde jedoch die Bereitschaft erkennbar, bei der Refinanzierung der griechischen Staatsschulden unter strikten Auflagen zu helfen. Damit sind die Staats- und Regierungschefs keine juristische Verpflichtung eingegangen, sie haben jedoch ein „wichtiges politisches Signal“⁴⁵¹ gesendet, was sich postwendend in einer Senkung der Risikoaufschläge auf griechische Staatsanleihen niederschlug. Einen Tag zuvor hatte der griechische Premierminister Papandreou erklärt, er werde alle notwendigen Maßnahmen ergreifen, um das Defizit seines Landes um 4% im Jahr 2010 auf dann 8,7% des BIP zu senken.

Dem Sondergipfel gingen mehrere Tage intensiver deutsch-französischer Konsultationen voraus. Aus französischen Diplomatengruppen wurde verkündet, dass Deutschland und Frankreich eine Reihe von konkreten Vorschlägen ausarbeiten werden, um Griechenland zu helfen. Wenn es bilaterale Hilfen geben sollte, so wären Paris und Berlin mit die

⁴⁴⁷ Vgl. Schwarzer 2010: 2.

⁴⁴⁸ Vgl. Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg 2011.

⁴⁴⁹ Vgl. Spiegel online 2009.

⁴⁵⁰ Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg 2011.

⁴⁵¹ Schwarzer 2010: 1.

ersten, die ihre Hilfe anbieten würden.⁴⁵² Der wiederholten Frage, wie eine mögliche finanzielle Unterstützung aussehen könne, wichen Merkel und Sarkozy auf der anschließenden deutsch-französischen Pressekonferenz hingegen aus und verwiesen stets auf die politische Entscheidung und das klare Signal, Griechenland helfen zu wollen. „La Grèce fait partie de la zone euro, la Grèce fait partie de l'Europe, nous soutenons la Grèce,“⁴⁵³ so Sarkozy. Sowohl an einer möglichen griechischen Hilfe als auch an der deutsch-französischen Einigkeit sollte kein Zweifel aufkommen. „Naturellement, l'Allemagne et la France sont main dans main face à cette situation.“⁴⁵⁴ Im Gegensatz zur Bankenkrise der Jahre 2008/2009 schienen Deutschland und Frankreich nun gewillt, von Beginn an gemeinsam einen Ausweg aus der Krise aufzuzeigen. Hierzu wiederholte Merkel noch einmal ihre Unterstützung für die von Frankreich geforderte Wirtschaftsregierung:

„Die Europäische Union muss besser zusammenarbeiten. In der Zeit nach der Krise müssen wir daraus die Lehren ziehen. Das bedeutet, dass wir uns als Staats- und Regierungschefs als eine Wirtschaftsregierung der 27 Staaten verstehen. Das heißt, dass wir uns besser koordinieren und nach außen besser auftreten.“⁴⁵⁵

Ist die griechische Krise also das trojanische Pferd, das Europa zu einer tieferen politischen Integration führt? In dem hellenistischen Dilemma konnte Merkel zwischen zwei Übeln wählen: Verweigern die Eurostaaten die Hilfe, so sind die Folgen nicht absehbar und führen mitunter zu einem Flächenbrand in der Eurozone. Stehen sie den Griechen bei, so verletzen sie den Geist der europäischen Verträge.⁴⁵⁶ Merkels Entscheidung für das kleinere der beiden Übel, eine politische und ökonomische Solidarisierung mit Griechenland, sollte sich jedoch erst nach langem Zögern ergeben und Merkel aufgrund ihrer an nationalen Interessen orientierten harten Politik in der Zwischenzeit den Ruf einer eisernen Lady à la Margaret Thatcher bescheren.⁴⁵⁷

6.3.1.3 Deutsche Solidität vs. Französische Solidarität

Nachdem Merkel sich am 28.2.2010 mit dem griechischen Premierminister Papandreou getroffen hatte, versicherte sie, dass noch keine Entscheidung für eine etwaige Hilfe getroffen sei. Griechenland müsse zunächst seine Hausaufgaben machen, so Merkel. Solange man nicht sicher sei, dass Griechenland alles in Bewegung setze, um das

⁴⁵² Barluet 2010.

⁴⁵³ Zitiert in: Présidence de la République 2010.

⁴⁵⁴ Zitiert in: Présidence de la République 2010.

⁴⁵⁵ Presse- und Informationsamt der Bundesregierung 2010e.

⁴⁵⁶ Vgl. Schieritz 2010.

⁴⁵⁷ Vgl. Pinzler 2010: 58 f.

Staatsdefizit um 4% des BIP zu senken, werden die Euro-Staaten nichts unternehmen. Zudem habe Griechenland (noch) nicht um finanziellen Beistand gebeten. Der luxemburgische Premierminister und Vorsitzende der Euro-Gruppe Juncker folgte dieser Linie: „La Grèce doit comprendre que les contribuables allemands, belges, ou luxembourgeois ne sont pas prêts à faire les frais des mauvaises politiques budgétaires grecques.“⁴⁵⁸ Dadurch wurde noch einmal der Druck auf Griechenland zu dem Zeitpunkt erhöht, an dem die griechische Regierung die Vorbereitungen zur Staatssanierung traf.⁴⁵⁹ Nichtsdestotrotz setzten sich das deutsche und französische Finanzministerium bereits mit der Möglichkeit einer bilateralen Hilfe der Eurozonen-Mitglieder auseinander. Dafür, so die Überlegungen, könnten die deutsche Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) und das französische Pendant, die Caisse des dépôts française, in Anspruch genommen werden, um bilaterale Kredite zu gewähren.⁴⁶⁰ Zudem wurde über eine gemeinsame Initiative zur Bekämpfung der Spekulationsgeschäfte gegen Banken und Unternehmen beraten, mit dem Ziel, die ungedeckten Leerverkäufe von Aktien zu untersagen und den Handel mit Kreditausfallversicherungen (CDS) einzugrenzen.⁴⁶¹ Nicht einig war man sich hingegen bei der Idee eines Europäischen Währungsfonds (EWF), der als regionales Pendant zum IWF angelegt werden sollte. Die Fronten verliefen dabei quer durch die deutsche und französische Regierungsebene. Während Staatspräsident Sarkozy und der deutsche Finanzminister Schäuble die Gründung eines solchen Fonds befürworteten und den Einstieg des IWF ablehnten, sprachen sich Bundeskanzlerin Merkel und die französische Finanzministerin Lagarde gegen diese Initiative aus und plädierten für die Inanspruchnahme des IWF, der zur Bewältigung von Haushaltskrisen geschaffen wurde und über die entsprechenden Hilfsmittel verfügt.⁴⁶²

Zu Beginn des Monats März sah es nicht danach aus, als ob die beiden Rheinnachbarn geschweige denn die EU zu einer gemeinsamem Position finden sollten. Der Ton zwischen den EU-Mitgliedstaaten wurde rauer. Zunächst kritisierte Finanzministerin Lagarde mit Blick auf die europäische Konvergenz das deutsche Exportmodell: „Je ne suis pas sûre que ce soit un modèle viable à long terme et pour l’ensemble du groupe. Il

⁴⁵⁸ Zitiert nach: Calla et al. 2010.

⁴⁵⁹ Geplant war ein Anstieg der Mehrwertsteuer, eine Erhöhung der Steuern auf Luxusgüter und Energie sowie erhebliche Einsparungen im öffentlichen Sektor.

⁴⁶⁰ Vgl. Calla et al. 2010.

⁴⁶¹ Bei ungedeckten Leerverkäufen veräußern Banken oder Investmentfonds Aktien, die sie gar nicht besitzen, mit dem Ziel, den Börsenkurs zu drücken und die Papiere zu einem späteren Zeitpunkt dann günstig einzukaufen. Mit einem CDS können sich Käufer einer Staats- oder Firmenanleihe gegen einen Bankrott des Gläubigers versichern. Die Papiere wurden im Verlaufe der Griechenlandkrise jedoch immer häufiger eingesetzt, um losgelöst von ihrem eigentlichen Zweck auf die Pleite des Staates zu wetten.

⁴⁶² Vgl. Hulverscheidt 2010.

est clair que nous avons besoin d'une meilleure convergence."⁴⁶³ Durch die anhaltende Lohnstagnierung opfere Deutschland die Binnennachfrage zugunsten eines Handelsbilanzüberschusses. Nachdem aus der Griechenlandkrise eine Kritik am deutschen Wirtschaftsmodell erwuchs, ließ Merkel vor dem Bundestag ihrem Unmut freien Lauf. In Zukunft müssten reformunwillige Krisenstaaten, die wiederholt gegen Auflagen verstoßen, aus der Euro-Zone ausgeschlossen werden, so die Forderung der Bundeskanzlerin. Diese Überlegungen sorgten sowohl bei den europäischen Nachbarn als auch bei den europäischen Institutionen für Empörung. Der Präsident der EZB, Jean-Claude Trichet, der Merkels Anliegen als absurd abkanzelte, und Luxemburgs Premierminister Juncker richteten sich entschieden gegen die deutsche Forderung.⁴⁶⁴

Bei der Frage, wie Griechenland letztendlich geholfen werden sollte, divergierten die deutschen und französischen Vorstellungen. Während Nicolas Sarkozy dezidiert für eine europäische Lösung eintrat, lehnte Merkel jegliche Vorschläge einer europäischen Griechenlandhilfe ab und präferierte den Eintritt des IWF. Zwar mag diese Position aus währungs-, wirtschafts- und vertragstechnischen Aspekten angemessen gewesen sein, dem Image Deutschlands als pro-integrative europäische Kraft hatte diese Interessenvertretung jedoch massiv geschadet, zumal offensichtlich war, dass der merkelsche Widerstand auch innenpolitischem Kalkül geschuldet war.⁴⁶⁵ Ein möglicher Kompromiss war vor dem ER am 25./26.3.2010 nicht ersichtlich. Aufgrund dessen gab der griechische Premierminister Papandreou bekannt, sich spätestens am 2.4.2010 an den IWF zu wenden, falls der ER keine Lösung finden sollte.⁴⁶⁶

„Der Euro ist ein von Frankreich und Deutschland gemeinsam gezeugtes Kind,⁴⁶⁷ so Helmut Schmidt. Im Verlauf der Griechenlandkrise wurde jedoch deutlich, dass Berlin und Paris unterschiedlicher Meinung waren, wie dieses Kind zu retten sei. In der deutschen als auch in der französischen Regierung sollte aber einmal mehr der Verstand über etwaige Verstimmungen siegen.

6.3.1.4 Athen bekommt Hilfe, dank eines deutsch-französischen Kompromisses

Die Griechenlandkrise hatte die deutsch-französischen Beziehungen erneut einer schweren Belastungsprobe ausgesetzt. Während Frankreich und das Gros der EU-Partner

⁴⁶³ Zitiert nach: Gallen und Saint-Paul 2010.

⁴⁶⁴ Vgl. Saint-Paul 2010 sowie Spiegel online 2010.

⁴⁶⁵ Vgl. Müller-Brandeck-Bocquet 2011: 624. Vor der Landtagswahl in Nordrhein-Westfalen am 9.5.2010 verfiel Merkel gewissermaßen in einen Attentismus, den sie jedoch aufgrund der Beschleunigung der Ereignisse alsbald wieder aufgeben musste.

⁴⁶⁶ Vgl. Jules 2010.

⁴⁶⁷ Schmidt 2010.

Deutschland aufforderte, sich zu einer Griechenland-Hilfe zu bekennen, setzte Merkel sich weiterhin für die Einschaltung des IWF ein. Wie bereits ihr Vorgänger Gerhard Schröder brach Merkel mit einer Konstante der deutschen Europapolitik: Hatte die Bundesrepublik über viele Jahrzehnte versucht, einen deutschen Alleingang auf Kosten der Partner zu vermeiden und ein Mehr an Integration stets im Interesse Deutschlands gesehen, so führte Merkel die von Schröder eingeführte selbstbewusste Linie weiter fort und trug ihre Meinungsverschiedenheiten mit den anderen EU-Staats- und Regierungschefs offen aus. Der ehemalige deutsche Außenminister Joschka Fischer kritisierte diesen deutschen Politikstil, indem er unter dem Titel „Frau Germania?“ über den deutschen Egoismus klagte und der deutschen Regierung vorwarf, für kurzfristige Wahlsiege eine europäische Verstimmung in Kauf zu nehmen.⁴⁶⁸

Trotz dieser auch in der Öffentlichkeit ausgetragenen Dispute arbeiteten Deutschland und Frankreich im Vorfeld des EU-Gipfels wieder intensiv an einem gemeinsamen Vorschlag für mögliche Griechenland-Hilfen. Bundeskanzlerin Merkel und Staatspräsident Sarkozy waren entschlossen, zur deutsch-französischen Eintracht zurückzukehren und der EU eine gemeinsame Handlungsoption aufzuzeigen. Dass sich die Europäer auf dem EU-Gipfel am 25.3.2010 auf einen Notfallplan für das angeschlagene Euro-Mitglied Griechenland verständigen konnten, war letztendlich einem deutsch-französischen Kompromiss zu verdanken. Paris gab im Vorfeld des Gipfels bekannt, mit der Einschaltung des IWF einverstanden zu sein, womit Sarkozy den Forderungen Merkels nachgab. Angesichts des französischen Entgegenkommens änderte auch EU-Kommissionspräsident Barroso seinen Kurs. Nachdem dieser sich bis dato nur für eine rein europäische Lösung ausgesprochen hatte und sich als Wortführer der ebenfalls unter Finanzproblemen leidenden Euro-Mitglieder Spanien, Italien und Portugal etablierte, stand er einem Eingreifen des IWF nun nicht mehr ablehnend gegenüber. Die Hilfe des IWF sollte zudem von freiwilligen, bilateralen Hilfen flankiert werden.⁴⁶⁹ Diese Maßnahmen sollten dafür Sorge tragen, dass Griechenland das Vertrauen auf den Märkten zurückgewinnt. In der „Erklärung der Staats- und Regierungschefs der Mitgliedsstaaten des Euro-Währungsgebietes“ vom 25.3.2010 heißt es:

„Die Mitgliedstaaten des Euro-Währungsgebiets sind bereit, im Rahmen eines Pakets, das eine erhebliche Finanzierung durch den Internationalen Währungsfonds und einen Mehrheitsanteil aus europäischen Finanzmitteln umfasst, zu koordinierten bilateralen

⁴⁶⁸ Vgl. Pinzler 2010: 59.

⁴⁶⁹ Vgl. Gammelmin und Winter 2010.

*Darlehen beizutragen. Dieser Mechanismus, der die Finanzierung durch den Internationalen Währungsfonds ergänzt, ist als Ultima Ratio zu betrachten (...)*⁴⁷⁰

Die bilateralen Notkredite sollten zu marktüblichen Zinsen ausgegeben werden, damit Griechenland nicht aus seiner Pflicht entlassen wird.⁴⁷¹ Auch diese Maßnahme machte Deutschland zur Bedingung seiner Unterstützung des Notfallpakets, da man die vertraglichen Abmachungen in Form der No-Bail-Out-Regel nicht brechen wollte.⁴⁷²

Deutschland und Frankreich haben lange gebraucht, um in der Griechenlandkrise eine gemeinsame Linie zu finden. Der gesamteuropäische Kompromiss, der letzten Endes aus dem bilateralen Mittelweg entstanden ist, hat das dringlichste Ziel erreicht: der Schuldenkrise Herr zu werden ohne Griechenland Subventionen zu gewähren. Ferner muss konstatiert werden, dass Bundeskanzlerin Merkel einen persönlichen Sieg davon getragen hat, da sie ihre Position mit nur leichten Modifikationen durchsetzen konnte.

Dass aber nicht alles Gold ist was glänzt, wurde ebenfalls in der Erklärung der Staats- und Regierungschefs respektive in der jeweiligen Übersetzung deutlich. Die Griechenlandkrise hat der EU vor Augen geführt, dass die gemeinsame Währung auch eine abgestimmte Wirtschaftspolitik erfordert. Im letzten Abschnitt der Erklärung sprechen sich die Staats- und Regierungschefs daher für eine engere Koordinierung der Wirtschaftspolitiken in Europa aus. In der deutschen Fassung heißt es dazu:

*„Wir sind der Ansicht, dass der Europäische Rat die wirtschaftspolitische Steuerung der Europäischen Union verbessern muss, und schlagen vor, seine Rolle bei der wirtschaftspolitischen Koordinierung und der Festlegung der Wachstumsstrategie der Europäischen Union auszubauen.“*⁴⁷³

Während in der deutschen Fassung von einer „wirtschaftspolitischen Koordinierung“ die Rede ist, wird in der französischen Fassung der Begriff „gouvernement économique“⁴⁷⁴ verwendet. Der Verdacht liegt daher nahe, dass sich Deutschland und Frankreich trotz gefundenem Kompromiss entweder noch nicht über die weiteren politischen Maßnahmen in Bezug auf die Stärkung des Euro-Raums verständigt hatten, oder dass sie

⁴⁷⁰ Staats- und Regierungschefs der Mitgliedsstaaten des Euro-Währungsgebietes 2010: 1.

⁴⁷¹ Bis zu diesem Zeitpunkt hatte Athen keine finanzielle Unterstützung beantragt.

⁴⁷² Vgl. Gammelmin und Winter 2010. Die *Financial Times Deutschland* wies jedoch in ihrem Leitartikel am 26.3.2010 daraufhin, dass, egal ob die Euro-Gruppe Griechenland direkt hilft oder ob dies über koordinierte bilaterale Kredite stattfindet, allemal ein Verstoß gegen die No-Bail-Out Klausel vorliegt. Diese sei eindeutig und konkret formuliert. Das bisherige Regelwerk für die Währungsunion, der Stabilitätspakt, sei damit obsolet geworden. Vgl. *Financial Times Deutschland* 2010.

⁴⁷³ Staats- und Regierungschefs der Mitgliedsstaaten des Euro-Währungsgebietes 2010.

⁴⁷⁴ Chefs d'État et de Gouvernement de la zone euro 2010.

unterschiedliche Interpretationen vom Konzept der Wirtschaftsregierung besaßen.⁴⁷⁵ Für die Ausarbeitung einer zukunftsfähigen und krisenfesten Währungsunion wurde zunächst EU-Ratspräsident Van Rompuy beauftragt, eine Task Force zu gründen, die sich diesem Ziel widmen sollte.

Nachdem der ER vom 25.3.2010 noch keine Entscheidung zur Aktivierung und zum Umfang des Rettungsmechanismus getroffen hatte, vereinbarten die Finanzminister des Euroraums am 11.4.2010 ein bilaterales Kreditprogramm für drei Jahre mit einer finanziellen Unterstützung von 30 Mrd. € im ersten Jahr. Die Europäische Kommission, die EZB, der IWF und die griechischen Behörden begannen darüber hinaus über die Modalitäten eines Sanierungsprogramms zu beraten.⁴⁷⁶ Als Eurostat am 22.4.2010 aktualisierte Zahlen präsentierte, laut denen das griechische Defizit 2009 bei 13,6% des BIP und nicht bei 12,7% lag, wie von dem Land vorerst angegeben, kam es zu einem massiven Vertrauensverlust an den Finanzmärkten.⁴⁷⁷ Der griechische Premierminister Papandreou bat am Folgetag um Finanzhilfen der EU-Staaten und des IWF: „Es ist zwingend, dass wir um die Aktivierung des Rettungsmechanismus bitten.“⁴⁷⁸ Nachdem die Regierung in Athen ihre Verhandlungen über ein Sanierungsprogramm mit dem IWF, der EU-Kommission und der EZB am 1.5.2010 abgeschlossen und damit die wichtigste Bedingung für den Erhalt der Kredite erfüllt hatte,⁴⁷⁹ legten die Eurogruppe und der IWF am 2.5.2010 den erarbeiteten Notfallkredit vor: Griechenland sollten für die nächsten drei Jahre Kredite in Höhe von 110 Mrd. € gewährt werden, um das Land vor der Zahlungsunfähigkeit zu retten. Die Eurogruppe übernimmt dabei ein Kreditvolumen von 80 Mrd. €, weitere 30 Mrd. € stellt der IWF zur Verfügung.⁴⁸⁰ Darüber hinaus hatte Athen weitere Einsparungen in Höhe von 30 Mrd. € angekündigt. Die „Assemblée nationale“ stimmte der Griechenlandhilfe am 4.5.2010 zu. Frankreich wird sich mit einem Gesamtkredit in Höhe von 16,8 Mrd. € beteiligen.⁴⁸¹ Der Deutsche Bundestag votierte am 7.5.2010 für die Griechenlandhilfe und wird Kredite in Höhe von 22,4 Mrd. € bereitstellen.⁴⁸² Am selben Tag beschlossen die Staats- und Regierungschefs der Länder der Eurozone die massiven Unterstützungsmaßnahmen für Griechenland. Durch diesen finanziellen Schutzschirm war der griechische Staat vor dem Bankrott gerettet. Die

⁴⁷⁵ Siehe Kapitel 6.3.3.

⁴⁷⁶ Vgl. Euro-Gruppe 2010b.

⁴⁷⁷ Vgl. Eurostat 2010.

⁴⁷⁸ Zitiert nach: handelsblatt.com 2010.

⁴⁷⁹ Vgl. sueddeutsche.de 2010.

⁴⁸⁰ Vgl. Euro-Gruppe 2010a.

⁴⁸¹ france-info.com 2010.

⁴⁸² Vgl. Deutscher Bundestag 2010.

weltweiten Spekulationen gegen den Euro brachen indes nicht ab. Ein Rettungspaket für die gesamte Eurozone war dringend erforderlich.

6.3.2 Der EU-Rettungsschirm

In einem gemeinsamen Brief an Ratspräsident Van Rompuy und Kommissionspräsident Barroso demonstrierten Bundeskanzlerin Merkel und Staatspräsident Sarkozy unmittelbar vor dem Gipfeltreffen der Eurozone am 7.5.2010 ihre Entschlossenheit, den Euro unter allen Umständen verteidigen zu wollen:

„Damit die Wirtschafts- und Währungsunion eine Erfolgsgeschichte bleibt, wird es nicht ausreichen, lediglich diese Krise zu bewältigen. Wir müssen einen Schritt weitergehen und die Lehren ziehen, indem wir alle erforderlichen Maßnahmen ergreifen, damit sich eine solche Krise nicht wiederholt.“⁴⁸³

Der erste Schritt zur Krisenprävention erfolgte beim Treffen der Finanzminister der Euro-Zone in der Nacht vom 9. auf den 10.10.2010, indem die Gründung eines Rettungsfonds beschlossen wurde, der Notfallkredite für die Euro-Raum-Länder in Höhe von 750 Mrd. € vorsah.⁴⁸⁴ 440 Mrd. € werden dabei von den 16 Euroländern übernommen, weitere 60 Mrd. sollen durch von der Kommission aufgelegte Anleihen bereitgestellt werden. Die restlichen 250 Mrd. € stellt der IWF als Überbrückungskredite für Länder in Zahlungsschwierigkeiten zur Verfügung. Diese beispiellose Krisenabwehr sollte nach dem gerade erst abgewendeten Kollaps Griechenlands die Spekulationen auf eine Zahlungsunfähigkeit weiterer verschuldeter Euro-Staaten stoppen. Durch die gigantische finanzielle Ausstattung des Rettungsschirms setzte die EU dabei vor allem auf Abschreckung. Henrik Enderlein spricht in diesem Zusammenhang auch vom „größten *All-In* der Pokergeschichte“⁴⁸⁵. Aus ökonomischer Sicht war der Rettungsfonds das richtige Signal zum richtigen Zeitpunkt, denn nach der Verabschiedung des Paktes gingen die Zinsen auf Anleihen in den gefährdeten Euro-Ländern zurück und die Europäische Währung stabilisierte sich.⁴⁸⁶

Mit dem neu geschaffenen Krisenmechanismus wurde somit der erste Schritt zur Stabilisierung des Euro begangen. Damit die gemeinsame Währung aber auch in Zukunft weiterhin Bestand haben kann, muss es ebenfalls zu einer gemeinsamen

⁴⁸³ Presse- und Informationsamt der Bundesregierung 2010b.

⁴⁸⁴ Die Initiative für den Rettungsschirm ging vorrangig von Frankreich und Italien aus und wurde zudem vom Drängen der USA befördert, die eine Ausweitung der Eurokrise befürchteten. US-Präsident Obama und der US-Finanzminister Geithner sollen außerdem Merkel gedrängt haben, ihren wirtschaftlichen Egoismus zu unterlassen. Vgl. Müller-Brandeck-Bocquet 2011: 625.

⁴⁸⁵ Enderlein 2010: 11.

⁴⁸⁶ Vgl. ebd. 11.

Wirtschaftspolitik und einer Verschärfung des Stabilitäts- und Wachstumspaktes kommen. „Die weit verbreitete Idee, ein gemeinsamer Währungsraum könne ohne eine gemeinsame Wirtschaftspolitik existieren, hat sich als Trugschluss erwiesen.“⁴⁸⁷ Insbesondere Frankreich hat seit Jahren für die Idee einer europäischen Wirtschaftsregierung geworben. An diesem Abend schien Nicolas Sarkozy am Ziel der französischen Bestrebungen angelangt zu sein. Nach dem Gipfeltreffen verkündete der französische Staatschef: „Wir haben beschlossen, die Eurozone mit einer wahrhaften Wirtschaftsregierung auszustatten.“⁴⁸⁸ Sarkozy der „Krisengewinnler“⁴⁸⁹ schrieb die *Financial Times Deutschland*. Ein weiterer Erfolg des Präsidenten war die Form des Brüsseler Gipfels: Es versammelten sich lediglich die Staats- und Regierungschefs der Euro-Zone; ein Format, das die Deutschen nie wollten. Doch wie sollte die zukünftige europäische Wirtschaftspolitik aussehen? Kommt es zu einer Wirtschaftsregierung der 16 Euroländer, wie von Frankreich gefordert, oder zu einer verbesserten wirtschaftspolitischen Koordinierung aller EU-Mitgliedsstaaten, wie von den Deutschen vorgesehen? Mehr als zehn Jahre nach der Schaffung der Währungsunion war diese Frage noch nicht geregelt und förderte weiterhin deutsch-französische Dissonanzen.

6.3.3 „Gouvernement économique“ oder „gouvernance économique“? Deutsche und französische Vorstellungen von der makroökonomischen governance Europas im Ausblick

Die Vorwürfe von Frankreichs Finanzministerin Lagarde im März 2010 über den deutschen Wirtschaftsegoismus und die Reaktionen darauf in Berlin haben gezeigt, wie empfindlich beide Partner auf dem Gebiet der Wirtschaftspolitik agieren. Die Krise hat zudem wiederholt die Meinungsverschiedenheiten zwischen Deutschland und Frankreich offengelegt.

Nach den Vorstellungen Frankreichs sollte die EU mit weiteren Institutionen und Instrumenten ausgestattet werden, die es ihr ermöglichen, in einer Reihe von Feldern zu intervenieren, um als wirtschaftspolitischer Akteur zu handeln. Hier kommt das republikanische Politikmodell Frankreichs vom Primat der Politik gegenüber der Wirtschaft zum Ausdruck. Aus deutscher Sicht bildet die EU hingegen nur einen Ordnungsrahmen. Die EU als Akteur soll in diesem Zusammenhang lediglich regulativ wirken und den Ordnungsrahmen aufrechterhalten. Während Frankreich fortwährend nach einer aktiveren Wirtschaftspolitik strebte, lehnte Deutschland diese stets ab, da man

⁴⁸⁷ Enderlein 2010: 12.

⁴⁸⁸ Zitiert nach: Winter 2010.

⁴⁸⁹ Ehrlich 2010.

befürchtete, für die entstehenden Mehrkosten aufkommen zu müssen. Die deutsche Politik hat sich daher lange Zeit mit der unvollständigen europäischen Integration abgefunden. Die Krise der Währungsunion machte jedoch deutlich, dass der Stabilitäts- und Wachstumspakt nicht mehr ausreicht, da dieser die Krise nicht zu verhindern vermochte. Eine Überarbeitung des budgetpolitischen Regelwerks ist daher notwendig geworden. Zugleich stellt sich die Frage nach einer verstärkten makroökonomischen *governance* der Euro-Zone. Frankreich forderte diesbezüglich ein Gremium, in dem die makroökonomische Politik, außenwirtschaftliche Ungleichgewichte und der Euro-Kurs diskutiert werden können.⁴⁹⁰ Nach den Vorstellungen Sarkozys sollten die 16 Staaten der Eurogruppe dieses Gremium als „*gouvernement économique*“ bilden. Merkel lehnte diese Institutionalisierung wie in der Vergangenheit weiterhin ab und plädierte für eine „*gouvernance économique*“, d.h. eine engere wirtschaftliche Koordination aller 27 EU-Mitgliedsstaaten. Die EU dürfe nicht in Blöcke zerfallen, so die Warnung Merkels.⁴⁹¹ Zudem fürchtete Berlin Eingriffe in das deutsche Wirtschaftsmodell und um die Unabhängigkeit der EZB.

In der nach wie vor bestehenden Euro-Krise schienen die gegensätzlichen Positionen den deutsch-französischen Motor der Integration zu blockieren. Mehr als offensichtlich traten diese Unstimmigkeiten im Zusammenhang mit dem abgesagten bilateralen Gipfeltreffen vom 7.6.2010 zu Tage.⁴⁹² Doch unmittelbar vor dem Europäischen Rat vom 17.6.2010 legten Berlin und Paris ihren Streit über die Wirtschaftsregierung vorläufig bei und warteten mit gemeinsamen Initiativen und Kompromissen zur Finanzmarktregulierung, zur Verschärfung des Stabilitäts- und Wachstumspaktes und zur Europäischen Wirtschaftsregierung auf.⁴⁹³ Der Stabilitäts- und Wachstumspakt sollte durch Sanktionen in Form eines Stimmrechtsentzuges für notorische Sünder im Euroraum verstärkt werden. Dafür komme auch eine Änderung der Verträge in Betracht, da man „wirklich Verträge mit Zähnen“⁴⁹⁴ brauche, so Merkel. Bei der zukünftigen Wirtschaftsregierung einigten sich Merkel und Sarkozy darauf, alle 27 EU-Mitgliedsstaaten einzubeziehen und nur im Bedarfsfall Treffen im engen Kreis der 16 Euroländer abzuhalten. Damit sind sowohl Merkel als auch Sarkozy einen Schritt auf den Partner zugegangen.

⁴⁹⁰ Vgl. Kauffmann und Uterwedde 2010: 13 ff.

⁴⁹¹ Vgl. Gammelmin und Kläsgen 2010.

⁴⁹² In der deutschen und in der französischen Presse war die Schuldzuweisung unterschiedlich. Die *Süddeutsche Zeitung* vom 15.6.2010 berichtete schließlich, dass das französische Präsidialamt um eine Verlegung des Treffens gebeten habe. Die Erklärung des Elysées wenig später erweckte jedoch den Eindruck, Merkel habe Sarkozy eingeladen, worüber sich die französische Presse echauffierte. Das Präsidialamt unternahm hingegen nichts, um dieses Missverständnis aufzuklären.

⁴⁹³ Vgl. Müller-Brandeck-Bocquet 2011: 626.

⁴⁹⁴ Presse- und Informationsamt der Bundesregierung 2010d.

Im Juli 2010 legten Deutschland und Frankreich sodann erstmals ein gemeinsames Konzept zur Reform der EWU vor. In dem deutsch-französischen Positionspapier wird erneut eine Verschärfung des EU-Stabilitätspaktes durch Stimmrechtsentzug für Wiederholungstäter gefordert sowie eine verbesserte wirtschaftspolitische Koordinierung in der EU, die über die reine Haushaltsüberwachung hinaus geht.⁴⁹⁵ Hatten Bundeskanzlerin Merkel und Finanzminister Schäuble sich dafür eingesetzt, dass Strafen künftig automatisch einsetzen, so erzeugte der Druck der Pariser Regierung eine Abschwächung dieser harten Linie. Der deutsch-französische Kompromiss im Oktober 2010 sah dementsprechend vor, dass nicht ein Automatismus Strafen einleitet, sondern die europäischen Staaten wie bisher über Sanktionen für Defizitsünder entscheiden müssen. Im Gegenzug unterstütze Sarkozy die deutsche Forderung nach strengeren Strafen, für die auch die EU-Verträge geändert werden müssen. Dies sei notwendig, so Merkel und Sarkozy, um einen „robusten Krisenbewältigungsrahmen“ zu schaffen. EU-Ratspräsident Van Rompuy wurde diesbezüglich beauftragt, in Abstimmung mit den Mitgliedsstaaten bis März 2011 konkrete Vorschläge zu erarbeiten. Eine daraus resultierende Vertragsänderung soll nach den deutsch-französischen Vorstellungen bis 2013 ratifiziert werden, dem Jahr, an dem der Euro-Rettungsfonds ausläuft.⁴⁹⁶

Das deutsch-französische Vorhaben, die Verträge zu ändern, überraschte zunächst den Rest der EU. Mehrere Mitgliedsstaaten beklagten sich im Vorfeld des EU-Gipfels zur Stabilitätspolitik im Oktober 2010 darüber, dass Deutschland und Frankreich ihren Willen einfach durchsetzen wollten. Zum einen plädierten Berlin und Paris für eine Art Insolvenzregelung für Euro-Sünder, an der private Gläubiger überschuldeter Staaten beteiligt werden sollten, zum anderen setzten die beiden Länder weiterhin auf den Stimmrechtsentzug für Währungssünder. Die erste Forderung konnten Deutschland und Frankreich auf dem Gipfel in Brüssel letztendlich durchsetzen. In Zukunft sollen Banken und Anleger haftbar gemacht werden, wenn Staaten in Finanzkrisen geraten. Merkel bezeichnete diesen Erfolg als „Quantensprung, um den Euro stabil zu halten.“⁴⁹⁷ Die Forderung nach einem Stimmrechtsentzug wurde hingegen vertagt.

Deutschland und Frankreich haben im Angesicht der Notwendigkeit einer Reform der Währungsunion zu einem bilateralen Vorgehen zurückgefunden und arbeiteten intensiv an einem gemeinsamen Konzept. Im Dezember 2010 gab die Bundesregierung mit einem „Non-Paper“ die Richtung vor. Ein „European Stability and Growth Investment Fund“

⁴⁹⁵ Vgl. Schäfers und Mussler 2010.

⁴⁹⁶ Vgl. Gammelmin und Ulrich 2010.

⁴⁹⁷ Zitiert nach: Gammelmin 2010

(ESAGIF) sollte die Euro-Zone dauerhaft gegen Schulden absichern.⁴⁹⁸ Neben der Etablierung eines dauerhaften Krisenmechanismus hatte auch die Reform des Stabilitäts- und Wachstumspaktes höchste Priorität. Finanzminister Schäuble plädierte daher im Januar 2011 für eine engere Verzahnung der europäischen Finanz-, Haushalts-, Wirtschafts- und Sozialpolitiken.⁴⁹⁹ Damit wurde deutlich, dass Deutschland in der Europapolitik einen Kurswechsel einzuschlagen gedachte und der französischen Linie folgen wollte, die sich stets für eine aktivere europäische Wirtschaftspolitik einsetzte.

Nachdem Deutschland und Frankreich lange um die Frage gerungen haben, welche Art von Wirtschaftsregierung Europa brauche, hat die Krise der Bundesregierung vor Augen gehalten, dass eine reine Kontrolle der Haushaltsdefizite nicht mehr genügt. In Berlin kam es Anfang des Jahres 2011 daher zu einem Strategiewechsel, der nahezu historische Ausmaße annimmt. Die Bundesregierung unterstützte nach Jahren der Ablehnung das französische Modell einer gemeinsamen Wirtschaftspolitik der 17 Euro-Mitglieder⁵⁰⁰, auch die von Frankreich geforderten Eurogruppen-Gipfel wurden in Berlin nicht mehr verweigert. Der deutsch-französische Plan sieht vor, dass die Euro-Staaten durch verbindliche Bandbreiten ihre Steuerpolitik, ihre Sozialsysteme und ihre Arbeitsmarktpolitik zukünftig enger aufeinander abstimmen. Damit zieht Merkel die Konsequenz aus dem ökonomischen Absturz Griechenlands, Irlands, Portugals und Spaniens, die schwere wirtschafts- und sozialpolitische Fehler begangen haben. Im zwölften Jahr nach der Gründung der Währungsunion soll die Eurogruppe bei der politischen Integration voranschreiten und die Möglichkeit der verstärkten Zusammenarbeit nutzen. Die Euro-Staaten sollen nach den deutsch-französischen Vorstellungen nicht mehr nur eine Währungsunion bilden, sondern den nächsten Schritt im europäischen Integrationsprozess beschreiten und zu einer Wirtschaftsunion zusammenwachsen.⁵⁰¹

Die Antwort auf die Euro-Krise lautet: mehr Europa. In diesem Schritt sind sich die Verantwortlichen in Berlin und Paris einig. Nachdem Deutschland und Frankreich im Verlauf der Krisen oftmals nur reagieren konnten, hat es zu Beginn des Jahres 2011 den Anschein, als nehme der Motor der Integration wieder merklich an Fahrt auf. Mit ihrem „Pakt für Wettbewerbsfähigkeit“ setzen sich Bundeskanzlerin Merkel und Staatspräsident Sarkozy für eine koordinierte europäische Wirtschaftspolitik ein. Der gemeinsame Plan

⁴⁹⁸ Zum einen sollte der Fonds im Notfall Kredite an klamme Euro-Staaten vergeben, zum anderen kann der Fonds Staatsanleihen von Krisenländern an den Finanzmärkten kaufen. Vgl. Berschens 2010.

⁴⁹⁹ Vgl. Afhüppe 2011.

⁵⁰⁰ Estland ist am 1.1.2011 als 17. europäischer Staat dem gemeinsamen Währungsraum beigetreten.

⁵⁰¹ Vgl. Berschens und Goffart 2011 und Berschens 2011.

sieht vor, eine Schuldenbremse nach deutschem Vorbild einzuführen, die Steuersysteme, das Renteneintrittsalter und die Bildungsabschlüsse zu harmonisieren, einen ähnlichen Krisenmechanismus bei Banken-Pleiten einzuführen und Lohnerhöhungen von der Inflationsrate zu entkoppeln.⁵⁰² Mit diesen Vorschlägen stellen Deutschland und Frankreich auch im Jahr 2011 immer noch eindrucksvoll unter Beweis, dass ein funktionierender deutsch-französischer Motor weitere Integrationsschritte nach sich ziehen kann. Zugleich sind Deutschland und Frankreich aber wie in der Vergangenheit dem Vorwurf eines Direktorats ausgesetzt. Diesem gilt es wie in der Vergangenheit durch die Einbindung weiterer Akteure entgegenzutreten.

6.4. Zwischenfazit: Ein Motor mit Fehlzündungen

Die deutsch-französischen Beziehungen unter dem Regierungspaar Merkel-Sarkozy zeichneten sich in den Jahren 2009/2010 durch konjunkturelle Schwankungen aus. Phasen der Konkurrenz wechselten sich mit Phasen der Partnerschaft ab.

Nach dem Konflikt über die richtige Vorgehensweise in der Finanzkrise des Jahres 2008 folgte zu Beginn des Jahres 2009 die Annäherung zwischen beiden Ländern. Beim Aufbau einer neuen globalen Finanzarchitektur stellten Deutschland und Frankreich wieder einmal unter Beweis, dass ihre privilegierte Sonderbeziehung ein Schlüsselfaktor in der Bewältigung von Krisen darstellt. Der einsetzende Elan in den bilateralen Beziehungen trug ebenfalls zur Einigkeit Europas bei, wodurch sich Bundeskanzlerin Merkel und Staatspräsident Sarkozy den Namen „Motor der Integration“ wieder verdienten. Besonderen Ausdruck fand diese neue Basis der bilateralen Kooperation in der „deutsch-französischen Agenda 2020“. Auch Merkels Zuspruch zum französischen Projekt der „Wirtschaftsregierung“ erweckte den Anschein, dass es nicht besser bestellt sein könnte um die deutsch-französischen Beziehungen.

Die einsetzende Griechenlandkrise brachte den Motor der Integration aber wieder ins Stocken. In der schwersten Krise der europäischen Währungsunion seit Einführung des Euros demonstrierten Deutschland und Frankreich zwar Einigkeit und arbeiteten eng zusammen, eine gemeinsame Linie konnte zunächst aber nicht gefunden werden.⁵⁰³

Während Sarkozy grundsätzlich für eine europäische Lösung eintrat, setzte Merkel stets auf die Hilfe des IWF; deutsche Solidität stand französischer Solidarität gegenüber. Dass diese Positionen aber auch komplementär sein können, zeigte sich im deutsch-

⁵⁰² euractiv.de 2011.

⁵⁰³ Die demonstrierte Einigkeit gilt vor allem als Zeichen an die Finanzmärkte. In der Euro-Krise wollten Deutschland und Frankreich nicht den Eindruck erwecken, in wichtigen Fragen der Währungspolitik nicht konform zu sein. Dadurch sollte ein weiterer Vertrauensverlust in die Euro-Zone verhindert werden.

französischen Kompromiss für den griechischen Notfallplan auf dem EU-Gipfel am 25.3.2010. Damit wurde das dringlichste Ziel einer Griechenland-Rettung erreicht und zugleich eine Grundlage für den bevorstehenden EU-Rettungsschirm gelegt. Konträr zur vorherigen deutschen Vorgehensweise stimmte Merkel sehr schnell dem gigantischen Rettungsfonds zu. Doch auch diese Phase der deutsch-französischen Übereinstimmung war nur von kurzer Dauer. Die Frage der Mitgliederzahl einer zukünftigen Wirtschaftsregierung führte aufs Neue zu Spannungen zwischen Berlin und Paris, die in der Absage eines bilateralen Gipfeltreffens im Juni 2010 mündete. Vorerst sollte dieser Dissens das Kapitel der deutsch-französischen „Auf und Abs“ aber beenden. Bei der notwendig gewordenen Reform der europäischen Währungsunion warteten Deutschland und Frankreich mit gemeinsamen Konzepten und Initiativen auf, die den Weg zu einer veritablen Wirtschaftsunion weisen sollen. Der aktuell diskutierte „Pakt für Wettbewerbsfähigkeit“ stellt den vorläufigen Höhepunkt dieser Entwicklung dar.

Im Verlauf der Jahre 2009/2010 ist deutlich geworden, dass das deutsch-französische Tandem weiterhin eine wichtige Antriebskraft im europäischen Integrationsprozess darstellt. Um der Verantwortung für Europa gerecht zu werden, haben sich sowohl Angela Merkel als auch Nicolas Sarkozy auf Kompromisse einlassen müssen. Während sich Bundeskanzlerin Merkel einer Wirtschaftsregierung nicht mehr verwehrt und immense Summen für eine Rettung des Euros garantierte, unterstützte Staatspräsident Sarkozy die deutschen Forderungen nach einer Verschärfung des Stabilitäts- und Wachstumspaktes. Der Motor der Integration, der in den Jahren 2009/2010 einige „Fehlzündungen“ aufwies, präsentiert sich beim Übergang in das neue Jahrzehnt wieder als agierende Kraft in der EU.

7. Schlussfolgerung

Das Ziel der vorliegenden Magisterarbeit war, eine Antwort darauf zu geben, ob der deutsch-französische Motor der Integration auch in einer erweiterten Europäischen Union der 27 Mitgliedstaaten funktioniert. Der Untersuchungszeitraum erstreckte sich dabei über einen Zeitspanne von zehn Jahren, zwischen dem Gipfel von Nizza im Jahr 2000 und dem von Deutschland und Frankreich aktuell diskutierten „Pakt für Wettbewerbsfähigkeit“ im Frühjahr 2011. Die Frage nach der Funktionalität des Motors der Integration ist an dieser Stelle zu bejahen, jedoch hat sich seine Funktionsweise in einer vergrößerten EU geändert.

7.1. Der Motor der Integration in den Jahren 2000-2010

Zwischen der deutschen Wiedervereinigung und dem Gipfel von Nizza war in den deutsch-französischen Beziehungen eine schleichende Erosion aufgetreten. Das Fehlen gemeinsamer Integrationsvorhaben und einsetzende Irritationen im bilateralen Verhältnis führten letztendlich zu einem dysfunktionalen Motor der Integration und zu dem „Fiasko von Nizza“, wie in Kapitel 3 dargestellt. Das deutsch-französische Tandem wurde seiner Führungsrolle nicht mehr gerecht, zugleich wurde aber auch deutlich, dass ohne ein abgestimmtes bilaterales Vorgehen keine integrationspolitischen Erfolge erreicht werden können. Mit Blick auf die anstehende Osterweiterung und den europäischen Konvent bedurfte es daher wieder einer aktiven bilateralen Zusammenarbeit. Berlin und Paris waren sich dieser Verantwortung für Europa bewusst. Den deutsch-französischen Beziehungen wurde ein „zweiter Atem“ eingehaucht, indem das bilaterale Netz an Konsultations- und Kooperationsmechanismen erneuert und verstärkt wurde. Mit der eingebrachten „Initiativenflut“ dokumentierten Deutschland und Frankreich dann auf eindrucksvolle Weise, wozu ein intakter Motor der Integration in der Lage ist. Insbesondere der Beitrag zur institutionellen Architektur der EU erfuhr große Beachtung und hatte erheblichen Einfluss auf die Ausgestaltung des VVE. Neben diesem Erfolg in der Europapolitik war jedoch auch ein Paradigenschwund im Verhalten des deutsch-französischen Tandems auszumachen. Die kompromisslose Haltung in der Irak-Krise und die Machtprobe mit den europäischen Institutionen zur Aussetzung des Defizitverfahrens im Jahr 2003 ließen Zweifel an der Führungs- und Vermittlerfunktion des Tandems aufkommen.

Kapitel 4 beschäftigte sich mit der deutsch-französischen Europapolitik in der Verfassungskrise. Es zeigte sich, dass die Führungsqualitäten des deutsch-französischen

Tandems trotz der hausgemachten Krise durch das negative französische Referendum dringend geboten waren, um der EU einen Ausweg aus der Orientierungslosigkeit aufzuzeigen. Um die Krise zu überwinden, mussten Berlin und Paris zunächst jedoch eine gemeinsame Linie finden. Während in Frankreich die Lösungsvorschläge von Chirac und Sarkozy auf weniger weitreichende Vertragsreformen abzielten, hielt Merkel am ursprünglichen Verfassungsvertrag fest. Nachdem die Bundesregierung mit einer ambitionierten Präsidentschaftsstrategie und der Berliner Erklärung die Weichen für die Überwindung der Krise gestellt hatte, war es letzten Endes der Ausgang der französischen Präsidentschaftswahlen, der die europapolitische Schockstarre endgültig überwinden konnte. Gemeinsam mit dem neuen französischen Staatspräsidenten und unter Einbeziehung weiterer Mitgliedstaaten konnte durch die ursprünglich von Sarkozy vorgebrachte Idee des vereinfachten Vertrages ein gesamteuropäischer Kompromiss erzielt werden. Die Überwindung der Verfassungskrise war ein eindeutiger Beweis dafür, dass die deutsch-französische Sonderbeziehung auch in der EU-27 ihre Daseinsberechtigung hat. Zugleich wurde deutlich, dass der Motor der Integration nicht nur für weitere Integrationsschritte notwendig ist, sondern auch für die Überwindung von Krisen.

Dieses notwendige Krisenmanagement sollte die neue Phase der deutsch-französischen Beziehungen unter dem Regierungspaar Merkel-Sarkozy bestimmen, in der es zu einer Anhäufung europäischer und internationaler Krisen kam. Zugleich ist die Phase des neuen Tandems durch einen ständigen Wechsel von bilateraler Zusammenarbeit und Irritation geprägt.

Kapitel 5 widmete sich dem europapolitischen Kurs des Nicolas Sarkozy und der französischen EU-Ratspräsidentschaft. Obwohl Nicolas Sarkozy sich die deutsch-französischen Beziehungen weniger exklusiv wünschte und den Motor der Integration zu einem „6-Zylinder“ umbauen wollte,⁵⁰⁴ musste er bald erkennen, dass ohne den deutschen Partner keine Fortschritte im Europäischen Integrationsprozess zu erreichen sind. Zu dieser Einsicht kam Sarkozy jedoch erst nach einem zähen Lernprozess. Zuvor hatte er mit seinen Attacken auf die EZB, seinem Wunsch nach einer europäischen Wirtschaftsregierung in Form der Euroländer sowie seinem Vorstoß zur Bildung der Mittelmeerunion das deutsch-französische Verhältnis strapaziert. Diese impulsiven, voreiligen Initiativen sind zum einen mit dem Charakter des französischen Staatspräsidenten zu erklären, zum anderen mit der nicht vorhandenen Vertrautheit mit

⁵⁰⁴ Siehe S. 57.

den Mechanismen der deutsch-französischen Sonderbeziehung.⁵⁰⁵ Nachdem der Konflikt um die Mittelmeerunion eine schwere Vertrauenskrise zwischen Deutschland und Frankreich ausgelöst hatte, konnten sich beide Staaten auf einen Formelkompromiss ums Mittelmeer einigen, der die Beteiligung aller 27 EU-Mitgliedstaaten in der neuen UfM vorsah. Damit konnten die bilateralen Streitigkeiten vor Beginn der französischen Ratspräsidentschaft beseitigt werden. Dies führte zunächst zu einem guten Klima im deutsch-französischen Verhältnis. Der gefundene bilaterale Kompromiss um die Mittelmeerunion ging in der neu geschaffenen UfM auf, die in Paris feierlich begründet wurde. Zudem konnte auf dem ER im Dezember 2008 das von Deutschland und Frankreich ausgearbeitete Energie- und Klimapakete beschlossen werden. Auch bei den Krisen, die die französische Ratspräsidentschaft maßgeblich geprägt haben, erfolgte eine enge bilaterale Abstimmung, so nach dem irischen Nein zum Vertrag von Lissabon und im Georgienkonflikt. Die einsetzende Finanz- und Wirtschaftskrise des Jahres 2008 und die unterschiedlichen finanzpolitischen Kulturen in Deutschland und Frankreich führten jedoch wieder zu Dissonanzen im bilateralen Verhältnis. Während die Bundesregierung auf nationale und dezentrale Lösungen setzte, insistierte Frankreich auf einen europäischen Rettungsfonds. Angesichts dieser Krise präsentierten sich Deutschland und Frankreich nicht als Motor, der die EU aus den Wirren dieser Krise zu befreien vermochte, sondern als Bremser.

Das abschließende Kapitel 6 befasste sich mit dem Krisenmanagement in der Finanz- und Wirtschaftskrise und der sich daran anschließenden Eurokrise des Jahres 2010. Es wurde deutlich, dass Deutschland und Frankreich nach einer (kurzen) Phase der Dissonanz zu Beginn des Jahres 2009 wieder zu einem gemeinsamen Vorgehen zurückfanden. Die Bundesregierung ging auf die französischen Forderungen nach einer Kreditgewährung für Banken ein und beschloss zudem beträchtliche Konjunkturpakete. Der wiedergefundene deutsch-französische Gleichklang und die damit verbundene Einigkeit Europas führten dazu, dass die geplanten Regulierungsvorhaben weitestgehend auf den G-20 Gipfeln durchgesetzt werden konnten. Der Motor der Integration war reaktiviert worden, zeigte sich in der anschließenden Eurokrise aber noch nicht voll funktionstüchtig. Nachdem das Bekanntwerden der griechischen Staatsverschuldung an den Grundfesten der EWU rüttelte, waren sich Deutschland und Frankreich zunächst uneins, wie auf die Griechenlandkrise zu reagieren sei. Während Sarkozy sich solidarisch gab und eine europäische Lösung favorisierte, plädierte Merkel stets für die Einsetzung des IWF und

⁵⁰⁵ Vgl. Kimmel 2010: 152.

verfolgte eine harte Linie gegenüber Griechenland, die ihr viel Kritik innerhalb der EU einbrachte. Der letztendlich gefundene Kompromiss stellte eine Symbiose dieser beiden Forderungen dar. Sowohl die Eurogruppe als auch der IWF wurden an einem Rettungspaket für den vor dem Staatsbankrott stehenden griechischen Staat beteiligt. Dieser deutsch-französische Kompromiss machte den Weg für die Griechenlandhilfen frei, zugleich dokumentiert diese Übereinkunft exemplarisch die Rolle des bilateralen Staatenpaares. Der deutsch-französische Motor ist nach wie vor eine wesentliche Komponente bei der Bewältigung von Krisen. Zugleich wird aber auch deutlich, dass der EU bei unterschiedlichen deutschen und französischen Interessen eine Blockade droht. Das deutsch-französische Tandem stellte sich daher als ein „Motor mit Fehlzündungen“ dar. Näherten sich die Positionen an bzw. konnten Übereinstimmungen erzielt werden, wurde der Motor der Integration seiner Verantwortung gerecht. Waren die Positionen jedoch verschieden, so kam es zu „Fehlzündungen“ und zu einem europapolitischen Stillstand.

Die Griechenlandkrise hat zu der Einsicht geführt, dass der europäische Integrationsprozess nach wie vor nicht abgeschlossen ist. Notwendig geworden ist eine engere wirtschaftspolitische Koordinierung. Insbesondere Merkel musste diesbezüglich einen Lernprozess durchmachen. Nachdem es nach der Schaffung des EU-Rettungsschirms zu Unstimmigkeiten zwischen Deutschland und Frankreich in Bezug auf eine mögliche Wirtschaftsregierung kam, wurde der deutsche Widerstand gegenüber diesem urfranzösischen Anliegen sukzessiv aufgegeben. Seit Juni 2010 ist wieder ein gemeinsames Vorgehen Deutschlands und Frankreichs zur Vertiefung der EU in Fragen der Wirtschaftspolitik zu erkennen. Der Stabilitäts- und Wachstumspakt soll durch härtere Strafen wie dem Stimmrechtsentzug verschärft werden, ferner sollen die Euro-Staaten ihre Steuerpolitik, Sozialsysteme und Arbeitsmarktpolitik besser koordinieren. Die deutsch-französischen Vorstellungen von der zukünftigen Wirtschaftspolitik kommen in dem „Pakt für Wettbewerbsfähigkeit“ zum Ausdruck. Wie eine zukünftige Wirtschaftsregierung aussehen wird ist noch unklar. Obwohl dieser Begriff mittlerweile auf der deutschen als auch auf der französischen Regierungsebene Verwendung findet, heißt dies noch nicht, dass auch Einigkeit in der Ausgestaltung der Wirtschaftsregierung gefunden wurde. Der Begriff ist nach wie vor undefiniert und Bedarf der Präzision. Im März 2011 könnte es durch den ER hierauf erste Antworten geben.

7.2. Deutsch-französischer Kompromiss als Bedingung für den europäischen Fortschritt

Kann das deutsche-französische Tandem noch die Rolle des Motors der Integration in der EU-27 ausüben?

Unbestritten ist die herausgehobene Stellung Deutschlands und Frankreichs unter den EU-Mitgliedstaaten. Als Gründungsmitglieder und stärkste Volkswirtschaften der EU gehören beide Staaten zwangsläufig zur europäischen Führungsgruppe. Eine solche Führungsgruppe bzw. ein *leadership* ist in der vergrößerten Union sogar noch wichtiger geworden. Diese Rolle üben nach wie vor Deutschland und Frankreich aus. Dabei sind beide Staaten heute wie früher zugleich dem Vorwurf des Direktorats ausgesetzt. Aktuell wird dieser Vorwurf im Zusammenhang mit dem „Pakt für Wettbewerbsfähigkeit“ geäußert. Für eine fortbestehende Akzeptanz der Achse Berlin-Paris bedarf es daher der frühzeitigen Einbindung weiterer Mitgliedstaaten sowie Rücksichtnahme und Verhandlungsgeschick. In dieser Form präsentierte sich der deutsch-französische Motor bei den Verhandlungen um die Rettung der Substanz des VVE.

Dieser Motor der Integration hat jedoch auch seine Funktionsweise geändert. Haben sich Deutschland und Frankreich diesen Titel in der Vergangenheit aufgrund ihrer Erfolge für den europäischen Integrationsprozess erworben, so fehlte den beiden Gründerstaaten in letzter Zeit ein weiteres großes europäisches Projekt. Während der „Motor par excellence“ in Form des Tandems Schmidt-Giscard noch wesentliche Impulse für den europäischen Integrationsprozess durch die Schaffung des ER und die Einführung der Direktwahl des EP und des EWS freisetzte und vor allem agierte, wird für das deutsch-französische Tandem der Jahre 2000-2010 das reagierende Element ersichtlich. Geschuldet ist diese Entwicklung der Anhäufung von Krisen in den letzten Jahren. Ein deutsch-französischer Kompromiss bildete dabei immer wieder die Basis für den europäischen Fortschritt; gegensätzliche Interessen und Positionen führten aber zu einer Blockade des Motors und damit der gesamten EU. Während Deutschland und Frankreich in der Vergangenheit unterschiedliche Lager in der EU vertraten und die bekannten Stellvertreterkompromisse aushandelten, ging es in der letzten Dekade oftmals um rein deutsch-französische Interessendivergenzen, die es zu bereinigen galt, um den Integrationsprozess fortzusetzen. Vermehrt traten diese Interessendivergenzen unter dem neuen deutsch-französischen Tandem Merkel-Sarkozy in Erscheinung. Das persönliche Element ist daher auch ein nicht unerheblicher Faktor, der auf die Qualität der deutsch-französischen Beziehungen und deren Einfluss in der EU durchschlägt.

In den Jahren seit dem Amtsantritt Nicolas Sarkozys ist das deutsch-französische Tandem vor allem durch die schnelle Abfolge von Konflikten und gemeinsamen Initiativen in Erscheinung getreten. Obwohl in der Presseberichterstattung oftmals von fast unüberwindlichen Meinungsverschiedenheiten die Rede ist, hat das Tandem Merkel-Sarkozy immer wieder bewiesen, dass die Qualität der deutsch-französischen Beziehungen derart gut ist, um auch schwere Konflikte schnell lösen zu können. Nichtsdestotrotz dürfen gute deutsch-französische Beziehungen nicht als Selbstverständlichkeit hingenommen werden. Sie bedürfen der ständigen Pflege und Erneuerung. In diesem Sinne stellen sie sich als eine *conquête permanente* dar.

Die Bezeichnung „Motor der Integration“ trifft nach wie vor für die deutsch-französischen Beziehungen in der EU zu. Zum einen weil die bilaterale Initiativen und Kompromisse auch heute noch die Grundlage bilden, um dem europäischen Integrationsprozess Schwung zu verleihen. Zum anderen, weil der Begriff des Motors auch Phasen der Stagnation und Defekte impliziert. Auch diese negative Eigenschaft ist für die deutsch-französischen Beziehungen zu konstatieren und so wechseln sich Phasen des Antriebs mit Phasen der Stagnation ab. Mit dem geplanten Wettbewerbspakt könnte wieder eine Phase des Antriebs eintreten. Deutschland und Frankreich haben bei dem Verhandlungsmarathon⁵⁰⁶ im März 2011 erneut Gelegenheit, ihre Sonderbeziehung in den Dienst der Europäischen Union zu stellen.

⁵⁰⁶ 11. März: Treffen der EWU-Staats- und Regierungschefs. 14. März: Treffen der Wirtschafts- und Finanzminister der Eurogruppe. 15. März: Ecofin-Rat. 24./25. März: Europäischer Rat der Staats- und Regierungschefs.

8. Anhang

8.1 Literaturverzeichnis

8.1.1 Monographien, Sammelbände und Aufsätze aus Sammelbänden

- Albertin, Lothar** (Hrsg.). 2010. Deutschland und Frankreich in der Europäischen Union. Partner auf dem Prüfstand. Tübingen: Narr
- Bergsdorf, Wolfgang** (Hrsg.). 2007. Erbfreunde. Deutschland und Frankreich im 21. Jahrhundert. Weimar: Verl. der Bauhaus-Univ.
- Bitterlich, Joachim**. 2008. Le leadership franco-allemand est-il dépassé? In: *Rocard, Michel und Gnesotto, Nicole* (Hrsg.). *Notre Europe*. Paris: Laffont. 309–326.
- Bredow, Wilfried von**. 1996. Bilaterale Beziehungen im Netzwerk regionaler und globaler Interdependenz. In: *Kaiser, Karl; Krause, Joachim; Bartsch, Sebastian; Angenendt, Steffen; Brenke, Gabriele und Bühl Walter L.* (Hrsg.). *Interessen und Strategien*. München: Oldenbourg. 109–115.
- Centrum für angewandte Politikforschung** (Hrsg.). 2007. Bilanz der deutschen EU-Ratspräsidentschaft. Analyse und Bewertung des Centrums für angewandte Politikforschung. München.
- Cole, Alistair**. 2008. Franco-German Relations: From Active to Reactive Cooperation. In: *Hayward, Jack E. S.* (Hrsg.). *Leaderless Europe*. Oxford: Oxford Univ. Press. 147–166.
- Froehly, Jean-Pierre**. 2000. Deutsch-französische Divergenzen zur EU-Osterweiterung. In: *Rill, Bernd* (Hrsg.). *Deutschland und Frankreich: gemeinsame Zukunftsfragen*. München: Akad. für Politik und Zeitgeschehen. 37–44.
- Guérot, Ulrike**. 2007b. Frankreich. In: *Schmidt, Siegmund; Hellmann, Gunther und Wolf, Reinhard* (Hrsg.). *Handbuch zur deutschen Außenpolitik*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften. 375–390.
- Hanns-Seidel-Stiftung e.V.** (Hrsg.). 1998. Deutschland und seine Nachbarn. Bilaterale Beziehungen seit der Wiedervereinigung. Grünwald: Atwerb-Verl.
- Hayward, Jack E. S.** (Hrsg.). 2008. *Leaderless Europe*. Oxford: Oxford Univ. Press.
- Jäger, Thomas** (Hrsg.). 2011. Deutsche Außenpolitik. Sicherheit, Wohlfahrt, Institutionen und Normen. Wiesbaden: VS Verl. für Sozialwissenschaften.
- Kaiser, Karl, Krause, Joachim; Bartsch, Sebastian, Angenendt, Sebastian; Brenke, Gabriele und Bühl, Walter L.** (Hrsg.). 1996. Deutschlands neue Außenpolitik. Interessen und Strategien. München: Oldenbourg.

- Kessler, Ulrike.** 2010. Deutsche Europapolitik unter Helmut Kohl: Europäische Integration als "kategorischer Imperativ"? In: *Müller-Brandeck-Bocquet, Gisela (Hrsg.). Deutsche Europapolitik. Von Adenauer bis Merkel.* Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften. 121–171.
- Kimmel, Adolf und Jardin, Pierre.** 2002. Die deutsch-französischen Beziehungen seit 1963. Eine Dokumentation. Opladen: Leske + Budrich.
- Kimmel, Adolf (Hrsg.).** 2005. Länderbericht Frankreich. Geschichte, Politik, Wirtschaft, Gesellschaft. Bonn: Bundeszentrale für Politische Bildung.
- Kimmel, Adolf.** 2010. Das deutsch-französische Paar in der erweiterten Europäischen Union. In: *Albertin, Lothar (Hrsg.). Deutschland und Frankreich in der Europäischen Union. Partner auf dem Prüfstand.* Tübingen: Narr. 148–166.
- Läufer, Thomas.** 2004. Vertrag von Nizza. Die EU der 25. Bonn: Bundeszentrale für Politische Bildung.
- Marchetti, Andreas und Demesmay, Claire.** 2010. Der Vertrag von Lissabon. Analyse und Bewertung. Baden Baden: Nomos.
- Maurer, Andreas.** 2008. Nach der Referendenzäsur: Deutsche Europapolitik in und nach der Denkpause über den Verfassungsvertrag. In: *Müller-Graff, Peter-Christian (Hrsg.). Deutschlands Rolle in der Europäischen Union.* Baden-Baden: Nomos Verl.-Ges. 11–30.
- Miard-Delacroix, Hélène.** 2010. Betrachtung zum Mythos der deutsch-französischen Effizienz in Europa. In: *Vogel, Wolfram (Hrsg.). Frankreich Jahrbuch 2009. Französische Blicke auf das zeitgenössische Deutschland.* Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften / Springer Fachmedien Wiesbaden GmbH Wiesbaden. 115–133.
- Müller-Brandeck-Bocquet, Gisela.** 2004. Frankreichs Europapolitik. Wiesbaden: VS Verl. für Sozialwiss.
- Müller-Brandeck-Bocquet, Gisela.** 2005. Frankreich in der Europäischen Union. In: *Kimmel, Adolf (Hrsg.). Länderbericht Frankreich. Geschichte, Politik, Wirtschaft, Gesellschaft.* Bonn: Bundeszentrale für Politische Bildung. 384–401.
- Müller-Brandeck-Bocquet, Gisela.** 2009. Nicolas Sarkozy Führungsanspruch in Europa. In: *Rill, Bernd (Hrsg.). Frankreichs Außenpolitik.* München: Hanns-Seidel-Stiftung Akad. für Politik und Zeitgeschehen. 21–31.
- Müller-Brandeck-Bocquet, Gisela (Hrsg.).** 2010. Deutsche Europapolitik. Von Adenauer bis Merkel. Wiesbaden: VS Verl. für Sozialwiss.
- Müller-Brandeck-Bocquet, Gisela.** 2010a. Deutsche Europapolitik unter Angela Merkel: Enge Gestaltungsspielräume in Krisenzeiten. In: *Müller-Brandeck-Bocquet,*

- Gisela (Hrsg.). Deutsche Europapolitik. Von Adenauer bis Merkel.* Wiesbaden: VS Verl. für Sozialwiss. 253–349.
- Müller-Brandeck-Bocquet, Gisela.** 2010b. Rot-grüne Europapolitik 1998-2005: Eine Investition in die Zukunft der EU. In: *Müller-Brandeck-Bocquet, Gisela (Hrsg.). Deutsche Europapolitik. Von Adenauer bis Merkel.* Wiesbaden: VS Verl. für Sozialwiss. 173–252.
- Müller-Brandeck-Bocquet, Gisela.** 2011. Deutschlands bilaterale Beziehungen im Rahmen der EU. In: *Jäger, Thomas (Hrsg.). Deutsche Außenpolitik. Sicherheit, Wohlfahrt, Institutionen und Normen.* Wiesbaden: VS Verl. für Sozialwissenschaften. 605–629.
- Müller-Graff, Peter-Christian (Hrsg.).** 2008. Deutschlands Rolle in der Europäischen Union. Baden-Baden: Nomos Verl.-Ges.
- Nourry, Chrystelle.** 2005. Le couple franco-allemand. Un symbole européen. Bruxelles: Bruylant.
- Rill, Bernd (Hrsg.).** 2000. Deutschland und Frankreich: gemeinsame Zukunftsfragen. München: Akad. für Politik und Zeitgeschehen.
- Rill, Bernd (Hrsg.).** 2009. Frankreichs Außenpolitik. München: Hanns-Seidel-Stiftung Akad. für Politik und Zeitgeschehen.
- Rocard, Michel und Gnesotto, Nicole (Hrsg.).** 2008. Notre Europe. Paris: Laffont.
- Rüger, Carolin und Wolf, Alexander.** 2007. Die Herausforderungen der deutschen EU-Ratspräsidentschaft 2007. Perspektiven für den europäischen Verfassungsvertrag. München: Hanns-Seidel-Stiftung Akad. für Politik und Zeitgeschehen.
- Schmidt, Siegmund; Hellmann, Gunther und Wolf, Reinhard (Hrsg.).** 2007. Handbuch zur deutschen Außenpolitik. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften | GWV Fachverlage GmbH Wiesbaden.
- Scholl, Bruno.** 2006. Europas symbolische Verfassung. Nationale Verfassungstraditionen und die Konstitutionalisierung der EU. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften | GWV Fachverlage GmbH Wiesbaden.
- Schukraft, Corina.** 2010. Die Anfänge deutscher Europapolitik in den 50er und 60er Jahren: Weichenstellungen unter Konrad Adenauer und Bewahrung des Status quo unter seinen Nachfolgern Ludwig Erhard und Kurt Georg Kiesinger. In: *Müller-Brandeck-Bocquet, Gisela (Hrsg.). Deutsche Europapolitik. Von Adenauer bis Merkel.* Wiesbaden: VS Verl. für Sozialwiss. 13–66.
- Seeger, Sarah und Emmanouilidis, Janis A..** 2007. Die Reform nimmt Gestalt an. Analyse und Bewertung des EU-Verfassungsgipfels. In: *Centrum für angewandte*

- Politikforschung* (Hrsg.). *Bilanz der deutschen EU-Ratspräsidentschaft. Analyse und Bewertung des Centrums für angewandte Politikforschung*. München. 6–14.
- Stark, Hans**. 2010. Rück- und Ausblick: Frankreich - Deutschland, eine komplexe Beziehung. In: *Stark, Hans* (Hrsg.). *Deutschland-Frankreich: Fünf Visionen für Europa. Deutsch-Französischer Dialog*. Paris. 17–29.
- Uterwedde, Henrik**. 1998. Deutsch-französische Beziehungen: Perspektiven einer spannungsgeladenen Partnerschaft. In: *Hanns-Seidel-Stiftung e.V.* (Hrsg.). *Deutschland und seine Nachbarn. Bilaterale Beziehungen seit der Wiedervereinigung*. Grünwald: Atwerb-Verl. 3–18.
- Vogel, Wolfram**. 2005. Die deutsch-französischen Beziehungen. In: *Kimmel, Adolf* (Hrsg.). *Länderbericht Frankreich. Geschichte, Politik, Wirtschaft, Gesellschaft*. Bonn: Bundeszentrale für Politische Bildung. 418–435.
- Vogel, Wolfram**. 2007. Die Rolle Deutschland und Frankreichs für die Europäische Verfassung. Vortrag in der Michaeliskirche zu Erfurt. In: *Bergsdorf, Wolfgang* (Hrsg.). *Erbfreunde. Deutschland und Frankreich im 21. Jahrhundert*. Weimar: Verl. der Bauhaus-Univ. 145–161.
- Vogel, Wolfram (Hrsg.)**. 2010. *Frankreich Jahrbuch 2009. Französische Blicke auf das zeitgenössische Deutschland*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften / Springer Fachmedien Wiesbaden GmbH Wiesbaden.
- Weidenfeld, Werner**. 2007. Bilanz der deutschen EU-Ratspräsidentschaft. Einführung. In: *Centrum für angewandte Politikforschung* (Hrsg.). *Bilanz der deutschen EU-Ratspräsidentschaft. Analyse und Bewertung des Centrums für angewandte Politikforschung*. München. 4–5.
- Woyke, Wichard**. 2004. *Deutsch-französische Beziehungen seit der Wiedervereinigung. Das Tandem fasst wieder Tritt*. Wiesbaden: VS Verl. für Sozialwiss.
- Woyke, Wichard**. 2010. *Die Außenpolitik Frankreichs. Eine Einführung*. Wiesbaden: VS Verl. für Sozialwiss.
- Ziebura, Gilbert**. 1997. *Die deutsch-französischen Beziehungen seit 1945. Mythen und Realitäten*. Stuttgart: Neske.
- 8.1.2 Essays/Diskussionspapiere in Zeitschriften und von Instituten**
- Baasner, Frank**. 2004. Paradigmenwechsel in den deutsch-französischen Beziehungen? *Dokumente - Zeitschrift für den deutsch-französischen Dialog* 60 (1): 60–65.

- Bohnekamp, Dorothea.** 2009a. Deutsch-französischer Dissens. Die EU sucht Wege aus der Wirtschafts- und Finanzkrise. *Dokumente - Zeitschrift für den deutsch-französischen Dialog* 66 (1): 5–8.
- Bohnekamp, Dorothea.** 2009b. Ensemble ou chacun pour soi? Paris et Berlin à l'épreuve de la gestion de crise. *Dokumente - Zeitschrift für den deutsch-französischen Dialog* 66 (5-6): 55–58.
- Brok, Elmar.** 2003. Die deutsch-französische Zusammenarbeit im Licht der Ergebnisse des Europäischen Verfassungskonvents. *Dokumente - Zeitschrift für den deutsch-französischen Dialog* 59 (5): 17–19.
- Enderlein, Henrik.** 2010. Die Krise im Euro-Raum: Auslöser, Antworten, Ausblick. *Aus Politik und Zeitgeschichte* 60 (43): 7–12.
- Gasnier-Jeannot, Anne.** 2004. Le couple franco-allemand dans le processus constituant. L'exemple de la contribution commune sur l'architecture institutionnelle. *La Tribune du droit public - revue semestrielle de droit public général* (2): 113–134.
- Göler, Daniel und Jopp, Mathias.** 2007. Kann Europa gelingen? Vorhaben und Chancen der deutschen Ratspräsidentschaft. *Integration* 30 (1): 3–24.
- Goulard, Sylvie.** 2009. La Présidence française de l'Union européenne: brillante ou dangereuse? *Annuaire français de relations internationales* 10: 505–513.
- Guérot, Ulrike.** 2002a. Annäherung in der Agrarpolitik. Trägt der deutsch-französische Kompromiss? *Internationale Politik* 57 (11): 53–56.
- Guérot, Ulrike.** 2002b. Leerlauf im deutsch-französischen Tandem. Hat es noch eine Existenzberechtigung? *Internationale Politik* 57 (1): 33–38.
- Guérot, Ulrike.** 2003. Die Bedeutung der deutsch-französischen Kooperation für den europäischen Integrationsprozess. *Aus Politik und Zeitgeschichte* 53 (3-4): 14–20.
- Guérot, Ulrike.** 2004. (Ver)fassungslose EU. *Internationale Politik* 59 (1): 72–74.
- Guérot, Ulrike.** 2007a. Alors viens, Marianne! Deutschland muss Frankreich europapolitisch aus der Schmollecke holen. *Internationale Politik* 62 (1): 39–45.
- Guérot, Ulrike.** 2008. Ruppige Gallier. Deutschland und Frankreich streiten sich wieder über Europa. Wie schön! Das wird auch der EU gut bekommen. *Internationale Politik* 63 (6): 84–91.
- Hacke, Christian.** 2003. Deutschland, Europa und der Irakkonflikt. *Aus Politik und Zeitgeschichte* 53 (24-25): 8–16.
- Hilz, Wolfram.** 2007a. EU-Präsidentschaft und Wahlkampf. Weichenstellung für die EU und das deutsch-französische Verhältnis. *Dokumente - Zeitschrift für den deutsch-französischen Dialog* 63 (2): 50–54.

- Hilz, Wolfram.** 2007b. Perspektiven der "neuen" deutsch-französischen Beziehungen. *Aus Politik und Zeitgeschichte* 57 (38): 25–32.
- Jünemann, Annette.** 2005. Zehn Jahre Barcelona-Prozess. Eine gemischte Bilanz. *Aus Politik und Zeitgeschichte* 55 (45): 7–14.
- Jung, Matthias; Schroth, Yvonne und Wolf, Andreas.** 2009. Regierungswechsel ohne Wechselstimmung. *Aus Politik und Zeitgeschichte* 59 (51): 12–19.
- Kauffmann, Pascal und Uterwedde, Henrik.** 2010. Verlorene Konvergenz? Deutschland, Frankreich und die Euro-Krise. *Aus Politik und Zeitgeschichte* 60 (43): 13–19.
- Kimmel, Adolf.** 2007. Die französischen Wahlen vom Frühjahr 2007. *Aus Politik und Zeitgeschichte* 57 (38): 3–11.
- Knauer, Peter.** 2007. Was wird aus dem EU-Verfassungsvertrag? *Aus Politik und Zeitgeschichte* 57 (10): 11–17.
- Koopmann, Martin.** 2003. Leadership oder Krisenmanagement? Kommentar zu den deutsch-französischen Europainitiativen. *Dokumente - Zeitschrift für den deutsch-französischen Dialog* 59 (2): 19–34.
- Koopmann, Martin.** 2007. Brückenbauer gesucht. Die französische Europa-Politik formiert sich - zaghaft - neu. Berlin sollte dabei Hilfestellung leisten. *Internationale Politik* 62 (4): 34–41.
- Koopmann, Martin.** 2008. Widersprüchliche Signale. Französische Europapolitik zu Beginn der Pariser EU-Ratspräsidentschaft. DGAPanalyse 5. Berlin: Deutsche Gesellschaft für Auswärtige Politik.
- Leruste, Aymeric und Theobald, Henning.** 2009. Deutschland und Frankreich angesichts der internationalen Finanzkrise - neue Perspektiven für das deutsch-französische Paar? Deutsch-französischer Zukunftsdialog. Berlin: Deutsche Gesellschaft für Auswärtige Politik.
- Lieb, Julia; Roussel, Benoît und Schwarzer, Daniela.** 2006. Falsche Fragen, falsche Antworten? Wie Frankreich eine notwendige Zukunftsdiskussion verpasst. Diskussionspapier. Berlin: Stiftung Wissenschaft und Politik - Deutsches Institut für Internationale Politik und Sicherheit.
- Marhold, Hartmut.** 2006. Deutsche Europapolitik nach dem Regierungswechsel 2005. *Integration* 29 (1): 3–22.
- Martens, Stephan.** 2007. Französische Außenpolitik unter Nicolas Sarkozy. *Aus Politik und Zeitgeschichte* 57 (38): 18–25.

- Martens, Stephan.** 2008. Le couple franco-allemand: nécessaire mais pas suffisant. *Questions internationales* (31): 74–79.
- Maurer, Andreas.** 2007. Die Verhandlungen zum Reformvertrag unter deutschem Vorsitz. *Aus Politik und Zeitgeschichte* 57 (43): 3–8.
- Müller-Brandeck-Bocquet, Gisela.** 1995. Die Europapolitik Frankreichs in der Ära Mitterand. *Außenpolitik* 46 (4): 349–357.
- Müller-Brandeck-Bocquet, Gisela.** 2001. Europäische Perspektiven nach Nizza. *Blätter für deutsche und internationale Politik* (2): 197–205.
- Müller-Brandeck-Bocquet, Gisela.** 2003. Der deutsch-französische Gleichklang in der Irak-Krise - Ausgangspunkt für weitere außen- und sicherheitspolitische Gemeinsamkeiten? *Politische Studien - Zweitmonatszeitschrift für Politik und Zeitgeschichte* 54 (392): 42–49.
- Müller-Brandeck-Bocquet, Gisela.** 2007. Frankreich: zurück in Europa, aber mit welchem Kurs? *Aus Politik und Zeitgeschichte* 57 (38): 11–18.
- Müller-Graff, Peter-Christian.** 2007. Die Zukunft des europäischen Verfassungstopos und Primärrechts nach der deutschen Ratspräsidentschaft. *Integration* 30 (3): 223–237.
- Nourry, Chrystelle.** 2006. France-Allemagne: Un couple desuni? *Annuaire français de relations internationales* (7): 511–525.
- Oppeln, Sabine von.** 2003. Deutsch-französische Zusammenarbeit. Das Ende einer privilegierten Beziehung? *Dokumente - Zeitschrift für den deutsch-französischen Dialog* 59 (2): 11–18.
- Pinzler, Petra.** 2010. Das Ende der Illusionen. Wenn die EU ihre tiefen ideologischen Risse kittet, kann sie sogar gestärkt aus der Krise hervorgehen. *Internationale Politik* 65 (3): 58–63.
- Schild, Joachim.** 2001. "Den Rhein vertiefen und erweitern"? Deutsch-französische Beziehungen nach dem Nizza-Gipfel. Aktuelle Frankreich-Analysen 17. Ludwigsburg: Deutsch-Französisches Institut.
- Schild, Joachim.** 2003a. 40. Jahrestag des Elysée-Vertrages. Bilaterale und europapolitische Impulse des deutsch-französischen Jubiläums. SWP-Aktuell 4. Berlin: Stiftung Wissenschaft und Politik - Deutsches Institut für Internationale Politik und Sicherheit.
- Schild, Joachim.** 2003b. Ganz normale Freunde. Deutsch-französische Beziehungen nach 40 Jahren Elysée-Vertrag. SWP-Studie 1. Berlin: Stiftung Wissenschaft und Politik - Deutsches Institut für Internationale Politik und Sicherheit.

- Schild, Joachim.** 2005. Ein Sieg der Angst - das gescheiterte französische Verfassungsreferendum. *Integration* 28 (3): 187–200.
- Schild, Joachim.** 2007. Sarkozys Europapolitik: Das zunehmende Gewicht der Innenpolitik. *Integration* 30 (3): 238–250.
- Schild, Joachim.** 2008. La force de l'imprévisible: la présidence française de l'UE face à la crise financière. Un point de vue allemand. *Regards sur l'économie allemande - Bulletin économique du CIRAC* (89): 11–20.
- Schild, Joachim und Koopmann, Martin.** 2009. Der 'Sarkozy-Moment' - politische Führung in der EU am Beispiel der französischen Ratspräsidentschaft. *Integration* 32 (3): 266–281.
- Schwall-Düren, Angelica.** 2005. Gemeinsame Herausforderung nach dem 29. Mai. Es gilt, die anderen Länder mitzunehmen. *Dokumente - Zeitschrift für den deutsch-französischen Dialog* 61 (4): 17–22.
- Schwarzer, Daniela.** 2006. Deutschland und Frankreich - Duo ohne Führungswillen. Das bilaterale Verhältnis in der erweiterten Europäischen Union. SWP-Studie 15. Berlin: Stiftung Wissenschaft und Politik - Deutsches Institut für Internationale Politik und Sicherheit.
- Schwarzer, Daniela.** 2007. Wahl der Willkür. Wer führt Frankreich aus der Krise? Trends, Themen und Temperamente am Vorabend der Präsidentschaftswahl. *Internationale Politik* 62 (4): 6–15.
- Schwarzer, Daniela.** 2008a. Aktivist im Europäischen Salon. Sarkozy hält die EU-Partner mit seiner Interessenpolitik in Atem. *Integration* 64 (4): 9–13.
- Schwarzer, Daniela.** 2008b. La présidence française de l'Union européenne: quels objectifs, quels partenaires? *Politique étrangère* 73 (2): 361–371.
- Schwarzer, Daniela.** 2010. Griechenland enthüllt Schwäche der EWU. Die Eurozone braucht Instrumente zum Krisenmanagement und wirksamere wirtschafts- und fiskalpolitische Koordinierung. SWP-Aktuell 18. Berlin. Stiftung Wissenschaft und Politik - Deutsches Institut für Internationale Politik und Sicherheit.
- Stark, Hans.** 2001. France-Allemagne. Quel après-Nice ? *Politique étrangère* 66 (2): 289–299.
- Thomas, Johannes.** 2003. Zukunftsperspektiven des Elysée-Vertrages. Bilanz und Chancen der politischen Kooperation. *Politische Studien - Zweitmonatszeitschrift für Politik und Zeitgeschichte* 54 (392): 31–40.

- Vannier, Sébastien.** 2008. Herausforderung Klimawandel. Frankreich und Deutschland suchen nach Lösungen. *Dokumente - Zeitschrift für den deutsch-französischen Dialog* 64 (5): 13–16.
- Vogel, Wolfram.** 2004. Neue Dynamik im alten Europa. Deutsch-Französische Beziehungen zwischen Jubiläum und Osterweiterung. Aktuelle Frankreich-Analysen 19. Ludwigsburg: Deutsch-Französisches Institut.
- Wessels, Wolfgang.** 2008. Die Debatte nach 'Irland': Festhalten an Lissabon, Aufbruch zu Alternativen oder doch Leben mit Nizza? *Integration* 64 (3): 312–318.
- Zervakis, Peter A. und Gossler, Sebastian von.** 2003. 40 Jahre Elysée-Vertrag: Hat das deutsch-französische Tandem noch eine Zukunft? *Aus Politik und Zeitgeschichte* 53 (3-4): 6–13.

8.1.3 Zeitungsartikel

- Afhüppe, Sven.** Merkel sieht Europa vor einer Bewährungsprobe. *Handelsblatt vom 3.1.2011*, S. 14.
- Alich, Holger.** Warten auf den weiblichen Gast. *Handelsblatt vom 24.11.2005*, S. 3.
- Bannas, Günther und Wiegel, Michael.** Merkel will Billigung des EU-Vertrags nicht überstürzen. *Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 7.12.2007*, S. 2.
- Barluet, Alain.** Nicolas Sarkozy et Angela merkel veulent marquer de leur empreinte le plan de sauvetage européen. *Le Figaro vom 11.2.2010*, S. 18.
- Berschens, Ruth und Rinke, Andreas.** Einig nur über den Zeitplan. Deutschland und Frankreich wollen die EU-Verfassung voranbringen - aber in verschiedene Richtungen. *Handelsblatt vom 13.10.2006*, S. 7.
- Berschens, Ruth.** Berlin und Paris beraten über Nachfolger für Euro-Rettungsfonds. *Handelsblatt vom 27.12.2010*, S. 14.
- Berschens, Ruth und Goffart, Daniel.** Wirtschaftsregierung der EU rückt näher. *Handelsblatt vom 14.1.2011*, S. 16.
- Berschens, Ruth.** Der Euro überwindet die Kinderkrankheiten. *Handelsblatt vom 2.2.2011*, S. 9.
- Bocev, Pierre und Goulliaud, Philippe.** 18 mois pour sauver l'Europe. *Le Figaro vom 7.6.2006*, S.5.
- Bolesch, Cornelia.** Ein Ordnungsruf im allerletzten Augenblick. *Süddeutsche Zeitung vom 21.12.2006*, S. 12.
- Bonse, Eric und Rinke, Andreas.** Ein Duo rettet den Vertrag. *Handelsblatt vom 25.6.2007*, S. 3.

- Bresson, Henri de und Calla, Cécile.** M. Sarkozy et Mme Merkel d'accord sur l'urgence de relancer l'Europe. *Le monde vom 18.5.2007.*
- Bresson, Henri de und Chambraud, Cécile.** Nicolas Sarkozy met la pression sur Madrid pour imposer son traité modifié. *Le monde vom 31.5.2007, S. 10.*
- Busse, Nikolas.** Verzicht auf den Außenminister? Die deutsche Ratspräsidentschaft sucht nach einem Konsens für die erneuerte EU-Reform. *Süddeutsche Zeitung vom 3.5.2007, S. 10.*
- Busse, Nikolas.** Grundlegender Dissens. Die Alleingänge des französischen Präsidenten Sarkozy verärgern nicht nur die Bundesregierung. *Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 27.10.2008, S. 10.*
- Calla, Cécile; Michel, Anne und Racard, Phillip.** Les banques allemandes et françaises se mobilisent pour sauver la Grèce. *Le monde vom 2.3.2010, S. 14.*
- Chirac, Jacques.** Für ein starkes und solidarisches Europa. *Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 26.10.2005, S. 12.*
- Crolly, Hannelore und Schiltz, Christoph B..** Berlin im Zentrum Europas. Deutschlands Isolation ist eine Mär: Kanzlerin Merkel setzt viele ihrer Vorstellungen beim EU-Gipfel durch - zum Ärger von Franzosen und Briten. *Die Welt vom 13.12.2008, S. 3.*
- Deger, Marc.** Dernière ligne droite pour le traité européen. *La Tribune vom 18.6.2007, S. 30.*
- Ehrlich, Peter, Proissl, Wolfgang und Schmid, Fidelius.** Merkel, Sarko und die Zwillinge. *Financial Times Deutschland vom 25.6.2007, S. 12.*
- Ehrlich, Peter und Proissl, Wolfgang.** Merkel und Sarkozy mischen G20 auf. *Financial Times Deutschland vom 2.4.2009, S. 13.*
- Ehrlich, Peter.** Krisengewinnler Sarkozy. *Financial Times Deutschland vom 7.5.2010, S. 11.*
- Feldenkirchen, Markus; Kurbjuweit, Dirk; Neubacher, Alexander; Neukirch, Ralf; Pfister, René ; Reuter, Wolfgang ; Sauga, Michael; Simons, Stefan und Steingart, Gabor.** Madame No. *Der Spiegel vom 1.12.2008, S. 22-36.*
- Financial Times Deutschland.** Der vernachlässigte Patient. *Financial Times Deutschland vom 26.3.2010, S. 1.*
- Frankfurter Allgemeine Zeitung.** Weiter Kritik am britischen Vorschlag zum EU-Haushalt. *Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 10.12.2005, S. 2.*
- Fried, Nico.** Antriebsschwache Brückenbauer. *Süddeutsche Zeitung vom 15.3.2006, S. 4.*

- Fried, Nico und Urban, Thomas.** Polen zeigt sich im EU-Streit kompromissbereit. *Süddeutsche Zeitung vom 15.6.2007*, S. 5.
- Gallen, Claire und Saint-Paul, Patrick.** La crise grecque crée des tensions franco-allemande. *Le Figaro vom 16.3.2010*, S. 27.
- Gammelin, Cerstin.** Dreier-Initiative. Warum die EU schon wieder ein Sondergipfel braucht. *Süddeutsche Zeitung vom 11.2.2009*, S. 7.
- Gammelin, Cerstin und Winter, Martin.** Knapp am Eklat vorbei. Im Griechenland-Streit finden Merkel und Sarkozy vor dem EU-Gipfel einen Kompromiss, der die Kanzlerin stärkt. *Süddeutsche Zeitung vom 24.3.2010*, S. 7.
- Gammelin, Cerstin und Kläsgen, Michael.** Ein Brief, zwei Welten. *Süddeutsche Zeitung vom 10.6.2010*, S. 19.
- Gammelin, Cerstin und Ulrich, Stefan.** Merkel gibt bei Stabilitätspakt nach. *Süddeutsche Zeitung vom 19.10.2010*, S. 1.
- Gammelin, Cerstin.** Berlin und Paris feiern Gipfel-Erfolg. *Süddeutsche Zeitung vom 30.10.2010*, S. 1.
- Hagelüken, Alexander und Kröncke, Gerd.** Chirac und Schröder gegen Blair. Deutschland und Frankreich fordern Abstriche beim Briten-Rabatt. *Süddeutsche Zeitung vom 11.6.2005*, S. 5.
- Hammerstein, Konstantin von; Reuter, Wolfgang und Simons, Stefan.** Europa der Egoisten. *Der Spiegel vom 14.5.2007*, S. 28.
- Handelsblatt (a).** Bilaterales Wundenlecken. *Handelsblatt vom 31.5.2005*, S. 3.
- Handelsblatt (b).** "Wir müssen unseren Wohlstand neu erkämpfen". Die designierte Bundeskanzlerin Angela Merkel zur künftigen Europapolitik einer großen Koalition. *Handelsblatt vom 27.10.2005*, S. 4.
- Hulverscheidt, Claus.** Paris und Berlin wollen Spekulanten bremsen. *Süddeutsche Zeitung vom 9.3.2010*, S. 1.
- Jacob, Antoine.** Angela Merkel reste hostile à un mini-traité constitutionnel. *Le monde vom 24.9.2006*, S. 6.
- Jaigu, Charles.** La France s'est remise au centre du jeu. *Le Figaro vom 25.6.2007*.
- Jules, Robert.** Papandréou adresse un ultimatum à la zone euro. *La Tribune vom 19.3.2010*, S. 9.
- Kläsgen, Michael.** Antipoden Europas. Deutschland und Frankreich misstrauen einander wie selten zuvor - ein Erklärungsversuch. *Süddeutsche Zeitung vom 6.12.2008*, S. 27.
- Koydl, Wolfgang und Hulverscheidt, Claus.** Viel Gewicht für die Balance. *Süddeutsche Zeitung vom 3.4.2009*, S. 3.

- Kröncke, Gerd.** Korb für die Kanzlerin. Warum der französische Präsident Nicolas Sarkozy und Angela Merkel so schwer zueinander finden. *Süddeutsche Zeitung* vom 27.2.2008, S. 4.
- Kröncke, Gerd.** Merkel fordert UN-Wirtschaftsrat. *Süddeutsche Zeitung* vom 9.1.2009, S. 9.
- Le monde.** Tension Paris-Berlin. *Le monde* vom 24.2.2008.
- Leithäuser, Johannes und Schwarz, Karl-Peter.** Bis 2009 will sich die EU einen Grundlagenvertrag geben. *Frankfurter Allgemeine Zeitung* vom 24.3.2007, S. 1–2.
- Lellouche, Pierre.** Le couple franco-allemand, uni aus service de l'Europe. Le moment est venu de lever les incompréhensions. *Le monde* vom 6.10.2009, S. 19.
- Meier, Lutz und Kade, Claudia.** "Merkel sagte: 'Jeder schert sich um seinen Scheiß!'". *Financial Times Deutschland* vom 9.10. 2008, S. 9.
- Merkel, Angela und Sarkozy, Nicolas.** Der Aufschwung kann nicht warten. *Frankfurter Allgemeine Zeitung* vom 26.11. 2008, S. 8.
- Münchau, Wolfgang.** Der Mann, der den Euro gefährdet. *Financial Times Deutschland* vom 12.12.2008, S. 26.
- Nonnenmacher, Günther.** Der französische Feuerwehrmann. *Frankfurter Allgemeine Zeitung* vom 3.11.2008, S. 1.
- Oldag, Andreas.** Strengere Regeln für die Welt-Finanzmärkte. *Süddeutsche Zeitung* vom 3.4.2009, S. 1.
- Paolini, Marc und Vigneron, Daniel.** Rome et Paris en phase sur la relance de l'union. *La Tribune* vom 29.5.2007, S. 32.
- Peitsmeier, Henning.** Berlin und Paris wollen ihren Klimastreit beilegen. *Frankfurter Allgemeine Zeitung* vom 5.2. 2008, S. 11.
- Proissl, Wolfgang.** Berlin und Paris bei Verfassung gespalten. *Financial Times Deutschland* vom 27.12.2005, S. 12.
- Proissl, Wolfgang.** Europas Schicksalswahl. *Financial Times Deutschland* vom 4.5.2007, S. 27.
- Proissl, Wolfgang.** Merkel und Sarkozy spalten Europa. *Financial Times Deutschland* vom 23.6.2008, S. 13.
- Proissl, Wolfgang.** Merkel und Brown stärken freien Handel. G20-Gipfel soll jeglichem Protektionismus abschwören. *Financial Times Deutschland* vom 12.2.2009, S. 9.
- Ridet, Philippe.** A Berlin, le président de l'UMP prône un mini-traité européen. *Le monde* vom 18.2.2006.

- Rinke, Andreas.** In Konkurrenz freundschaftlich verbunden. *Handelsblatt vom 7.12.2007*, S. 6.
- Rinke, Andreas (a).** Genervte Merkel. *Handelsblatt vom 30.10. 2008*, S. 8.
- Rinke, Andreas (b).** Merkel und Sarkozy einigen sich über Mittelmeerunion. *Handelsblatt vom 4.3.2008*, S. 8.
- Rinke, Andreas und Scheerer, Michael.** Merkel treibt Europa an. Bundeskanzlerin startet nach dem Finanzkompromiss eine Initiative zur Rettung der EU-Verfassung. *Handelsblatt vom 19.12.2005*, S. 1.
- Saint-Paul, Patrick.** Angela Merkel doit surmonter ses agacements à Bruxelles. *Le Figaro vom 12.12.2008*, S. 6.
- Saint-Paul, Patrick.** Merkel veut exclure les mauvais élèves. *Le Figaro vom 18.3.2010*, S. 20.
- Schäfers, Manfred und Steltzner, Holger.** "Die Lage ist noch schlechter geworden". Im Gespräch: Finanzminister Peer Steinbrück (SPD). *Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 29.10.2008*, S. 11.
- Schäfers, Manfred und Mussler, Werner.** Berlin und Paris wollen Stabilitätspakt schärfen. *Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 22.7.2010*, S. 9.
- Schieritz, Mark.** Merkel lernt Französisch. *Die Zeit vom 18.2.2010*, S. 4.
- Schmidt, Helmut.** Wer führt Europa? *Die Zeit vom 12.5.2010*, S. 25.
- Schmiese, Wulf.** Sie kam, sah - und gefiel. Alle loben Bundeskanzlerin Merkel für ihre vermittelnde Rolle im Streit über die EU-Finanzen. *Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 18.12.2005*, S. 8.
- Schuller, Konrad.** Die EU sucht den Weg zum "Änderungsvertrag". *Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 15.6.2007*, S. 1.
- Süddeutsche Zeitung.** Berlin lehnt Sarkozys Führungsanspruch ab. *Süddeutsche Zeitung vom 24.10.2008*, S. 8.
- Süddeutsche Zeitung.** Euro-Gruppe zufrieden Spitzentreffen. *Süddeutsche Zeitung vom 4.4.2009*, S. 27.
- Tomik, Stefan.** Quadratwurzelbehandlung für die EU. Mathematiker halten den polnischen Vorschlag für besonders gerecht. *Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 15.6.2007*, S. 2.
- Vergès, Marie de.** Agacé par les critiques, Berlin se défend de ne pas jouer assez européen dans la crise. *Le monde vom 11.10.2008*.
- Waintraub, Judith.** Sarkozy candidat de la "rupture tranquille". *Le Figaro vom 30.11.2006*.

Wiegel, Michael. Chirac will "Pionier Europas" sein. *Frankfurter Allgemeine Zeitung* vom 11.1.2006, S. 1.

Winter, Martin. Lehrstunde für die Kanzlerin. Zu später Stunde zeigt Frankreichs Präsident Sarkozy seiner deutschen Kollegin, wer in Europa seiner Ansicht nach das Sagen hat. *Süddeutsche Zeitung* vom 10.5.2010, S. 7.

8.1.4 Internetdokumente

Alle Internetseiten wurden zuletzt am 4.3.2011 aufgerufen.

Auswärtiges Amt. 2010. Die deutsch-französische Zusammenarbeit - Kernstück der europäischen Einigung.
<http://www.auswaertiges-amt.de/diplo/de/Europa/DeutschlandInEuropa/BilateraleBeziehungen/Frankreich/Uebersicht.html>.

Auswärtiges Amt und Ministère des Affaires étrangères. Die Beauftragten für die Deutsch-Französische Zusammenarbeit.
<http://www.deutschland-frankreich.diplo.de/Die-Beauftragten-fur-die-Deutsch,1004.html>

Auswärtiges Amt und Ministère des Affaires étrangères. 2001. Gemeinsame Erklärung über die großen europapolitischen Prioritäten (Nantes, 23. November 2001).
<http://www.deutschland-frankreich.diplo.de/Gemeinsame-Erklärung-uber-die,373.html>.

Auswärtiges Amt und Ministère des Affaires étrangères. 2003. Gemeinsame Erklärung zum 40. Jahrestag des Elysée-Vertrags (22. Januar 2003).
<http://www.deutschland-frankreich.diplo.de/Gemeinsame-Erklärung-zum-40,1129.html>

Auswärtiges Amt und Ministère des Affaires étrangères. 2008a. 10ème CMFA - Conférence de presse conjointe de Nicolas Sarkozy et Angela Merkel (Paris, 24 novembre 2008).
<http://www.france-allemande.fr/10eme-CMFA-Conference-de-presse,3763.html>

Auswärtiges Amt und Ministère des Affaires étrangères. 2008b. Gemeinsame Pressekonferenz mit Bundeskanzlerin Merkel und Staatspräsident Sarkozy (Colombey-les-Deux-Églises, 11. Oktober 2008).
<http://www.france-allemande.fr/Gemeinsame-Pressekonferenz-mit,3694.html>

- Auswärtiges Amt und Ministère des Affaires étrangères.** 2009a. 11. Deutsch-Französischer Ministerrat (Berlin, 12. März 2009). Deutsch-Französische Erklärung.
<http://www.france-allemande.fr/11-Deutsch-Franzoesische,4163.html>
- Auswärtiges Amt und Ministère des Affaires étrangères.** 2009b. Pressekonferenz zum Deutsch-Französischen Ministerrat (Berlin, 12. März 2009).
<http://www.france-allemande.fr/Pressekonferenz-zum-Deutsch,4165.html>
- Bundesregierung.** 2005. Gemeinsam für Deutschland. Mit Mut und Menschlichkeit.
http://www.cdu.de/doc/pdf/05_11_11_Koalitionsvertrag.pdf
- Bundesregierung.** 2009. Wachstum. Bildung. Zusammenhalt. Der Koalitionsvertrag zwischen CDU, CSU und FDP. <http://www.cdu.de/doc/pdfc/091026-koalitionsvertrag-cducsu-fdp.pdf>
- Chefs d'État et de Gouvernement de la zone euro.** 2010. Déclaration des Chefs d'État et de Gouvernement de la zone euro.
http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_data/docs/pressdata/fr/ec/113564.pdf
- Deutsche Präsidentschaft der Europäischen Union.** 2007. Erklärung anlässlich des 50. Jahrestages der Unterzeichnung der Römischen Verträge.
http://www.eu2007.de/de/News/download_docs/Maerz/0324-RAA/German.pdf
- Deutscher Bundestag.** 2010. Bundestag stimmt Griechenland-Hilfe zu.
http://www.bundestag.de/dokumente/textarchiv/2010/29673660_kw18_de_griechenland_2/index.html
- euractiv.de.** 2011. Pakt für Wettbewerbsfähigkeit - Berlin rudert zurück.
<http://www.euractiv.de/markt-und-wettbewerb/artikel/pakt-fr-wettbewerbsfaehigkeit-berlin-rudert-zurueck-004339>
- Euro-Gruppe.** 2010a. Statement by the Eurogroup.
http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cmsUpload/100502-%20Eurogroup_statement.pdf
- Euro-Gruppe.** 2010b. Statement on the support to Greece by Euro area Members States.
http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_data/docs/pressdata/en/ec/113686.pdf
- Europa Glossar (a).** Der Rat der europäischen Union.
http://europa.eu/legislation_summaries/institutional_affairs/treaties/nice_treaty/nice_treaty_council_de.htm
- Europa Glossar (b).** Erklärung von Laeken.
http://europa.eu/scadplus/glossary/laeken_declaration_de.htm
- Europa Glossar (c).** Konvergenzkriterien.
http://europa.eu/legislation_summaries/glossary/convergence_criteria_de.htm

- Europäischer Konvent.** 2003. Entwurf eines Vertrages über eine Verfassung für Europa.
<http://european-convention.eu.int/docs/Treaty/cv00850.de03.pdf>
- Europäischer Rat.** 2006. Schlussfolgerung des Vorsitzes. Dok. 10633/1/06.
http://www.consilium.europa.eu/ueDocs/cms_Data/docs/pressdata/de/ec/90120.pdf
- Europäischer Rat.** 2007. Schlussfolgerung des Vorsitzes. Dok. 11177/1/07.
http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_data/docs/pressdata/de/ec/94935.pdf
- Europäischer Rat.** 2009a. Informelle Tagung der Staats- und Regierungschefs am 1. März 2009. Gemeinsame Pressemitteilung.
http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_data/docs/pressdata/de/misc/106404.pdf
- Europäischer Rat.** 2009b. Schlussfolgerung des Vorsitzes. Dok. 7880/1/09.
http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_data/docs/pressdata/de/ec/106824.pdf
- Eurostat.** 2010. Pressemitteilung Euroindikatoren.
http://epp.eurostat.ec.europa.eu/cache/ITY_PUBLIC/2-22042010-BP/DE/2-22042010-BP-DE.PDF
- faz.net.** 2005. Deutschland und Frankreich werben für EU-Verfassung.
<http://www.faz.net/s/Rub99C3EECA60D84C08AD6B3E60C4EA807F/Doc~E8C247E5497E9406DAF4A54B701DA7F19~ATpl~Ecommon~Scontent.html>
- faz.net.** 2007. Heftige Kritik aus Deutschland an Paris. Atomgeschäft mit Libyen.
<http://www.faz.net/s/RubDDBDABB9457A437BAA85A49C26FB23A0/Doc~E72E352A876644426AE3D9C5C710BFE8A~ATpl~Ecommon~Scontent.html>
- france-info.com.** 2010. L'Assemblée nationale valide l'aide française à la Grèce.
<http://www.france-info.com/monde-europe-2010-05-04-l-assemblee-nationale-valide-l-aide-francaise-a-la-grece-437482-14-15.html>
- Französische Botschaft.** 2005a. Staatspräsident Chirac bei Antrittsbesuch von Bundeskanzlerin Merkel: Wir haben eine gemeinsame Sichtweise Europas.
<http://www.botschaft-frankreich.de/spip.php?article1153>.
- Französische Botschaft.** 2005b. Staatspräsident Chirac bei Blaesheimtreffen mit Bundeskanzler Schröder zu EU-Haushalt: Belastungen der Einzelnen einander angleichen.
<http://www.botschaft-frankreich.de/spip.php?article735>
- Französische Botschaft.** 2009. Vorschlag von Bundeskanzlerin Merkel und Staatspräsident Sarkozy zur Einberaumung eines informellen EU-Gipfels.
<http://www.botschaft-frankreich.de/spip.php?article3870>
- G-20.** 2009. The Global Plan for Recovery and Reform. 2 April 2009.
<http://www.g20.org/Documents/final-communique.pdf>

- Guérot, Ulrike.** 2006. L'Allemagne et l'Europe: Nouvelle donne ou déjà vu? Notre Europe 55. http://www.notre-europe.eu/uploads/tx_publication/Etud55-fr-presidenceallemande_01.pdf
- Gorawantschy, Beatrice.** 2007. Frankreich unter Staatspräsident Sarkozy: der Beginn einer Ära des politischen Umbruchs - neue innen- und außenpolitische Leitlinien. http://www.km.bayern.de/blz/eup/03_07/1.asp.
- handelsblatt.com.** 2010. Athen greift nach Milliardenhilfe. <http://www.handelsblatt.com/politik/international/rettungsmechanismus-aktiviert-athen-greift-nach-milliardenhilfe;2567134>
- Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg.** 2011. Griechische Tragödie. http://www.lpb-bw.de/finanzkrise_griechenland.html
- Lequesne, Christian.** 2007. Sarkozy et l'Europe. Les essais de telos. http://www.ceris-sciencespo.com/cherlist/lequesne/telos_2007.pdf
- lefigaro.fr.** 2009. Sarkozy et Merkel serrent les rangs avant le sommet du G20. <http://www.lefigaro.fr/economie/2009/01/09/04001-20090109ARTFIG00374-sarkozy-et-merkel-serrent-les-rangs-avant-le-sommet-du-g-.php>
- Merkel, Angela.** 2007. Rede von Bundeskanzlerin Angela Merkel im Europäischen Parlament. in Brüssel am 27. Juni 2007 zur Bilanz der deutschen EU-Ratspräsidentschaft. <http://www.bundesregierung.de/Content/DE/Archiv16/Rede/2007/06/2007-06-27-rede-merkel-ep.html>.
- Ministère des Affaires étrangères.** 2008. 9. Deutsch-Französischer Ministerrat. Gemeinsame Pressekonferenz von Staatspräsident Nicolas Sarkozy und Angela Merkel. Wortbeiträge von Nicolas Sarkozy. <https://pastel.diplomatie.gouv.fr/editorial/actual/ael2/bulletin.de.asp?liste=20080613.d.html#Chapitre1>.
- Müller-Brandeck-Bocquet, Gisela.** 2008. Sarkozys Europapolitik. http://www.eurotopics.net/de/archiv/magazin/politik-verteilerseite/franzoesische_ratspraesidentschaft_06_2008/artikel_sarkozy_europapolitik_mueller/
- Présidence de la République.** 2010. Conférence de presse conjointe de M. Nicolas Sarkozy, Président de la République française, et de Mme Angela Merkel, Chancelière de la République fédérale d'Allemagne. A l'issue de la réunion informelle des chefs d'Etat ou de Gouvernement de l'Union européenne.

<http://www.elysee.fr/president/les-actualites/conferences-de-presse/2010/conference-de-presse-conjointe-mme-angela.9128.html>

Présidence française du Conseil de l'Union européenne. 2008a. Conclusion du Conseil européen.

http://www.eu2008.fr/PFUE/site/PFUE/lang/fr/conclusions_conseil_europeen.html

Présidence française du Conseil de l'Union européenne. 2008b. Programme de travail. 1er juillet - 31 décembre. Une europe qui agit pour répondre aux défis d'aujourd'hui.

Presse- und Informationsamt der Bundesregierung. Bulletin der Bundesregierung. Regierungserklärung von Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel. Nr. 128-1 vom 14. Dezember 2006.

<http://www.bundesregierung.de/Content/DE/Bulletin/2006/12/Anlagen/128-1-bk,property=publicationFile.pdf>

Presse- und Informationsamt der Bundesregierung. 2003. Regierungserklärung von Bundesminister Joschka Fischer zum Europäischen Rat in Brüssel.

<http://archiv.bundesregierung.de/bpaexport/regierungserklaerung/03/575403/multi.htm>

Presse- und Informationsamt der Bundesregierung. 2005a. Gemeinsam mit Frankreich für ein starkes Europa.

http://www.bundeskanzlerin.de/nn_702796/Content/DE/Reiseberichte/fr-gemeinsam-mit-frankreich-fuer-ein-gemeinsames-europ.html

Presse- und Informationsamt der Bundesregierung. 2005b. Regierungserklärung von Bundeskanzlerin Angela Merkel.

<http://www.bundeskanzlerin.de/Content/DE/Archiv16/Regierungserklaerung/2005/11/2005-11-30-regierungserklaerung-von-bundeskanzlerin-angela-merkel.html>

Presse- und Informationsamt der Bundesregierung. 2007a. Europa gelingt gemeinsam. Bilanz der deutschen EU-Ratspräsidentschaft.

http://www.eu2008.fr/webdav/site/PFUE/shared/ProgrammePFUE/Programme_FR.pdf

Presse- und Informationsamt der Bundesregierung. 2007b. Europa gelingt gemeinsam. Präsidentschaftsprogramm 1. Januar - 30. Juni 2007.

<http://www.eu2007.de/includes/Downloads/Praesidentschaftsprogramm/EU-P-AProgr-d-2911.pdf>

Presse- und Informationsamt der Bundesregierung. 2007c. Herzlich willkommen in Berlin.

http://www.bundeskanzlerin.de/nn_915634/Content/DE/Archiv16/Artikel/2007/05/2007-05-16-merkel-sarkozy-antrittsbesuch.html

Presse- und Informationsamt der Bundesregierung. 2007d. Regierungserklärung der Bundeskanzlerin am 14.06.2007: "Vorschau auf den Europäischen Rat, 21. bis 22. Juni 2007".

http://www.bundesregierung.de/nn_774/Content/DE/Archiv16/Regierungserklaerung/2007/2007-06-14-regierungserklaerung-eu-gipfel.html

Presse- und Informationsamt der Bundesregierung. 2009a. Europäische Union muss geschlossen handeln.

<http://www.bundesregierung.de/Content/DE/Artikel/2009/03/2009-03-17-merkel-sarkozy.html>

Presse- und Informationsamt der Bundesregierung. 2009b. Pressekonferenz der Bundeskanzlerin und des französischen Präsidenten.

http://www.bundeskanzlerin.de/nn_915652/Content/DE/Mitschrift/Pressekonferenzen/2009/04/2009-04-01-merkel-sarkozy-london.html

Presse- und Informationsamt der Bundesregierung. 2010a. Deutsch-Französische Agenda 2020.

<http://www.bundesregierung.de/Content/DE/Artikel/2010/02/2010-02-04-deutsch-franzoesische-agenda-2020.html>

Presse- und Informationsamt der Bundesregierung. 2010b. Gemeinsamer Brief von Bundeskanzlerin Merkel und dem französischen Präsidenten Sarkozy an die Präsidenten des Europäischen Rates und der Europäischen Kommission.

<http://www.bundesregierung.de/Content/DE/Pressemitteilungen/BPA/2010/05/2010-05-06-brief-merkel-sarkozy.html>

Presse- und Informationsamt der Bundesregierung. 2010c. Pressekonferenz Bundeskanzlerin Merkel und Präsident Sarkozy.

<http://www.bundesregierung.de/Content/DE/Mitschrift/Pressekonferenzen/2010/02/2010-02-04-pk-merkel-sarkozy.html>

Presse- und Informationsamt der Bundesregierung. 2010d. Pressestatements von Bundeskanzlerin Angela Merkel und dem französischen Präsidenten Nicolas Sarkozy.

http://www.bundesregierung.de/nn_1516/Content/DE/Mitschrift/Pressekonferenzen/2010/06/2010-06-14-bkin-sarkozy.html

Presse- und Informationsamt der Bundesregierung. 2010e. Statements von Merkel und Sarkozy. Informelles Treffen der Staats- und Regierungschefs der Europäischen Union. Mitschrift Pressekonferenz.

http://www.bundeskanzlerin.de/nn_683698/Content/DE/Mitschrift/Pressekonferenzen/2010/02/2010-02-11-pk-europaeischer-rat.html

Rat der Europäischen Union. 2008. Mitteilung an die Presse. Außerordentliche Tagung des Rates Allgemeine Angelegenheiten und Außenbeziehungen. Dok 12453/08.

http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_data/docs/pressdata/de/gena/102364.pdf

Rüger, Carolin. 2007. Mission erfüllt? Zur Bilanz der deutschen Ratspräsidentschaft.

http://www.km.bayern.de/blz/eup/02_07/4.asp.

Sarkozy, Nicolas. 2006. Vortrag des Ministers für Inneres und Raumordnung. Berlin.

http://www.botschaft-frankreich.de/IMG/sarkozy_berlin.pdf

Sarkozy, Nicolas. 2007. Rede von Staatspräsident Nicolas Sarkozy zu Europa.

http://www.botschaft-frankreich.de/IMG/sarkozy_europa.pdf

Schwarzer, Daniela. 2008b. Deutschland und Frankreich: Nie so nah, und doch so fern?

<http://www.robert-schuman.eu/doc/ouvrages/ouvrage-113-al.pdf>

Spiegel online. 2003. "Rechnet nicht damit".

<http://www.spiegel.de/politik/ausland/0,1518,231746,00.html>

Spiegel online. 2008. Polens Präsident kritisiert Deutschland und Frankreich scharf.

<http://www.spiegel.de/politik/ausland/0,1518,572558,00.html>

Spiegel online. 2009. Griechenland büßt an Kreditwürdigkeit ein.

<http://www.spiegel.de/wirtschaft/soziales/0,1518,665890,00.html>

Spiegel online. 2010. Europas Mächtige setzen Merkel und Druck.

<http://www.spiegel.de/wirtschaft/soziales/0,1518,685130,00.html>.

Staats- und Regierungschefs der Mitgliedsstaaten des Euro-Währungsgebietes.

2010. Erklärung der Staats- und Regierungschefs der Mitgliedsstaaten des Euro-Währungsgebietes.

http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_data/docs/pressdata/de/ec/113566.pdf.

sueddeutsche.de. 2007. Merkel empfängt Kaczynski. Abendessen in "guter Atmosphäre".

<http://www.sueddeutsche.de/politik/merkel-empfaengt-kaczynski-abendessen-in-guter-atmosphaere-1.797756>.

sueddeutsche.de. 2010. Griechen sparen, Europa zahlt.

<http://www.sueddeutsche.de/geld/milliarden-euro-finanzhilfe-griechen-sparen-europa-zahlt-1.942729>

theindependent.co.uk. 2008. Europe's closest friendship falls apart.

<http://www.independent.co.uk/news/world/europe/europes-closest-friendship-falls-apart-788582.html>

Villepin, Dominique. 2006. Deutschland, Frankreich und die Zukunft der Europäischen Union. Rede des französischen Premierministers Dominique de Villepin.
http://www.botschaft-frankreich.de/IMG/villepin_humboldt1-2.pdf.

8.2 Lebenslauf

Rotkreuzstraße 15 • 97080 Würzburg
0178-5301385 • JULIANCLAASSEN@GMX.DE

JULIAN CLAAßEN

28.05.1984

AUSBILDUNG

- 06.2003: Abitur am Gymnasium Wildeshausen
- 07.2003-04.2004: Zivildienst im Schullandheim „Große Höhe“
- 10.2004: Aufnahme des Studiums der Politischen Wissenschaft,
Soziologie , Französisch (M.A.) an der Julius-Maximilians-
Universität Würzburg
- 09.2008-05.2009: Institut d’Etudes Politiques de Lyon
Abschluss: Certificat d’Etudes Politiques
- 2011: Voraussichtlicher Studienabschluss

BERUFLICHE ERFAHRUNGEN

- 06.2004-09.2004: Servicekraft im Hotel „Le Quetzal“, La Grande Motte
(Frankreich)
- 09.2005-10.2005: Fünfwöchiges Praktikum bei der Mediengruppe MainPost,
Würzburg
- 03.2008-04.2008: Vierwöchiges Praktikum bei einem Mitglied des Deutschen
Bundestages, Berlin
- 07.2009-09.2009: Dreimonatiges Praktikum beim europäischen Kulturkanal ARTE
G.E.I.E. im Bereich Presse und Öffentlichkeitsarbeit, Straßburg
- 03.2010-02.2011: Studentischer Mitarbeiter des Akademischen Auslandsamt der
Universität Würzburg
- 02.2011-03.2011: Zweimonatiges Praktikum beim SWR in der Pressestelle

SONSTIGE ERFAHRUNGEN UND TÄTIGKEITEN

08.2008-09.2008: Sprach- und Kulturreise durch Argentinien und Chile
10.2009-09.2010: Juniorbotschafter des Deutsch-Französischen Jugendwerkes

KOMPETENZEN/FÄHIGKEITEN/INTERESSEN

EDV-Kenntnisse: Adobe InDesign, Microsoft Office, Typo3

Sprachen: Deutsch: Muttersprache
Französisch: Fließend
Englisch: Fortgeschritten
Spanisch: Grundkenntnisse

Interessen: Laufsport und Fußball
Belletristik
Reisen

8.3 Eidesstattliche Erklärung

Meine Masterarbeit mit dem Thema: „Die deutsch-französischen Beziehungen. Funktioniert der ‚Motor der Integration‘ in der EU-27“ ist nicht identisch mit einer früher vorgelegten Master-, Zulassungs- oder Diplomarbeit.

Ich habe die Arbeit selbständig verfasst und keine anderen als die von mir angegebenen Quellen und Hilfsmittel benutzt.

Ich habe diese Arbeit an keiner andern Hochschule zur Erlangung eines akademischen Grades eingereicht.

Würzburg, den 05.03.2011

Julian Claaßen